



STADT COTTBUS CHÓŚEBUZ

Beschluss STVV 30.04.2014

Haushaltsplan der Stadt Cottbus Wirtschaftspläne und Bilanzen (Teil III)

2014



Inhaltsübersicht

Seite

III. Wirtschaftspläne /Bilanzen

III.1. Wirtschaftspläne/Bilanzen der Sondervermögen mit Sonderrechnungen	2
Sportstättenbetrieb	3
Grün- und Parkanlagen	15
Jugendkulturzentrum Glad-House	26
Tierpark	39
Kommunales Rechenzentrum	51
III.2. Wirtschaftspläne/Bilanzen der Unternehmen	62
Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH	63
CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH	77
Cottbuser Gartenschauengesellschaft 1995 mbH	89
Cottbusverkehr GmbH	100
LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co.KG	114
Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH	119
EGC Entwicklungsgesellschaft Cottbus mbH	134
IBA Fürst-Pückler-Land GmbH	149
Energierregion Lausitz-Spreewald GmbH	151
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg	164
Institut für interdisziplinäre Medizinererweiter- und fortbildung und klinische Versorgung gGmbH	222

III.1. Wirtschaftspläne / Bilanzen der Sondervermögen mit Sonderrechnung

Sportstättenbetrieb

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus

Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus / Chósebuz

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

Inhalt:

- Festsetzungen
- Erfolgsplan
- Finanzplan

Anlagen:

- Vorbericht
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Stellenübersicht
- Investitionsplan
- Erläuterungen zum Erfolgsplan

Wirtschaftsplan

Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus

Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV
für das Wirtschaftsjahr 2014

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom 00.00.0000 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 festgestellt:

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	<u>8.013.200 €</u>
die Aufwendungen	<u>9.347.100 €</u>
der Jahresgewinn	<u> </u>
der Jahresverlust	<u>-1.333.900 €</u>

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>-33.500 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-293.400 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>236.400 €</u>

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	<u>0 €</u>
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	<u>0 €</u>

Cottbus,

Frank Szymanski
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus

Erfolgsplan 2014

Nr.		Ist 2012 €	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	Umsatzerlöse	1.348.347,54	2.358.200	1.309.000	1.309.000	1.309.000	1.309.000
2.	Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	6.639.777,45	5.153.900	6.704.200	6.717.300	6.947.200	6.861.100
4.	Sonstige betriebliche Erträge	456.906,25	440.000	476.000	476.000	476.000	476.000
	dav. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	307.532,63	337.000	320.000	320.000	320.000	320.000
5.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren						
	b) Aufwend. f. bezogene Leistungen						
6.	Personalaufwand	2.798.217,35	3.062.000	3.636.600	3.546.400	3.546.400	3.546.400
	a) Löhne und Gehälter						
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung						
7.	dav. f. Altersversorgung						
7.	Abschreibungen	1.992.651,49	1.960.000	1.886.400	1.886.400	1.886.400	1.886.400
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.476.696,02	3.578.200	3.489.600	3.589.400	3.840.800	3.758.200
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil						
	Betriebsergebnis	-586.972,50	-1.425.100	-1.319.400	-1.315.900	-1.337.400	-1.340.900
9.	Erträge aus Beteiligungen						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	215,61					
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens						
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	61.951,72	11.100	8.700	6.300	4.100	2.900
	dav. an verbundene Unternehmen						
	Finanzergebnis	-61.736,11	-11.100	-8.700	-6.300	-4.100	-2.900
14.	Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-648.708,61	-1.436.200	-1.328.100	-1.322.200	-1.341.500	-1.343.800
15.	Außerordentliche Erträge						
16.	Außerordentliche Aufwendungen						
17.	Außerordentliches Ergebnis						
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag						
19.	Sonstige Steuern	14.293,32	2.100	5.800	5.800	5.800	5.800
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust	-663.001,93	-1.438.300	-1.333.900	-1.328.000	-1.347.300	-1.349.600
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
	Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen						
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter						
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	-663.001,93	-1.438.300	-1.333.900	-1.328.000	-1.347.300	-1.349.600

Finanzplan 2014

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2012 €	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	-663.001	-1.438.300	-1.333.900	-1.328.000	-1.347.300	-1.349.600
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	1.992.650	1.960.000	1.886.400	1.886.400	1.886.400	1.886.400
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-456.906	-440.000	-476.000	-476.000	-476.000	-476.000
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-443.867	-198.900	-110.000	-110.000	-110.000	-110.000
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens	-400					
6.	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen u. Erträge	216					
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-38.191					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	152.710					
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	543.211	-117.200	-33.500	-27.600	-46.900	-49.200
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens	400					
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens						
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
15.	=	400					
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen			-293.400	-205.000		
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-211.931	-190.500	-293.400	-205.000		
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen						
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
20.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-211.931	-190.500	-293.400	-205.000		
21.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen						
22.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
23.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
24.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	194.431	190.500	293.400	205.000		
25.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
26.	=						
27.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen	194.431	190.500	293.400	205.000		
28.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)	-188.423	-54.600	-57.000	58.200	28.100	29.300
29.	- Auszahlungen an d. Gemeinde						
30.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen	-1.324.801					
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen						
32.	=						
33.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	-1.513.224	-54.600	-57.000	58.200	28.100	29.300
34.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven	-1.318.793	135.900	236.400	263.200	28.100	29.300
35.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
36.	=						
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven						
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-987.113	-171.800	-90.500	30.600	-18.800	-19.900
39.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand am Anfang d. Periode	1.497.332	510.200	338.400	247.900	276.300	255.300
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	510.219	338.400	247.900	278.500	257.500	235.400

Vorbericht Wirtschaftsplan 2014

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 wird auf der Grundlage der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg aufgestellt.

Die Aufgabenschwerpunkte des Sportstättenbetriebes der Stadt Cottbus gestalten sich wie folgt.

- Verwaltung und Bewirtschaftung des Gebäudes einschließlich der Ausstattung der Lausitzer Sportschule
- Verwaltung, technische Absicherung und Bewirtschaftung aller durch Betriebssatzung zugeordneter Sportstätten zur Sicherung des Schule-Leistungssport-Verbundsystems sowie des Breiten- und Behindertensportes
- Unterbringung, Versorgung und pädagogische Betreuung der ca. 330 Schülerinnen und Schüler der Lausitzer Sportschule in den beiden Häusern der Athleten
- Sicherung von Sportlehrgängen unterschiedlicher nationaler und internationaler Sportverbände

Die Aufwands- und Ertragslage für das Wirtschaftsjahr 2014 ist geprägt durch erhöhte Personalkosten und daraus abgeleitet einem erhöhten Bedarf an Betriebskostenzuschuss für den Sportstättenbetrieb.

Bei der jährlichen Überprüfung durch das Landesjugendamt für die Erlangung der jährlichen Betriebserlaubnis wurde bereits im September 2013 festgestellt, dass durch die stetig gestiegenen Schülerzahlen im Haus der Athleten I und II der Betreuungsaufwand durch pädagogisches Personal dringend angepasst werden muss.

Der bestehende Erzieherschlüssel von 23,86 VbE ist auf mindestens 30,0 VbE aufzustocken. Damit verbunden wird es bereits zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2014 erforderlich sein, 6 zusätzliche Erzieherstellen einzuplanen.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen führen Preissteigerungen zu erhöhten Medien- und Reinigungskosten. Kompensiert werden diese zum Teil mit den steigenden Umsatzerlösen für die Internatsbelegung, Nutzung von Sportanlagen sowie geplant sinkenden Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen.

Mit der geplanten Herauslösung der Sportanlage auf dem Grundstück in der Elisabeth-Wolf-Straße aus dem Sportstättenbetrieb und anschließender Veräußerung durch die Stadt Cottbus sinken die Kapitalrücklagen bei gleichzeitigem Rückgang des Sachanlagevermögens um 563.996,87 €.

Die im Wirtschaftsplan 2014 unteretzten Erträge sichern bei entsprechender Bereitstellung des Betriebskostenzuschusses die Liquidität und damit die Bewirtschaftung aller dem Eigenbetrieb zugeordneten Sportanlagen und Einrichtungen.

Ausgenommen sind jedoch unvorhergesehene Havarien und technische Störungen in den Sportanlagen, die im Wirtschaftsplan 2014 keine Berücksichtigung finden. Diese Risiken sind weder planbar, noch untersetzbar. Sie müssen jedoch bei entsprechender Priorität finanziell gesondert und zusätzlich eingeordnet werden.

Der Sportstättenbetrieb schließt das Wirtschaftsjahr 2014 voraussichtlich mit einem Jahresverlust von 1.333.900,- € ab. Dieser wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes erfolgt auf der Grundlage der Investitions- und Finanzplanung des Wirtschaftsplanes 2014.

Im Wirtschaftsjahr 2014 sind Investitionen in Höhe von 293.400,- € geplant.

Von diesem Ansatz entfallen 15.000 € auf Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Des Weiteren sind zur Errichtung eines behindertengerechten Fahrstuhls an der Lausitzer Sportschule (inklusions- und ganztagsrelevantes Bauvorhaben) vom MBSJ insgesamt 182.700 € als zuwendungsfähig angesehen worden. Der entsprechende Eigenmittelanteil in Höhe von 45.700 € (20 %) wurde bereits im Mittelfristigen Investitionsplan der Stadt Cottbus gesichert.

Da die Fördermittel ausschließlich 2014 zur Verfügung stehen, sind sowohl Eigenmittel wie auch Fördermittel im Investitionsplan 2014 aufgenommen worden. Der entsprechende Fördermittelbescheid liegt noch nicht vor.

In zukünftigen Wirtschaftsjahren ist mit größeren Ersatzinvestitionen zu rechnen.

Der stark veraltete und reparaturanfällige Maschinenpark des SSB erschwert zunehmend die Bewirtschaftung vieler Außensportanlagen und gefährdet damit die Sicherung der Trainingsstätten des Schul-, Nachwuchs-, Spitzen- und Breitensports.

Da die Abschreibungen des Betriebsvermögens nicht ausfinanziert werden, ist der Sportstättenbetrieb auf die Investitionszuschüsse der Stadt Cottbus angewiesen.

Für die Folgejahre ab 2015 müssen demnach in der Haushalts- und Wirtschaftsplanung mindestens 30.000 € zur Sicherung der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Sportstättenbetriebes aufgenommen werden.

Aufgrund der Aufwands- und Ertragsstruktur des Eigenbetriebes sinkt die Eigenkapitalausstattung zum 31.12.2014 auf ca. 25.032.000 €.

Auch in zukünftigen Wirtschaftsjahren sind hohe Jahresfehlbeträge auszuweisen, welche durch den Verlustvortrag zu einer weiter sinkenden Eigenkapitalausstattung des Sportstättenbetriebes führen. Eine Gegensteuerung kann in Form von Neu- und Ersatzinvestitionen zum Aufbau neuer Rücklagen erfolgen.

Genehmigungspflichtige Sicherheiten und Gewährleistung für Dritte sind nicht vorhanden.

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen und der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben

A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (§ 17 Abs. 1 EigV)

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres		Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -			
		2014	2015	2016	2017
2014					2018
2014					
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme		keine	keine	keine	keine

B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 €	Plan 2013 €	V-Ist 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	Einzahlungen							
	Zuschüsse der Gemeinden	5.100.076	4.849.800	4.849.800	5.550.300	5.357.400	5165400	5.160.700
	davon als Kapitalzuschüsse							
	- zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste							
	davon als Investitionszuschüsse	194.431	190.500	190.500	293.400	200.500		
	davon als Betriebskostenzuschüsse	4.905.645	4.659.300	4.659.300	5.256.900	5.156.900	5.165.400	5.160.700
	davon als Verlustausgleichszuschüsse							
2.	Darlehen der Gemeinden	188.423	54.600	54.600	57.000	58.200	28.100	29.300
3.	Sonstige Einzahlungen der Gemeinden	5.288.499	4.904.400	4.904.400	5.607.300	5.415.600	5.193.500	5.190.000
	Einzahlungen gesamt							
1.	Auszahlungen							
	Ablieferungen an die Gemeinden	15.957	21.500	21.500	19.200	19.200	19.200	19.200
	- von Gewinnen							
	- von Konzessionsabgaben							
	- von Verwaltungskostenbeiträgen	15.957	21.500	21.500	19.200	19.200	19.200	19.200
	- bei Eigenkapitalentnahmen							
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen	205.526	65.700	65.700	65.700	64.500	32.200	32.200
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden							
	Auszahlungen gesamt	221.483	87.200	87.200	84.900	83.700	51.400	51.400

Investzuschuss 2014 = 293,4 T€; davon 110,7 T€ Eigenmittel der Stadt Cottbus und 182,7 T€ Fördermittel des Landes Brandenburg

Stellenübersicht 2014

Teil 1 - Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppen	2013 Anzahl Stellen	Plan 2014 Anzahl Stellen	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06. des Vorjahres	Erläuterungen
2	3	4	4	
2 Ü	1			
3	3	4	4	
4	15	15	15	
5	11	10	10	
6	7	7	7	
S6	23	29	23	
7				
8	1	1	1	
9	3	3	3	
10				
11	2	2	2	
12				
13	1		1	
14		1		
gesamt	70	76	70	

Teil 2 - Besondere Abschnitte

1. Probeämter, Anwärtler und Auszubildende

Bezeichnung	Art der Vergütung	Plan 2014 Anzahl Stellen	Beschäftigt am 01.10. des Vorjahres Anzahl Stellen	Erläuterungen

2. Beschäftigte, die von der Dienst-/Arbeitsleistung freigestellt sind

Entgeltgruppe	Plan 2013 Anzahl Stellen	Plan 2014 Anzahl Stellen	Erläuterungen
13	1	1	Freizeitphase ATZ

Investitionsplan 2014

Nr. Maßnahme	Planjahr 2014 €	Folgejahre				Summe Jahre €
		2015 €	2016 €	2017 €	2018 €	
Gebäude und bauliche Anlagen						
1 SSB- Lausitzer Sportschule- Barrierefreiheit	278.400	200.500				478.900
2 StT Branitz - Sportlerheim	228.400 50.000	200.500				228.400 250.500
Technische Anlagen und Maschinen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						
1 sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.000					15.000
2	15.000					15.000
3						
4						
5						
6						
Investitionen gesamt						
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen						
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit						
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögen						
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit						
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus Sonderposten						
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						
	293.400	200.500				493.900
	293.400	200.500				493.900

* Abweichung ggü. der Stadt Cottbus, EM-Anteil 45,7 T€, FM-Anteil i.H.v. 182,7 T€ noch nicht im MIP aufgenommen

Erläuterung zum Erfolgsplan 2014

Bezeichnung	2014	2015	2016	2017
<u>Erlöse</u>	<u>1.309.000,00</u>	<u>1.309.000,00</u>	<u>1.309.000,00</u>	<u>1.309.000,00</u>
langfristige Mieten	262.000,00	262.000,00	262.000,00	262.000,00
Nutzung Sportanlagen	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
Bewirtschaftung FCE-Objekte	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00
Erlöse Saunabetrieb	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
Internatsbelegung und Versorgung	733.500,00	733.500,00	733.500,00	733.500,00
Essengeld Schüler	50.000,00	50.000,00	50.000,00	50.000,00
Lehrgänge/Gäste Essen und Unterkunft	121.500,00	121.500,00	121.500,00	121.500,00
Sonstiges	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00
<u>Sonstige betriebliche Erträge</u>	<u>6.704.200,00</u>	<u>6.717.300,00</u>	<u>6.947.200,00</u>	<u>6.861.100,00</u>
Betriebskostenzuschuss Betriebs- und Unterhaltungskosten	5.210.800,00	5.106.000,00	5.103.800,00	5.102.600,00
Betriebskostenzuschuss Altlastensanierung EM 10%	26.900,00	31.700,00	42.400,00	38.900,00
Betriebskostenzuschuss VKE	19.200,00	19.200,00	19.200,00	19.200,00
Betriebskostenzuschuss Gesamt	5.256.900,00	5.156.900,00	5.165.400,00	5.160.700,00
Auflösung Sonderposten	476.000,00	476.000,00	476.000,00	476.000,00
sonstige Einzahlungen der Gemeinde (Tilgung von Krediten)	57.000,00	58.200,00	28.100,00	29.300,00
OSP-Standortsicherung	283.500,00	283.500,00	283.500,00	283.500,00
Refinanzierung Altlastensanierung	592.000,00	697.000,00	933.000,00	855.500,00
Anteil Stadt (54,8%)	38.800,00	45.700,00	61.200,00	56.100,00
<u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>	<u>3.489.600,00</u>	<u>3.589.400,00</u>	<u>3.840.800,00</u>	<u>3.758.200,00</u>
Energie, Wasser, Heizung	1.007.500,00	1.007.500,00	1.007.500,00	1.007.500,00
Fremdleistung Werterhaltung	494.000,00	494.000,00	494.000,00	494.000,00
Sonstige Fremdleistungen (Müll, Reinigung, sonstige Dienstleistungen)	360.900,00	360.900,00	360.900,00	360.900,00
Treibstoffe	164.000,00	164.000,00	164.000,00	164.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	476.000,00	463.800,00	463.800,00	463.800,00
unentg. Wertabgabe Sportanlagen (Aufwand)	349.000,00	349.000,00	349.000,00	349.000,00
Aufwand Altlastensanierung	638.200,00	750.200,00	1.001.600,00	919.000,00
(minus Rückstellung)	(26.900)	(31.700)	(42.400)	(38.900)

Bilanz zum 31. Dezember 2012

(mit Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2011)

AKTIVA

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Software

II. Sachanlagen

- Grundstücke und grundstückgleiche Rechte mit
- Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten
- Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nr. 1 gehören
- Maschinen und maschinelle Anlagen
- Betriebs- u. Geschäftsausstattung
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

	Stand am 31.12.2012 EUR	Stand am 31.12.2011 EUR
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital		
1. Allgemeine Rücklage	44,06	44,06
II. Rücklagen		
1. Verlustvortrag	48.555.502,33	48.555.502,33
IV. Verlust	0,51	0,51
Verlust des Vorjahres	199.686,24	199.686,24
Ausgleich durch Vortrag auf neue Rechnung	1.163.118,71	1.163.118,71
Jahresverlust	71.056,21	71.056,21
B. Sonderposten für Zuschüsse		
1. Erhaltene Investitionszuschüsse	48.198.653,87	48.198.653,87
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	3.726,00	4.565,00
2. Sonstige Rückstellungen	19.924,08	25.122,04
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62.206,13	27.119,19
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	674,98	20.076,83
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)		
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein	180.206,42	193.541,38
Beteiligungsverhältnis besteht		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)		
4. Forderungen an die Gemeinde	197.051,34	151.661,88
dav. mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: 86.399,01 € (Vorjahr 115.752,90 €)		
5. Sonstige Vermögensgegenstände		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)		
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
Rechnungsabgrenzungsposten		
Summe	49.175.161,72	51.905.020,32

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

II. Waren

4

III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)

IV. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein

- Beteiligungsverhältnis besteht

davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)

V. Forderungen an die Gemeinde

dav. mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: 86.399,01 € (Vorjahr 115.752,90 €)

VI. Sonstige Vermögensgegenstände

davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)

	Stand am 31.12.2012 EUR	Stand am 31.12.2011 EUR
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital		
1. Allgemeine Rücklage	44,06	44,06
II. Rücklagen		
1. Verlustvortrag	48.555.502,33	48.555.502,33
IV. Verlust	0,51	0,51
Verlust des Vorjahres	199.686,24	199.686,24
Ausgleich durch Vortrag auf neue Rechnung	1.163.118,71	1.163.118,71
Jahresverlust	71.056,21	71.056,21
B. Sonderposten für Zuschüsse		
1. Erhaltene Investitionszuschüsse	48.198.653,87	48.198.653,87
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	3.726,00	4.565,00
2. Sonstige Rückstellungen	19.924,08	25.122,04
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62.206,13	27.119,19
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	674,98	20.076,83
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)		
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein	180.206,42	193.541,38
Beteiligungsverhältnis besteht		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)		
4. Forderungen an die Gemeinde	197.051,34	151.661,88
dav. mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: 86.399,01 € (Vorjahr 115.752,90 €)		
5. Sonstige Vermögensgegenstände		
a) davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)		
b) davon aus Steuern:		
Geschäftsjahr 49.261,07 €		
Vorjahr 0,00 €		
c) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:		
Geschäftsjahr 0,00 €		
Vorjahr 0,00 €		
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
Rechnungsabgrenzungsposten		
Summe	49.175.161,72	51.905.020,32

Grün- und Parkanlagen

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus

Grün- und Parkanlagen der Stadt Cottbus

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus / Chósebuz

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

Inhalt:

- Festsetzungen
- Erfolgsplan
- Finanzplan

Anlagen:

- Vorbericht
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Stellenübersicht
- Investitionsplan
- Erläuterungen zum Erfolgsplan

Wirtschaftsplan

Grün- und Parkanlagen der Stadt Cottbus

Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV
für das Wirtschaftsjahr 2014

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom 00.00.0000 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 festgestellt:

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	2.059.500 €
die Aufwendungen	2.058.000 €
der Jahresgewinn	1.500 €
der Jahresverlust	0 €

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	119.600 €
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-102.500 €
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0 €

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	0 €
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	0 €

Cottbus,

Frank Szymanski
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus

Erfolgsplan 2014

Nr.		Ist 2012 €	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	Umsatzerlöse	1.776.406	1.868.800	1.919.200	1.919.200	1.919.200	1.919.200
2.	Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	167.210	150.000	140.300	154.000	154.000	154.000
	dav. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil						
5.	Materialaufwand	109.718	93.000	96.000	96.000	96.000	96.000
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	85.984	70.000	72.000	72.000	72.000	72.000
	b) Aufw. f. bezogene Leistungen	23.734	23.000	24.000	24.000	24.000	24.000
6.	Personalaufwand	1.537.597	1.644.000	1.668.000	1.691.000	1.691.000	1.691.000
	a) Löhne und Gehälter	1.246.312	1.334.000	1.353.000	1.371.000	1.371.000	1.371.000
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung	291.285	310.000	315.000	320.000	320.000	320.000
	dav. f. Altersversorgung	34.072	32.200	32.900	33.200	33.200	33.200
7.	Abschreibungen	94.063	106.000	119.600	110.000	110.000	110.000
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	186.523	165.000	169.200	170.000	170.000	170.000
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil						
	Betriebsergebnis	15.715	10.800	6.700	6.200	6.200	6.200
9.	Erträge aus Beteiligungen						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	213					
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens						
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen						
	dav. an verbundene Unternehmen						
	Finanzergebnis	213					
14.	Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.928	10.800	6.700	6.200	6.200	6.200
15.	Außerordentliche Erträge						
16.	Außerordentliche Aufwendungen						
17.	Außerordentliches Ergebnis						
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag						
19.	Sonstige Steuern	5.035	5.200	5.200	5.200	5.200	5.200
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust	10.893	5.600	1.500	1.000	1.000	1.000
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
	Jahresgewinn zur Tilgung Verlustvortrag						
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter	10.893	5.600	1.500	1.000	1.000	1.000
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen						

Finanzplan 2014

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2012 TEUR	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	11	5.600	1.500	1.000	1.000	1.000
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	94	106.000	119.600	110.000	110.000	110.000
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen						
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	24					
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens	-2	-5.000	-1.500	-6.000	-3.000	-6.000
6.	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen u. Erträge						
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	128	106.600	119.600	105.000	108.000	105.000
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens	17	5.000	1.500	6.000	3.000	6.000
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens						
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
15.	=	17	5.000	1.500	6.000	3.000	6.000
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen						
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-147	-139.000	-104.000	-118.000	-115.000	-115.000
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen						
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
20.	=	-147	-139.000	-104.000	-118.000	-115.000	-115.000
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-130	-134.000	-102.500	-112.000	-112.000	-109.000
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen						
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
27.	=						
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen						
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde						
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen						
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen						
33.	=						
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit						
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
37.	=						
38.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven						
39.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-2	-27.400	17.100	-7.000	-4.000	-4.000
40.	= Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	95	92.926	65.526	82.626	75.626	71.626
	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	93	65.526	82.626	75.626	71.626	67.626

Vorbericht 2014

Grün- und Parkanlagen der Stadt Cottbus ist ein Eigenbetrieb der Stadt Cottbus. Seine Aufgaben beinhalten hauptsächlich die Pflege und Unterhaltung öffentlicher Grün- und Parkanlagen sowie städtischer Grundstücke in ortsteilbezogener Gemeindegearbeit und des Stadtwaldes, des öffentlichen Grüns auf städtischen Friedhöfen, von öffentlichen Spielplätzen, von Bewässerungssystemen und Leistungen im Bestattungswesen.

Im Wirtschaftsjahr 2014 ist bei den öffentlichen Grünanlagen, Bäumen, Spielplätzen, dem Stadtwald und den Gemeindegarbeitern eine Steigerung der Haushaltsmittel gegenüber 2013 um 3 % geplant, bei den Friedhöfen einschließlich Bestattungen eine Steigerung um 2 %.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind TEUR 10 niedriger als im Vorjahr, in dieser Höhe sinkt durch eine reduzierte Anzahl geförderter Mitarbeiter der Zuschuss durch die Agentur für Arbeit.

Die Erträge belaufen sich in 2014 auf TEUR 2.059,5, die Gesamtaufwendungen auf TEUR 2.058,0. Der geplante Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1,5 soll zur Tilgung des Verlustvortrages verwendet werden.

Der Investitionsplan sieht Anschaffungen in Höhe von TEUR 104,0 vor, wobei die größte Investition der Kauf eines Aufsitzrasenmähers in Höhe von TEUR 40,0 ist.

Die Höhe der Liquidität verbessert sich im Wirtschaftsjahr 2014 leicht. Durch die jahreszeitlichen Schwankungen in den Einnahmen und durch Vorfinanzierungen, z.B. von den durch die Agentur für Arbeit geförderten Maßnahmen, ist der Eigenbetrieb nur durch die Unterstützung der Stadtverwaltung Cottbus zahlungsfähig. Es ist deshalb notwendig, dass die Haushaltsmittel entsprechend der steigenden Preise und Entgelte sowie des Liquiditätszeitpunktes bereitgestellt werden.

Die Eigenkapitalausstattung beträgt zum 31.12.2012 TEUR 677,2. Genehmigungspflichtige Sicherheiten und Gewährleistungen für Dritte sind nicht vorhanden. Es wurden in den Vorjahren keine Kredite für Investitionen durch den Eigenbetrieb aufgenommen und es wurden keine Liquiditätskredite in Anspruch genommen.

Es erfolgte eine Stärkung durch die Erweiterung des Gegenstandes des Eigenbetriebes.

Cottbus, 29.10.2013

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen und der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben

A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (§ 17 Abs. 1 EigV)

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -			
	2014	2015	2016	2017
2014 keine				
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme	keine	keine	keine	keine

B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 €	Plan 2013 €	V-Ist 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	Einzahlungen Zuschüsse der Gemeinden - davon als Kapitalzuschüsse - zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon als Verlustausgleichszuschüsse Darlehen der Gemeinden							
2.	Sonstige Einzahlungen der Gemeinden	1.754.695	1.841.800	1.841.800	1.891.200	1.891.200	1.891.200	1.891.200
3.	Einzahlungen gesamt	1.754.695	1.841.800	1.841.800	1.891.200	1.891.200	1.891.200	1.891.200
1.	Auszahlungen Ablieferungen an die Gemeinden - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungskostenbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen							
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen	4.639	4.700	4.000	4.000	4.800	4.800	4.800
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden							
	Auszahlungen gesamt	4.639	4.700	4.000	4.000	4.800	4.800	4.800

Stellenübersicht 2014

Teil 1 - Tariflich Beschäftigte

	2013	Plan 2014	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06. des Vorjahres	
Entgeltgruppen	Anzahl Stellen	Anzahl Stellen		Erläuterungen
1	10	9	10	
2 Ü	1	1	1	
3	22	22	20	
4	3	1	3	
5	8	10	8	
6				
7				
8	2	2	2	
9				
10	1	1	1	
11				
12				
13				
14	1	1	1	
gesamt	48	47	46	

Teil 2 - Besondere Abschnitte

1. Probeämter, Anwärter und Auszubildende

Bezeichnung	Art der Vergütung	Plan 2014 Anzahl Stellen	01.10. des Vorjahres Anzahl Stellen	Erläuterungen
1. Lehrjahr	Ausbildungsentgelt		1	1 Neueinstellung zum 01.01.2014
1./2. Lehrjahr	Ausbildungsentgelt	1		
2./3. Lehrjahr	Ausbildungsentgelt	1	2	

2. Beschäftigte, die von der Dienst-/Arbeitsleistung freigestellt sind

Entgeltgruppe	Plan 2013 Anzahl Stellen	Plan 2014 Anzahl Stellen	Erläuterungen
3	1		

Investitionsplan 2014

Nr.	Maßnahme	Planjahr 2014 €	Folgejahre				Summe Jahre €
			2015 €	2016 €	2017 €	2018 €	
Gebäude und bauliche Anlagen							
1	Garagen Südfriedhof	25.000					25.000
2		25.000					25.000
3							
4							
Technische Anlagen und Maschinen							
1	Hacker		38.000				38.000
2			38.000				
3							
4							
Betriebs- und Geschäftsausstattungen							
		79.000	80.000	115.000	115.000	90.000	479.000
1	Wegepflegegerät	14.000					14.000
2	Aufsitzrasenmäher	40.000			30.000		70.000
3	Grasshopper	15.000					15.000
4	Multicar oder ähnlich					80.000	230.000
5	Leiber/ Gabelstapler		75.000	75.000	30.000		30.000
6	Dreiseitenkipper			30.000	30.000		30.000
7	Anhängebühne			45.000	45.000		45.000
8	Sonstiges/ GWG	10.000	5.000	10.000	10.000	10.000	45.000
	Investitionen gesamt	104.000	118.000	115.000	115.000	90.000	542.000
	Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen	104.000	118.000	115.000	115.000	90.000	542.000
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit							
	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögen	119.600	110.000	110.000	110.000	110.000	559.600
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit							
	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.500					1.500
	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
	Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit	1.500					1.500
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen							
	Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
	Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
	Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven		8.000	5.000	5.000		18.000
	Zuführungen zu Liquiditätsreserven	17.100				20.000	37.100

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2014

Bezeichnung	Ist 2012 in EUR	Plan 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR
1. Umsatzerlöse	1.776.406	1.868.800	1.919.200
1.1. Unterhaltung Grünanlagen	378.658	400.600	412.600
1.2. Unterhaltung Spiel- und Bolzplätze	282.931	278.700	287.100
1.3. Baumpflege	249.079	262.000	269.900
1.4. Unratberäumung	83.417	93.200	96.000
1.5. Unterhaltung Friedhöfe, Bäume	269.985	287.000	295.000
1.6. Kriegsgräber	19.534	18.000	18.000
1.7. Ehrengräber	4.441	5.000	5.000
1.8. Grabfelder	39.163	40.000	40.000
1.9. Unternehmerreinigung	42.003	45.000	46.000
1.10. Bestatter, Feierhalle	186.903	198.000	201.000
1.11. Stadtwald	95.001	102.000	105.000
1.12. Gemeindearbeiter	66.718	112.300	115.600
1.13. Sonstige Umsatzerlöse	58.573	27.000	28.000
2. Sonstige betriebliche Erträge	167.210	150.000	140.300
2.1. Zuschuss Bund und Land	138.136	135.100	118.700
2.2. Sonstige Erträge	29.074	14.900	21.600
3. Sonstiger betrieblicher Aufwand	186.523	165.000	169.200
3.1. Raumkosten	17.530	18.200	20.000
3.2. Gebühren, Beiträge, Versicherung	15.709	17.800	18.000
3.3. Verwaltungskostenerstattung	4.639	4.700	4.000
3.4. Kraftfahrzeugkosten	13.669	16.300	16.300
3.5. Mietaufwendungen	21.332	10.500	10.500
3.6. Reparaturen und Instandhaltung	63.638	52.000	54.000
3.7. sonstige Fremdarbeiten	11.233	13.000	14.000
3.8. Sonstige Kosten	38.773	32.500	32.400

Passivseite:

25

Jugendkulturzentrum Glad-House

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus

Jugendkulturzentrum Glad-House

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus / Chośebuz

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

Arbeitsstand: 27.09.2013

Inhalt:

- Festsetzungen
- Erfolgsplan
- Finanzplan

Anlagen:

- Vorbericht
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Stellenübersicht
- Investitionsplan
- Eräuterungen zum Erfolgsplan

Wirtschaftsplan

Jugendkulturzentrum Glad-House

Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV
für das Wirtschaftsjahr 2014

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom ... den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 festgestellt:

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	<u>1.214.700 €</u>
die Aufwendungen	<u>1.289.200 €</u>
der Jahresgewinn	<u> </u>
der Jahresverlust	<u>-74.500 €</u>

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>-28.500 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-10.000 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>10.000 €</u>

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	<u>0 €</u>
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	<u>0 €</u>

Cottbus,

Frank Szymanski

Erfolgsplan 2014

Nr.	Ist 2012 €	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1. Umsatzerlöse	538.094	597.000	561.500	561.500	561.500	561.500
2. Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3. Andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	587.704	553.200	653.200	653.200	653.200	653.200
dav. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	52.981	15.300	79.000	79.000	79.000	79.000
5. Materialaufwand	297.846	274.200	267.700	267.700	267.700	267.700
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	78.686	80.200	75.700	75.700	75.700	75.700
b) Aufwend. f. bezogene Leistungen	218.959	194.000	192.000	192.000	192.000	192.000
6. Personalaufwand	436.741	522.200	534.300	544.850	550.200	555.650
a) Löhne und Gehälter	436.741	522.200	534.300	544.850	550.200	555.650
b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung dav. f. Altersversorgung	112.550	75.000	125.000	125.000	125.000	125.000
7. Abschreibungen	387.059	353.800	362.200	362.200	362.200	362.200
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen						
dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil						
Betriebsergebnis	-108.398	-75.000	-74.500	-85.050	-90.400	-95.850
9. Erträge aus Beteiligungen						
dav. aus verbundenen Unternehmen						
10. Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögen						
dav. aus verbundenen Unternehmen						
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge						
dav. aus verbundenen Unternehmen						
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens	48					
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen						
dav. an verbundene Unternehmen						
Finanzergebnis	-48					
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-108.446	-75.000	-74.500	-85.050	-90.400	-95.850
15. Außerordentliche Erträge						
16. Außerordentliche Aufwendungen						
17. Außerordentliches Ergebnis						
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag						
19. Sonstige Steuern						
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	-108.446	-75.000	-74.500	-85.050	-90.400	-95.850
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen						
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter						
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	-108.446	-75.000	-74.500	-85.050	-90.400	-95.850

Finanzplan 2014

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2012 TEUR	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	-108	-75.000	-74.500	-85.050	-90.400	-95.850
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	112	75.000	125.000	125.000	125.000	125.000
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-53	-15.300	-79.000	-79.000	-79.000	-79.000
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-8					
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens						
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge						
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	219					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-124					
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	38	-15.300	-28.500	-39.050	-44.400	-49.850
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens						
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens						
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-611	-129.500	-10.000			
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände						
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen						
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-611	-129.500	-10.000			
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-611	-129.500	-10.000			
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen						
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	570	124.500	10.000			
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	570	124.500	10.000			
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen						
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde						
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen						
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen						
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit						
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	570	124.500	10.000			
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven						
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-3	-20.300	-28.500	-39.050	-44.400	-49.850
39.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	77	110.700	90.400	61.900	22.850	-21.550
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	74	90.400	61.900	22.850	-21.550	-71.400

Vorbericht 2014

1. Das Jugendkulturzentrum Glad-House ist ein Eigenbetrieb der Stadt Cottbus, der die Aufgabe hat, kulturelle und kulturpädagogische Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene zu organisieren. Dies wird durch Musik- und andere Veranstaltungen, einen nichtgewerblichen kommunalen Kinospielebetrieb und Angebote in einer Literatur- und Medienwerkstatt realisiert.

Der Eigenbetrieb verfügt über eine selbstorganisierte veranstaltungsbezogene Gastronomie.

2. Die Gemeinnützigkeit wurde durch das Finanzamt lt. Bescheid vom 23.03.2012 anerkannt. Steuerpflichtig ist das Glad-House mit der Gastronomie.

3. Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes sind zuständig:

- a) Stadtverordnetenversammlung
- b) Werksausschuss
- c) Werkleitung

Als Werkleiter des Eigenbetriebes wurde Jürgen Dulitz eingesetzt. Er trägt die Verantwortung für die wirtschaftliche Führung des Jugendkulturzentrums Glad-House nach kaufmännischen Grundsätzen für die laufende Betriebsführung und die Personalangelegenheiten.

4. Die Eigenerwirtschaftung einschließlich der Einwerbung von Drittmitteln (Projektförderung, Spenden, Sponsoring u.ä.) beträgt 579.500 € für die Planungsperiode. Das entspricht 47,7 % der Gesamtleistung.

5. Dieser Wirtschaftsplan geht von einer Förderung von 75.000 € durch das Kulturministeriums des Landes aus. Diese Förderung dient vorrangig der finanziellen Unterstützung der kulturellen Bildungsangebote der Einrichtung. Für die Jahre ab 2015 soll eine Förderrichtlinie Soziokultur erarbeitet werden, nach der die Höhe der zukünftigen Förderung ungewiss ist.

6. Das Zuschussvolumen der Stadt Cottbus beläuft sich auf 481.200 € (Betriebskostenzuschuss). Zur Aufrechterhaltung der derzeitigen Betriebsabläufe scheint ab dem Wirtschaftsjahr 2015 ff. eine Erhöhung des städtischen Zuschusses angezeigt.

7. Die aktuelle Ertragslage bei den Veranstaltungs- und gastronomischen Erlösen ist leicht rückläufig. Gründe dafür sind einerseits geringere Besucherzahlen, insbesondere bei umsatzstarken und aufwandsseitig günstigen Veranstaltungen (Partys über 18) durch Rückgang der Bewohnerzahl in dieser Bevölkerungsgruppe in der Region bei gleichzeitiger Zunahme der Anbieter und Angebote.

Andererseits wirkt sich die erforderliche stärkere Ausrichtung der Angebote des Jugendkulturzentrums auf Veranstaltungen mit soziokulturellem Profil erlösmindernd aus.

Um gegen zu steuern wurden im November 2012 die Eintrittspreise Oben kino und zum September 2013 die Gastronomiepreise angehoben.

Auch für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass sich die Ertragslage auf geringerem Niveau als bis 2011 bei 550 T€ stabilisieren wird.

Eine erneute Angebotsveränderung hin zu einem umfänglichen Partybetrieb ist weder wirtschaftlich auf Grund der seit 2009/2011 veränderten Rahmenbedingungen in Cottbus (geringere Anzahl Jugendliche/junge Erwachsene bei sich gleichzeitig veränderndem Freizeitverhalten dieser Altersgruppe und Zunahme von Anbietern und Angeboten) erfolgsversprechend noch dem Profil des Hauses als soziokulturelles Zentrum angemessen (vgl. die auch in den Medien 2012 öffentlich ausgetragene Programmkritik an vielen Wochenendangeboten in den Jahren bis 2012).

Die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen seit 2008 senkten die Zuschüsse der Stadt Cottbus absolut um 100 T€. Um Steigerungen bei den Betriebskosten, den direkten Kulturaufwendungen und die Tarifentwicklung beim festen Personal (u.a. auch den letzten Ost-West Anpassungsschritt) aufzufangen, wurden schrittweise Stellen reduziert und gleichzeitig die Wochenendangebote auf ertragsstarke Partys fokussiert.

So konnten bis 2011 Kosten gesenkt und Erträge gesteigert werden. Seit dem Wirtschaftsjahr 2012 wird deutlich, dass aus o.g. Gründen diese Steuerungsinstrumente ausgeschöpft sind und nicht mehr wirken.

Die in den vergangenen Wirtschaftsjahren bis 2011 erarbeiteten Liquiditätsspielräume wurden vor allem im Zuge der Sanierungsmaßnahmen eingesetzt, um erforderliche nicht förderfähige Maßnahmen finanzieren zu können.

Auch der vorliegende Wirtschaftsplan muss von einer Reduzierung des Liquiditätsspielraumes um 28,5 T€ ausgehen, um bei der gedeckelten Zuwendung der Stadt Cottbus und gleichbleibenden Förderung vom Land den Betrieb der Einrichtung finanziell absichern zu können.

Möglicherweise wird 2016, eventuell aber auch bereits 2015, der vorhandene Spielraum aufgebraucht sein.

Aus den eingangs dargestellten Gründen ist die Konsequenz einer Anpassung des Zuschusses der Stadt Cottbus ab 2016 bzw. 2015 insbesondere für die Finanzierung der tariflichen Entwicklungen erforderlich, wenn der Eigenbetrieb mit einem soziokulturellen Profil in der gegenwärtigen Angebotsstruktur (Veranstaltungsangebote, Obenkino und Kulturwerkstatt) und –vielfalt handlungsfähig bleiben soll.

8. Der Eigenbetrieb beabsichtigt nicht Darlehen aufzunehmen und hat keine laufenden Darlehensverpflichtungen. Auf die entsprechende Anlage lt. EigV wird daher verzichtet.

9. Die Liquidität wird 2014 planmäßig um 28,5 T€ gemindert. Auf Grund der vorhandenen Reserven führt dies im Planjahr nicht zu Liquiditätsproblemen. Für das Folgejahr 2015, spätestens aber 2016, ist davon auszugehen, dass die Liquiditätsreserven des Eigenbetriebes aufgebraucht sein werden.

10. Das Jahresergebnis in Höhe eines Fehlbetrages von 74,5 T€ wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen und der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirkenden Einnahmen und Ausgaben

A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (§ 17 Abs. 1 EigV)

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -			
	2014	2015	2016	2017
keine				
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme	keine	keine	keine	keine

B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 €	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	Einzahlungen Zuschüsse der Gemeinde davon als Kapitalzuschüsse - zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon als Verlustausgleichszuschüsse Darlehen der Gemeinde 3. Sonstige Einzahlungen der Gemeinde	1.098.094 569.194 528.900 	662.400 124.500 537.900 	566.200 10.000 556.200 	556.200 556.200 	556.200 556.200 	556.200 556.200
	Einzahlungen gesamt	1.098.094	662.400	566.200	556.200	556.200	556.200
1.	Auszahlungen Ablieferungen an die Gemeinde - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungskostenbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen 2. Tilgung von Darlehen der Gemeinde 3. sonstige Auszahlungen an die Gemeinde	11.169 	12.318 12.318 	11.300 11.300 	11.300 11.300 	11.300 11.300 	11.300 11.300
	Auszahlungen gesamt	11.169	12.318	11.300	11.300	11.300	11.300

Stellenübersicht 2014

Teil 1 - Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppen	Plan 2013 Anzahl Stellen	Plan 2014 Anzahl Stellen	besetzten Stellen am 30.06. des Vorjahres	Erläuterungen
2 Ü				
3				
4				
5	3	3	3	
6	2	1	1	
7				
8	4	5	5	
9	1	1	1	
10				
11	1	1	1	
12				
13				
14				
gesamt	11	11	11	

Teil 2 - Besondere Abschnitte

1. Probeämter, Anwärter und Auszubildende

Bezeichnung	Art der Vergütung	Plan 2014 Anzahl Stellen	01.10. des Vorjahres Anzahl Stellen	Erläuterungen
Azubi		2	1	

2. Beschäftigte, die von der Dienst-/Arbeitsleistung freigestellt sind

Entgeltgruppe	Plan 2013 Anzahl Stellen	Plan 2014 Anzahl Stellen	Erläuterungen

Investitionsplan 2014

Nr. Maßnahme	Planjahr 2014 €	2015 €	Folgejahre 2016 €	2017 €	Summe Jahre €
Gebäude und bauliche Anlagen					
1					
2					
3					
5					
6					
Technische Anlagen und Maschinen					
1					
2					
3					
5					
6					
Betriebs- und Geschäftsausstattungen					
1 Betrieb-/Geschäftsausstattung/Veranstaltungstechnik	10.000				10.000
2	10.000				10.000
3					
4					
6					
Investitionen gesamt	10.000				10.000
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen	10.000				10.000
<i>Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit</i> Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens <i>Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit</i> Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit <i>Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit</i> Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven					
	10.000				10.000
	10.000				10.000

Erfolgsplan 2014	
<u>A. Erträge</u>	
<u>1. Umsatzerlöse</u>	
1.1. Erträge aus Kulturbetrieb	270.000,00 €
1.2. Erträge aus Vermietungen	11.500,00 €
1.3. Umsatz aus Gastronomie	280.000,00 €
1.4. Erlöse Verwaltung	0,00 €
<i>Umsatzerlöse gesamt:</i>	<i>561.500,00 €</i>
<u>2. Sonstige betriebliche Erträge</u>	
2.1. Zuschuss der Stadt Cottbus	481.200,00 €
2.2. Förderung MfWFK	75.000,00 €
2.3. Zuschuß Zivi/Freiwillige	0,00 €
2.4. periodenfremde Erträge	0,00 €
2.5. Ertr. Aufl. Sopo (stfr. Rückl.)	79.000,00 €
2.6. Zuschuss Spende	0,00 €
2.7. Projektförderung	18.000,00 €
2.8. Versicherungsentschädigung	0,00 €
<i>Sonstige betriebliche Erträge gesamt:</i>	<i>653.200,00 €</i>
<i>Erträge gesamt:</i>	<i>1.214.700,00 €</i>
<u>B. Aufwendungen</u>	
<u>1. Materialaufwand</u>	
<i>1.1. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</i>	
1.1.1. Wareneinsatz	72.500,00 €
1.1.2. Verbrauchsmaterial Gastronomie	1.300,00 €
1.1.3. Betriebsbedarf Gastronomie	1.800,00 €
1.1.4. Aufwendungen für Spiel u. Gestaltung	0,00 €
1.1.5. Fahrtkosten Gastronomie	100,00 €
<i>Summe Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsst.</i>	<i>75.700,00 €</i>
<i>2.2. Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	
1.2.1. Aufwand Werkverträge	30.000,00 €
1.2.2. Werterhaltung u. Reparaturen Gastronomie	4.500,00 €
1.2.3. Nebenkosten Getränkeausschank	80.000,00 €
1.2.4. Gagen und Künstlerhonorare	65.000,00 €
1.2.5. Sonstige Honorare	12.500,00 €
<i>Summe Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	<i>192.000,00 €</i>
<i>Materialaufwand gesamt:</i>	<i>267.700,00 €</i>
<u>2. Personalaufwand</u>	
<i>2.1. Löhne und Gehälter</i>	
2.1.1. Aufwand Mitarbeiter	527.300,00 €
2.1.2. Aufwand ABM Kräfte	0,00 €
2.1.3. Aufwand Zivildienstleistende/Freiwillige	7.000,00 €
<i>Personalaufwand gesamt:</i>	<i>534.300,00 €</i>
<u>3. Abschreibungen</u>	
3.1. Abschreibungen auf Betriebsausstattung	
3.2. Abschreibung auf Gebäude	
<i>Abschreibungen gesamt:</i>	<i>125.000,00 €</i>

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	Plan 2014
4.1. Raumkosten	
4.1.1. Instandhaltung Gebäude u. Anlagen	3.800,00 €
4.1.2. Heizkosten	29.500,00 €
4.1.3. Wasser/Abwasser	3.400,00 €
4.1.4. Reinigung	12.000,00 €
4.1.5. Entsorgung	2.300,00 €
4.1.6. Strom	22.300,00 €
4.1.7. Betriebsbedarf beweglicher Anlagen	5.500,00 €
4.1.8. Kleinmaterial Gebäude u. Anlagen	1.000,00 €
4.1.9. Wartung/Reparatur bewegl. Anlagen	13.800,00 €
Summe Raumkosten:	93.600,00 €
4.2. Verschiedene betriebliche Kosten	
4.2.1. Mitgliedsbeiträge(Verbandsarbeit)	1.900,00 €
4.2.2. Dienstreisen und Fahrtaufwendungen	800,00 €
4.2.3. Fortbildung(Fachtagungen,-messen,u.a.)	500,00 €
4.2.4. Verbrauchsmaterial	1.900,00 €
4.2.5. Telefon/Fax/Internet	2.000,00 €
4.2.6. Porto/Versand	1.600,00 €
4.2.7. Bürobedarf	800,00 €
4.2.8. Zeitschriften u. Bücher	800,00 €
4.2.9. Beratung und Prüfungen	10.900,00 €
4.2.10. Gebühren	300,00 €
4.2.11. Ämterumlagen/Gebäude- u. Haftpflichtver	16.000,00 €
4.2.12. Aufwendungen Werksausschuss	400,00 €
Summe Verschiedene betriebliche Kosten	37.900,00 €
4.3. Kosten des Kulturbetriebes	
4.3.1. Produktionskosten Veranstaltung	80.000,00 €
4.3.2. Reisekosten Künstler	2.000,00 €
4.3.3. Übernachtungskosten Künstler	6.700,00 €
4.3.4. Technikkosten Veranstaltungen	7.000,00 €
4.3.5. Security-Kosten	21.000,00 €
4.3.6. Organisationskosten Veranstaltungen	35.000,00 €
4.3.7. Cateringkosten Künstler	10.000,00 €
4.3.8. Filmkosten	20.000,00 €
4.3.9. Werbungskosten	24.000,00 €
4.3.10. Verbrauchs- u. Dekorationsmaterial	3.000,00 €
4.3.11. GEMA-Kosten	16.000,00 €
4.3.12. KSK	4.000,00 €
4.3.13. Literaturwettbewerb/Publikationen	2.000,00 €
Summe Kosten des Kulturbetriebes	230.700,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen gesamt:	362.200,00 €
Aufwendungen gesamt:	1.289.200,00 €
3.1. Erträge	1.214.700,00 €
3.2. Aufwendungen	1.289.200,00 €
Überschuss / - Fehlbetrag	-74.500,00 €

Tierpark

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus

Tierpark Cottbus

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus / Chośebuz

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

Bearbeitungsstand 11.12.2013

Inhalt:

- Festsetzungen
- Erfolgsplan
- Finanzplan

Anlagen:

- Vorbericht
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Stellenübersicht
- Investitionsplan

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom 00.00.0000 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 festgestellt:

Erfolgsplan 2014

Nr.		Ist 2012 €	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	Umsatzerlöse	515.196	551.000	585.000	605.000	670.000	690.000
2.	Erhöhung od. Verminderung, d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	1.533.488	1.500.020	1.561.468	1.711.000	1.536.700	1.524.800
4.	Sonstige betriebliche Erträge	26.222	38.900	51.668	60.688	66.453	73.997
	dav. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil						
5.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren						
	b) Aufw. f. bezogene Leistungen						
6.	Personalaufwand	1.285.496	1.418.549	1.451.020	1.469.350	1.498.737	1.528.610
	a) Löhne und Gehälter						
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung						
	dav. f. Altersversorgung						
7.	Abschreibungen	149.069	160.000	169.418	166.100	187.200	172.000
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	597.770	604.000	661.985	800.000	630.000	610.000
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil						
	Betriebsergebnis	16.349	-131.529	-135.954	-119.450	-89.237	-95.810
9.	Erträge aus Beteiligungen						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens						
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	3.721					
	dav. aus verbundenen Unternehmen						
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens						
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen						
	dav. an verbundene Unternehmen						
	Finanzergebnis	3.721					
14.	Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	20.070	-131.529	-135.954	-119.450	-89.237	-95.810
15.	Außerordentliche Erträge						
16.	Außerordentliche Aufwendungen						
17.	Außerordentliches Ergebnis						
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	1.074					
19.	Sonstige Steuern	18.996					
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust	18.996	-131.529	-135.954	-119.450	-89.237	-95.810
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
	Jahresgewinn z. Einsetzung in Rücklagen						
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter						
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	18.996	-131.529	-135.954	-119.450	-89.237	-95.810

Finanzplan 2014

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2012 TEUR	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	18.996	-131.529	-135.954	-119.450	-89.237	-85.810
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	149.089	160.000	169.418	166.100	167.200	172.000
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-26.222	-38.900	-51.668	-60.688	-66.453	-73.997
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-35.500	-22.361	-22.361	-9.317		
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens	4.174					
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge						
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	8.435					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-707					
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	118.245	-32.790	-40.566	-23.355	11.510	2.193
10.	± Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	89.456					
11.	± Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens						
12.	± Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
13.	± Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens						
14.	± sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	89.456					
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-89.456	-137.500	-516.321	-195.800	-1.069.500	-794.500
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände						
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen						
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-89.456	-137.500	-516.321	-195.800	-1.069.500	-794.500
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit						
22.	± Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen						
23.	± Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
24.	± Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
25.	± Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	81.267	137.500	516.321	165.800	1.069.500	794.500
26.	± Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	81.267	137.500	516.321	165.800	1.069.500	794.500
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen						
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)						
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde						
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen						
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen						
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit						
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	81.267	137.500	516.321	165.800	1.069.500	794.500
35.	± Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven						
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	110.056	-32.790	-40.566	-23.355	11.510	2.193
39.	± Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand am Anfang d. Periode	15.532	65.000	70.000	29.434	6.079	17.589
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	125.588	32.210	29.434	6.079	17.589	19.781

Vorbericht 2014

Einleitung und Vorbemerkung

Seit dem 1. Januar 2009 ist der Tierpark Cottbus als Eigenbetrieb der Stadt Cottbus organisiert. Für den Wirtschaftsplan 2014 konnte auf die vorläufigen Zahlen des Jahres 2013 (Stand 30.10.2013), auf die geprüften Jahresabschlüsse 2009 – 2011, den Jahresabschluss 2012 sowie auf die praktischen Erfahrungen seit 2009 zurückgegriffen werden.

Die Wirtschaftsplanung und hier insbesondere die Umsatzerlöse des Eigenbetriebes unterliegen als nicht veränderbare und schwer vorhersehbare Größe in erheblichem Maße den Wetterverhältnissen im Wirtschaftsjahr. Grundlage der Planung ist kaufmännische Vorsicht und die Heranziehung von 5-Jahres-Analysen. Extreme negative wie positive Spitzen bleiben unberücksichtigt, sind aber als Einzelereignisse nicht auszuschließen.

Erträge und Betriebskostenzuschuß

Die Einnahmen des Tierparks gliedern sich in

- Betriebskostenzuschuss
- Umsatzerlöse aus Eintritten
- sonstige Umsatzerlöse (Tierverkauf, Futterautomaten)
- sonstige Einnahmen (Pachteinnahmen, Spenden, Auflösung Sonderposten, ...)

Der bis 2017 verstetigte mittelfristige Betriebskostenzuschuss beträgt 1.404.400 € (2013: 1.402.700). Als nur temporär veranschlagte, nicht verstetigte Erhöhungen dieses Zuschusses sind für 2014 zu nennen:

- 30.000 € Sanierung Sanitärtrakt Sozialgebäude/Umkleidebereiche
- 22.100 € Nicht-investive Aufwendungen, die das Interreg-Projekt Raubtierhaus begleiten (D-PL-Treffen, zweisprachige Schautafeln, ...) [von diesen 22.100 € fließen nach Abrechnung des Förderprojektes 85 % zurück an die Stadtkasse]

Damit beträgt 2014 der Betriebskostenzuschuss 1.456.500 €

Die Planung der Umsatzerlöse basiert auf 2014 konstanten Eintrittspreisen sowie einer Steigerung der Einnahmen aus Eintritten um 6 %, die im Jubiläumsjahr 2014 mit der Eröffnung des Raubtierhauses sowie einer weiteren Etablierung des Tierparks als Ausflugsziel auch für den polnischen Teil der Euroregion als realistisch eingeschätzt wird. Die Mittelfristplanung sieht eine Eintrittspreiserhöhung ab 2016 vor, bei der wie stets aus kaufmännischer Vorsicht ein geringfügiger Besucherrückgang im Erhöhungsjahr einkalkuliert wird, der im Folgejahr 2017 kompensiert wird.

Hinweis: Im Erfolgsplan wird unter Nr. 4 unter „Sonstige betriebliche Erträge“ der städtische Zuschuss zusammen mit den sonstigen Einnahmen (Pacht- und Betriebskostenabrechnung Gaststätte, sonstige Kleinerlöse) und den Erträgen aus der Auflösung aus Sonderposten als Summe aufgeführt.

Aufwendungen

Der Personalaufwand für 32 Mitarbeiter (davon 1 MA Vorruhestand Freizeitphase) bildet mit großem Abstand den größten Einzelposten. Die Planung Personalaufwand berücksichtigt eine eventuelle befristete Einstellung ausgelernter Azubis sowie eine Altersteilzeitregelung. Nach dem Personalaufwand folgt der Aufwand für Futter, Energie, Reparatur/Instandhaltung und Bewachung. Der Aufwand im Sachkostenbereich weist gegenüber dem Vorjahr keine grundlegenden Veränderungen auf.

Die in 2014-2016 dargestellten Erhöhungen unter Nr.8 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind temporär und durch die notwendige Sanierung Sozialgebäude bedingt sowie in 2014 zusätzlich durch geförderte, das Interreg-Projekt Raubtierhaus begleitende Aufwendungen.

Der Aufwand für Abschreibungen gliedert sich in „Altabschreibungen“ (Anlagevermögen vor Eigenbetriebsgründung) und Abschreibungen für verschiedene Kleininvestitionen der letzten Jahre. Denjenigen Investitionen, die über den Investitionskostenzuschuss getätigt werden können, stehen entsprechende Auflösungen von Sonderposten gegenüber.

Investitionsplan

Zuschüsse für Investitionen werden wie in den vergangenen Jahren separat von Betriebskostenzuschuss im eigentlichen Sinne ausgewiesen. Für die Investitionen nach Investitionsplan werden Sonderposten gebildet und parallel zum Anfall der Abschreibungen aufgelöst. Diese Investitionen sind also für den Eigenbetrieb ergebnisneutral.

Der 1. BA Raubtierhaus mit einer Gesamtbausumme von 1.000.000 € wird insgesamt mit 150.000 € Eigenanteil und mit 850.000 € Fördergeldern realisiert. Der entsprechende Fördervertrag wurde im 1. Quartal 2013 unterzeichnet. Für die im Sommer 2013 begonnenen Arbeiten werden in 2013 voraussichtlich 490.000 € abgerechnet sein. In Abhängigkeit vom Wetter werden die Arbeiten voraussichtlich in der 1. Jahreshälfte 2014 abgeschlossen und termingerecht abgerechnet. Im Investitionsplan 2014 sind für 2014 die geschätzten ausstehenden Summen des 1. BA Raubtierhauses aufgeführt (350.000 €), deren Abrechnung erst 2014 erfolgt. Als Grundlage für eine mögliche Bewerbung um weitere Fördergelder sind 57.300 € im Investitionsplan eingestellt.

Eigenkapitalentwicklung

Im Wirtschaftsjahr ist ein Verlust in Höhe von 135.954 € geplant. Dieser wird auf neue Rechnung vorgetragen und führt zu einer Reduktion des Eigenkapitals.

Kredite

Der Eigenbetrieb Tierpark Cottbus hat keine Kredite aufgenommen. Daher entfällt eine entsprechende Anlage lt. Eigenbetriebsverordnung.

Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Der Eigenbetrieb beginnt das Wirtschaftsjahr 2014 – auch mit Blick auf ein erfolgreiches Jahr 2013 – mit ausreichender Liquidität. Bei Erfüllung des Wirtschaftsplanes ist eine Veränderung des

Zahlungsmittelbestandes auf rund 29.434 € zum Jahresende 2014 zu erwarten. Damit ist die Zahlungsfähigkeit des Eigenbetriebes jederzeit gewährleistet.

Tierbestand

Im Tierbestand sind im Jahr 2014 keine den Personal- oder Sachaufwand maßgeblich beeinflussende Veränderungen geplant. Der Großkatzenbereich des Raubtierhauses wird wieder mit Tigern besetzt werden. Mögliche weitere Bestandsveränderungen beziehen sich vornehmlich auf das Zusammenstellen von Zuchtpaaren, andere Bestandsergänzungen oder die Abgabe eigener Nachzuchttiere.

Ausblick

Nach den sehr guten Jahren 2011 und 2012 und einem in der 1. Jahreshälfte schwierigen 2013 blickt der Eigenbetrieb weiterhin optimistisch in die Zukunft. Es bleibt auch im Geschäftsjahr 2014 ehrgeiziges Ziel, möglichst viele Cottbuser, Gäste und Touristen in den Cottbuser Tierpark zu locken, die hier Erholung finden, ihr Wissen um Tier und Natur erweitern und unsere Ziele im Natur- und Artenschutz sowie in der Forschung unterstützen können. Neue Besucherpotentiale werden hier vor allem in Polen sowie in den Urlaubsgebieten der Cottbuser Umgebung gesehen. Die Zusammenarbeit mit Polen und hier vor allem mit der Euroregion Spree-Neiße-Bober ist auf unterschiedlichsten Ebenen gut angelaufen und wird in 2014 ausgebaut. Die Bewahrung und Schärfung unseres tiergärtnerischen Profils bleibt fortwährend eine wichtige und zuweilen schwierige Aufgabe. Die Strukturen des Eigenbetriebes haben sich bewährt und funktionieren gut. Für die weitere Arbeit wünscht sich der Eigenbetrieb Tierpark weiterhin Vertrauen in seine Arbeit, ein möglichst hohes Maß an Planungssicherheit und die weiterhin gute und effiziente Zusammenarbeit der mit dem Eigenbetrieb beschäftigten städtischen Strukturen.

Cottbus, 11.12.2013

Dr. Jens Kämmerling

(Werkleiter und Tierparkdirektor)

Investitionsplan 2014

Nr.	Maßnahme	Planjahr 2014 €	Folgejahre		Summe Jahre €
			2015 €	2016 €	
Gebäude und bauliche Anlagen					
1	Raubtierhaus	430.721	150.000	1.000.000	2.280.721
2	VKE Investition Neubau Tigeranlage FB 23	57.300	150.000	1.000.000	1.907.300
3	Fertigstellung 1. BA Raubtierhaus (INTERREG IV a)	23.421			23.421
4		350.000			350.000
5					
6					
Technische Anlagen und Maschinen					
1	Fahrzeuge	65.600	45.800	67.500	271.400
2	Technik	50.000	20.000	40.000	180.000
3		15.600	25.800	27.500	91.400
4					
5					
6					
Betriebs- und Geschäftsausstattungen					
1	Kühzellen Wirtschaftshof	20.000		2.000	24.000
2	Bürostühle	20.000		2.000	20.000
3					4.000
4					
5					
6					
Investitionen gesamt		516.321	195.800	1.069.500	2.576.121
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen		516.321	195.800	1.069.500	2.576.121
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit					
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögen					
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit					
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens					
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit					
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit					
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen					
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen					
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven		516.321	195.800	1.069.500	2.576.121

Anmerkung ffd. Investitionsmaßnahme Raubtierhaus (Interreg): Schlußrechnung in 2014 in Abhängigkeit Baufortschritt IV/2013

Stellenübersicht 2014

Teil 1 - Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppen	2013 Anzahl Stellen	Plan 2014 Anzahl Stellen	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06. des Vorjahres	Erläuterungen
1				
2	1	1	1	
2 Ü	1	1		
3				
4				
5	23	23	23	
6	1	1	1	
7				
8	1	1	1	
9	3	3	3	
10	1	1	1	
11				
12				
13				
14	1	1	1	
gesamt	32	32	31	

Teil 2 - Besondere Abschnitte

1. Probeämter, Anwarter und Auszubildende

Bezeichnung	Art der Vergütung	Plan 2014 Anzahl Stellen	Beschäftigt am 01.10. des Vorjahres Anzahl Stellen	Erläuterungen
Azubi		3	4	

2. Beschäftigte, die von der Dienst-/Arbeitsleistung freigestellt sind

Entgeltgruppe	Plan 2013 Anzahl Stellen	Plan 2014 Anzahl Stellen	Erläuterungen
2 Ü	1	1	Freizeitphase ATZ

BILANZ
Tierpark Cottbus
- Eigenbetrieb der Stadt Cottbus -
Cottbus

zum

31. Dezember 2012

PASSIVA

AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital		
Sachanlagen				I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
1. Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.729.446,00		2.814.448,00	II. Kapitalrücklage	2.744.843,68	2.744.843,68
2. technische Anlagen und Maschinen	1.104,00		1.206,00	III. Verlustvortrag	238.959,22	141.686,41
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	214.861,04		200.145,17	IV. Jahresüberschuss	18.995,80	97.272,81
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>81.603,44</u>	3.027.014,48	69.325,77	B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		
B. Umlaufvermögen				C. Rückstellungen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				sonstige Rückstellungen	100.000,00	135.500,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.881,84		1.661,30	D. Verbindlichkeiten		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	63.123,34		98.751,54	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 29.488,88 (EUR 28.474,75)	29.488,88	28.474,75
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>34.141,11</u>	102.146,29	11.114,13	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 599,24 (EUR 65,94)	599,24	65,94
II. Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		125.588,54	15.531,70	3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>250,00</u>	270,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.497,15	1.517,55			
Übertrag		<u>3.257.246,46</u>	<u>3.213.701,16</u>	Übertrag	<u>3.243.773,96</u>	<u>3.203.705,79</u>

Kommunales Rechenzentrum

Eigenbetrieb der Stadt Cottbus



Eigenbetrieb der Stadt Cottbus / Chóóebuz

Wirtschaftsplan
für das Wirtschaftsjahr
2014

Inhalt:

- Festsetzungen
- Erfolgsplan
- Finanzplan

Anlagen:

- Vorbericht
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Stellenübersicht
- Investitionsplan
- Erläuterungen zum Erfolgsplan

Wirtschaftsplan Kommunales Rechenzentrum

Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV für das Wirtschaftsjahr 2014

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 festgestellt:

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	<u>6.040.310 €</u>
die Aufwendungen	<u>6.040.310 €</u>
der Jahresgewinn	<u>0 €</u>
der Jahresverlust	<u>0 €</u>

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>6.000 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-154.200 €</u>
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>148.200 €</u>

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	<u>0 €</u>
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	<u>0 €</u>

Cottbus,

Frank Szymanski
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus

Erfolgsplan 2014

Nr.	IST 2011 €	IST 2012 €	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1. Umsatzerlöse		29.408	333.500	467.110	477.110	502.110	497.600
2. Erhöhung od. Verminderung, d. Bestands an fertigen u. unterfertigen Erzeugnissen							
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	4.349.882	5.653.614	5.864.700	5.573.200	5.862.900	5.620.800	5.150.600
4. Sonstige betriebliche Erträge		5.552.699	5.727.900	5.290.900	5.505.400	5.257.000	4.941.700
dav. BKZ Stadt	3.625	23.052	136.800	282.300	357.500	363.800	208.900
dav. Auflösung von Sonderposten							
5. Materialaufwand		11.932	180.000	18.710	38.710	43.710	14.200
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren		11.932	165.000	5.000	25.000	30.000	5.000
b) Aufwend. f. bezogene Leistungen			15.000	13.710	13.710	13.710	9.200
6. Personalaufwand	450.821	974.933	1.385.400	1.640.000	1.865.500	1.990.000	2.050.300
a) Löhne und Gehälter		802.198					
b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung		172.735					
dav. f. Altersversorgung							
7. Abschreibungen	12.000	24.113	140.800	288.300	363.500	369.800	214.900
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.831.790	4.697.600	4.492.000	4.093.300	4.072.300	3.719.400	3.368.800
dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil							
Betriebsergebnis	55.270,97	-25.556,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9. Erträge aus Beteiligungen							
dav. aus verbundenen Unternehmen							
10. Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögen							
dav. aus verbundenen Unternehmen							
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1.383						
dav. aus verbundenen Unternehmen							
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens							
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen							
dav. an verbundene Unternehmen							
Finanzergebnis	1.383						
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.383	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Außerordentliche Erträge							
16. Außerordentliche Aufwendungen							
17. Außerordentliches Ergebnis							
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	-365						
19. Sonstige Steuern							
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	56.289	-25.556	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses							
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen							
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen							
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter							
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	56.289	-25.556	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Finanzplan 2014

Nr.	2011	IST 2011 €	IST 2012 €	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	56.289	-25.556	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	12.000	24.113	140.800	288.300	363.500	369.800	214.900
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-3.626	-23.052	-136.800	-282.300	-357.500	-363.800	-208.900
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	78.000	-61.000					
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens							
6.	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen u. Erträge							
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-64.079	-11.260					
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	129.816	-39.418					
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	208.400	-136.173	4.000	6.000	6.000	6.000	6.000
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens							
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände							
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens							
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-8.400	-31.078	-117.000	-30.200	-127.500	-66.000	-33.000
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-94.160	-3.570	-713.700	-124.000	-256.000	-40.000	-33.000
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen							
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
20.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-102.560	-34.648	-830.700	-154.200	-383.500	-106.000	-66.000
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	-102.560	-34.648	-830.700	-154.200	-383.500	-106.000	-66.000
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen							
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen							
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	94.160	33.586	826.700	148.200	377.500	100.000	60.000
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen							
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	94.160	33.586	826.700	148.200	377.500	100.000	60.000
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen							
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde							
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen							
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen							
33.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	94.160	33.586	826.700	148.200	377.500	100.000	60.000
34.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
35.	+ Auszahlungen an Liquiditätsreserven							
36.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven							
37.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	200.000	-137.235	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
38.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	0,00	200.200	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
39.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	200.000	62.965	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
40.								

Vorbericht 2014

Im Jahr 2014 wird das KRZ Cottbus neben der Stadtverwaltung Cottbus, auch für 169 Auftraggeber aus dem kommunalen Umfeld tätig werden. Primäres Ziel ist die Etablierung und stetige Weiterentwicklung als serviceorientierter kommunaler IT-Dienstleisters in Brandenburg. Die Schwerpunktsetzung für das Wirtschaftsjahr 2014 umfasst:

- Sicherstellung des reibungslosen Betriebs für die Fachverfahren MESO, AUSO und KIRP S7
- die technisch-organisatorische Migrationsvorbereitung für die Fachverfahren Ordnungswidrigkeiten und Veranlagung, um einen möglichst naht- und reibungslosen Betrieb und Umstieg zum 01.01.2016 zu gewährleisten,
- Ausbau des Leistungsportfolios in Bezug auf kommunale Fachverfahren, Einführung und Betrieb neuer Verfahren und Module z.B. im Bereich AutiSta/ ePR
- konzeptionelle Vorbereitung der phasenweisen Übernahme der IT-Ausstattung in Cottbuser Schulen
- Angebote zur Interkommunalen Zusammenarbeit mit umliegenden Gebietskörperschaften auf Basis öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen, Erzielung von Synergieeffekten bei Anwendung gleicher Fachverfahren - Erarbeitung von Vorschlägen zu landeseinheitlichen/ regional einheitlichen Fachverfahren

Der Wirtschaftsplan 2014 des Kommunalen Rechenzentrums Cottbus basiert auf der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg. Die im Wirtschaftsplan 2014 unteretzten finanziellen Aufwendungen sowie Erträge sichern in vollem Umfang die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Rechenzentrums. Von dem städtischen Zuschussvolumen entfallen rund 5,29 Mio. € auf den Betriebskostenzuschuss und 148,2 T € auf den Investitionszuschuss. Der Investitionszuschuss wird im Jahr 2014 vorrangig zur Anpassung der Rechenzentrumsplattform an neue technische Gegebenheiten (software- und hardwareseitig) verwendet, sowie auch für Sachanlagen (Büroaustattung). In den Jahresscheiben 2015 und 2016 wird der Erwerb der Software-Lizenzen für KM-V und OWI 21 avisiert, sowie die Parametrisierung und weitere Maßnahmen zur Einbettung der Software in das konkrete betriebliche Umfeld. Im IV. Quartal 2012 bereits haben die ersten technisch-organisatorischen Vorbereitungen für die Überführung und den Betrieb der Fachanwendungen der KIRU Ulm auf die Rechenzentrumsplattform des KRZ Cottbus begonnen. Gerade in der Anlaufphase nehmen diese Aufwendungen einen erheblichen Anteil der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ein. In den Folgejahren werden die Kosten für den Betrieb der ehem. Fachverfahren entsprechend des Projektfortschrittes reduziert. Da die Überführung und Migration der Fachverfahren phasenweise durch die Stadtverwaltung Cottbus beauftragt wurde, wurden die bestehenden Verträge zu OWI21 und KM-V entsprechend mit Pflege und Support angepasst und verlängert. Voraussetzung der Realisierung vorgenannter Vorhaben ist sowohl eine entsprechende Personalausstattung, als auch -qualifizierung. Dies berücksichtigend ist der Stellenplan zur Sicherstellung des Plattformbetriebes und des Fachsupports für OWI21 und KM-V ab 2015 (um 2 Stellen) erweitert worden.

Der Gesamtaufwand im Wirtschaftsjahr 2014 beläuft sich auf rund 6,04 Mio. €. Von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen rund 61,07 % zur Deckung der vertraglich vereinbarten Aufwendungen entsprechend des Rahmen- und Kooperationsvertrages mit der T-Systems International GmbH. Der Stellenplan weist 6 Zugänge in 2014 aus. Zum einen die Stelle des Werkleiters, eine Stelle im kaufmännischen Bereich mit Schwerpunkt Kosten- & Leistungsrechnung, Neuberechnung der TUI-Arbeitsplatzkosten und interne Verwaltungskostenertstattungen, sowie eine Stelle zur Wahrnehmung der Erarbeitung einer Konzeption zur technischen Ausstattung von Schulen analog dem Projekt Lausitzer Sportschule (Medienentwicklungsplanung). Überdies erfolgt die Umsetzung des Mitarbeiters für Telekommunikationsdienste aus der Stadtverwaltung in den Netzwerkbereich des KRZ, die Besetzung der Fachsupportstelle für die Lohn- & Gehaltsabrechnung sowie die Fachsupportstelle für AutiSta/ ePR.

Es wird eine kostendeckende Bewirtschaftung des Eigenbetriebes avisiert. Mehraufwendungen werden durch die Erzielung von Umsätzen Dritter kompensiert, so dass die Liquidität unterjährig gesichert ist. Im Wirtschaftsjahr 2014 erwirtschaftet der Eigenbetrieb vorrangig Umsatzerlöse aus der Erbringung von Leistungen für externe Kommunen im Zusammenhang mit der Standesamt-Software AutiSta und der Führung des elektronischen Personenstandregisters. Gesetzlich sind die Kommunen des Landes Brandenburg verpflichtet bis zum 1. Januar 2014 die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zur elektronischen Führung der Personenstands- und Sicherungsregister zu schaffen. 169 brandenburgische Kommunen haben sich für den Betrieb des ePR-Hostings auf der Plattform des Kommunalen Rechenzentrums Cottbus entschieden.

Da von einer Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen im Vorjahr abgesehen wurde, entfällt die hierfür nach § 14 Absatz 2 Nr. 5 Eigenbetriebsverordnung Brandenburg erforderliche Anlage.

Wir beurteilen die voraussichtliche Lage des Rechenzentrums positiv und chancenreich. Im kommunalen Bereich bietet die Branche ein sehr großes Wachstumspotential. Insgesamt sind strategische oder bestandsgefährdende Risiken derzeit nicht erkennbar. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich der Eigenbetrieb über den städtischen Betriebskostenzuschuss und den Investitionszuschuss, deren Höhe jährlich im Voraus durch die Stadtverordneten im Wirtschaftsplan beschlossen wird. Liquiditätsrisiken sind in den Folgejahren nicht zu erwarten. Neben den üblichen im Zusammenhang mit dem Rechenzentrums-betrieb stehenden Risiken wurden der Fachkräftemangel und der terminierte Betrieb im Zusammenhang mit der Migration und dem Betrieb der Fachverfahren aus dem Rechenzentrum in Ulm als Risiken identifiziert. Diesen Risiken wird durch die Erweiterung der Stellen im Plattformbereich in der Wirtschaftsplanung 2015 entgegengewirkt. Zusammenfassend geht die Geschäftsführung von einer weiterhin positiven Geschäftsentwicklung aus. Das Jahresergebnis wird analog dem Vorjahr auf neue Rechnung vorgetragen.

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen und der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben im Wirtschaftsjahr 2014

A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (§ 17 Abs. 1 EigV)

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -				
	2012	2013	2014	2015	2016
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme	keine	keine	keine	keine	keine

B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	IST 2011 €	IST 2012 €	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €
Einzahlungen								
1.	Zuschüsse der Gemeinden davon als Kapitalzuschüsse - zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon als Verlustausgleichszuschüsse	4.439.900	5.637.145 25.000	6.554.600	5.439.100	5.882.900	5.357.000	5.001.700
2.	Darlehen der Gemeinden	94.158	59.446	826.700	148.200	377.500	100.000	60.000
3.	Sonstige Einzahlungen der Gemeinden	4.345.742	5.552.699	5.727.900	5.290.900	5.505.400	5.257.000	4.941.700
	Einzahlungen gesamt	4.439.900	5.637.145	6.554.600	5.439.100	5.882.900	5.357.000	5.001.700
Auszahlungen								
1.	Ablieferungen an die Gemeinden - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungskostenbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen	5.768	22.074	25.800	26.700	28.000	29.500	31.000
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen	5.768	22.074	25.800	26.700	28.000	29.500	31.000
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden				2.900	3.000	3.100	3.200
	Auszahlungen gesamt	5.768	22.074	25.800	29.600	31.000	32.600	34.200

Stellenplan 2014

Stellenübersicht (in Vollzeiteinheiten) Haushaltsjahr 2014

Tariflich Beschäftigte

Entgelt- gruppe	Plan 2013	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen zum 30.09.2013	PLAN 2014	Erläuterungen
1	2	3	4	5
2 Ü				
3				
4				
5				
6				
7				
8	2	2	2	
9	2	2	3	1 Zugang Kaufmn. Angestellte/r II. Quartal
10	11	9	13	1 Zugang IT-Koordinator Schulen II. Quartal, 1 Zugang Fachsupport AntiSta/ ePR I. Quartal, 1 Zugang Systemadministrator Netzwerke I. Quartal, 1 Zugang Fachsupport P&I LOGA I. Quartal
11	11	10	10	
12	2	2	2	
13				
14				
15			1	1 Zugang Werkleiter IV. Quartal
Insgesamt	28	25	31	

Stellenplan (in Vollzeiteinheiten) Haushaltsjahr 2013

Teil 2. Besondere Abschnitte

1. Probebeamte, Anwärter und Auszubildende				
Bezeichnung	Art der Vergütung	Anzahl	beschäftigt am 01.10 des Vorjahres	Erläuterungen

2. Beschäftigte, die von der Dienst-/ Arbeitsleistung freigestellt sind			
Wahlbeamte und Laufbahngruppen/ Entgeltgruppen	Stellen im Haushaltsjahr	Stellen im Vorjahr	Erläuterungen

Investitionsplan 2014

Nr.		Planjahr 2014 €	Folgejahre			Summe Jahre €
			2015 €	2016 €	2017 €	
Konzessionen, ähnliche Rechte & Lizenzen						
1						
2						
3						
Gebäude und bauliche Anlagen						
1						
2						
3						
4						
Technische Anlagen und Maschinen						
1						
2						
3						
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						
1	Plattformaufrüstung/ Migrationskosten (Software & Hardware)	154.200	383.500	106.000	66.000	709.700
2	Software-Lizenzen Fachverfahren OWI21 & KMV	70.000	105.000	70.000	30.000	275.000
3	Büroausstattung	25.000	240.000			240.000
4	Mittelübertragungen IT-Ausstattung Fachbereiche	30.000	2.500	30.000	30.000	27.500
5	avviso.ereignis Software-Lizenzen	13.200	30.000			120.000
6	Anpassung des Moduls Zentralregister	10.000				13.200
7	Geringwertige Wirtschaftsgüter	6.000	6.000	6.000	6.000	10.000
Investitionen gesamt		154.200	383.500	106.000	66.000	24.000
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen		154.200	383.500	106.000	66.000	709.700
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit		6.000	6.000	6.000	6.000	24.000
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens		6.000	6.000	6.000	6.000	24.000
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit						
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit		148.200	377.500	100.000	60.000	685.700
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen		148.200	377.500	100.000	60.000	685.700
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2014

Bezeichnung	2014	2015	2016	2017
Umsatzerlöse	467.110	477.110	502.110	497.600
Sonstige betriebliche Erträge	5.573.200	5.862.900	5.620.800	5.150.600
Materialaufwand	18.710	38.710	43.710	14.200
Personalkosten	1.640.000	1.865.500	1.990.000	2.050.300
Abschreibungen	288.300	363.500	369.800	214.900
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.093.300	4.072.300	3.719.400	3.368.800
Rahmenvertrag T-Systems	2.500.000	2.500.000	2.410.000	2.090.000
Miete & Leasing v. Hardware & Software, Leitungsgebühren	480.000	482.000	489.700	491.100
Wartung, Pflege, Updates, Support Software	553.500	538.700	290.400	290.400
dar. Verträge mit der KIRU/ IIRU	295.000	295.000	0	0
IT-Unterstützungs- & Beratungsleistungen, IT-Konzepte	140.000	160.000	130.000	100.000
Sonstige EDV-Aufwendungen	15.000	10.000	10.000	10.000
Leasing Betriebsfahrzeug	20.000	20.500	21.000	21.500
Schulungen/ Fortbildungen/ Reisekosten	41.000	41.000	41.000	41.000
Miete, Mietnebenkosten & Reinigung	126.500	100.000	104.000	108.000
Telefon- und Internetkosten	157.200	157.400	157.900	158.400
Büromaterial, Porto, Verpackung und Bücher	5.800	6.000	6.200	6.400
Beratungs- und Prüfungskosten	16.500	17.300	18.000	19.000
Verwaltungskostenerstattung Fachbereiche	26.700	28.000	29.500	31.000
Sonstiger Geschäftsaufwand	11.100	11.400	11.700	12.000

Kommunales Rechenzentrum der Stadt Cottbus, Cottbus

BILANZ zum 31. Dezember 2012

AKTIVA	€		Vorjahr		PASSIVA		Vorjahr	
	€	€	€	TE	€	€	TE	TE
<u>A. Anlagevermögen</u>					<u>A. Eigenkapital</u>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Stammkapital	25.000,00		25
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten					II. Gewinn			0
II. Sachanlagen		72.003,26		91	1. Gewinn des Vorjahres	56.289,64		56
1. Maschinen und technische Anlagen	23.316,39			0	2. Jahresverlust/-gewinn	<u>-25.556,48</u>	55.733,16	(81)
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>5.748,37</u>			0	B. <u>Sonderposten für Zuschüsse</u>		101.068,02	91
				(0)	Erhaltene Investitionszuschüsse			
		<u>29.064,76</u>	101.068,02	(91)	C. <u>Rückstellungen</u>		17.000,00	78
B. <u>Umlaufvermögen</u>					Sonstige Rückstellungen			
I. Vorräte		10.763,12		0	D. <u>Verbindlichkeiten</u>			
Waren					1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	56.843,05		126
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					2. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	33.228,06		4
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.447,04			0	3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>191,47</u>	90.262,58	(130)
2. Forderungen an die Gemeinde	<u>64.605,14</u>			80	E. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>		135,00	0
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>0,00</u>			1				
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		70.052,18		(81)				
		<u>62.965,44</u>	143.780,74	200				
				(281)				
C. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>				8				
		19.350,00						
		<u>264.198,76</u>	<u>264.198,76</u>	<u>380</u>			<u>264.198,76</u>	<u>380</u>

III.2. Wirtschaftspläne / Bilanzen für Unternehmen

Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH

Eigengesellschaft der Stadt Cottbus

Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH



Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

Inhalt:

Vorbericht und Erläuterungen

Erfolgsplan 2014 mit 5 jährigem Erfolgsplan

Finanzplan 2014 mit 5 jährigem Finanzplan

Investitionsplan 2014 mit 5 jährigem Investitionsplan

Anlagen 2014

Stellenübersicht

Sponsoring /Spenden

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2014 der Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH

Die voraussichtliche Entwicklung der Erfolgslage des Unternehmens zum 31.12.2013 stellt sich positiv dar. Derzeit wird davon ausgegangen, dass das geplante Ergebnis 2013 in Höhe von 2.826 T€ übertroffen wird.

Es ist vorgesehen, das erwartete Jahresergebnis 2013 abzüglich geplanter Gewinnausschüttung an den Gesellschafter in Höhe von 1 Mio. € auf neue Rechnung vorzutragen.

Insgesamt ist, trotz leicht rückgängiger Bevölkerung, derzeit von einer positiven Entwicklung der Jahresergebnisse in den Folgejahren auszugehen.

Langfristig wird in der GWC die Erhöhung der Eigenkapitalquote angestrebt um demographisch bedingten Risiken entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang wird die nachhaltige Bestandsentwicklung, als wesentlicher Bestandteil zum langfristigen Unternehmenserhalt, berücksichtigt.

Die Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft sind maßgeblich von der Einwohnerentwicklung der Stadt Cottbus geprägt.

Um diesem Risiko wirkungsvoll entgegenzuwirken, wurde in der strategischen Unternehmensplanung (Stand: August 2012) die Bestandsentwicklung der GWC-Immobilien entsprechend denen der langfristigen Bevölkerungs- und Haushaltsgrößenprognosen geplant. Die Kategorisierung der Bestandsgebäude in Kern-, Abwarte- und Verkaufsbestand bilden ein wirkungsvolles Mittel zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Gesamtwohnungsbestandes der GWC. Da sich jedoch derzeit eine, gegenüber der Planung positivere Bevölkerungsentwicklung einstellte, muss die Kategorisierung angepasst werden.

Zur Minimierung der Risiken einer langfristigen Vermietung ist ein schrittweiser Bestandsumbau geplant. Mit dem Schwerpunktvorhaben Bahnhofstraße 37-38 als stadtprägende Neubaumaßnahme werden nach Realisierung Erkenntnisse zur erwarteten Wirtschaftlichkeit gemessen. Chancen und Risiken werden in die zukünftige strategische Objektplanung einfließen.

Grundsätzlich wird darauf verwiesen, dass im Geschäftsjahr 2014 eine neue strategische Planung aufgestellt wird. Neben den oben beschriebenen Änderungen der Markt- und Umfeldbedingungen, werden vor allem die Optimierung des Darlehensportfolios sowie eine konkretisierte Investitionsplanung eingearbeitet.

Erläuterungen zu den Positionen des Erfolgsplanes 2014 der Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH

Der Erfolgsplan 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss von **1.243 T€** ab.

1. Umsatzerlöse

In den geplanten Umsatzerlösen von **83.848 T€** sind die geplanten Sollmieten für Wohnungen und Gewerbe, vermindert um die Erlösschmälerungen wegen Leerstand und Mietminderungen, Umsätze aus der Abrechnung der sonstigen Betriebskosten für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2013 und der Heizungs-, Warmwasser-, und Kaltwasserkosten für den Zeitraum 01. Oktober 2012 bis 30. September 2013, geplante Erlöse aus Verpachtung, Erlöse aus Weiterberechnungen von Betriebs- und Instandhaltungskosten und sonstigen Erlösen sowie Erlöse aus dem Verkauf von Umlaufvermögen enthalten.

2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen

Der Saldo aus den geplanten und abzurechnenden Betriebskosten des Jahres 2013 und 2014 wurde als Bestandserhöhung geplant. Die zum Verkauf vorgesehenen Mauerwerksbauten des Jahres 2014 werden als Bestandsminderung geplant. Somit ergibt sich insgesamt eine Bestandserhöhung in Höhe von **615 T€**.

3. aktivierte Eigenleistungen

Die aktivierten Personal- und Sachkosten für Leistungen des eigenen ingenieurtechnischen Personals im Rahmen von aktivierungsfähigen Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen werden insgesamt in Höhe von **150 T€** zum Ansatz gebracht.

4. sonstige betriebliche Erträge

Bei den geplanten sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von insgesamt **2.290 T€** handelt es sich um:

- Rückbauförderungen
- Kostenerstattungen aus Versicherungsleistungen, Erstattungen von Kosten für Miet- und Räumungsklagen und sonstigen Erträgen
- Erträge aus der Gewinnabführung der PRIVEG Erträge aus der Gewinnabführung der CGG
- den geplanten Zuschuss von der Stadt Cottbus für den aus der Betreibung der Lagune entstehenden Verlustausgleich sowie die Pacht

5. Aufwendungen für bezogene Leistungen

Die Position in Höhe von **47.640 T€** umfasst die umlagefähigen und die nichtumlagefähigen Betriebskosten, die Instandhaltungskosten inkl. dem nicht aktivierungsfähigen Teil der Baukosten, die Kosten des Umzugsmanagements, andere Kosten der Hausbewirtschaftung, Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen, sowie Pachtaufwendungen für die Lagune.

In der Position andere Kosten der Hausbewirtschaftung werden hauptsächlich nicht umlegbare Hauswartleistungen sowie Gerichts- und Anwaltskosten für Miet- und Räumungsklagen geplant.

Die Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen beinhalten vor allem Weiterberechnungen für Betriebskosten und Instandhaltung.

6. Personalaufwand

Die für 2014 geplanten Personalaufwendungen (**7.340 T€**) wurden anhand des Stellenplanes berechnet.

7. Abschreibungen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sowie das Sachanlagevermögen werden in Höhe von **13.400 T€** planmäßig linear abgeschrieben.

8. sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen **5.979 T€** werden u. a. die sächlichen Verwaltungskosten der Gebäudewirtschaft geplant. Neben den Büroaufwendungen und EDV-Kosten sind in dieser Position u. a. Sachversicherungen, Prüfungskosten und Beiträge, Kosten der Unternehmenswerbung, der Aus- und Weiterbildung sowie Beratungskosten geplant.

Des Weiteren wird ein Zuschusses an die EGC geplant.

Außerdem werden die im Investitionsplan Bau enthaltenden Abbruchmaßnahmen geplant.

Weiterhin sind in dieser Position Zahlungen der GWC an die Lagune Cottbus GmbH in Höhe des Zuschusses für das Schul- und Vereinsschwimmen sowie der geplante Verlustausgleich des Jahres aus der Betreibung der Lagune enthalten.

9. Zinsen und ähnliche Erträge

Zinserträge werden in Höhe von **390 T€** geplant.

10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen werden im Jahr 2014 mit **10.970 T€** geplant.

11. Steuern v. Einkommen und Ertrag

Geplant werden Steuern auf Einkommen und Ertrag in Höhe von **511 T€**.

12. sonstige Steuern

Geplant sind Kfz-Steuer in Höhe von **3 T€**.

Erläuterungen zum Finanzplan 2014 der Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH

Der geplante Jahresgewinn wird um die Erträge und Aufwendungen, welche nicht zahlungswirksam sind (Position 2 des Finanzplanes) bereinigt, um so den Mittelfluss aus dem Erfolgsplan und somit aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu planen.

In den Positionen 5-7 wird der Mittelfluss aus Investitionstätigkeit geplant.

In den Positionen 8-12 wird der Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit des Unternehmens geplant.

Die Summierung der Mittelzuflüsse bzw. der Mittelabflüsse:

- aus laufender Geschäftstätigkeit
- aus Investitionstätigkeit
- aus Finanzierungstätigkeit

ergeben die zahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes des Geschäftsjahres.

Der zum 01.01.2014 planmäßig vorhandene Finanzmittelbestand wird zu den zahlungswirksamen Veränderungen des Geschäftsjahres hinzugerechnet und so ergibt sich der Finanzmittelbestand zum 31.12.2014.

Erläuterungen der Positionen des Finanzplanes:

1. Jahresgewinn

In dieser Position wird der Jahresgewinn in Höhe von **1.243 T€** entsprechend dem Erfolgsplan dargestellt.

2. Abschreibungen

Die nichtzahlungswirksamen Abschreibungen in Höhe von **13.400 T€** entsprechen den Erläuterungen des Punktes 7 des Erfolgsplanes.

3. Abnahme der Rückstellungen

Bei den geplanten **1.057 T€** handelt es sich um die voraussichtliche Steuerzahlung für 2013 abzüglich der neu gebildeten Steuerrückstellung für 2014.

5. Einzahlung aus Abgängen v. Gegenständen des SAV

Bei den **269 T€** handelt es sich um Verkaufserlöse aus Umlaufvermögen.

6. Einzahlungen aus Investitionszuwendungen

Bei den geplanten **849 T€** handelt es sich um Anschaffungskosten mindernde Zuschüsse für Bauleistungen, d.h. Zuschüsse die nicht im Erfolgsplan dargestellt werden.

7. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen

Ausgehend von der Summe des Investitionsplans Bau 2014 von 16.249 T€ werden die im Erfolgsplan berücksichtigten Abbruchkosten von 760 T€ sowie die nicht aktivierungsfähigen Kosten von 5.377 T€ (Teil der Instandhaltung im Erfolgsplan) sowie Skonti in Höhe von 300 T€ abgesetzt.

Weiterhin werden **485 T€** für Grundstückskäufe sowie **1.136 T€** für die Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung geplant.

Somit ergibt sich eine Gesamtsumme von **11.433 T€**.

8. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen

Für die geplanten Bauleistungen in 2014 werden Kreditauszahlungen in Höhe von 10.080 T€ geplant .

9. Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Bei den **20 T€** handelt es sich um Tilgungsleistungen aus Ausleihungen gegenüber der Lagune Cottbus GmbH.

10. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten

Die Tilgung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wird mit **14.666 T€** geplant. Damit ist Forderung des Gesellschafters, dass die Tilgung höher als Kreditaufnahme ist, gewährleistet.

11. Auszahlung an den Gesellschafter

Bei den **1.000 T€** handelt es sich um die planmäßige Ausschüttung an die Stadt Cottbus aus dem Gewinn des Vorjahres.

Liquidität Gesellschafter

Dabei handelt es sich um die im Rahmen § 13 Gesellschaftervertrag erwirtschafteten Beträge.

12. Endbestand Zahlungsmittel

Die Zusammenfassung der Punkte 3.-11. des Finanzplanes 2014 ergibt eine Reduzierung des Liquiditätsbestandes von 2.295 T€.

Bei einem geplanten Anfangsbestand im Jahr 2014 von 20.099 T€ ergibt sich ein planmäßiger Endbestand an Zahlungsmitteln für die GWC in Höhe von **17.804 T€**.

Erfolgsplan

Nr.		Ist 2012 T €	Plan 2013 T €	Plan 2014 T €	Plan 2015 T €	Plan 2016 T €	Plan 2017 T €	Plan 2018 T €
1.	Umsatzerlöse	84.197	84.617	83.848	87.002	87.819	88.777	89.197
2.	Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen	-620	-485	615	263	471	424	229
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	137	150	150	150	150	150	150
4.	Sonstige betriebliche Erträge	3.668	3.108	2.083	6.265	1.461	1.464	1.000
	dav. Betriebskostenzuschuss							
5.	Materialaufwand	41.084	46.115	47.640	46.077	45.753	45.293	46.685
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren							
	b) Aufw. f. bezogene Leistungen	41.084	46.115	47.640	46.077	45.753	45.293	46.685
6.	Personalaufwand	6.914	7.208	7.340	6.828	6.900	6.979	7.049
	a) Löhne und Gehälter							
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung							
	dav. f. Altersversorgung							
7.	Abschreibungen	12.935	12.929	13.400	13.430	14.431	14.270	16.214
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.195	5.128	5.979	10.606	4.651	4.671	4.126
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil							
	Betriebsergebnis	20.254	16.009	12.337	16.740	18.167	19.603	16.502
9.	Erträge aus Beteiligungen	122						
	dav. aus verbundenen Unternehmen							
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens							
	dav. aus verbundenen Unternehmen	469	509	390	355	394	470	372
	dav. aus verbundenen Unternehmen							
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens							
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	13.639	12.121	10.970	14.383	14.592	14.691	14.349
	dav. an verbundene Unternehmen							
	Finanzergebnis	-13.049	-11.612	-10.580	-14.028	-14.198	-14.221	-13.977
14.	Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.205	4.397	1.757	2.711	3.968	5.381	2.525
15.	Außerordentliche Erträge							
16.	Außerordentliche Aufwendungen							
17.	Außerordentliches Ergebnis							
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	1.232	1.568	511	558	817	1.108	519
19.	Sonstige Steuern	2	3	3	3	3	3	3
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust	5.971	2.826	1.243	2.150	3.148	4.270	2.003
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses							
	Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen							
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen							
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter*	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	4.971	1.826	243	1.150	2.148	3.270	1.003

Finanzplan

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	3.475	2.826	1.243	2.150	3.148	4.270	2.003
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	13.697	12.929	13.400	13.430	14.431	14.270	16.214
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen							
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-9.346	-1.400	-1.057				
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens							
6.	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen u. Erträge							
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.252						
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind							
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	9.078	14.355	13.586	15.580	17.579	18.540	18.217
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		401	849				
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens	66	340	269	4.619			
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände							
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens							
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
15.	=	66	741	1.118	4.619			
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-9.038	-14.797	-11.433	-16.229	-12.370	-7.460	-11.700
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände							
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen							
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
20.	=	-9.038	-14.797	-11.433	-16.229	-12.370	-7.460	-11.700
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-8.972	-14.056	-10.315	-11.610	-12.370	-7.460	-11.700
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen							
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)	4.464	11.353	10.080	12.727	10.641	5.626	7.480
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	12	27	20	21	22	23	24
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen							
27.	=	4.476	11.380	10.100	12.748	10.663	5.649	7.504
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen	-12.524	-15.753	-14.666	-13.562	-14.078	-14.656	-15.133
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)		-100					
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde	-690	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen							
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen							
33.	=	-13.214	-16.853	-15.666	-14.562	-15.078	-15.656	-16.133
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	-8.738	-5.473	-5.566	-1.814	-4.415	-10.007	-8.629
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven							
37.	=							
38.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven	-8.632	-5.174	-2.295	2.156	794	1.073	-2.112
39.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	33.448	20.609	20.099	17.804	19.960	20.754	21.827
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	24.816	15.435	17.804	19.960	20.754	21.827	19.715

Investitionsplan

	Planjahr 2014 T€	Folgejahre			
		2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€
Gebäude und bauliche Anlagen	15.489	20.922	15.760	10.850	11.700
Grundstücke	485	100	100	100	100
Betriebs- und Geschäftsausstattungen	1.136	150	150	150	150
Investitionen gesamt	17.110	21.172	16.010	11.100	11.950

Stellenübersicht

Stellenübersicht GWC GmbH zum Plan 2014

Gesamt	130
Azubis	7
Gesamt mit Azubis	137

Sponsoring und Spendenleistungen

Nr.	Bezeichnung	Plan 2014 T€
1.	Soziales/ Kultur/ Wirtschaft	37.950
2.	Sport	115.550
3.	Sonstiges	14.000
	Sponsoring und Spendenleistung gesamt	167.500

Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH, Cottbus

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012	2011
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		
a) aus der Hausbewirtschaftung	81.819.303,09	81.705.943,74
b) aus Verkauf von Grundstücken	1.463.500,00	1.390.800,00
c) aus Betreuungstätigkeit	12.535,00	0,00
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	901.487,52	84.196.825,61
2. Verminderung des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen		698.890,99
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		83.795.634,73
4. Sonstige betriebliche Erträge		1.169.971,24
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		137.638,52
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung		2.444.324,44
b) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen		
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	40.521.551,03	41.661.348,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	562.592,78	566.439,28
– davon für Altersversorgung EUR 87.765,65 (i. Vj. EUR 81.198,65)–		
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
9. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen		13.697.502,99
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		4.446.502,27
– davon aus verbundenen Unternehmen EUR 8.118,23 (i. Vj. EUR 9.029,88)–		
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		168.917,82
12. Aufwendungen aus Verlustübernahme		
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		9.029,88
– davon aus Aufzinsungen EUR 59.250,00 (i. Vj. EUR 55.230,00)–		
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.204.796,09	4.384.546,22
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.232.286,00	907.380,80
16. Sonstige Steuern	1.818,00	2.068,00
17. Jahresüberschuss	5.970.692,09	3.475.097,42

CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH

Eigengesellschaft der Stadt Cottbus

CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

Inhalt:

Vorbericht

Erfolgsplan

Finanzplan

Investitionsplan

Anlagen

Stellenübersicht

haushaltsrelevante Positionen

Sponsoring /Spenden

**Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2014
der CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH
(nachfolgend CMT GmbH)**

Der Betriebskostenzuschuss sichert die Existenz der Gesellschaft.

Die Erträge, die Finanzen und die Vermögenslage haben sich seit dem 2. Halbjahr 2002 kontinuierlich verbessert und stabilisiert, so dass die Gesellschaft eine Eigenkapitalquote (31.12.2003 10,8 %) zum 31.12.2012 von 22,4 % ausweisen konnte.

Mit den voraussichtlichen Umsatzerlösen von 2.768 T€ wird die Planzielstellung 2013 von 3.024 T€ um 256 T€ nicht erfüllt werden. Zusätzlich zu den schwierigen Marktbedingungen im Geschäftsfeld Messen/Ausstellungen erfolgte auf Grund der Hochwassersituation die kurzfristige Kündigung einer wirtschaftlich bedeutsamen Tagung, deren Durchführung sowohl in der Messe als auch in der Stadthalle vertraglich vereinbart war. Entsprechend der vereinbarten Konditionen konnte eine Ausfallentschädigung geltend gemacht werden, so dass die sonstigen betrieblichen Erträge um 88 T€ übererfüllt werden, wobei die Unterschreitung der Ertragszielstellung insgesamt 168 T€ betragen wird.

Diese Tagung wird im Jahr 2014 nachgeholt. Die entsprechenden Verträge sind geschlossen.

Entsprechend der bestehenden Chancen

- im Kongressmarkt,
- in der Durchführung von Firmenevents,
- in der Organisation neuer Messen unter Beteiligung der örtlichen Wirtschaft und
- im noch spezifischeren und komplexeren Angebot gastronomischer Leistungen innerhalb der gesamten Veranstaltungstätigkeit

besteht das Ziel den Umsatztrend umzukehren und im Jahr 2014 Umsätze von 2.963 T€ zu erwirtschaften.

Bedingt durch

- das o.g. Umsatzvolumen,
- das erreichte Betriebskostenzuschussniveau (mehr als Halbierung seit 2003) sowie dem seit dem Jahr 2011 konstant gebliebenen Betriebskostenzuschuss von 2.962,4 T€
- das kontinuierlich steigende Preisniveau (Lieferantenpreise) und
- die durch Arbeitsrechtsstreit entschiedene Anwendung des TVöD, mit kontinuierlich steigenden Personalkosten (in 2014 Tarifierhöhungen gleich 57 T€) und
- die voraussichtliche Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 € plus Arbeitgeberanteil mussten für Aushilfen zum V-Ist 2013 von 210 T€ weitere 80 T€, insgesamt 290 T€ geplant werden,

wodurch im Plan 2014 ein Jahresverlust von 206 T€ ausgewiesen werden musste, der den bilanziellen Verlustvortrag von 6.386,7 T€ um diesen Betrag erhöht, jedoch durch die Kapitalrücklage von 11.743 T€ gedeckt ist.

In der gegebenen Ertrags- und Kostenstruktur und mit konstantem Betriebskostenzuschuss ist die Gesellschaft gezwungen einen Jahresfehlbetrag zu planen.

Der Finanzplan enthält die jährlichen Abschreibungen, die für die Tilgung von Krediten, die für die Errichtung der Messe Cottbus und zur Sanierung der Stadthalle Cottbus aufgenommen wurden, verwendet werden. Darüberhinaus verfügbare finanzielle Mittel werden für Investitionen bzw. beim Auslaufen der Zinsbindungsfrist für die Sondertilgung o.g. Darlehen eingesetzt, um eine zusätzliche Senkung des Betriebskostenzuschusses bzw. ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen.

So erfolgen in den Jahren 2013 und 2014 die Tilgungen in Höhe der bestehenden Verträge. Im Jahr 2015 und 2016 sind zum Ende der Zinsbindungsfrist, Sondertilgungen möglich. So sind im Jahr 2015 Tilgungen von 2.563 T€ und im Jahr 2016 von 1.450 T€ vorgesehen.

Durch diese Tilgungen wird der Zinsaufwand von 634 T€ im Jahr 2012 auf 485 T€ im Jahr 2016 um jährlich 149 T€ nachhaltig gesenkt. Hierdurch wird das Ziel wieder ein ausgeglichenes Planergebnis zu erreichen und damit eine Minderung des Eigenkapitals auszuschließen, realistischer.

Die Eigenkapitalausstattung ist im Wesentlichen konstant und die Liquidität ist als gesichert anzusehen, unter der Voraussetzung, dass der Zuschuss der Stadt Cottbus wie geplant, gewährt wird.

Innerhalb der Einzahlungen und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus auswirken ist der Betriebskostenzuschuss ausgewiesen. Auszahlungen an die Stadt Cottbus erfolgen für die Pacht entsprechend des Betriebsüberlassungsvertrages und Grundbesitzabgaben. Diese sind unter sonstige Auszahlungen an die Stadt Cottbus ausgewiesen.

Im Wirtschaftsplan wurden 46 AN für das Jahr 2014 geplant.

Zur personellen Sicherstellung der Veranstaltungen besteht ein Pool von derzeit 87 Aushilfskräften, mit deren temporären Einsatz der Geschäftsbetrieb insgesamt realisiert wird.

Die geplanten Investitionen betreffen überwiegend Ersatzinvestitionen in die Baukörper, Technische Anlagen und Maschinen und das Inventar entsprechend dem Verschleißgrad.

Es erfolgt die Finanzierung über Eigenmittel aus Abschreibungen.

Innerhalb des Sponsoring und der Spendenleistungen ist die nach Genehmigung der Stadt Cottbus an die Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH übergebene Vergnügenssteuer ausgewiesen.

Es erfolgt kein weiteres Sponsoring oder Spenden.

Der Planung ist weiterhin unterstellt, dass

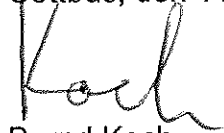
- die CMT GmbH das Innenstadtkino in der Stadthalle weiter betreibt,
- die Geschäftsbesorgung der CMT GmbH für die Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH auch im Jahr 2014 fortbesteht,
- die Bewirtschaftung von Parkplätzen fortgeführt wird,
- der Betrieb der Jugendherberge fortgeführt wird,
- die Bewirtschaftung des CottbusService in seiner Einheit als
 - Tourist-Information,

Anbieter von touristischen Leistungen (Programmgestaltung wie Stadt- und Parkführungen, Zimmervermittlung, Souvenirverkauf),

- Polnisch-Deutsches Zentrum für touristische Information
- Ticketvorverkaufsstelle mit vier Ticketvorverkaufssystemen (Stadthallen-intern, FCE- intern sowie deutschlandweit, CTS und TIXOO) aller wesentlichen regionalen und überregionalen Veranstaltungen und
- die Absicherung der Abendkasse aller Stadthallenveranstaltungen,
- der Ticketverkauf während aller Veranstaltungen der Messe Cottbus sowie
- der Ticketverkauf während aller Großveranstaltungen im Spreeauenpark

weiterhin durch die CMT GmbH erfolgt.

Cottbus, den 11.10.2013



Bernd Koch
Geschäftsführer

Erfolgsplan

Nr.		Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€
1.	Umsatzerlöse	2.866	3.024	2.768	2.963	2.963	2.963	2.963
2.	Erhöhung od. Verminderung, d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen							
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen							
4.	Sonstige betriebliche Erträge	3.211	3.222	3.310	3.231	3.231	3.231	3.231
	dav. Betriebskostenzuschuss	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962
5.	Materialaufwand	801	692	656	685	685	685	685
	a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	315	276	261	277	277	277	277
	b) Aufwand f. bezogene Leistungen	486	416	395	408	408	408	408
6.	Personalaufwand	2.221	2.458	2.377	2.511	2.511	2.511	2.511
	a) Löhne und Gehälter	1.803	2.040	1.925	2.034	2.034	2.034	2.034
	b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung dav. f. Altersversorgung	418	418	452	477	477	477	477
7.	Abschreibungen	1.278	1.301	1.271	1.270	1.270	1.270	1.270
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.076	1.253	1.175	1.253	1.253	1.253	1.253
	dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil							
	Betriebsergebnis	701	542	599	475	475	475	475
9.	Erträge aus Beteiligungen							
	dav. aus verbundenen Unternehmen							
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögen							
	dav. aus verbundenen Unternehmen							
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	11	5	8	5	5	5	5
	dav. aus verbundenen Unternehmen							
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens							
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	634	620	620	604	551	485	451
	dav. an verbundene Unternehmen							
	Finanzergebnis	-623	-615	-612	-599	-546	-480	-446
14.	Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	78	-73	-13	-124	-71	-5	29
15.	Außerordentliche Erträge							
16.	Außerordentliche Aufwendungen							
17.	Außerordentliches Ergebnis							
18.	Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag							
19.	Sonstige Steuern	71	76	76	82	82	82	82
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust	7	-149	-89	-206	-153	-87	-53
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses							
	Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen							
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen							
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter							
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	7	-149	-89	-206	-153	-87	-53

Finanzplan

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	7	-149	-89	-206	-153	-87	-53
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	1.278	1.301	1.271	1.270	1.270	1.270	1.270
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen							
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-49						
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens							
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge	-3						
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	52						
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-130						
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.155	1.152	1.182	1.064	1.117	1.183	1.217
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens							
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände							
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens							
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-112	-400	-100	-400	-400	-400	-400
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände							
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen							
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-112	-400	-100	-400	-400	-400	-400
21.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-112	-400	-100	-400	-400	-400	-400
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen							
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen							
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen							
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit							
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen, Sonderkrediten, 2015, 2.000 T€ u. 2016, 840 T€	-481	-512	-512	-519	-2.563	-1.450	-588
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde							
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen							
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen							
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	-481	-512	-512	-519	-2.563	-1.450	-588
34.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	-481	-512	-512	-519	-2.563	-1.450	-588
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven							
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven							
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	562	240	570	145	-1.846	-667	229
39.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an Anfang d. Periode	1.766	1.934	2.328	2.898	3.043	1.197	530
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	2.328	2.174	2.898	3.043	1.197	530	759

Investitionsplan

Nr. Maßnahme	Planjahr 2014 T€	Folgejahre				Summe Jahre T€
		2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	
Gebäude und bauliche Anlagen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Technische Anlagen und Maschinen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Investitionen gesamt	400	400	400	400	400	2.000
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen	400	400	400	400	400	2.000
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	400	400	400	400	400	2.000
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögen	400	400	400	400	400	2.000
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit						
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						

Stellenübersicht

Anzahl	Plan 2013	Ist 30.06.2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2016	Plan 2017
Arbeitnehmer	43	44	46	45	44	43	43
Auszubildende	3	3	3	3	3	3	3
Stellen gesamt	46	47	49	48	47	46	46
Arbeitnehmer	43	43	46	45	44	43	43
Auszubildende	3	3	3	3	3	3	3
Beschäftigte in VZE gesamt	46	46	49	48	47	46	46

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken

Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€
1.	Einzahlungen Zuschüsse der Gemeinden - zum Ausgleich Liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon als Verlustausgleichszuschüsse	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962
2.	Darlehen der Gemeinden	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962
3.	Sonstige Einzahlungen der Gemeinden							
	Einzahlungen gesamt	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962	2.962
1.	Auszahlungen Ablieferungen an die Gemeinden - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungskostenbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen							
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen	104	104	104	110	110	110	110
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden	104	104	104	110	110	110	110
	Auszahlungen gesamt	104	104	104	110	110	110	110

Sponsoring und Spendenleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€
1.	Spende an die Buga (anstelle Vergütungssteuer)	29	20	24	24	24	24	24
2.								
3.								
4.								
5.								
	Sponsoring und Spendenleistung gesamt	29	20	24	24	24	24	24

...

CMT COTTBUS CONGRESS, MESSE & TOURISTIK GMBH, COTTBUS

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

A K T I V A		P A S S I V A	
	31.12.2012 EUR		31.12.2011 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		A. EIGENKAPITAL	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Software und Lizenzen	24.739,00	I. Gezeichnetes Kapital	536.856,48
		II. Kapitalrücklage	11.743.230,87
		III. Verlustvortrag	-6.567.116,28
II. Sachanlagen		IV. Jahresüberschuss	6.939,68
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	20.622.463,46		5.893.352,76
2. Technische Anlagen und Maschinen	26.905,49		5.896.413,08
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.251.885,08		100.649,43
		B. RÜCKSTELLUNGEN	
		Sonstige Rückstellungen	149.537,88
III. Finanzanlagen Beteiligungen	33.677,51		100.649,43
		C. VERBINDLICHKEITEN	
		1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.420.275,76
B. UMLAUFVERMÖGEN		2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	164.890,84
I. Vorräte		3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	170.162,81
Waren	36.509,02	4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.314,88
		5. Sonstige Verbindlichkeiten	577.839,65
		- davon aus Steuern: EUR 49.990,04 (Vorjahr: EUR 251.455,86)	
		- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 8,41 (Vorjahr: EUR 1.062,57)	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19.109,53		20.335.483,94
2. Sonstige Vermögensgegenstände	15.035,95		33.933,37
			20.947.919,69
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten			35.890,72
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			27.019.761,37
			26.363.419,50
			27.019.761,37

Cottbuser Gartenschau- gesellschaft 1995 mbH

Eigengesellschaft der Stadt Cottbus

Cottbuser Gartenschau-Gesellschaft 1995 mbH

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

Inhalt:

- Vorbericht
- Erfolgsplan
- Finanzplan
- Investitionsplan
- Anlagen
 - Stellenübersicht
 - haushaltsrelevante Positionen
 - Sponsoring /Spenden

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2014 der Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH

In der Stadtverordnetenversammlung am 21.12.2011 erfolgte durch den Bürgermeister der Stadt Cottbus die Information zum Ergebnis der im Jahr 2011 erfolgten Untersuchung zu Möglichkeiten einer organisatorischen Veränderung der Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH.

Im Ergebnis der Untersuchung wurde die Beibehaltung der bestehenden Strukturen und die weitere Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur „Zukunft der Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH“ vom 27.06.2007 empfohlen.

Dieser Beschluss lautet:

1. Bei Fortführung der bisherigen Nutzung und weiteren Gestaltung des ehemaligen BUGA-Kernbereiches ist im Rahmen des B-Planes „Bundesgartenschau Cottbus 1995“ unter Berücksichtigung denkmal- sowie landschaftsschutzrechtlicher Belange der Messe- und Tagungsstandort Cottbus zu sichern.
2. Die Cottbuser Gartenschaugesellschaft 1995 mbH wird auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrages und unter Anwendung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH vom 01.09.2000 in der Rechtsform der gemeinnützigen GmbH weitergeführt.

Auf Grund der überwiegend langjährigen Fördermittelbindungsfrist hinsichtlich der vorhandenen verschiedenen Wirtschaftsgüter (auch Parkgestaltungen) ist die Gesellschaft entsprechend der damaligen Förderzwecke zur jeweiligen Nutzung verpflichtet. Eine kostendeckende Betriebsführung ist dabei nicht möglich.

Der Betriebskostenzuschuss sichert die Existenz der Gesellschaft.

Die Erträge, die Finanzen und die Vermögenslage sind im Wirtschaftsjahr 2013 planmäßig stabil.

Der Betriebskostenzuschuss betrug im Jahr 2009, 431,3 T€ und im Jahr 2010, 411,3 T€. Auf Grund eines einmaligen wirtschaftlichen Vorteilseffekt im Jahr 2011 (Auflösung von Verbindlichkeiten) wurde der Betriebskostenzuschuss im Plan 2011, 2012 und 2013 auf 361,3 T€ gesenkt.

Für die Jahre 2012 und 2013 wurde entsprechend in den Wirtschaftsplänen jeweils ein Verlust von 40 T€ geplant. Im Ist 2012 betrug dieser 33,3 T€ und wird im V-Ist 2013, 40 T€ betragen.

Entsprechend der mittelfristigen Planung in den Wirtschaftsplänen 2012 und 2013 wurde darauf verwiesen, dass ab dem Jahr 2014, um eine bilanzielle Überschuldung zu verhindern, der Wirtschaftsplan wieder ausgeglichen sein sollte und um den jährlichen Verlust von 40 T€ zu verhindern, der Betriebskostenzuschuss von 361,3 T€ (Jahre 2011 bis 2013) um 40 T€ wieder auf das Niveau von 2010 in Höhe von 401,3 T€ erhöht werden muss.

Die Eigenkapitalausstattung 2013 und 2014 ist gewährleistet und die Liquidität ist als gesichert anzusehen, unter der Voraussetzung, dass der Zuschuss der Stadt Cottbus wie geplant, gewährt wird.

Innerhalb der Einzahlungen und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus auswirken ist der Betriebskostenzuschuss ausgewiesen. Auszahlungen an die Stadt Cottbus erfolgen für die Pacht entsprechend der Pachtverträge und Grundbesitzabgaben.

Die geplanten Investitionen betreffen ausschließlich Ersatzinvestitionen in die Baukörper und das Inventar entsprechend dem Verschleißgrad.
Es erfolgt ausschließlich die Finanzierung über Eigenmittel aus Abschreibungen.

Sponsoring und Spendenleistungen der Gartenschauengesellschaft sind nicht geplant.

Cottbus, den 11.10.2013


Bernd Koch
Geschäftsführer

Erfolgsplan

Nr.	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€
1. Umsatzerlöse	207	53	205	98	98	98	98
2. Erhöhung od. Verminderung d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen							
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	400	439	398	425	425	425	425
4. Sonstige betriebliche Erträge	361	361	361	401	401	401	401
dav. Betriebskostenzuschuss	215	219	234	213	213	213	213
5. Materialaufwand							
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	215	219	234	213	213	213	213
b) Aufw. f. bezogene Leistungen	145	83	142	47	47	47	47
6. Personalaufwand	110	60	108	36	36	36	36
a) Löhne und Gehälter	35	23	34	11	11	11	11
b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung	12	12	12	11	11	11	11
dav. f. Altersversorgung	256	216	241	238	238	238	238
7. Abschreibungen							
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen							
dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil	-21	-38	-26	14	14	14	14
Betriebsergebnis							
9. Erträge aus Beteiligungen							
dav. aus verbundenen Unternehmen							
10. Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögen							
dav. aus verbundenen Unternehmen	4	1	2	2	2	2	2
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge							
dav. aus verbundenen Unternehmen	14		13	13	13	13	13
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens							
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen							
dav. an verbundene Unternehmen							
Finanzergebnis	-10	1	-11	-11	-11	-11	-11
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-31	-37	-37	3	3	3	3
15. Außerordentliche Erträge							
16. Außerordentliche Aufwendungen							
17. Außerordentliches Ergebnis							
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	1	2	2	2	2	2	2
19. Sonstige Steuern	1	1	1	1	1	1	1
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	-33	-40	-40				
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses							
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen							
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen							
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter							
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	-33	-40	-40				

Finanzplan

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	-33	-40	-40	12	12	12	12
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	12	12	12	12	12	12	12
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen							
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	5						
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens							
6.	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen u. Erträge							
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-15						
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-21						
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-53	-28	-28	12	12	12	12
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens							
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände							
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens							
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-1	-12	-12	-12	-12	-12	-12
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände							
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen							
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1	-12	-12	-12	-12	-12	-12
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-1	-12	-12	-12	-12	-12	-12
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen							
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen							
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen							
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit							
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen							
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde							
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen							
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen							
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit							
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit							
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven							
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven							
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-54	-40	-40	-29			
39.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	271	233	217	188	188	188	188
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	217	193	188	188	188	188	188

Investitionsplan

Nr./Maßnahme	Planjahr 2014 T€	Folgejahre				Summe Jahre T€
		2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	
Gebäude und bauliche Anlagen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Technische Anlagen und Maschinen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						
1	12	12	12	12	12	60
2	12	12	12	12	12	60
3						
4						
5						
6						
Investitionen gesamt						
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen						
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit						
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögen						
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit						
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven						

Stellenübersicht

Anzahl	Plan 2013	Ist 30.06.2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2016	Plan 2017
Arbeitnehmer	0	0	0	0	0	0	0
Auszubildende							
Stellen gesamt							
<u>zur Information</u>	Die Gartenschaugesellschaft beschäftigt ausschließlich geringfügig beschäftigte Aushilfskräfte. Die Planung erfolgt für den Bedarf der Gartenschaugesellschaft. Die Abrechnung des Ist beinhaltet auch die Aushilfskräfte, die für die CMT arbeiten und deren Aufwand die CMT der Gartenschaugesellschaft erstattet.						
	9	42	9	9	9	9	9

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken

Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€
1.	Einzahlungen Zuschüsse der Gemeinden - davon als Kapitalzuschüsse - zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon als Verlustausgleichszuschüsse Darlehen der Gemeinden	361	361	361	401	401	401	401
2.	Sonstige Einnahmen der Gemeinden							
3.	Einzahlungen gesamt	361	361	361	401	401	401	401
1.	Auszahlungen Ablieferungen an die Gemeinden - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungskostenbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen							
2.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden	13	13	13	14	14	14	14
3.	Auszahlungen gesamt	13	13	13	14	14	14	14

Sponsoring und Spendenleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€
1.	keine							
2.								
3.								
4.								
5.								
Sponsoring und Spendenleistung gesamt								

COTTBUSER GARTENSCHAUEGESELLSCHAFT 1995 MBH, COTTBUS

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

AKTIVA		PASSIVA	
	31.12.2012 EUR		31.12.2011 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		A. EIGENKAPITAL	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		I. Gezeichnetes Kapital	26.075,89
Software	5,08	II. Gewinnvortrag	102.828,49
		III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-33.335,76
II. Sachanlagen			95.588,62
1. Bauten auf fremden Grundstücken	12.011,00		128.904,38
2. Technische Anlagen und Maschinen	8.102,00		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	32.517,81	B. RÜCKSTELLUNGEN	
		1. Pensionsrückstellungen	112.867,00
		2. Steuerrückstellungen	4.741,27
		3. Sonstige Rückstellungen	36.800,00
			154.408,27
			149.454,18
B. UMLAUFVERMÖGEN		C. VERBINDLICHKEITEN	
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50.385,70
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	21.694,82	2. Sonstige Verbindlichkeiten	14.664,88
2. Sonstige Vermögensgegenstände	23.764,42	- davon aus Steuern: EUR 39,49 (Vorjahr: EUR 0,00)	
		- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 2.903,48 (Vorjahr: EUR 2.845,57)	
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	45.459,24		
	216.932,34	D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	
	262.391,58		65.050,58
			0,00
			315.027,47
			365.813,34

Cottbusverkehr GmbH

Eigengesellschaft der Stadt Cottbus



Cottbusverkehr GmbH

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

Inhalt:

- Erfolgsplan
- Finanzplan
- Stellenübersicht
- Investitionsplan

Anlagen:

- Übersicht Auswirkungen
auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus
- Erläuterungen zum Erfolgsplan
- Erläuterungen zum Investitionsplan

Erfolgsplan 2014 und mittelfristige Entwicklung

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist 2012	Plan 2013	V-Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Nr.	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	9.878	9.860	10.362	10.543	10.431	10.492	10.533	10.613
2. Erhöhg.od.Verminderg.d.Bestands an fert.u.unfert.Erzeugn.								
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	112	140	220	250	250	250	240	200
4. Sonstige betriebliche Erträge	8.770	8.720	8.706	8.771	8.795	8.872	9.222	9.240
Rücklageanteil	524	650	580	710	750	740	780	790
5. Materialaufwand	6.801	5.987	6.145	6.187	6.130	6.366	6.535	6.676
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsst.u. f. bez.Waren	2.728	2.927	2.846	2.854	2.869	2.895	3.080	3.170
b) Aufwend. f. bezogene Leistungen	4.073	3.060	3.299	3.333	3.261	3.471	3.455	3.506
6. Personalaufwand	8.125	8.920	9.200	9.440	9.460	9.370	9.470	9.470
a) Löhne und Gehälter	6.565	7.136	7.360	7.552	7.568	7.496	7.576	7.576
b) soziale Abgaben								
u.Aufwendg.f.Altersversorgg.u.f.Unterstützg.	1.560	1.784	1.840	1.888	1.892	1.874	1.894	1.894
dav. f. Altersversorgung	230	220	220	220	220	220	220	220
7. Abschreibungen	2.777	2.920	2.870	3.010	2.980	2.920	2.910	2.760
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	922	815	970	865	843	845	875	894
dav. Zuführg.zu Sonderposten m. Rücklageanteil								
Betriebsergebnis	135	78	103	62	63	113	205	253
9. Erträge aus Beteiligungen								
dav. aus verbundenen Unternehmen								
10. Erträge aus anderen Wertpapieren u.Ausleihg.d.Finanzanlageverm.								
dav. aus verbundenen Unternehmen								
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	35	11	35	35	30	30	26	8
dav. aus verbundenen Unternehmen								
12. Erträge/Aufwand(-) aus Gewinnabführungsverträgen	-27	1		-5	2	2	4	4
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	269	260	230	220	210	190	210	240
dav. an verbundene Unternehmen								
Finanzergebnis	-261	-248	-195	-190	-178	-158	-180	-228
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-126	-170	-92	-128	-115	-45	25	25
15. Außerordentliche Erträge								
16. Außerordentliche Aufwendungen								
17. Außerordentliches Ergebnis								
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag								
19. Sonstige Steuern	25	30	26	25	25	25	25	25
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	-151	-200	-118	-153	-140	-70		
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses								
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen								
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter								
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter								
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	-151	-200	-118	-153	-140	-70		

dar.Erfolgsplan 2014 und mittelfristige Entwicklung Parkeisenbahn

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist	Plan	V-Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
Nr.	2012	2013	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	108	100	100	100	100	103	105	107
2. Erhöhg.od.Verminderg.d.Bestands an fert.u.unfert.Erzeugn.	0							
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	159	165	165	165	155	155	155	155
Rücklageanteil	0	0	0	0	0	0	0	0
5. Materialaufwand	46	38	38	38	41	45	45	48
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsst.u. f. bez.Waren	19	10	15	10	11	13	13	14
b) Aufwend. f. bezogene Leistungen	27	28	23	28	30	32	32	34
6. Personalaufwand	131	160	160	160	145	146	148	150
a) Löhne und Gehälter	107	131	131	131	119	120	121	122
b) soziale Abgaben u.Aufwendg.f.Altersversorgg.u.f.Unterstützg. dav. f. Altersversorgung	24	29	29	29	26	26	27	28
dav. f. Altersversorgung	0	0	0	0	0	0	0	0
7. Abschreibungen	1	0	0	0	0	0	0	0
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	85	65	65	65	65	63	63	60
dav. Zuführg.zu Sonderposten m. Rücklageanteil								
Betriebsergebnis	4	2	2	2	4	4	4	4
9. Erträge aus Beteiligungen								
dav. aus verbundenen Unternehmen								
10. Erträge aus anderen Wertpapieren u.Ausleihg.d.Finanzanlageverm.	0	0	0	0	0	0	0	0
dav. aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0
dav. aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0	0	0
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0
dav. an verbundene Unternehmen								
Finanzergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4	2	2	2	4	4	4	4
15. Außerordentliche Erträge	0		0					
16. Außerordentliche Aufwendungen	0		0					
17. Außerordentliches Ergebnis	0		0	0	0	0	0	0
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag								
19. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	4	2	2	2	4	4	4	4
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses								
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen								
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter								
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter								
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	4	2	2	2	4	4	4	4

Finanzplan 2014 und mittelfristige Entwicklung

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	-151	-200	-118	-153	-140	-70		
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	2.778	2.920	2.870	3.010	2.980	2.920	2.910	2.760
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-524	-650	-580	-710	-750	-740	-780	-790
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	51		45					
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens	-36		10					
6.	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen u. Erträge								
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-322							
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	551	-150	-285	-100	-100	-100	-100	-100
9.	Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.347	1.920	1.942	2.047	1.990	2.010	2.030	1.870
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.745	1.545	1.538	1.510	1.627	1.360	1.360	1.360
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens	36							
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände								
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens								
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit								
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.781	1.545	1.538	1.510	1.627	1.360	1.360	1.360
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-2.746	-3.723	-4.203	-3.842	-3.360	-3.170	-3.905	-3.750
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände								
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen								
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit								
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.746	-3.723	-4.203	-3.842	-3.360	-3.170	-3.905	-3.750
21.	= Investitionstätigkeit	-965	-2.178	-2.665	-2.332	-1.733	-1.810	-2.545	-2.390
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen	1.474	877	707	860	600	585	1.310	1.180
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen								
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen								
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen								
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	1.474	877	707	860	600	585	1.310	1.180
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen	-1.220	-1.430	-1.370	-980	-1.060	-880	-780	-780
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde								
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen								
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen								
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	-1.220	-1.430	-1.370	-980	-1.060	-880	-780	-780
34.	Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	254	-553	-663	-120	-460	-295	530	400
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven								
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven								
37.	= Liquiditätsreserven								
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	1.636	-811	-1.386	-405	-203	-95	15	-120
39.	+ Finanzmittelbestand am Anfang d. Periode	1.613	2.156	3.249	1.863	1.458	1.255	1.160	1.175
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	3.249	1.345	1.863	1.458	1.255	1.160	1.175	1.055

Stellenübersicht 2014 und mittelfristige Entwicklung

Bereich	V-Ist 2013 Stellen	Plan 2014 Anzahl Stellen	Plan 2015 Anzahl Stellen	Plan 2016 Anzahl Stellen	Plan 2017 Anzahl Stellen	Plan 2018 Anzahl Stellen
Geschäftsführung	3	3	3	3	3	3
Geschäftsbereich Verkehr	147	148	146	144	144	143
darunter Fahrdienst	126	127	126	125	125	125
Geschäftsbereich Technik	57	57	55	51	51	50
Kaufmänn. Geschäftsbereich	22	21	21	19	19	19
gesamt	229	229	225	217	217	215
davon ATZ-Ruhephase	1	1	1			
davon Azubis	2	2	2	2	2	2

Investitionsplan 2014 und mittelfristige Entwicklung

Nr.	Maßnahme	Planjahr	Folgejahre				Summe
		2014	2015	2016	2017	2018	Jahre
		T€	T€	T€	T€	T€	T€
Immaterielle Vermögensgegenstände		152	20	20	20	20	232
1	Konzessionen, Schutzrechte und Lizenzen	152	20	20	20	20	232
Sachanlagen		3.690	3.340	3.150	3.885	3.730	17.795
1	Grundstücke/Geschäfts- und Betriebsbauten	10	10	30	30	10	90
2	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges	900	115	125			1.140
3	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	1.215	2.390	1.900	1.065	1.500	8.070
4	Fahrzeuge für Personenverkehr	500	500	720	2.440	2.080	6.240
5	Technische Anlagen und Maschinen	305	80	115	120	60	680
6	Betriebs- und Geschäftsausstattungen	250	80	80	80	80	570
7	Anlagen im Bau und Planungen	510	165	180	150		1.005
Finanzanlagen							
1	Finanzanlagen						
Investitionen gesamt		3.842	3.360	3.170	3.905	3.750	18.027
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen		3.842	3.360	3.170	3.905	3.750	18.027
<i>Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit</i>		1.510	1.627	1.360	1.360	1.360	7.217
	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.510	1.627	1.360	1.360	1.360	7.217
	Investitionszuwendungen der Stadt Cottbus*	500	500	500	500	500	2.500
	E-Mittel	1.010	1.127	860	860	860	4.717
	Einzahlg. aus Abgängen von Gegenst.d.Sachanlageverm. sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
<i>Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit</i>		2.332	1.733	1.810	2.545	2.390	10.810
	Einzahlg. aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	860	600	585	1.310	1.180	4.535
	Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.472	1.133	1.225	1.235	1.210	6.275
	Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
<i>Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven</i>							

Übersicht der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben

Übersicht über Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
	Einzahlungen								
1.	Zuschüsse der Gemeinden	8.003	8215	8261	8.241	8.220	8287	8.587	8.595
	davon als Kapitalzuschüsse								
	- zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste								
	davon als Investitionszuschüsse	230	525	525	500	500	500	500	500
	davon als Betriebskostenzuschüsse	7.383	7.310	7.356	7.361	7.340	7.427	7.737	7.745
	- ÖPNV-Zuwendungen der Stadt Cottbus	5.563	5.646	5.646	5.731	5.817	5.904	5.992	6.000
	- ÖPNV-Zuwendungen des Landkreises Spree-Neiße	1.820	1.664	1.710	1.630	1.523	1.523	1.745	1.745
	davon als Verlustausgleichszuschüsse	390	380	380	380	380	360	350	350
	- Mindereinnahmenausgleich der Stadt Cottbus	390	380	380	380	380	360	350	350
2.	Darlehen der Gemeinden								
3.	Sonstige Einzahlungen der Stadt Cottbus - Parkeisenbahn	150	150	150	150	150	150	150	150
	Einzahlungen gesamt	8.153	8.365	8.411	8.391	8.370	8.437	8.737	8.745
	Auszahlungen								
1.	Ablieferungen an die Gemeinden								
	- von Gewinnen								
	- von Konzessionsabgaben								
	- von Verwaltungskostenbeiträgen								
	- bei Eigenkapitalentnahmen								
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen								
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden								
	Auszahlungen gesamt								

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2014 und der mittelfristigen Entwicklung

Nr.	Erträge	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	Umsatzerlöse	9.878	9.860	10.362	10.543	10.431	10.492	10.533	10.613
1.1.	Erlöse Fahrgeldeinnahmen	6.432	6.570	7.090	7.240	7.120	7.200	7.250	7.330
	Mindereinnahmenausgleich Stadt								
1.2.	Cottbus	390	380	380	380	380	360	350	350
1.3.	KOM Vertragsverkehr	31	30	30	30	30	30	30	30
1.4.	Schienenersatzverkehr	13	0	7	0	0	0	0	0
1.5.	KOM Schülerverkehr	120	40	45	35	35	35	35	35
1.6.	KOM Gelegenheitsverkehr	36	40	50	50	50	50	50	50
1.7.	Traditionsstraßenbahn	18	20	15	20	20	20	20	20
1.8.	Parkeisenbahn	108	100	100	100	105	105	105	105
1.9.	Sonstige Verkehrsleistung	72	60	55	60	63	64	65	65
1.10.	Werbung	250	250	230	250	250	250	250	250
1.11.	Ausgleichszahlungen	2.359	2.300	2.330	2.360	2.360	2.360	2.360	2.360
	für Schüler Stadt Cottbus	1.057	1.050	1.049	1.050	1.050	1.050	1.050	1.050
	für Schüler Landkreis Spree-Neiße	844	840	801	800	800	800	800	800
	für Schwerbehinderte	458	410	480	510	510	510	510	510
1.12.	Sonstige Umsatzerträge	49	70	30	18	18	18	18	18
	Fahrzeugwäschen	6	10	2	2	2	2	2	2
	Werkstätten	42	30	27	15	15	15	15	15
	Sonstige Erlöse	1	5	1	1	1	1	1	1
	Periodenfremde Erträge	0	25	0	0	0	0	0	0
2.	Erhöhg.od.Verminderg.an fert.u.unfert.Erzeugnissen								
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	112	140	220	250	250	250	240	200
4.	Sonstige betriebliche Erträge	8.770	8.720	8.706	8.771	8.795	8.872	9.222	9.240
	Auflösung Sonderposten	524	650	580	710	750	740	780	790
	Rückstellungsaufösungen	0	0	45	0	0	0	0	0
	Schadenersatzleistungen	91	130	130	130	130	130	130	130
	Leistungen für VSC	213	105	115	120	120	120	120	120
	Anlagenabgänge	36	0	10	0	0	0	0	0
	Vermietung	71	80	80	70	70	70	70	70
	Übrige Erträge	302	295	240	230	235	235	235	235
	ÖPNV-Zuwendung Stadt Cottbus	5.563	5.646	5.646	5.731	5.817	5.904	5.992	6.000
	ÖPNV-Zuwendung Landkreis Spree-Neiße	1.820	1.664	1.710	1.630	1.523	1.523	1.745	1.745
	Zuwendung Parkeisenbahn	150	150	150	150	150	150	150	150
9.	Erträge aus Beteiligungen dav. aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihg.d.Finanzanlageverm. dav. aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0
11.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge dav. aus verbundenen Unternehmen	35	11	35	35	30	30	26	8
12.	Gewinnabführungsverträgen	0	1	0	0	2	2	4	4
15.	Außerordentliche Erträge	0	0	0					
	Erträge Gesamt	18.795	18.732	19.323	19.599	19.508	19.646	20.025	20.065

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2014 und der mittelfristigen Entwicklung

Nr.	Aufwendungen	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
5.	Materialaufwand	6.801	5.987	6.145	6.187	6.130	6.366	6.535	6.676
5.1.	Aufwendg.f.Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.728	2.927	2.846	2.854	2.869	2.895	3.080	3.170
	Fahrstrom	487	540	670	650	650	620	620	630
	Kraft- und Schmierstoffe	1.230	1.410	1.210	1.250	1.260	1.300	1.470	1.500
	Elektroenergie	164	170	187	185	185	185	190	190
	Wärmeenergie	167	175	180	186	186	186	190	190
	Wasser, Abwasser	64	70	66	70	70	72	72	75
	Material für Reparatur/Instandhaltung	458	390	372	359	360	370	370	410
	Material für Gleisbau und Stromversorgung	49	50	31	50	50	53	55	60
	Arbeitsmittel und Hilfsmaterial	9	10	10	10	10	10	10	10
	Reifen und Schläuche	1	17	20	22	22	23	23	25
	Dienstbekleidung	39	35	35	34	35	35	35	35
	Fahrschein und Fahrpläne	31	30	20	20	20	20	20	20
	sonstiges Material	29	30	45	18	21	21	25	25
5.2.	Aufwend. f. bezogene Leistungen	4.073	3.060	3.299	3.333	3.261	3.471	3.455	3.506
	Kooperationsvertrag CV/NV	1.218	1.285	1.368	1.385	1.385	1.445	1.495	1.495
	Kooperationsvertrag CV/Leo	774	750	736	770	745	745	745	745
	Nachauftragnehmer VSC	1.206	340	353	350	330	330	330	330
	Nachauftragnehmer	169	165	163	170	165	165	165	165
	Fahrausweiskontrollen	66	65	67	72	62	62	65	65
	Verkehrszählungen	29	65	65	35	0	95	0	35
	sonstige bezogenen Leistungen	611	390	547	551	574	629	655	671
	Wartungs- und Vertragsleistungen	171	155	178	180	170	170	170	170
	Reparatur und Instandhaltung	208	90	192	187	180	180	200	210
	Fahrzeugwäschen	19	0	0	0	0	0	0	0
	Reparatur und Vertriebstechnik	18	20	30	30	20	21	23	25
	Miete und Leasing	44	50	50	52	52	55	55	57
	Reinigung und Entsorgung	52	25	25	40	90	140	142	142
	Sonstiges	99	50	72	62	62	63	65	67
6.	Personalaufwand	8.125	8.920	9.200	9.440	9.460	9.370	9.470	9.470
	a) Löhne und Gehälter	6.565	7.136	7.360	7.552	7.568	7.496	7.576	7.576
	b) soziale Abgaben u. Aufwendg.f. Altersvers. dav. f. Altersversorgung	1.560	1.784	1.840	1.888	1.892	1.874	1.894	1.894
		230	220	220	220	220	220	220	220
7.	Abschreibungen	2.777	2.920	2.870	3.010	2.980	2.920	2.910	2.760
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	922	815	970	865	843	845	875	894
	Zuführg.zu Sonderposten m.Rücklageanteil	14	0	12	12	10	10	10	10
	Mieten, Gebühren und Beiträge	71	60	71	71	70	70	75	75
	Versicherungen	233	255	325	270	270	270	275	285
	Schadensfälle	82	80	100	90	90	90	90	95
	Versicherungsbeiträge	151	175	225	180	180	180	185	190
	Telekommunikation, Verwaltungsbedarf, Reiseko.	113	80	104	108	105	105	107	109
	Werbung	72	65	65	55	55	55	55	55
	Andere Dienst- und Fremdleistungen	250	205	259	223	205	205	215	220
	Serviceleistungen	76	80	80	71	73	75	78	80
	Übrige betriebliche Aufwendungen	93	70	54	55	55	55	60	60
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen u.auf Wertpapiere d.Umlaufvermögens								
13.	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	269	260	230	220	210	190	210	240
16.	Aufwand aus Verlustübernahme	27		0	5				
18.	Steuern v.Einkommen u.vom Ertrag								
19.	Sonstige Steuern	25	30	26	25	25	25	25	25
	Aufwendungen Gesamt	18.946	18.932	19.441	19.752	19.648	19.716	20.025	20.065

Investitionsplan 2014 und die mittelfristige Entwicklung bis 2018

Plan 2014	Σ T€	Kredit T€	E-Mittel T€	Invest. CE T€	Eigenkap. T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
- Konzessionen	20	-	-	-	20
- Kanalschlussgebühren	132	-	-	-	132
II. Sachanlagen					
II. 1b. Geschäfts-/Betriebsbauten					
- Betriebshof/Aussenanlagen	10	-	-	-	10
II. 1c. Bahnkörper und Bauten des Schienenweges					
- Erneuerung GUW 3 (Beuchstraße) x ¹	760 x ¹	760 c ¹	-	-	-
- WC-Aussenanlage Gelsenkirchner Platz	30	-	-	-	30
- Kurvenschmieranlage Oberkirche stadteinwärts	30	-	-	-	30
- Erneuerung Oberflurverteiler/Anpassung an Sicherheitsstandard	10	-	-	-	10
-					
- Erweiterung der Weichenheizungssteuerung auf Feuchtigkeitsfühler/Maßnahme zur Energieeinsparung	30	-	-	-	30
- Anpassung Fahrleitungsmaste	40	-	-	-	40
II. 2a. Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungsanlagen					
- Klimagerechtes Mobilitätsverkehrszentrum Cottbus					
- Gleis- und Fahrleitungsbau/Hbf.-Umfeld 1.BA	1.100	-	860	240	-
- Straße der Jugend 1. BA x ²	100 x ²	-	-	100 i ²	-
- Berliner Straße (Berliner Platz bis Bahnhofstraße)					
- 2. BA Nordgleis incl. Weichenanlage West (5 Weichen) x ³	1.100 x ³	-	860 x ¹	240 x ¹	-
- Beschleunigung Bahnhoofsbrücke	15	-	-	-	15
II. 2b. Fahrzeuge für Personenverkehr					
- Langläufer Strab-Nr. 138	250	-	-	-	250
- Langläufer Strab-Nr. 149	250	-	-	-	250
II. 2c. Technische Maschinen und Anlagen					
- RBL/Funk	35	-	-	-	35
- Spezialwerkzeuge/Mess- u. Diagnosegeräte	20	-	-	-	20
- INNOG Projektstart 2a (elektronischer Fahrschein) x ⁴	250	-	150 e ⁴	-	100
II. 3. Betriebs-/Geschäftsausstattung	250	100	-	-	150
II. 4. Anlagen im Bau / Planung					
- Klimagerechtes Mobilitätsverkehrszentrum Cottbus (Planung)	170	-	-	105	65
- Berliner Straße zwischen Bahnhofstraße und Berliner Platz (Planung)	100	-	-	-	100
- WS Sachsendorf (Planung)	70	-	-	-	70
- Ausbau Haltestelle Görlitzer Straße Nord x ⁵	70 x ⁵	-	-	55	15 x ⁵
- Langläufer/Achsen für Niederflurmittelteil	100	-	-	-	100
SUMME	3.842	860	1.010	500	1.472

x¹ Überhand aus 2012

x² Folgemaßnahme aus Straßenbau der Stadt Cottbus

x³ Alternative Baumaßnahme, wenn der Bau des Klimagerechten Mobilitätszentrums Cottbus im Jahr 2014 nicht beginnt

x⁴ Fördermittel vom Verkehrsverbund Berlin Brandenburg

x⁵ Überhangmaßnahme aus 2013

	Plan 2015	Σ T€	Kredit T€	E-Mittel T€	Invest. CE T€	Eigenkap. T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		20	-	-	-	20
II. Sachanlagen						
II. 1b. Geschäfts-/Betriebsbauten						
- Betriebshof/Außenanlagen		10	-	-	-	10
II. 1c. Bahnkörper und Bauten des Schienenweges						
- Umbau Isolatoren Stadtring/Hauptbahnhof		40	-	-	-	40
- Kurvenschmieranlage Oberkirche stadtauswärts		30	-	-	-	30
- Ersatz von 3 Kurvenschmieranlagen		45	-	-	-	45
II. 2a. Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungsanlagen						
- Klimagerechtes Mobilitätsverkehrszentrum Cottbus - Gleis- und Fahrleitungsbau/Hbf.-Umfeld 2. BA (einschl. Weichenabzweig)		2.100	600	860	500	140
- Beschleunigung Thiemstraße		50	-	-	-	50
- Straße der Jugend 2. BA x ¹		240	x ¹	155	x ¹	85
II. 2b. Fahrzeuge für Personenverkehr						
- Landläufer Strab-Nr. 138		250	-	-	-	250
- Landläufer Strab-Nr. 149		250	-	-	-	250
II. 2c. Technische Maschinen und Anlagen						
- RBL		20	-	-	-	20
- Spezialwerkzeuge/Mess- u. Diagnosegeräte		20	-	-	-	20
- Fahrplan-Ist-Anzeigen für Haltestellen und öffentliche Einrichtungen		40	-	-	-	40
II. 3. Betriebs-/Geschäftsausstattung		80	-	-	-	80
II. 4. Anlagen im Bau / Planung						
- Umbau Haltestelle Hufelandstraße (Planung)		15	-	-	-	15
- Umsteiganlage Madow 2. BA x ²		150		112	x ²	38
SUMME		3.360	600	1.127	500	1.133

x¹ Folgemaßnahme aus Straßenbau der Stadt Cottbus/Fördermittel Straßenbau

x² Fördermittelbescheid behält Gültigkeit

	Plan 2016	Σ T€	Kredit T€	E-Mittel T€	Invest. CE T€	Eigenkap. T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		20	-	-	-	20
II. Sachanlagen						
II. 1b. Geschäfts-/Betriebsbauten						
- Betriebshof/Außenanlagen		30	-	-	-	30
II. 1c. Bahnkörper und Bauten des Schienenweges						
- Erneuerung BÜ-Anlagen		125	125	-	-	-
II. 2a. Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungsanlagen						
- Berliner Straße (Berliner Platz bis Bahnhofstraße) 2. BA Nordgleis incl. Weichenanlage West (5 Weichen) x ¹		1.100	x ¹	240	x ¹	-
- WS Sachsendorf incl. 2 Weichen		700	-	-	500	200
- Beschleunigung Friedrich-Ebert-Str. und Karlsru. zwischen Zimmerstr. und Bonnasenplatz		100	-	-	-	100
II. 2b. Fahrzeuge für Personenverkehr						
- 1 NF-Solo Omnibusse		220	220	-	-	-
- Langläufer Strab-Nr. 169		250	-	-	-	250
- Langläufer Strab-Nr. 147		250	-	-	-	250
II. 2c. Technische Maschinen und Anlagen						
- Haltestellenbeschilderung		80	-	-	-	80
- Bargeldbearbeitung		35	-	-	-	35
II. 3. Betriebs-/Geschäftsausstattung		80	-	-	-	80
II. 4. Anlagen im Bau / Planung						
- Saarbrücker Straße bis Gelsenkirchener Allee 1. BA (Planung)		180	-	-	-	180
SUMME		3.170	585	860	500	1.225

- Anschluss Klinikum (Planung) x²

x² vorbehaltlich der Zustimmung AR/GV/STVV

x¹ wenn nicht bereits im Jahr 2014 realisiert

	Plan 2017	Σ T€	Kredit T€	E-Mittel T€	Invest. CE T€	Eigenkap. T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		20	-	-	-	20
II. Sachanlagen						
II. 1b. Geschäfts-/Betriebsbauten						
- Betriebshof/Außenanlagen		30	-	-	-	30
II. 2a. Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungsanlagen						
- Weichenanlage Berliner Straße Nord und Ost (8 Weichen)		870	870	-	-	-
- Umbau Haltestelle Hufelandstraße		150	-	-	-	150
- Ersatz von 3 Kurvenschlieranlagen		45	-	-	-	45
II. 2b. Fahrzeuge für Personenverkehr						
- 2 NF-Solo Omnibusse		440	440	-	-	-
- Langläufer Strab-Nr. 146		250	-	-	-	250
- Langläufer Strab-Nr. 136		250	-	-	-	250
- Ansoarung Straßenbahnneubeschaffung		1.500	-	860	500	140
II. 2c. Technische Maschinen und Anlagen						
- F&B		20	-	-	-	20
- Haltestellenbeschilderung		100	-	-	-	100
II. 3. Betriebs-/Geschäftsausstattung		80	-	-	-	80
II. 4. Anlagen im Bau / Planung						
- Saarbrücker Straße bis Gelsenkirchener Allee 2. BA (Planung)		150	-	-	-	150
SUMME		3.905	1.310	860	500	1.235

- Anschluss Klinikum (Planung) x¹ 100 x¹ - - - 100

x¹ vorbehaltlich der Zustimmung AR/GV/STVV

	Plan 2018	Σ T€	Kredit T€	E-Mittel T€	Invest. CE T€	Eigenkap. T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		20	-	-	-	20
II. Sachanlagen						
II. 1b. Geschäfts-/Betriebsbauten						
- Betriebshof/Außenanlagen		10	-	-	-	10
II. 1c. Bahnkörper und Bauten des Schienenweges						
II. 2a. Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungsanlagen						
- Saarbrücker Straße bis Gelsenkirchener Allee 1. BA-Bogen Hagenwerder Str. + Gaglower Str.		1.500	300	860	-	340
II. 2b. Fahrzeuge für Personenverkehr						
- 4 NF-Solo Omnibusse		880	880	-	-	-
- Langläufer Strab-Nr. 148		250	-	-	-	250
- Langläufer Strab-Nr. 136		250	-	-	-	250
- Ansoarung Straßenbahnneubeschaffung		700	-	-	500	200
II. 2c. Technische Maschinen und Anlagen						
- Spezialwerkzeuge/Mess- u. Diagnosegeräte		20	-	-	-	20
- Fahrplan-Ist-Anzeigen für Haltestellen und öffentliche Einrichtungen		40	-	-	-	40
II. 3. Betriebs-/Geschäftsausstattung		80	-	-	-	80
II. 4. Anlagen im Bau / Planung						
SUMME		3.750	1.180	860	500	1.210

- Anschluss Klinikum (Planung) x¹ 200 x¹ - - - 200

x¹ vorbehaltlich der Zustimmung AR/GV/STVV

Cottbusverkehr GmbH
Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktivseite		31.12.2012 EUR	EUR	31.12.2011 TEUR	Passivseite		31.12.2011 TEUR	EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital		10.226		10.226.000,00
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen		211.487,73		233	II. Kapitalrücklage		9.864		9.863.556,41
2. geleistete Anzahlungen		14.400,00		0	Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB				
II. Sachanlagen			225.867,73	233	III. Bilanzverlust		597	19.340.996,04	748.560,37
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten							19.493		
1. einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		11.258.753,81		11.717					
2. Technische Anlagen und Maschinen		16.023.104,00		16.995	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen			7.867.701,18	6.647
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		286.777,00		292					
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		3.000.036,59	30.588.673,40	1.589	C. Rückstellungen				
III. Finanzanlagen				30.593	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.261		1.288.269,00
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		120.594,12		121	2. Sonstige Rückstellungen		1.236	2.548.662,82	1.260.393,82
2. Beteiligungen		1.022,58	121.616,70	1	D. Verbindlichkeiten				
			30.916.157,83	30.948	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		3.993		4.247.901,17
B. Umlaufvermögen					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.274.257,44; Vorjahr TEUR 1.128				
I. Vorräte			475.719,35	544	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		409		675.422,12
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 675.422,12; Vorjahr TEUR 409				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		52		82.341,15
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		321.918,09		270	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 82.341,15; Vorjahr TEUR 52				
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00; Vorjahr TEUR 0					4. Sonstige Verbindlichkeiten		592	5.630.349,36	624.684,92
2. Sonstige Vermögensgegenstände		1.272.653,40	1.594.581,49	966	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 624.684,92; Vorjahr TEUR 592		5.046		
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00; Vorjahr TEUR 0			5.319.523,70	1.613	- davon aus Steuern: EUR 68.417,36; Vorjahr TEUR 66				
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten				3.393	- davon im Rahmen sozialer Sicherheit: EUR 39.854,65; Vorjahr TEUR 34				
			41.041,66	9	E. Rechnungsabgrenzungsposten		667	889.013,79	
C. Rechnungsabgrenzungsposten									
			36.276.723,19	34.350				36.276.723,19	34.350

LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co.KG

Beteiligung der Stadt Cottbus

**Plan Gewinn- und Verlustrechnung LWG- 2014 gesamt
(WP vom 22.04.2013)**

	Umsatzmengen	Tm³	5.275
	<i>dav. Endverbraucher</i>	<i>Tm³</i>	<i>5.083</i>
	<i>dav. Weiterverteiler</i>	<i>Tm³</i>	<i>192</i>
1.	Erträge	T€	30.153
1.1.	Erträge TW	T€	12.467
1.1.1.	<i>Umsätze TW- Endverbraucher</i>	<i>T€</i>	<i>11.652</i>
1.1.2.	<i>Umsätze TW- Weiterverteiler</i>	<i>T€</i>	<i>216</i>
1.1.3.	<i>Sonstige Erträge</i>	<i>T€</i>	<i>599</i>
1.2.	Erträge AW- Betreiberentgelt/LSP einschl. NSW	T€	16.517
1.3.	Erträge Dienstleistungen aus Drittgeschäft	T€	1.169
2.	Aufwendungen	T€	24.230
2.1.	<i>Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe</i>	<i>T€</i>	<i>3.581</i>
2.2.	<i>Bezogene Leistungen</i>	<i>T€</i>	<i>4.306</i>
2.3.	<i>Personalaufwendungen</i>	<i>T€</i>	<i>7.656</i>
2.4.	<i>Abschreibungen</i>	<i>T€</i>	<i>6.875</i>
2.5.	<i>Sonstige Aufwendungen</i>	<i>T€</i>	<i>1.367</i>
2.6.	<i>Umverteilung Overheadleistungen</i>	<i>T€</i>	<i>2.908</i>
2.7.	<i>. /. Auflösung aus SOPO/Sonst.Erträge AW</i>	<i>T€</i>	<i>-2.463</i>
3.	Zinsaufwendungen	T€	1.844
4.	Aufwendungen und Zinsen	T€	26.074
5.	antelliger Aufwand KA Burg	T€	152
6.	Gewerbeertragssteuer	T€	664
7.	Aufwendungen gesamt netto	T€	26.890
8.	Gewinn/Verlust	T€	3.263

Finanzplan 2014		Cottbus, 22.10.2013	
Angaben in T€		KR-Schul	
		Plan 2014	
0.	Über-Unterdeckung entspr. V-Ist 2013	7.211	
	(+) (-)		
1.	Einnahmen	48.527	
1.1.	Einnahmen aus lfd. Geschäft	34.620	
1.1.1.	Einnahmen aus Trinkwasserverkäufen (ohne TW-HA u. NL)	12.698	
1.1.2.	Einnahmen aus Betreiberentgelten AW	19.655	
1.1.3.	Kundeneinzahlung AW Straupitz	700	
1.1.4.	sonstige Einnahmen (DL)	1.567	
1.1.5.	Steuererstattungen GewSt	0	
1.1.6.	Steuererstattungen Ust (u.a. TW-HA/BKZ)	0	
1.1.7.	Sonstige Erstattungen	0	
1.2.	Einnahmen aus Kapitalgeschäft	13.907	
1.2.1.	Kapitalerträge	50	
1.2.2.	Fördermittel	0	
1.2.3.	Einnahmen VV TW-HA	182	
1.2.4.	Einnahmen BKZ Trinkwasser	96	
1.2.5.	Anschlussbeiträge Abwasser	7.333	
1.2.6.	sonstige Zuschüsse	0	
1.2.7.	Verkäufe Anlagevermögen	0	
1.2.8.	Darlehensaufnahme	6.000	
1.2.9.	Rückzahlung Kreditlinie	246	
2.	Ausgaben	47.498	
2.1.	Ausgaben für lfd. Geschäft	26.554	
2.1.1.	Aufwendungen	11.439	
2.1.2.	Personalkosten	9.088	
2.1.3.	Zinsaufwendungen	1.985	
2.1.4.	Gewerbeertragsteuern	705	
2.1.5.	Umsatzsteuer	2.900	
2.1.6.	Umsatzsteuer Vorjahre (BP)	0	
2.1.7.	Auszahlung Kundeneinnahmen AW Straupitz	437	
2.1.8.	Gewerbesteuer Vorjahre	0	
2.2.	Ausgaben für Kapitalgeschäft	20.944	
2.2.1.	Investitionen	15.626	
2.2.2.	Kredittilgungen	3.860	
2.2.3.	Bedienung Gesellschafter-Darlehen	440	
2.2.4.	Rückzahlungen Fördermittel	0	
2.2.5.	Rückstellungen	1.018	
2.2.6.	Kauf Anlagevermögen	0	
2.2.7.	Rückzahlung Umsatzsteuer aus TW-HA/BKZ	0	
2.2.8.	Bereitstellung Kreditlinie	0	
3.	Überdeckung (+) / Unterdeckung (-), (0.+1.-2.)	8.240	
4.	Gewinnausschüttungen/Entnahmen	3.104	
5.	Verbleibende Über-/ Unterdeckung (3.-4.)	5.136	

AKTIVA

PASSIVA

Vorjahr		T€		€		Vorjahr		T€		€	
A. Anlagevermögen						A. Eigenkapital					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						I. Kapitalanteile persönlich haftender Gesellschafter					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten						II. Kapitalanteile Kommanditisten					
II. Sachanlagen						III. Rücklagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken						IV. Bilanzgewinn					
2. Trinkwasserverteilungsanlagen und Abwasserleitungen						B. Verrechnungskonten Kommanditisten					
3. Technische Anlagen und Maschinen						C. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile					
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung						D. Sonderposten für Zuschüsse					
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						E. Rückstellungen					
III. Finanzanlagen						1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen						2. Steuerrückstellungen					
2. Beteiligungen						3. Sonstige Rückstellungen					
B. Umlaufvermögen						F. Verbindlichkeiten					
I. Vorräte						1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					
2. Unfertige Leistungen						3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Kommunen und Zweckverbänden					
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						4. Sonstige Verbindlichkeiten					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen						- davon aus Steuern € 859.103,89 (T€ 556)					
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Kommunen und Zweckverbände						- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 5.281,10 (T€ 3)					
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 585.239,73 (T€ 635)						G. Rechnungsabgrenzungsposten					
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						H. Passive latente Steuern					
4. Sonstige Vermögensgegenstände											
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks											
C. Rechnungsabgrenzungsposten											
D. Aktive latente Steuern											
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung											

Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH

Eigengesellschaft der Stadt Cottbus



Carl-Thiem-Klinikum Cottbus

AKADEMISCHES LEHRKRANKENHAUS DER CHARITÉ
AKADEMISCHES LEHRKRANKENHAUS DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN
AKADEMISCHES LEHRKRANKENHAUS DER MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE



Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

- Entwurf -

Inhalt:

Vorbericht (inkl. Stellenübersicht)
Erfolgsplan
Finanzplan
Investitionsplan
Haushaltsrelevante Positionen
Sponsoring /Spenden

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2014 der Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH

1. Allgemeine Erläuterungen

Der Wirtschaftsplan der Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH wurde auf Basis der vorläufigen Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres und unter Einbezug der Ergebnisse der letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre aufgestellt. Er berücksichtigt alle bekannten gesetzlichen Veränderungen und Prognosen für das Jahr 2014 und die Folgejahre. Auf der Grundlage der Betriebs- und Entwicklungsplanung, erteilter Fördermittelbescheide und gefasster Gremienbeschlüsse der Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH fanden laufende und geplante bauliche Maßnahmen im Wirtschaftsplan Berücksichtigung.

Auch im Jahr 2013 sinkt das Leistungsvolumen, gemessen an den abzurechnenden Relativgewichten trotz leicht steigender Fallzahlen. Deshalb muss erneut von einer im Vergleich zum Vorjahr relativ konstanten Umsatzgröße für 2013 ausgegangen werden. Die sinkenden erlösrelevanten Leistungen werden durch einen gestiegenen Landesbasisfallwert sowie weitere Zuschläge im Zusammenhang mit dem Beitragsschuldengesetz kompensiert. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2014 wurde der bereits bekannt gegebene Bundesbasisfallwert sowie der letzte Angleichungsschritt an die untere Korridorgrenze beachtet.

Die zurzeit schwierige Übergangssituation bis zur Neustrukturierung und Neubesetzung der Geschäftsführung spiegelt sich u. a. in einer vorsichtigen Planung der Umsatzerlöse wider. Es wird von einem gleichbleibenden Leistungsniveau unter Berücksichtigung steigender Erlösentgelte ausgegangen. Die vom Land Brandenburg festgesetzte Fortschreibung des Krankenhausplanes gibt eine Bettenreduzierung von 169 Betten vor. Diese Reduzierung wurde bereits im Jahr 2013 unter Beachtung des aktuellen Bettenbedarfes realisiert. Die Genehmigung zur Erbringung von Leistungen der Neurologischen Frührehabilitation Phase B liegt mit der aktuellen Fortschreibung vor. Die Leistungen sollen im Rahmen eines unmittelbaren organisatorischen und räumlichen Verbundes mit dem MediClin Rehazentrum Spreewald erbracht werden. Dafür wurden zunächst 8 Betten im CTK eingerichtet und die ersten Fälle behandelt. Hier bietet sich das Potential einer Leistungsausdehnung die im hier aufgestellten Wirtschaftsplan noch keine Berücksichtigung findet, da eine sichere Datenbasis dafür noch nicht vorhanden ist.

Die Inhalte des neuen Tarifvertrages mit dem Marburger Bund sind in der Ermittlung der Personalkosten für den Ärztlichen Dienst enthalten. Für den fristgerecht zum 31.12.2013 gekündigten Tarifvertrag mit Verdi wurde für die nichtärztlichen Mitarbeiter des Klinikums in 2014 eine deutliche Tarifierhöhung eingeplant.

Sachkostensteigerungen, besonders im Energie- und Medienbereich, bei den Versicherungen, den Reinigungsleistungen und bei Lebensmitteln sowie mögliche Kosteneinsparungen durch den gemeinsamen Einkauf in der Einkaufsgemeinschaft kommunaler Krankenhäuser flossen in die Berechnungen ein.

Die Zahl der Mitarbeiter muss erneut den nicht steigenden Leistungen bei gleichzeitig vollständig zu finanzierenden Tarifierhöhungen angepasst werden. Darüber hinaus sind auch die zusätzlichen Kosten für eine erweiterte Geschäftsführungsstruktur zu erwirtschaften. Für 2014 ist deshalb ein Rückgang der VK-Zahlen im Mutterunternehmen von rd. -1,3% eingeplant. Dieser wird anteilig durch einen VK-Zuwachs in der Thiem-Service-Gesellschaft kompensiert.

Die für 2014 bis 2018 geplanten positiven Jahresergebnisse schwanken zwischen rund € 1,8 Mio. und € 3,2 Mio.

2. Erläuterungen zum Erfolgsplan

Der Gewinn soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden überwiegend durch die Behandlung der Patienten im stationären und teilstationären Bereich erzielt. Die bisherige Leistungsentwicklung in 2013 zeigt gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang bei den erlösrelevanten Kennzahlen. Während sich die Fallzahlen sogar leicht erhöhen, sinken die den Umsatz bestimmenden Fallpauschalenpunkte erneut. Vor allem ist ein Rückgang bei den hochaufwendigen Fällen erkennbar, was sich u. a. in einer schlechteren Auslastung der intensivmedizinischen Betten widerspiegelt. Bei der Leistungsplanung und den zugehörigen Erlösgrößen werden deshalb keine Steigerungen gegenüber der aktuellen Situation eingeplant. Das wird auch in den für 2013 noch ausstehenden Budgetverhandlungen Berücksichtigung finden müssen und Auswirkungen auf die parallel dazu laufenden Verhandlungen für 2014 haben. Diese sollen im 1. Quartal 2014 beginnen.

Die im Vergleich zum voraussichtlichen Ist 2013 erhöhten Umsatzerlöse in 2014 resultieren aus dem deutlichen Anstieg des zu erwartenden Landesbasisfallwertes 2014. Dieser steigt unter Beachtung des Versorgungszuschlages um rd. 3,7%. Das ist vor allem auf die relativ hohe Veränderungsrate in Höhe von + 2,81% sowie auf den letzten Angleichungsschritt bei der Anpassung der Landesbasisfallwerte an den Bundesbasisfallwert zurück zu führen.

Ab 2015 wird von einem Erlöszuwachs von durchschnittlich 2% p. a. ausgegangen. Allerdings wird diese Größe vor allem in 2014 sowie in 2016 durch die Auflösung von Verbindlichkeiten aus Erlösausgleichen für Vorjahre beeinflusst.

Bestandsveränderung

Diese Position der Gewinn- und Verlustrechnung wird erneut nicht beplant, da es keine zuverlässigen Einschätzungen für die jeweiligen Jahre gibt. Die Zahlen schwanken in den Jahresabschlüssen stark und können das Jahresergebnis auch entsprechend beeinflussen. Jedes Jahr werden die Leistungen der Patienten, die über den Jahreswechsel im Krankenhaus liegen, erlösseitig bewertet und abgegrenzt. Die sich im Vergleich zum Vorjahr ergebenden Veränderungen finden sich im jeweiligen Jahresabschluss erlösrelevant wieder.

Sonstige betriebliche Erträge

Wie in den Vorjahren beeinflussen vor allem die neutralen Erträge die Entwicklung in dieser Position und unterliegen im Rahmen der Förder- und Baumaßnahmen größeren Schwankungen. Diese haben allerdings keinen Einfluss auf das Ergebnis, da auf der Ausgabenseite adäquate Veränderungen bei den neutralen Aufwendungen entstehen.

Die ergebniswirksamen sonstigen Erträge bleiben über den Planungszeitraum hinweg relativ konstant. Nur in 2016 erhöht sich diese Position durch die Auflösung eines größeren Rückstellungsbetrages.

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Während in den Aufwandsbereichen Medizinischer Bedarf, Lebensmittel und sonstiger Wirtschaftsbedarf keine größeren Kostenanstiege eingeplant sind, wurde den erneut steigenden Energiepreisen Rechnung getragen. Bei Veränderungen im Leistungsgeschehen und damit bei den Erlösen kann sich diese Position sowohl nach oben als auch nach unten verändern.

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Der Kostenzuwachs bei den bezogenen Leistungen ist auf die Erweiterung der Thiem-Service-Gesellschaft zurück zu führen. Speziell die Einbindung weiterer Stationen in die Betreuung durch die Servicekräfte führt zu diesem Anstieg. Dagegen sinken die Kosten für die Glasreinigung und den Wachschatz durch die Integration dieser Leistungen in die TSG.

Personalaufwendungen

Im Ärztlichen Dienst wurden die Auswirkungen des neuen, noch nicht unterzeichneten Haustarifvertrages mit dem Marburger Bund einberechnet. Für den gesamten nichtärztlichen Personalbereich finden voraussichtlich erst in 2014 entsprechende Tarifverhandlungen mit Verdi statt. Für 2014 erfolgte deshalb eine Orientierung an den bekannten Steigerungsraten im Krankenhausbereich. Gleichzeitig wurden zusätzliche Kosten für die neue Geschäftsführungsstruktur eingestellt.

Aufgrund der steigenden Personalkosten bei fehlender Leistungsausweitung musste eine Personalreduzierung berücksichtigt werden. Diese wird anteilig durch Personalzuführungen in der TSG kompensiert.

Dadurch ergibt sich für 2014 ein Personalkostenanstieg, der sich mit den erhöhten Umsatzerlösen deckt. Für die weiteren Jahre wurden ebenfalls unter Beachtung zu erwartender Tarifierhöhungen bei gleichzeitiger Personalanpassung moderate Steigerungen von durchschnittlich 2% eingeplant.

Abschreibungen

Das nach wie vor umfangreiche Baugeschehen am Klinikums-Standort Cottbus macht sich in der weiteren Zunahme des Abschreibungsvolumens bemerkbar. Sowohl die neutralen als auch die ergebniswirksamen Abschreibungen steigen. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Investitionstätigkeit aus Eigenmitteln erhöht sich dabei weiterhin der Anteil ergebniswirksamer Abschreibungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Wie bereits bei den sonstigen betrieblichen Erträgen bestimmen vor allem die neu-tralen Aufwendungen die schwankende Entwicklung dieser Position. Sie haben somit kaum Einfluss auf das Betriebsergebnis. Für 2014 wurden zusätzliche Kosten im Zusammenhang mit dem 100-jährigen Jubiläum des Carl-Thiem-Klinikums eingestellt.

Zinserträge und Zinsaufwendungen

Die Zinserträge wurden für 2014 bis 2018 konstant, aber geringer als in den Vorjahren geplant. Das hängt mit der aktuellen Zinssituation und dem Abfluss liquider Mittel im Rahmen der Baumaßnahmen zusammen.

Die Zinsaufwendungen verringern sich in 2014 erneut, da der vom Land geförderte Darlehensvertrag ausläuft. In den Jahren 2015 bis 2017 wurden Zinsen für die geplante Kreditaufnahme des CTK zur Finanzierung des 6. Bauabschnitts eingestellt.

Steuern

Die in diesen Positionen enthaltenen Kfz-Steuern, Körperschaftssteuern, Gewerbesteuern und Umsatzsteuern auf Sachbezug entsprechen im Planansatz den Vorjahreswerten.

3. Erläuterungen zur Finanzplanung

Die Entwicklung des Finanzmittelbestandes wird im Wesentlichen von der umfangreichen Investitionstätigkeit sowie der Umsetzung der Leistungs- und Erfolgsplanung beeinflusst. Der voraussichtliche Bestand liquider Mittel zum Jahresende 2013 wird sich gegenüber dem Planansatz wesentlich positiver entwickeln.

In den Folgejahren ist aufgrund der intensiven Bautätigkeit im Rahmen nicht geförderter Investitionen von einem stark sinkenden Finanzmittelbestand auszugehen. Eine Verbesserung der finanziellen Situation wird unter Berücksichtigung der bekannten Sachverhalte und Rahmenbedingungen voraussichtlich erst im Jahr 2018 erreicht.

Laufende Geschäftstätigkeit

Die Höhe des Jahresüberschusses, die ergebniswirksamen Abschreibungen sowie die Entwicklungen der Rückstellungen bedingen im Wesentlichen die Veränderungen des Ergebnisses aus der laufenden Geschäftstätigkeit.

Investitionstätigkeit

Der Finanzplan berücksichtigt Investitionen (inkl. Baumaßnahmen sowie Ausstattung im medizinischen und nicht medizinischen Bereich) im gesamten Klinikum. Die Schwerpunkte bilden hierbei die Realisierung der Maßnahmen 5. Bauabschnitt Teil b und 6. Bauabschnitt.

Die Einzahlungen beinhalten einerseits bewilligte Zuwendungen und Zuschüsse sowie die im Land Brandenburg zum 1.1.2013 eingeführten Investitionspauschalen. Infolge der Vor- bzw. Eigenmittelfinanzierung der Baumaßnahmen durch das CTK ergibt sich aus der Investitionstätigkeit ein negativer Effekt für den Finanzmittelbestand. Die in Vorjahren gebildeten Gewinnrücklagen werden entsprechend der Zweckbindung eingesetzt.

Finanzierungstätigkeit

Die im Rahmen der Fördermaßnahme 5. Bauabschnitts Teil 1 gewährte Schuldendiensthilfe des Landes Brandenburg läuft noch bis zum Jahr 2014. Das Darlehen ist dann vollständig getilgt.

Aufgrund der positiven Entwicklung des Finanzmittelbestandes ist im Jahr 2013 die Finanzierung des 5. Bauabschnitts Teil b ohne Nutzung des eingeräumten Kreditrahmens möglich.

Zur Sicherung der laufenden Geschäftstätigkeit wird voraussichtlich im Jahr 2015 eine Kreditfinanzierung für die Realisierung des 5. Bauabschnittes notwendig. Die Tilgung ist in Abhängigkeit von der Finanzmittelausstattung des Klinikums für die Folgejahre vorgesehen.

4. Wirtschaftlichkeit/Risiken

Das Klinikum wird 2013 nach gegenwärtiger Prognose ein positives Jahresergebnis erreichen. Im Zusammenhang mit dem Wechsel der Geschäftsführung gibt es intensive Bemühungen, eine stabile ärztliche Besetzung und Facharztstruktur zu erhalten. Gleichzeitig werden auch verstärkt Gespräche mit den niedergelassenen Ärzten der Region und umliegenden Krankenhäusern geführt, um die Zusammenarbeit zu verbessern und weitere Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen. In wie weit sich diese Bemühungen in einem Leistungszuwachs niederschlagen, bleibt abzuwarten. Das CTK Cottbus befindet sich in einer Konsolidierungsphase, die bei fehlendem Umsatzanstieg Kürzungen auf der Ausgabenseite nach sich ziehen muss.

Die bereits in 2013 begonnenen Veränderungen zur Erhöhung der Effektivität der Arbeitsprozesse müssen auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Die weitere Optimierung klinischer Prozesse wird vorangebracht, Bettenkapazitäten dem Auslastungsgrad angepasst, Teilbereiche verkleinert und interdisziplinäre Belegungen der Stationen fortgesetzt. Die an die Arbeitszeitgesetzgebung anzupassenden Arbeitszeitmodelle im Ärztlichen Dienst befinden sich nach wie vor in der Umsetzung.

Die Organisation der ambulanten Versorgung wird Schritt für Schritt vom stationären Betrieb losgelöst und den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst.

5. Investitionen

Mit dem Jahr 2013 traten im Land Brandenburg Änderungen bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Investitionen im Krankenhaus in Kraft. Anstelle der bisherigen Pauschal- und Einzelförderungen werden Fördermittel in Form von leistungsorientierten Investitionspauschalen bereitgestellt.

Bereits jetzt ist erkennbar, dass der Umfang dieser Mittel nicht auskömmlich gestaltet und eine Reproduktion bzw. auch erweiterte Reproduktion des Anlagevermögens des Klinikums allein aus Landesmitteln nicht möglich ist.

Die Baumaßnahmen zum 5. Bauabschnitt, Teil b, werden im II. Quartal 2014 abgeschlossen. Die Inbetriebnahme des Hauses 5 ist im Januar 2014 sowie die Herstellung der Ziellösung Haus 6 im April 2014 vorgesehen. Mit voraussichtlich 3,2 Mio € überschreiten die Kosten die Höhe der bewilligten Fördermittel. Damit wird die für Mehrkosten gebildete Gewinnrücklage fast vollständig aufgebraucht.

Im Frühjahr 2013 haben die Bauarbeiten zur Realisierung des 6. Bauabschnitts begonnen. Die Baugenehmigung zur Errichtung der Häuser 62/63 liegt vor. Die Fertigstellung ist im September 2015 geplant.

6. Stellenübersicht

Eine jahresbezogene und nach Personalarten untersetzte Übersicht der in der Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH und der Tochtergesellschaft Thiem-Service GmbH geplanten Vollkräfte ist Bestandteil des Vorberichtes.

7. Ein- und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken

Treffen für das Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH nicht zu.

8. Sponsoring und Spendenleistungen

Treffen für das Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH nicht zu bzw. werden nicht geplant.

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2014 der Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH

Personalart	VK-Soll Jahr 2014			VK-Soll Jahr 2015			VK-Soll Jahr 2016			VK-Soll Jahr 2017			VK-Soll Jahr 2018		
	Mutter-gesell-schaft	Tochter-gesell-schaft	Summe	Mutter-gesell-schaft	Tochter-gesell-schaft	Summe	Mutter-gesell-schaft	Tochter-gesell-schaft	Summe	Mutter-gesell-schaft	Tochter-gesell-schaft	Summe	Mutter-gesell-schaft	Tochter-gesell-schaft	Summe
Ärztlicher Dienst	309,0		309,0	305,0		305,0	300,0		300,0	300,0		300,0	300,0		300,0
Pflegedienst	700,0	60,1	760,1	700,0	60,6	760,6	700,0	70,7	770,7	700,0	70,7	770,7	700,0	70,7	770,7
Medizinisch-technischer Dienst	346,0		346,0	342,0		342,0	338,0		338,0	336,0		336,0	336,0		336,0
Funktionsdienst	158,0		158,0	155,0		155,0	154,0		154,0	154,0		154,0	154,0		154,0
Klinisches Hauspersonal	8,5		8,5	8,5		8,5	8,5		8,5	8,5		8,5	8,5		8,5
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	135,0	5,7	140,7	130,0	13,0	143,0	125,0	13,0	138,0	120,0	13,0	133,0	120,0	13,0	133,0
Technischer Dienst	48,0		48,0	47,0		47,0	47,0		47,0	47,0		47,0	47,0		47,0
Verwaltungsdienst	128,0	1,2	129,2	126,0	1,2	127,2	125,0	1,2	126,2	125,0	1,2	126,2	125,0	1,2	126,2
Sonderdienst	8,9		8,9	9,0		9,0	9,0		9,0	9,0		9,0	9,0		9,0
Sonstiges Personal	1,5		1,5	1,5		1,5	1,5		1,5	1,5		1,5	1,5		1,5
FSJler/Burdis	1,9		1,9	1,9		1,9	1,9		1,9	1,9		1,9	1,9		1,9
Personal der Ausbildungsstätte	32,5		32,5	32,5		32,5	32,5		32,5	32,5		32,5	32,5		32,5
Gesamtsumme	1.877,3	67,0	1.944,2	1.858,4	74,8	1.933,1	1.842,4	84,9	1.927,2	1.835,4	84,9	1.920,2	1.835,4	84,9	1.920,2

Erfolgsplan

- Entwurf -

Nr.	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1. Umsatzerlöse	158.867	164.105	160.353	166.559	167.957	171.381	174.312	177.586
2. Erhöhung od. Verminderung, d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen	-1.687							
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	33.772	31.420	32.915	32.945	26.638	24.581	24.173	23.809
4. Sonstige betriebliche Erträge								
dav. Betriebskostenzuschuss								
5. Materialaufwand	40.947	43.161	42.105	43.483	44.159	44.509	44.807	45.121
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	35.604	36.923	36.089	36.969	37.363	37.619	37.876	38.149
b) Aufwend. f. bezogene Leistungen	5.343	6.237	6.016	6.514	6.795	6.890	6.931	6.972
6. Personalaufwand	109.393	112.355	109.992	113.700	114.995	116.260	118.255	120.590
a) Löhne und Gehälter	91.264	90.780	91.736	94.829	95.909	96.984	98.628	100.575
b) soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung u. f. Unterstützung	18.129	21.575	18.256	18.871	19.086	19.296	19.627	20.015
dav. f. Altersversorgung	2.691	2.542	2.735	2.827	2.860	2.891	2.941	2.999
7. Abschreibungen	10.768	11.416	11.243	12.370	12.798	13.632	13.212	12.845
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.928	24.866	28.184	27.751	19.758	19.670	19.889	19.839
dav. Zuführungen zu Sonderposten m. Rücklageanteil								
Betriebsergebnis	3.916	3.728	1.743	2.201	2.886	1.891	2.323	3.000
9. Erträge aus Beteiligungen								
dav. aus verbundenen Unternehmen								
10. Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens								
dav. aus verbundenen Unternehmen								
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	532	542	336	327	327	327	327	327
dav. aus verbundenen Unternehmen								
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens	1.084	471	471	199	285	328	323	88
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen								
dav. an verbundene Unternehmen								
Finanzergebnis	-552	71	-135	128	42	-1	4	239
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.365	3.798	1.608	2.329	2.928	1.890	2.327	3.239
15. Außerordentliche Erträge								
16. Außerordentliche Aufwendungen								
17. Außerordentliches Ergebnis								
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	49	65	64	65	65	65	65	65
19. Sonstige Steuern	3	3	3	4	4	4	4	4
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	3.313	3.730	1.542	2.260	2.859	1.821	2.258	3.170
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses								
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen	3.000	3.500	1.200	2.000	2.500	1.500	2.000	2.900
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen								
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter								
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	313	230	342	260	359	321	258	270

Finanzplan

- Entwurf -

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	3.313	3.730	1.542	2.260	2.859	1.821	2.258	3.170
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	1.434	1.694	1.536	1.705	1.958	2.822	2.821	2.824
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen								
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-1.119	-1.770	-958	-1.700	-2.345	110	270	45
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens	73		-14	100	-15	-15	-15	-15
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge								
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3.118	430	479	1.236	141	148	140	150
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-73	-498	1.491	1.047	-3.628	1.017	1.295	1.195
9.	Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	510	3.586	4.075	4.647	-1.030	5.904	6.769	7.369
10.	± Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	10.285	25.972	21.835	8.214	6.722	3.026	3.026	3.026
11.	± Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens								
12.	± Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände								
13.	± Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens								
14.	± sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit								
15.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	10.285	25.972	21.835	8.214	6.722	3.026	3.026	3.026
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-15.254	-27.292	-21.878	-27.914	-24.090	-4.719	-3.156	-3.156
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-793	-881	-390	-400		-400	-400	-400
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen								
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-176	-163	-125	-163	-163	-163	-163	-163
20.	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-16.223	-28.336	-22.393	-28.477	-24.653	-5.282	-3.719	-3.719
21.	Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-5.938	-2.364	-558	-20.263	-17.931	-2.256	-693	-693
22.	± Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen					9.000			
23.	± Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
24.	± Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen								
25.	± Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen								
26.	± Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen								
27.	Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	7.483	7.429	7.429	6.607				
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen					9.000	-4.500	-4.500	
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde								
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen								
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen								
33.	Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	-7.483	-7.429	-7.429	-6.607				
34.	Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit	-7.483	-7.429	-7.429	-6.607				
35.	± Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven					9.000	-4.500	-4.500	
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven								
37.	Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven								
38.	Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-5.428	1.222	3.517	-15.615	-9.962	-852	1.576	6.676
39.	± Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	32.644	23.920	27.216	30.733	15.118	5.156	4.303	5.879
40.	Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	27.216	25.142	30.733	15.118	5.156	4.303	5.879	12.555

Investitionsplan

- Entwurf -

Nr.	Maßnahme	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Planjahr 2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	Summe Jahre 2014-2018 T€
1	Zuwendungen der Stadt Cottbus	33.742	33.161	32.035	28.608	23.414	20.547	21.822	23.550	117.940
2	Finanzierung Dritter + Eigenmittel					9.000				9.000
3	Kreditaufnahme									
	Summe Finanzierungsmittel	33.742	33.161	32.035	28.608	32.414	20.547	21.822	23.550	126.940
	Investitionen gesamt	33.742	33.161	32.035	28.608	32.414	20.547	21.822	23.550	126.940

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken

- Entwurf -

Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	Einzahlungen Zuschüsse der Gemeinden - davon als Kapitalzuschüsse - zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon als Verlustausgleichszuschüsse Darlehen der Gemeinden								
3.	Sonstige Einzahlungen der Gemeinden								
	Einzahlungen gesamt								
1.	Auszahlungen Ablieferungen an die Gemeinden - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungsbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen								
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl. Zinsen								
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden								
	Auszahlungen gesamt								

Sponsoring und Spendenleistungen

- Entwurf -

Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-Ist 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€
1.	sonstige Zuwendungen/Spenden	3		2					
2.	Sponsoring								
3.	Sachspenden	74		48					
4.									
5.									
	Sponsoring und Spendenleistung gesamt	77		50					

Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH, Cottbus
Bilanz zum 31. Dezember 2012

Anlage 1

Aktiva	EUR	EUR	31.12.2011 EUR	Passiva	EUR	EUR	31.12.2011 EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.201.530,81	747.952,86	I. Gezeichnetes Kapital	18.000.000,00	18.000.000,00	
II. Sachanlagen				II. Kapitalrücklagen	53.292.853,33	53.292.853,33	
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	124.039.121,17		125.501.473,53	III. Gewinnrücklagen	41.390.129,13	35.768.866,76	
2. Grundstücke mit Wohnbauten	639.784,28		635.532,02	IV. Bilanzgewinn	1.433.514,11	3.721.324,88	
3. Technische Anlagen	1.279.136,41		1.418.483,38		114.119.496,57	110.803.064,87	
4. Einrichtungen und Ausstattungen	21.809.451,03		20.841.476,85				
5. Anlagen im Bau	7.005.548,00		1.952.252,30				
		155.020.041,58	150.346.218,08	B. Sonderposten			
III. Finanzanlagen				1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	62.075.065,18	59.945.281,43	
Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00	25.000,00	2. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	1.920.500,56	2.101.154,55	
				3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	152.532,16	156.839,71	
		155.246.572,39	151.122.171,04		64.148.097,90	62.203.255,69	
B. Umlaufvermögen				C. Rückstellungen			
I. Vorräte				1. Steuerrückstellungen	31.280,60	22.280,60	
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.054.811,40		2.835.131,88	2. Sonstige Rückstellungen	11.951.595,72	13.079.856,60	
2. Unterföge Leistungen	2.325.377,53		4.012.558,73		11.982.786,32	13.101.837,20	
		5.380.189,23	6.847.690,59	D. Verbindlichkeiten			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.035.773,00	21.518.827,00	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	23.253.877,43		19.899.887,17	davon gefördert nach KHG EUR 14.035.773,00 (Vj. EUR 21.518.827,00)			
2. Forderungen nach dem Konkursanfechtungsrecht	28.321.857,03		35.798.959,38	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.981.324,15	4.483.433,80	
davon nach KHG EUR 879.520,19 (Vj. EUR 0,00)				3. Verbindlichkeiten nach dem Konkursanfechtungsrecht	30.330.423,01	35.884.111,86	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	20.174,77		542,28	davon nach dem KHG EUR 1.985.465,86 (Vj. EUR 1.983.327,86)			
davon an Gesellschafter EUR 0,00 (Vj. EUR 0,00)				4. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung	448.803,83	452.700,89	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.073.524,55		1.012.857,22	das Anlagevermögen	0,00	64,23	
				5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.578.181,72	3.689.152,86	
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				davon gegenüber Gesellschafter EUR 0,00 (Vj. EUR 0,00)			
		53.878.733,78	58.451.826,03	6. Sonstige Verbindlichkeiten			
		27.215.707,48	32.643.513,19	davon aus Steuern EUR 1.377.399,83 (Vj. EUR 1.128.810,54)			
		88.274.830,40	98.042.879,81		53.842.305,71	65.855.080,30	
C. Ausgleichsposten nach dem KHG				E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung			
		30.551.868,82	29.491.268,19		29.847.113,20	24.372.889,48	
D. Rechnungsabgrenzungsposten				F. Rechnungsabgrenzungsposten			
		374.425,69	95.973,12		510.487,70	315.985,54	
		273.447.287,40	276.752.332,16		273.447.287,40	276.752.332,16	

EGC
Entwicklungsgesellschaft
Cottbus mbH

Beteiligung der Stadt Cottbus

Wirtschaftsplan 2014

Entsprechend der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Cottbus

Beschlussvorlage Nr. 06/2013 des AR der EGC mbH

Fassung vom 30.10.2013

Erfolgsplan								
## Nr.	TEUR	Ist 2012	Plan 2013	V-Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
1.	<u>UP</u> Umsatzerlöse	375	179	59	110	150	150	150
2.	Erhöh. od. Vermind. d. Bestands an fert. u. unfert. Erzeugn.	-304	-89	-38	-10	-50	-50	-50
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen							
4.	<u>UP</u> Sonstige betriebliche Erträge dav. Auflös. v. Sonderposten mit Rücklageanteil	835	772	769	650	635	635	635
	Gesamterträge	906	862	790	750	735	735	735
5.	Materialaufwand	117	70	1	110	110	110	110
	<u>UP</u> a) Aufwend. f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezog. Waren							
	<u>UP</u> b) Aufwend. f. bezog. Leistungen	117	70	1	110	110	110	110
6.	Personalaufwand	342	405	368	325	325	325	325
	a) Löhne und Gehälter	283	345	305	280	280	280	280
	b) soziale Abgaben u. Aufwend. f. Altersversorg. u. f. Unterstützung dav. f. Altersversorgung	59	60	63	45	45	45	45
7.	<u>UP</u> Abschreibungen	1	2	2	2	2	2	2
8.	<u>UP</u> Sonst. betriebl. Aufwend. dav. Zuführung. zu Sonderposten m. Rücklageant.	386	327	322	275	274	273	272
	Betriebsergebnis	60	58	97	38	24	25	26
9.	Erträge aus Beteiligungen dav. aus verbundenen Unternehmen							
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen d. Finanzanlageverm. dav. aus verbundenen Unternehmen							
11.	Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge dav. aus verbundenen Unternehmen							
12.	Abschreib. auf Finanzanl. u. auf Wertpapiere d. Umlaufverm.							
13.	Zinsen u. ähnl. Aufwend. dav. an verbundene Unternehmen	10	10	10	8	7	7	7
	Finanzergebnis	-10	-10	-10	-8	-7	-7	-7
14.	Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	50	48	87	30	17	18	19
15.	Außerordentl. Erträge							
16.	Außerordentl. Aufwendungen	86		80				
17.	Außerordentliches Ergebnis	-86		-80				
18.	Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag							
19.	Sonstige Steuern	12	15	15	14	13	12	11
20.	Jahresgewinn/Jahresverlust	-48	33	-8	16	4	6	8
	nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses							
	Gewinn-/Verlustvortrag aus Vorjahr							
	Bilanzergebnis	-48	33	-8	16	4	6	8
	Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen							
	Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen							
	Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter							
	Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen							

Erfolgsplan								
Unterpositionen (in TEUR)								
##		Ist 2012	Plan 2013	V-ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
	UP Umsatzerlöse	375	179	59	110	150	150	150
1	Grundstücksverkäufe	350	159	39	90	130	130	130
2	Vermietung und Verpachtung	25	20	20	20	20	20	20
3	Sonstige Umsatzerlöse							
	UP Sonstige betriebliche Erträge	835	772	769	650	635	635	635
1	Ertragszuschüsse Gesellschafter	653	635	635	635	635	635	635
2	Erträge aus Kostenerstattungen	14		18				
3	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen/sonstiges	19						
4	Erlöse Sachbezug	4		4				
5	DLV BKO 2012	3						
6	GRW-Regionalbudget	92	97	97				
7	FM TIP (2010) /Geothermie Stadt	18						
8	Deplinno		15					
9	UCP		25	15	15			
10	Leitungen	32						
	Aufwend. f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezog. Waren							
	UP Aufwend. f. bezog. Leistungen	100	110	1	50	50	50	50
1	Erschließungsaufwendungen	100	110	1	50	50	50	50
2	für zu erwerbende Grundstücke							
	UP Abschreibungen	1	1	2	2	2	2	2
1	a) auf immat. Vermögensgegenst. d. Anlageverm. u. Sachanl.	1	1	2	2	2	2	2
2	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB							
3	davon nach § 254 HGB							
4	b) auf Vermögensgegenst. d. Umlaufverm., soweit diese die im Untern. übl. Abschreib. überschreiten							
5	davon nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB							
6	davon nach § 254 HGB							
	UP Sonst. betriebl. Aufwend.	386	327	322	275	274	273	272
1	Werbe- und Reisekosten, UCP, Regionalbudget etc.	210	157	157	104	104	104	104
2	Rechts- und Beratungskosten	47	41	41	41	41	41	41
3	Fahrzeugkosten	21	20	15	20	20	20	20
4	Mieten/Strom/Telefon	55	55	55	55	55	55	55
5	sonstige	13	42	42	44	44	44	44
6	Versicherungen/AR/Mitgliedsbeitr.	12						
7	Beiträge							
8	Grundstückspflege und Straßenreinigung	10	12	12	11	10	9	8
9	Geothermie	18						

Finanzplan								
TEUR		Ist 2012	Plan 2013	V-ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Ein- und Auszahlungsarten								
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	-48	33	-8	16	4	6	8
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenst. d. AV	2	2	2	2	2	2	2
3.	± Sonderposten z. AV							
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen	-3.111	-1.396	-95	-1.321	-9	-9	-9
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. AV							
6.	± sonst. zahlungsunwirks. Aufwendungen u. Erträge							
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	3.335	1.394		1.315	50	50	50
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichk. aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-23						
9.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus lfd. Geschäftstätigkeit	155	33	-101	12	47	49	51
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen/-zuschüssen							
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. SAV							
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immat. Vermögensgegenstände/Anlagen im Bau							
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens							
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
16.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. SAV		-2	-2	-2	-2	-2	-2
17.	- Auszahlungen f. Investitionen i. immat. Vermögensgegenstände							
18.	- Auszahlungen f. Invest. i. d.							
19.	- sonst. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-2	-2	-2	-2	-2	-2
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit		-2	-2	-2	-2	-2	-2
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Invest.							
23.	+ Sonst. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)/geförderten Darlehen							
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen							
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten z. AV							
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen/Förderm. zur Darlehenstilg.							
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit							
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Invest.	-108						
29.	- Sonst. Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
30.	- Auszahlungen an die Gemeinde/Entnahmen der Kommanditisten							
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten z. AV							
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen/Auszahlung Darlehenstilg.							
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit	-108						
34.	= Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit	-108						
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven							
37.	= Saldo aus d. Inanspruchn. v. Liquiditätsreserven							
38.	= Zahlungswirks. Veränderung d. Finanzmittelbest.	47	31	-103	10	45	47	49
39.	+ Finanzmittelbest. bzw. voraussichtl. Best. an eigenen Zahlungsmitteln am Anf. d. Periode	6	125	125	22	32	77	124
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende der Periode	53	156	22	32	77	124	173

Anlage 1: Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2014 der EGC mbH

1 Erläuterungen

1.1 Allgemeine Erläuterungen

Der Wirtschaftsplan 2014 der EGC Entwicklungsgesellschaft Cottbus mbH (nachfolgend EGC) wurde auf der Grundlage des Beschlusses „Mittelfristige Weiterentwicklung der Entwicklungsgesellschaft Cottbus mbH“ der Stadtverordneten der Stadt Cottbus im Juni 2010 (Vorlage OB-011/10) sowie dem Geschäftsverlauf des Jahres 2013 erstellt.

In den zurückliegenden Jahren war das Projekt „GRW-Regionalbudget“ für den regionalen Wachstumskern (RWK) Cottbus ein besonderer Schwerpunkt der Tätigkeit und ein wichtiger Bestandteil des Planes. Dieses Projekt lief im Jahr 2013 aus. Ein Nachfolgeprojekt wird angestrebt, ist aber noch nicht bewilligt.

Sonstige Projekte mit Fördermitteln können zusätzliche Einnahmen zur Verfolgung der Unternehmensziele generieren, allerdings binden solche Projekte mitunter die personellen Kapazitäten übermäßig. Im Plan sind keine Folgeprojekte von Deplinno und UCP enthalten, welches zum 31.12.2013 beendet wird und bei dem die EGC einer von 9 Projektpartnern ist. Einzig erwartete Erträge und Einzahlungen aus der Schlussabrechnung UCP sind enthalten.

Im Jahr 2011 begann die Stadt Cottbus mit der sogenannten Altanschießeranlagung. Die Belastung der EGC steht aufgrund der teilweise komplizierten rechtlichen Lage und der noch nicht abschließend erfolgten Bescheidung noch nicht endgültig fest. Durch die Bildung einer Rückstellung in Höhe von 3,105 Mio. € wurde die mögliche Belastung im JA 2011 berücksichtigt. Die Stadt Cottbus hat einen zusätzlichen Zuschuss von bis zu 3 Mio. € für die Übernahme von Beiträgen zugesagt. Dieser Betrag wurde als sonstiger Vermögensgegenstand (Bilanz) bzw. außerordentlicher Ertrag (GuV) im JA 2011 berücksichtigt. Im Jahr 2012 wurden über die Hälfte der erwarteten Beitragszahlung geleistet. Da bisher noch keine Beitragsbescheide für die Restflächen vorliegen, geht der Wirtschaftsplan 2014 davon aus, dass diese zum Jahresende zugehen und Anfang 2014 zahlungswirksam werden.

1.2 Erläuterungen zum Erfolgsplan

Für das Jahr 2013 wird ein geringer Verlust erwartet aufgrund nötiger Steuernachzahlungen für die Jahre ab 2009, nachdem im Jahr 2013 das Ergebnis der BP 2006-2008 bestandskräftig wurde.

Für die Jahre ab 2014 wurde auf der Basis der bisherigen Mittelfristplanung geplant, allerdings mit angepassten Werten für den Bereich der Erschließung und der Erlöse aus Grundstücksverkäufen. Durch das Auslaufen des Regionalbudget sinken die vorhandenen Mittel für Marketing, Reisen und ähnliches. Entsprechend reduziert wurden die Ansätze für Werbe- und Reisekosten.

Umsätze (Verkaufserlöse)

- Die EGC plant 2014 mit Umsätzen aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 90 T€.
- Für die Folgejahre werden Erlöse aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 130 T€ erwartet.
- Die EGC plant mit Mieterlösen i. H. v. 20 T€ p.a.

Sonstige betriebliche Erträge

- Zuschüsse (Betriebsmittel- und Personalkostenzuschüsse)
Ab dem Jahr 2014 werden Zuschüsse der Stadt in Höhe von 160 T€ und der GWC in Höhe von 475 T€ geplant, insgesamt 635 T€ p.a. Diese sind in diesem Plan über das Jahr 2015, dem letzten enthaltenem Jahr des Fortführungsbeschlusses der StVV Cottbus, fortgeschrieben.
- Deplinno und UCP
Aus Deplinno werden Erträge und Zahlungseingänge erwartet. Aufgrund der bisherigen zähen Abrechnung wurde aus Vorsichtsgründen nichts eingeplant.
Aus UCP werden Erträge und Zahlungseingänge i. H. v. 15 T€ erwartet.

Bestandsveränderungen

- Die angesetzten Erschließungen werden als bestandserhöhend eingeschätzt, also als Wertsteigerung von EGC-Grundstücken.
- Verminderung der Vorräte aus Verkäufen
Der Planung liegt ein Verkauf zum Buchwert zugrunde, entsprechend sinken die Vorräte um 10 T€ (Veränderung: Verminderung aus Verkauf 90 T€ + Erhöhung aus Erschließung 80 T€) bzw. um 50 T€ (Veränderung: Verminderung aus Verkauf 130 T€ + Erhöhung aus Erschließung 80 T€)

Personal

Zum 31.12.2013 wird das Ausscheiden einer Mitarbeiterin erwartet. Der Personalaufwand sinkt daher im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr 2013 auf 325 T€. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung (Aufzinsung) für Dr. Zwania wird im Zinsaufwand ausgewiesen.

Materialaufwand und Fremdleistungen

Die Position weist den Aufwand für Erschließungen auf sowie für Fremdleistungen für externe Akquisitionsleistungen.

Sonstiger betrieblicher Aufwand

- Werbe- und Reisekosten 104 T€
- Verwaltungskosten/Gemeinkosten 140 T€
davon Mieten und IT-Leasing und ähnliches 55 T€
davon Buchhaltung, Jahresabschluss und Prüfung, Beratung 41 T€
davon sonstiges 44 T€ (Versicherungen, Mitgliedschaftsbeiträge, AR...)
- Kfz 20 T€
- Kosten Grundstückspflege und Straßenreinigung 11 T€

Zinsaufwand

Der Zinsaufwand enthält die Zinsen für die Pensionsverpflichtung (ca. 8 T€). Weiterer Zinsaufwand entsteht nicht.

Steuern

Grundsteuer, Kfz-Steuer

Ergebnisverwendung

Für 2013 wird ein Verlust in Höhe von 8 T€ erwartet. Das Jahresergebnis 2013 soll vorgetragen werden. Für 2014 wird ein Ergebnis in Höhe von 16 T€ erwartet, das mit dem Verlustvortrag verrechnet werden soll.

1.3 Erläuterungen zum Finanzplan

Der Finanzplan zeigt nicht die operativen Ein- und Auszahlungen nach Aufwandsarten, sondern die Veränderung des Finanzmittelbestandes aus der betrieblichen Tätigkeit, aus der Investitionstätigkeit sowie aus der Finanzierungstätigkeit. Die Form ist die indirekte Cash-Flow-Ermittlung entsprechend der vorgegebenen Form aus der Beteiligungsrichtlinie bzw. aus der Eigenbetriebsverordnung.

Aufgrund des Abbaus des Umlaufvermögens sowie der Veränderungen der Rückstellungen verändert sich die Liquidität nicht parallel zum Ergebnis. Der Stand der liquiden Mittel beträgt voraussichtlich 22 T€ zum Jahresanfang 2014 und wird zum Ende des Jahres gemäß Plan 32 T€ betragen. Im Verlauf der Folgejahre wird die Liquidität entsprechend der Planprämissen tendenziell auf ein dann angemessenes Niveau steigen.

Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen

Es wurden maximale Beitragszahlungen in Höhe von 3.105 T€ erwartet. Die EGC hat 1.695 T€ Beitragszahlungen im Jahr 2012 geleistet und 1.695 T€ von der Stadt CB hierfür erhalten. Entsprechend hat sich die Rückstellung verringert auf 1.410 T€ und der sonstige Vermögensgegenstand (Zusage der Stadt zur Zahlung an die EGC für Beiträge) auf 1.305 T€ reduziert. Die Zahlung von Beiträgen in Höhe von 1.305 T€ wird in diesem Plan für 2014 geplant.

Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind

Die Vorräte sinken um 10 T€ aus dem Abgang von Grundstücken. Aus der Erstattung der Beitragszahlung durch die Stadt Cottbus sinken die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 1.305 T€.

Personalausgaben

Die Zahlungen für Personal sind höher als der Aufwand, da für die ausscheidende Mitarbeiterin die Zahlung der Leistungszulage sich abrechnungsbedingt in das Jahr 2014 verschiebt.

resultierende Überdeckung bzw. Unterdeckung

Der Finanzplan weist für 2014 eine Überdeckung von 10 T€ auf.

Zur Ergänzung des Finanzplanes auf der Basis der indirekten Cash-Flow Rechnung sind nachfolgend die geplanten Ein- und Auszahlungen nach Bereichen dargestellt:

Alle Angaben in T€

Einzahlungen

Zuschuss GWC	475
Zuschuss Stadt normal	160
UCP	15
Mieten	20
Grundstücksverkäufe	90
Zuschuss Stadt Beiträge	1.305
Summe	2.065

Auszahlungen

Werbe- und Reisekosten	104
Grundstückskosten	11
Erschließung	80
Fremdleistungen externe Akquisition	30
Personal	333
Verwaltung	140
Fahrzeugkosten	20
Grundsteuer und Fahrzeugsteuer	14
Pension	16
Investitionen BGA	2
Beiträge	1.305
Summe	2.055

Einzahlungen der Gesellschafter

Es werden Zuschusszahlungen i. H. v. 160 T€ durch die Stadt geplant. Es werden Einzahlungen i. H. v. 475 T€ durch die GWC geplant.

Einzahlungen aus Grundstücksgeschäften

Es werden Umsätze und damit Zahlungseingänge in Höhe von 90 T€ erwartet. Ab 2015 wird im Erfolgsplan ein Umsatz aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 130 T€ ausgewiesen.

Finanzplan für die Jahre 2014-2017

Der mittelfristige Finanzplan sieht jährlich einen Einzahlungsüberschuss vor.

1.4 Chancen- und Risikobericht

Es wurden eine maximale Beitragsbelastung der EGC i. H. v. 3,105 Mio. € abgeschätzt. Aufgrund der komplexen Rahmenbedingungen kann es zu einer abweichenden Belastung der Gesellschaft kommen. Es liegt ein Schreiben der Stadt vom 25.01.2012 vor, die zusätzliche Zuschüsse zur Übernahme der Beiträge i. H. v. 3 Mio. € in der Haushaltsplanung 2012 vorsehen. Aufgrund der nicht abgeschlossenen Bescheidung steht die endgültige Belastung der Gesellschaft noch nicht fest. Der Plan geht davon aus, dass die nicht im Jahr 2012 erfolgten Beitragszahlungen auch im Jahr 2013 bis zu einer Gesamthöhe von 1,305 Mio. € durch die Stadt Cottbus übernommen werden.

Im Rahmen der vorliegenden Planung mit deutlich reduzierten Kostenansätzen besteht nicht die Notwendigkeit der Erzielung eines Einzahlungsüberschusses aus der Veräußerung von Gewerbeflächen. Damit wäre das Risiko für die Gesellschaft deutlich gesenkt.

Die Umsatzsteuerprüfung bei der EGC wurde für die Jahre 2006-2008 abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden in diesem Plan schon für die Folgejahre 2009-2012 im außerordentlichen Ergebnis im V-ist 2013 abgeschätzt, so dass auch daraus kein wesentliches Risiko mehr für die Gesellschaft besteht.

2 Übersicht Einzahlungen und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken

Die Übersicht ist als Anlage 2 beigelegt.

3 Stellenübersicht

Die Übersicht ist als Anlage 3 beigelegt.

4 Investitionen

Es sind keine Investitionen geplant. Für Betriebs- und Geschäftsausstattung sind pauschal 2 T€ eingeplant.

5 Übersicht Kredite

Die Übersicht ist als Anlage 4 beigelegt.

EGC Entwicklungsgesellschaft Cottbus mbH**Übersicht Ein- und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Cottbus auswirken**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken								
Nr.	Bezeichnung	Ist 2012	Plan 2013	V-Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
	<u>Einzahlungen</u>							
1	Zuschüsse der Gemeinden, davon als: - Betriebskostenzuschüsse	122.500	122.500	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000
2	- Kostenzuschuss Beiträge Darlehen der Gemeinde	1.695.440	1.304.560,25	0	1.304.560,25			
3	Kostenerstattung GRW-Regionalbudget (brutto)	109.294	109.294	97.000				
	abzgl. Doppelzahlung	-20.655	-20.655					
	ist gleich	88.639	88.639					
	Straße	9.851	13.200	9.851	9.851	9.851	9.851	9.851
	Geothermie und sonstiges	28.070						

Stellenübersicht 2014

Bezeichnung	Eingruppierung
Geschäftsführer/Gewerbeflächen	entspr. EGC
Assistentin der Geschäftsführung	entspr. EGC
Mitarb. Akquisition/Ansiedlung	entspr. EGC
Mitarb. Akquisition/Ansiedlung neu	entspr. EGC
Mitarb. Bestandsentwicklung	entspr. EGC
Raumpflegerin	Minijob

Zins- und Tilgungsplan 2014

Die Gesellschaft wird zum 01.01.2014 keine Kredite ausweisen und plant auch keine Kreditaufnahme im Jahr 2014.

Geplante Grundstücksveräußerungen 2014

Vorhaben	Gewerbe 1	Gewerbe 2
Investor	Handel	Kfz
Gewerbegebiet	An der Reichsbahn	Sielower Landstr.
Beschlusslage	AR offen	AR offen
Voraussetzungen	-	-
Kaufpreis	50 T€	40 T€
Ablauf:		
1. Schaffung Voraussetzungen	entfällt	entfällt
2. Beschluss	Feb. 14	Aug 14
3. Beurkundung	Mrz. 14	Sep. 14
4. Teilung	entfällt	entfällt
5. katasteramtliche Fortschreibung	entfällt	entfällt
6. Kaufpreisfälligkeit	Jul. 14	Nov. 14
7. Zahlungseingang	Nov. 14	Dez. 14

BILANZ zum 31. Dezember 2012

[illegible]

Anlage 1

IBA Fürst-Pückler-Land GmbH

Beteiligung der Stadt Cottbus

Energieregion Lausitz- Spreewald GmbH

Beteiligung der Stadt Cottbus

Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

Inhalt:

- Erfolgsplan
 - Vorbericht
- Spartenrechnung
- Finanzplan

Anlagen:

- Investitionsplan
- Übersicht Verpflichtungsermächtigungen sowie Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gesellschaft
- Stellenübersicht

Erfolgsplan 2014

Nr.	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1. Umsatzerlöse	174.379	106.089	75.089	75.089	0	0
2. Erhöhung od. Verminderung. d. Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen						
3. Andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	542.222	428.361	300.000	300.000	300.000	300.000
5. Materialaufwand a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren b) Aufwend. f. bezogene Leistungen						
6. Personalaufwand	199.800	198.000	200.160	207.180	262.080	262.080
7. Abschreibungen	9.574	8.607	1.966	1.529	1.529	663
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	507.227	327.843	170.700	145.800	155.900	145.900
Betriebsergebnis	0	0	2.263	20.580	-119.509	-108.643
9. Erträge aus Beteiligungen dav. aus verbundenen Unternehmen						
10. Finanzanlagevermögen dav. aus verbundenen Unternehmen						
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge dav. aus verbundenen Unternehmen						
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens						
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen dav. an verbundene Unternehmen						
Finanzergebnis						
14. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	2.263	20.580	-119.509	-108.643
15. Außerordentliche Erträge						
16. Außerordentliche Aufwendungen						
17. Außerordentliches Ergebnis						
18. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag						
19. Sonstige Steuern						
20. Jahresgewinn/Jahresverlust	0	0	2.263	20.580	-119.509	-108.643
nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses						
Jahresgewinn z. Einstellung in Rücklagen						
Jahresverlust durch Träger/Gesellschafter auszugleichen						
Jahresgewinn z. Abführung an Träger/Gesellschafter						
Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen	0	0	2.263	20.580	-119.509	-108.643

Vorbericht zur Wirtschaftsplanung der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH für das Wirtschaftsjahr 2014

1. Allgemeines
2. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen
3. Stellenübersicht und Personalentwicklung
4. Entwicklung des Finanzmittelbestandes
5. Entwicklung der Investitionstätigkeiten
6. Entwicklung des Eigenkapitals
7. Finanzentwicklung und Risikoausblick

1. Allgemeines

Die Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS GmbH) wurde als Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet und die Gesellschafter zu je gleichen Anteilen sind der Landkreis Dahme-Spreewald, der Landkreis Elbe-Elster, der Landkreis Oberspreewald- Lausitz, der Landkreis Spree-Neiße und die Stadt Cottbus.

Die Gesellschaft koordiniert Maßnahmen und setzt selbst Maßnahmen um, die der Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft der Energieregion Lausitz-Spreewald dienen. Hauptgegenstand ist die Initiierung und Umsetzung von regional wirksamen Projekten in enger Kooperation mit den jeweiligen regional verankerten Akteuren, um diese Region als eine Wirtschafts-, Wissenschafts-, Bildungs- und Tourismusregion weiter zu entwickeln. Dazu gehört auch die Akquisition von Mitteln von EU, Bund und Land sowie aus der Wirtschaft, um die regional bedeutenden abgestimmten Projekte umsetzen zu können.

Laut §15 des Gesellschaftsvertrags hat die Gesellschaft in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften, für jedes Wirtschaftsjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 erfüllt in Inhalt und Umfang die Anforderungen der Brandenburgischen Kommunalverfassung.

2. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

Die Umsatzerlöse im Jahr 2013 werden sich gegenüber dem Planansatz auf 138 T€ reduzieren. Diese beinhalten im Wesentlichen Erlöse aus den Zuschuss der Firma Vattenfall für eine Projektmanagerstelle (63 T€), KWIS-Wartung und Service (3 T€) und der Auflösung des im Rechnungsabgrenzungsposten passivierten Anteils des Zuschusses der Vattenfall Europe Mining AG für die Kompetenzfeldanalyse im Zukunftsdialog Lausitz (61 T€). Durch die Nichtrealisierung des INTERREG VI a – Netzerantrages im Vorhaben „Revitalisierung der Eisenbahnstrecke Berlin-Cottbus-Forst (Lausitz)-Żary-Zagań-Wrocław (Breslau)“ wurde die geplante Fördermittelposition nicht wirksam. Im Jahr 2014 sind Erlösen aus den Zuschuss der Firma Vattenfall für eine Projektmanagerstelle (75 T€), der Auflösung des im Rechnungsabgrenzungsposten passivierten Anteils des Zuschusses der Vattenfall Europe Mining AG für die Kompetenzfeldanalyse im Zukunftsdialog Lausitz (31 T€) und die Projektbeteiligung der

Vattenfall Europe Generation AG für das Vorhaben Industriepark Schwarze Pumpe berücksichtigt worden.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen im Jahr 2013 i. H. v. 468 T€ sind hauptsächlich die verwendeten Zuschüsse der Gesellschafter i. H. v. 448 T€ ausgewiesen. Bestandteil sind zusätzlich die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens der Vattenfall Europe Mining AG i. H. v. 20 T€ aus der Anschubfinanzierung der Gesellschaft i. H. v. 100 T€ für die betriebliche Ausstattung.

Die Wirtschaftspläne der Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 sind aufgestellt auf der Grundlage der Ausreichung von Zuschüssen der Gesellschafter i. H. v. 300 TEUR. Diese Zuschüsse stellen die maßgeblichen Erträge der Gesellschaft dar.

Mit dem Wirtschaftsjahr 2014 erfolgt letztmalig die über fünf Jahre gestaffelte Auflösung des Sonderpostens der Vattenfall Europe Mining AG i. H. v. 20 T€ aus der Anschubfinanzierung der Gesellschaft i. H. v. 100 T€ für die betriebliche Ausstattung. Gleichzeitig ist geplant den seit dem Jahr 2012 schrittweise reduzierten passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufzulösen.

Der Plan 2014 berücksichtigt die laufenden Aufwendungen Personal und sonstigen betrieblichen Aufwand i. H. v. 526 T€. Die geplanten sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Jahr 2014 i. H. v. 328 T€ reduzieren sich gegenüber den Vorjahren (2012: 418 T€; V-IST 2013: 405 T€).

Die ELS GmbH weist im Jahr 2014 wie im Vorjahr ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus.

3. Stellenübersicht und Personalentwicklung

In der Stellenübersicht für das Wirtschaftsjahr 2014 sind die Stellen der Geschäftsführung, der Büroleitung, eines Projektmanagers/Marketingkommunikation und zwei studentische Hilfskräfte verzeichnet, deren Personalkosten von der Gesellschaft getragen werden. Die laut Planung eingesetzten studentischen Hilfskräfte unterstützen die Gesellschaft u. a. bei der Durchführung von regionalen Veranstaltungen. Sie sind das Bindeglied zu den Hochschulen, führen Datenrecherchen durch und sind in die laufende Arbeit von Publikationen eingebunden.

Die Stelle des Projektmanagers Wirtschaft/ Wissenschaft/ Forschung/ Entwicklung/ Bildung wird durch die Firma Vattenfall finanziell getragen. Ein weiterer Mitarbeiter ist von der BASF an die ELS GmbH in unentgeltlichem Arbeitnehmerüberlassungsverhältnis entliehen worden.

Laut Wirtschaftsplanung 2014 wird sich der Personalaufwand der Gesellschaft auf 198 TEUR belaufen. Davon wird ein Betrag von 33 TEUR für anfallende soziale Abgaben eingeplant. Mit der leichten Erhöhung werden auch die Kosten der zusätzlich geplanten studentischen Hilfskraft abgedeckt.

4. Entwicklung des Finanzmittelbestandes

Die in den Vorjahren aufgebaute Liquidität wird entsprechend dem Finanzplan abgebaut. Die Regelungen hinsichtlich des Betrauungsaktes werden damit weitestgehend berücksichtigt.

5. Entwicklung der Investitionstätigkeiten

Es sind keine größeren Investitionen in die Büroausstattung sowie PC- bzw. Präsentationstechnik geplant.

6. Entwicklung des Eigenkapitals

Das durch die Gesellschafter in gleichen Anteilen eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 T€. Im Wirtschaftsjahr 2014 ist keine Veränderungen des Eigenkapitals durch Eigenkapitalerhöhungen oder –herabsetzungen geplant.

7. Finanzentwicklung und Risikoausblick

Die gute Liquiditätslage der ELS GmbH ermöglicht es der Gesellschaft im Jahr 2014, weitere Projekte zu initiieren und finanzielle Ressourcen zur Umsetzung von Vorhaben bereit zu stellen. Mit der Betrauung werden künftig keine größeren Liquiditätsreserven gegeben sein.

Die Personalfinanzierung ist nach derzeitigem Stand ab 2017 durch die Gesellschaft zu 100 Prozent zu tragen. Dies bedeutet, dass sich der Zuschuss der Gesellschafter ohne nennenswerte Drittmittelfinanzierung erhöhen wird, da der bisherige Zuschuss i. H. v. 300 T€ dann nicht einmal die Aufwendungen für Personal und sonstigen betrieblichen Aufwand decken würde. Geplant ist die Fortführung der Personalfinanzierung für eine Projektmanagerstelle durch die Firma Vattenfall sowie die weitere unentgeltliche Arbeitnehmerüberlassung der BASF Schwarzheide GmbH. Gespräche werden hierzu mit beiden Partnern folgen.

Cottbus, den 04. November 2013



Norman Müller
Geschäftsführer

[illegible]

- 1) Projektvorhaben vorbehaltlich Empfehlung Forum und Beschluss des Rates der Energeregion Lausitz
- 2) Projektvorhaben vorbehaltlich des Prüfungsergebnisses durch das Finanzamt Cottbus
- 3) Entsprechend der Festlegungen des Befragungsaktes

Plan 2016	Kern- geschäft	Stammrechnung 2016				Plan 2017	Kern- geschäft	Stammrechnung 2017				Plan 2018	Kern- geschäft	Stammrechnung 2018			
		Projekte		Messe- aktivitäten				Projekte		Messe- aktivitäten				Projekte		Messe- aktivitäten	
€	€	€	Regional- forum	Inno-Profil Stiftungs- projekturen	€	€	€	Regional- forum	Inno-Profil Stiftungs- projekturen	€	€	€	Regional- forum	Inno-Profil Stiftungs- projekturen	€	€	
	75.089																
75.089	75.089	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	300.000						300.000						300.000				
	0						0						0				
	0						0						0				
300.000	300.000	0	0	0	300.000	300.000	300.000	0	0	0	0	300.000	300.000	0	0	0	0
	173.100						218.400						218.400				
	34.080						43.680						43.680				
207.184	207.184	0	0	0	262.080	262.080	262.080	0	0	0	0	262.080	262.080	0	0	0	0
1.529	1.529				1.529	1.529	1.529					663	663				
	16.000						16.000						16.000				
	21.000						21.000						21.000				
	3.500						3.500						3.500				
	5.000						5.000						5.000				
	17.000						17.000						17.000				
	18.000						18.000						18.000				
	20.000						20.000						20.000				
	2.000						2.000						2.000				
	12.000						12.000						12.000				
	2.000						2.000						2.000				
	500						500						500				
145.610	117.000	15.000	3.800	10.000	156.900	117.000	117.000	25.000	3.800	10.000	145.910	117.000	117.000	25.000	3.800	10.000	3.900
20.580	49.380	-15.000	-3.800	-10.000	-119.509	-80.609	-80.609	-25.000	-3.800	-10.000	-108.643	-79.743	-25.000	-3.900	-10.000	-3.900	-3.900
20.580					-119.509						-108.643						
20.580					-119.509						-108.643						
20.580					-119.509						-108.643						
									</								

Finanzplan 2014

Nr.	Ein- und Auszahlungsarten	V-IST 2012 €	Plan 2013 €	V-IST 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust	0	0	0	0	2.263	20.580	-119.509	-108.643
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens	10.842	9.574	7.598	8.607	1.966	1.529	1.529	663
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	0	0	0	0
4.	± Zunahme/Abnahme d. Rückstellungen								
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens								
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge	-112.787	-222.222	-148.170	-108.361	0	0	0	0
7.	± Zunahme/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	12.636							
8.	± Zunahme/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0	0	0	0	0	0	0	0
9.	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-109.309	-232.648	-160.572	-119.754	4.229	22.109	-117.980	-107.980
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen								
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens								
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände								
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens								
14.	+ sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit								
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit								
16.	- Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen	-1.088	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
17.	- Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände								
18.	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanlagevermögen								
19.	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit								
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.088	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
21.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit	-1.088	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
22.	+ Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen								
23.	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
24.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen								
25.	+ Einzahlungen Anschubfinanzierung Sachanlagevermögen								
26.	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen								
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit								
28.	- Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen								
29.	- Sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)								
30.	- Auszahlungen an d. Gemeinde								
31.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen								
32.	- Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen								
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit								
34.	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit								
35.	+ Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven								
36.	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven								
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven								
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	-110.397	-237.648	-165.572	-124.754	-771	17.109	-122.980	-112.980
39.	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang d. Periode	439.706	329.309	329.309	163.737	38.983	38.212	55.321	-67.659
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	329.309	91.661	163.737	38.983	38.212	55.321	-67.659	-155.639

Datum: 22.10.2013

Investitionsplan 2014

Nr. Maßnahme	Planjahr 2014 €	Folgejahre				Summe Planjahre €
		Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €	
Gebäude und bauliche Anlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1						0,00
2						0,00
3						0,00
4						0,00
5						0,00
6						0,00
Technische Anlagen und Maschinen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1						0,00
2						0,00
3						0,00
4						0,00
5						0,00
6						0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						0,00
1 diverse PC-Technik	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	12.500,00
2 Lizenzen an gewerblichen Schutzrechten						0,00
3 Multifunktionsgerät						0,00
4 Präsentationstechnik	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	12.500,00
5 Büroausstattung						0,00
6						0,00
Investitionen gesamt	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	25.000,00
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	25.000,00
<i>Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit</i>	5.000,00	1.966,00	1.529,00	1.529,00	663,00	10.024,00
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	5.000,00	1.966,00	1.529,00	1.529,00	663,00	10.024,00
<i>Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						0,00
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						0,00
<i>Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						0,00
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						0,00
Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						0,00
<i>Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven</i>		3.034,00	3.471,00	3.471,00	4.337,00	14.313,00

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen und der sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirkenden Einnahmen und Ausgaben

A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (§ 17 Abs. 1 EigV)

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres		Voraussichtlich fällige Ausgaben - in T€ -				
		2014	2015	2016	2017	2018
2014						
2014	Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme	keine	keine	keine	keine	keine

B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinden auswirken (§ 17 Abs. 2 EigV)

Nr.	Bezeichnung	Plan 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €	Plan 2017 €	Plan 2018 €
Einzahlungen							
1.	Zuschüsse der Gemeinden ¹⁾ davon als Kapitalzuschüsse - zum Ausgleich liquiditätswirks. Verluste davon als Investitionszuschüsse davon als Betriebskostenzuschüsse davon als Verlustausgleichszuschüsse	300.000 0 300.000	300000 0 300.000	300.000 0 300.000	300.000 0 300.000	300.000 0 300.000	300.000 0 300.000
2.	Darlehen der Gemeinden						
3.	Sonstige Einzahlungen der Gemeinden	0	0	0	0	0	0
	Einzahlungen gesamt	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
Auszahlungen							
1.	Ablieferungen an die Gemeinden - von Gewinnen - von Konzessionsabgaben - von Verwaltungskostenbeiträgen - bei Eigenkapitalentnahmen	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinden einschl.Zinsen	0	0	0	0	0	0
3.	sonstige Auszahlungen an die Gemeinden						
	Auszahlungen gesamt	0	0	0	0	0	0

¹⁾ entsprechend der Festlegungen des Betrauungsaktes

Nachrichtlich:
Die Betriebskostenzuschüsse unter Punkt B/ Einzahlungen/ 1./
teilen sich wie folgt auf:

Landkreis Elbe-Elster	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Landkreis Dahme-Spree	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Landkreis Spree-Neiße	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Stadt Cottbus	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000

Stellenübersicht 2014

Von der Gesellschaft finanzierte Stellen

Bezeichnung	Art der Vergütung	IST 2011	IST 2012	Plan 2013	Plan 2014	Erläuterungen
Geschäftsführung	Gehalt	1	1	1	1	
Büroleitung	Gehalt	1	1	1	1	
Projektmanager Forum Ländliche Entwicklung/ Neue Landschaften/ Klimaschutz und Marketingkommunikation	Gehalt		1	1	1	
Marketingkommunikation	Gehalt/Entgelt	1				
Studentische Hilfskraft	Entgelt	1	1	1	2	

Von Dritten finanzierte Stellen

Bezeichnung	Art der Vergütung	IST 2011	IST 2012	Plan 2013	Plan 2014	Erläuterungen
Projektmanager Forum Infrastruktur	Gehalt	1	1	1	1	Arbeitnehmerüberlassung BASF
Projektmanager Forum Wirtschaft/ Wissenschaft/ Forschung/ Entwicklung/ Bildung	Gehalt		1	1	1	Finanzierung Vattenfall
Projektmanager Forum Wissenschaft/ Forschung/ Entwicklung/ Bildung und Forum Klimaschutz/ Neue Landschaften	Gehalt	1				Finanzierung Vattenfall
Bürokraft		2				Kommunal-Kombi-Stelle
Gesamt		8	6	6	7	

Energieregion Lausitz-Spreewald, Cottbus
Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva

	EUR	EUR	Stand 31.12.2012 EUR	Stand 31.12.2011 TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.014,00		4
II. Sachanlagen				
Anderer Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		22.384,00	24.398,00	32
				36
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	21.955,50			22
2. Sonstige Vermögensgegenstände	3.188,47			1
		25.143,97		23
		343.267,72		440
II. Guthaben bei Kreditinstituten			368.411,89	463
			1.392,30	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten			394.201,99	499

Passiva

	EUR	Stand 31.12.2012 EUR	Stand 31.12.2011 TEUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25
II. Jahresüberschuss	0,00	25.000,00	0
			25
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse			
		40.000,00	60
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		37.736,54	12
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.334,59		8
2. Sonstige Verbindlichkeiten	600,08		17
davon aus Steuern: EUR 0,00			
(Vorjahr: EUR 16.781,87)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 17,82)			
		3.934,67	25
E. Rechnungsabgrenzungsposten		287.530,78	377
		394.201,99	499

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg

Beteiligung der Stadt Cottbus

TOP 5: Wirtschaftsplan 2014

Kurzbegründung:

Der Wirtschaftsplan 2014 orientiert sich in der Struktur am Wirtschaftsplan 2013. Für den klassischen Bereich ist im Wirtschaftsplanjahr 2014 auf Wunsch der Gesellschafter keine Erhöhung vorgesehen. Im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement erhöhen sich die Aufwendungen entsprechend der für 2014 geplanten Aufgaben und Projekte. Weitere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus dem Forschungsprojekt INNOS und den übrigen Akquiseprojekten.

Im Jahr 2013 wurde auf Wunsch des Landes Berlin die Stelle „Vertragsmanagement S-Bahn Berlin“ im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement entfristet. Die damit verbundenen Aufgaben müssen dauerhaft erfüllt werden. Auch im Jahr 2014 ist es notwendig, weitere Stellen kostenneutral zu entfristen, um die Fortführung der Arbeiten auf qualitativ gleich hohem Niveau gewährleisten zu können. Dabei handelt es sich um eine Stelle im klassischen Bereich für die Einnahmenaufteilung und drei Stellen im Center für das Vertragscontrolling.

Das Budget für das Jahr 2014 beinhaltet Einnahmen und Ausgaben von jeweils insgesamt 11,6 Mio. Euro.

Einnahmen: Die Gesellschafterbeiträge für die klassischen Aufgaben umfassen 6.352,1 T Euro¹. Davon entfallen auf die Länder Berlin und Brandenburg jeweils 2.575,0 T Euro und auf die kommunalen Gebietskörperschaften 1.202,1 T Euro (je Landkreis bzw. kreisfreier Stadt rund 66,8 T Euro).

Das Forschungsprojekt INNOS (Innovatives, interoperables EFM-Hintergrundsystem zur Einführung des eTicketings nach dem Standard der VDV-Kernapplikation) wird im Jahr 2014 nur noch vom Land Berlin mit 75,0 T Euro finanziert.

Für die Center-Aufgaben werden Einnahmen gemäß Art. 3 Abs. 3 Konsortialvertrag in Höhe von 3.994,9 T Euro geplant. Davon finanzieren das Land Berlin 1.230,9 T Euro (E 2.5 und E 2.6) und das Land Brandenburg 2.764,0 T Euro (E 2.5 und E 2.6).

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 650,0 T Euro. Die sonstigen betrieblichen Erträge werden mit 150,0 T Euro geplant. Weiterhin wird mit zusätzlichen Finanzmitteln von Dritten in einer Größenordnung von 349,1 T Euro (E 3.3) geplant. Darin sind die Finanzmittel von Dritten für Aufgaben des Centers enthalten.

Ausgaben: Der Personalaufwand wird mit 4.884,5 T Euro geplant.

Die betrieblichen Aufwendungen für Verbundaufgaben betragen 2.044,7 T Euro. Darin enthalten sind Ausgaben für die Projekte der klassischen Verbundaufgaben (1.969,7 T Euro) und Ausgaben für das Forschungsprojekt INNOS (75,0 T Euro).

Die Aufwendungen für Aufgaben und Projekte des Centers betragen insgesamt 2.088,5 T Euro. Darin enthalten sind die Aufgaben des Vertragsmanagements und die Zusatzaufgaben einzelner Gesellschafter bzw. Dritter.

¹ Sämtliche Euro-Werte sind auf eine Dezimalstelle gerundet.

Die Aufwendungen für die Produktherstellung sind mit 650,0 T Euro geplant. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit 1.007,8 T Euro enthalten. Der Investitionsaufwand wird mit 85,2 T Euro beziffert. Der Finanzbedarf Umsatzsteuer beläuft sich auf 810,4 T Euro.

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan 2014 wird in der vorgelegten Fassung (Stand 11. Februar 2013) mit einem Volumen von insgesamt 11,6 Mio. Euro beschlossen. Zum Jahresende 2014 nicht verausgabte Mittel werden in das Jahr 2015 übertragen, soweit sie zur Finanzierung laufender Aufgaben und begonnener Projekte im Rahmen des vom Aufsichtsrat beschlossenen Wirtschaftsplanes benötigt werden.

Grundlage: § 11 Abs. 2 lit. b Gesellschaftsvertrag

Inhaltsverzeichnis

A.	Ausgangssituation	5
B.	Entwicklung der Einnahmen der VBB GmbH im Jahr 2014	5
B.I	Gesamteinnahmen	5
B.II	Erträge aus Gesellschafterbeiträgen	5
B.II.1	Gesellschafterbeiträge	5
B.II.2	Sonstige Finanzierungsquellen	6
C.	Entwicklung der Aufwendungen im Jahr 2014	6
C.I	Personalaufwand	7
C.II	Sonstiger betrieblicher Aufwand	7
C.III	Investitionen	7
C.IV	Aufwendungen im klassischen Bereich	8
C.IV.1	Marketing und Tarifkommunikation	8
C.IV.1.1	Grundlagen und Konzepte	8
C.IV.1.2	Kundenkommunikation / klassische Werbung	9
C.IV.1.3	Kundenmagazin „BB Panorama“	9
C.IV.1.4	Kooperationen	10
C.IV.1.5	Events und Promotion	11
C.IV.1.6	Infocenter	11
C.IV.1.7	ÖPNV-Kampagnenkonzepte	13
C.IV.2	Fahrgastinformation	14
C.IV.2.1	Verbundfahrplandatenmanagement	14
C.IV.2.2	Kartografiedatenmanagement	16
C.IV.2.3	VBB.de	17
C.IV.2.4	VBB-Fahrinfo	18
C.IV.3	Tarifdatenmanagement / Vertrieb	21
C.IV.3.1	Tarifdatenmanagement	21
C.IV.3.2	Relationsbezogene Schnittstellen	23
C.IV.3.3	Kompetenzcenter eTicketing	24
C.IV.4	Verkehrsforschung	25
C.IV.4.1	Verkehrserhebungen	25
C.IV.4.2	Verkehrsforschung im Tarif	26
C.IV.5	Einnahmenaufteilung / Meldewesen / Statistik	27
C.IV.5.1	Durchführung / Kontrolle der Einnahmenaufteilungsrechnungen	27
C.IV.5.2	Umstellung auf relationsbezogene Einnahmenmeldung	29
C.IV.5.3	Statistik / Berichtswesen	29

C.IV.6	Planung	31
C.IV.6.1	Berlin-Brandenburg-Verkehre	31
C.IV.6.2	Schnittstellen - Aktualisierung und Wartung Datenbanken ZIS und HMS	33
C.IV.6.3	Verknüpfung Bahn/Bus	35
C.IV.6.4	Planung, Bestellung und Controlling landesbedeutsamer Linien	35
C.V.	Projekt INNOS-Start-VBB-2a	37
C.VI.	Aufgaben und Projekte Center	38
C.VI.1	Vertragsmanagement	38
C.VI.1.1	Vertragsmanagement Regionalverkehr	38
C.VI.1.2	Vertragsmanagement S-Bahn	43
C.VI.2	Zusatzaufgaben Center	45
C.VI.2.1	Weiterführung aus 2013	45
C.VI.2.1.1	Mobilitätsticket	45
C.VI.2.1.2	Infrastrukturmanagement Brandenburg	45
C.VI.2.1.3	Center Nahverkehr Berlin (CNB)	45
C.VI.2.1.4	S-Bahn Kundenmonitoring	45
C.VI.2.1.5	Wettbewerbliche Vergabe S-Bahn	45
C.VI.2.1.6	Vertragscontrolling RE 4	46
C.VI.2.1.7	Bus & Bahn-Begleitservice	46
C.VI.2.2	Mögliche neue Zusatzaufgabe: Infrastrukturmanagement Berlin	46
C.VII	Finanzbedarf Umsatzsteuer aus Gesellschafterbeiträgen	46
D.	Anlagen	47

A. Ausgangssituation

Die Aufwendungen erhöhen sich angesichts neuer Aufgaben und Projekte sowie infolge der geänderten Rahmenbedingungen auch im Jahr 2014. Im klassischen Bereich können die Mehraufwendungen jedoch durch Synergie- und Einspareffekte in anderen Wirtschaftsplanpositionen ausgeglichen werden. Im Center hingegen müssen die Steigerungen durch zusätzliche Gesellschafterbeiträge finanziert werden.

B. Entwicklung der Einnahmen der VBB GmbH im Jahr 2014

B.I Gesamteinnahmen

Die geplanten Gesamteinnahmen in Höhe von 11,6 Mio. Euro setzen sich wie folgt zusammen:

• Land Berlin	2.575,0 T Euro
• Land Brandenburg	2.575,0 T Euro
• Kommunale Gebietskörperschaften	1.202,1 T Euro
• Land Berlin für INNOS	75,0 T Euro
• Land Brandenburg und Land Berlin für Center (NQ)	3.498,0 T Euro
• Land Brandenburg und Land Berlin für Zusatzaufgaben	496,9 T Euro
• sonstige Finanzierungsquellen:	1.149,1 T Euro
o davon Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge	800,0 T Euro
o davon zusätzliche Finanzmittel von Dritten	349,1 T Euro

Die einzelnen Positionen werden in den folgenden Abschnitten erläutert.

Der Übertrag aus dem Jahr 2013 in das Jahr 2014 ist derzeit noch nicht kalkulierbar. Sollte sich im Jahr 2013 ergeben, dass einzelne Projekte nicht abgeschlossen werden können, werden die dafür geplanten Mittel in das Wirtschaftsplanjahr 2014 übertragen.

B.II Erträge aus Gesellschafterbeiträgen

B.II.1 Gesellschafterbeiträge

Die Finanzierung der VBB GmbH erfolgt unter anderem durch Gesellschafterbeiträge nach Art. 3 Abs. 2 Konsortialvertrag. Diese Gesellschafterbeiträge beinhalten die Finanzierung für die klassischen Aufgaben mit 6.010,5 T Euro, die wie folgt von den Gesellschaftern getragen werden:

- 40 Prozent Land Berlin, das entspricht 2.404,2 T Euro,
- 40 Prozent Land Brandenburg, das entspricht 2.404,2 T Euro und
- 20 Prozent kommunale Gebietskörperschaften des Landes Brandenburg, das entspricht 1.202,1 T Euro.

Dabei entfällt auf jeden einzelnen der 18 kommunalen Gesellschafter ein Anteil in Höhe von rund 66,8 T Euro.

Ferner wird die Finanzierung der Fahrgastinformation, die dem SPNV zuzurechnen ist, separat durch die beiden Länder je hälftig (je 170,8 T Euro) getragen. Es handelt sich dabei um eine klassische Aufgabe der VBB GmbH gemäß Gesellschaftsvertrag: Sie ist demnach zuständig für „[...] die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs [...]“ (vgl. § 2 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag). Dazu gehört auch die „[...] Konzipierung, Einfüh-

rung und Fortentwicklung [...] einheitlicher Fahrgastinformation, Marketingmaßnahmen, [...]“ zu ihren Aufgaben (§ 2 Abs. 2 lit. b Gesellschaftsvertrag).

Ein weiterer Einnahmenposten ist die Projektförderung des Landes Berlin für die Finanzierung des Forschungsprojekts INNOS-START-VBB-2a in Höhe von 75,0 T Euro.

Für die Aufgaben im Center ist gemäß Art. 3 Abs. 3 Konsortialvertrag ein Betrag von 3.498,0 T Euro (siehe E 2.5) geplant. Dabei entfallen auf das Land Berlin 1.087,9 T Euro und auf das Land Brandenburg 2.410,1 T Euro.

Unter der Position E 2.6 Zusatzaufgaben sind gesonderte Aufgaben zusammengefasst, die im Rahmen des Centers für einzelne Gesellschafter getätigt werden. Hierunter fallen für das Jahr 2014 das SPNV-Infrastrukturmanagement Brandenburg, das Management des Mobilitätsickets für das Land Brandenburg, das Kundenmonitoring S-Bahn und die wettbewerbliche Vergabe S-Bahn.

B.II.2 Sonstige Finanzierungsquellen

Weitere Finanzmittel in Höhe von 1.149,1 T Euro fließen über die sonstigen Finanzierungsquellen: Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erlöse und zusätzliche Finanzmittel von Dritten.

Die Umsatzerlöse – vor allem aus dem Verkauf von Fahrgastinformationsprodukten, VBB-Fahrausweisen und Fahrplanbüchern – werden mit rund 650,0 T Euro geplant. Die sonstigen betrieblichen Erträge, wie Erstattungen, Zinserträge usw., werden mit 150,0 T Euro geplant.

Die Position „Zusätzliche Finanzmittel von Dritten“ in Höhe von 349,3 T Euro enthält hauptsächlich die Vergütung der Leistungen der VBB GmbH, die diese im Center Nahverkehr Berlin (CNB) erbringt.

C. Entwicklung der Aufwendungen im Jahr 2014

Gesamtaufwendungen

Die VBB GmbH kalkuliert für den klassischen Bereich (Finanzierung aus Art. 3 Abs. 2 Konsortialvertrag zuzüglich Fahrgastinformation (SPNV-Anteil)) und das Forschungsprojekt INNOS mit Aufwendungen in Höhe von 7.227,1 T Euro. Im Center sind Aufwendungen in Höhe von 4.344,0 T Euro veranschlagt. Innerhalb des klassischen Bereichs und innerhalb des Centers sind die Aufwandspositionen untereinander deckungsfähig.

Ausgabenpositionen	Summe
Personalausgaben	4.884,5 T Euro
Aufwendungen für klassische Aufgaben bzw. Center-Aufgaben	4.133,2 T Euro
Aufwendungen für Produktherstellung	650,0 T Euro
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.007,8 T Euro
Investitionen	85,2 T Euro
Finanzbedarf für Umsatzsteuer	810,4 T Euro

Die einzelnen Ausgabenpositionen werden in den folgenden Abschnitten erläutert.

C.I Personalaufwand

Die Planung des Personalaufwands beläuft sich auf 4.884,5 T Euro. Sie enthält die Stellen gemäß dem Stellenplan für das Wirtschaftsplanjahr 2014 (vgl. Anlage 4).

Für eine kontinuierliche Weiterführung der Tätigkeiten ist es notwendig, im Wirtschaftsplanjahr 2014 im klassischen Bereich eine Stelle für die Einnahmenaufteilung und im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement drei Stellen für das Vertragscontrolling zu entfristen.

Die Aufgaben und Anforderungen in der Einnahmenaufteilung sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Neben der Abrechnung der fünf großen Fahrausweisools des VBB-Einnahmenaufteilungsvertrags sind aktuell jedes Jahr rund fünfzehn weitere, z.T. sehr aufwändige Abrechnungen mit allen Verkehrsunternehmen durchzuführen (Semestertickets, VBB-Abo 65plus, Kombitickets, Schülerferienticket, Fahrradkarten usw.). Gleichzeitig ist die Anzahl der in jeder Abrechnung zu berücksichtigenden Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsverträge in den vergangenen Jahren ebenfalls deutlich gewachsen, mit entsprechend gestiegenem Abstimmungsaufwand.

Der Umfang und die Anforderungen im SPNV haben durch die Bruttoverkehrsverträge ebenfalls deutlich zugenommen. Neben dem Controlling der Verkehrsverträge Netz Stadtbahn DB und Netz Stadtbahn ODEG sind die Abrechnungen der Verträge des Netzes Elbe-Elster, des MDSB-Netzes und des Netzes Nord-Süd zu erstellen.

Die Tätigkeiten sowohl in der Einnahmenaufteilung als auch im Vertragscontrolling erfordern umfangreiche spezifische Kenntnisse und Erfahrungen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur bei der VBB GmbH erwerben können. Eine hohe Fluktuation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist daher in beiden Aufgabenbereichen äußerst nachteilig, zumal es sich in allen Fällen um Vertrauensstellungen handelt. Überdies ist ein Ersatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angesichts der aktuellen Arbeitsmarktlage schwierig und zeitintensiv.

Alle vier zu entfristenden Stellen können – getrennt nach klassischem Bereich und Center – über Umschichtungen innerhalb der Wirtschaftsplanpositionen finanziert werden.

Der Stellenplan 2014 beinhaltet damit gegenüber dem Vorjahr 4 neue Stellen und beläuft sich auf insgesamt 86,5 Stellen.

C.II Sonstiger betrieblicher Aufwand

Der sonstige betriebliche Aufwand wird mit 1.007,8 T Euro veranschlagt, davon 849,6 T Euro für den klassischen Bereich und 158,2 T Euro für das Center. Enthalten sind darin Miet- und Mietnebenkosten, Kommunikationskosten (Porto, Telefon), Prüfungs-, Rechtsberatungs- und sonstige Beratungskosten sowie Beiträge, Abgaben, Versicherungsbeiträge, Kosten für Bürobedarf, Fachliteratur, Dienstreisekosten, Kosten für die Fortbildung und sonstige Personalkosten (Kosten Lohnbüro, Teilnahmegebühren für Fachtagungen u. ä.).

C.III Investitionen

Für Investitionen sind insgesamt 85,2 T Euro vorgesehen. Schwerpunkt ist dabei die Hard- und Softwareausstattung des Unternehmens (inkl. Lizenzgebühren für die eingesetzte Software und die notwendige Aktualisierung der Netzwerk- und Datenbanktechnik).

C.IV Aufwendungen im klassischen Bereich

Die Aufwendungen im klassischen Bereich werden durch die verschiedenen Aufgaben der VBB GmbH im folgenden Teil ausführlich begründet.

C.IV.1 Marketing und Tarifkommunikation

C.IV.1.1 Grundlagen und Konzepte

Ausgangssituation

Ein einheitlicher Auftritt des ÖPNV-Systems ist ein wesentlicher Faktor für dessen Erfolg. Hier liegt der Schwerpunkt der Marketingaufwendungen der VBB GmbH. Auch wenn das Marketing gegenüber dem Endkunden in erster Linie Aufgabe der Verkehrsunternehmen ist, muss die VBB GmbH darauf hinwirken, dass dieses nach gewissen einheitlichen Standards geschieht. In den vergangenen Jahren hat es hier deutliche Fortschritte gegeben, beispielsweise in Form des „Handbuchs Informationsmedien“. Auch die Bruttoverträge im SPNV haben den Einfluss der VBB GmbH im Hinblick auf einen einheitlichen Auftritt gegenüber dem Fahrgast deutlich steigen lassen.

Die VBB GmbH definiert darüber hinaus nicht nur abstrakt Standards, sondern bereitet auch konkret größere Kampagnen vor, insbesondere für Produkte, die eine verbundweite Bedeutung haben (VBB-Abo 65plus, neue Vertriebswege etc.). Dazu liefert sie Vorarbeiten und adaptionsfähige Vorlagen, die die einzelnen Verkehrsunternehmen im Rahmen ihrer Marketingaktionen nutzen können. Dabei soll immer beides möglich sein: Das einzelne Verkehrsunternehmen präsentiert sich dem Kunden, macht aber gleichzeitig deutlich, dass es Teil eines Verkehrsverbundes ist.

Ziele der Grundlagen- und Konzeptarbeit

- Grundlagen für einen einheitlichen Auftritt des ÖPNV in Berlin und Brandenburg weiterentwickeln
- Zielgruppen für die Kommunikation definieren, genauer untersuchen und ihre Erwartungen entschlüsseln
- Botschaften definieren
- VBB-Medien und Kommunikationsmaßnahmen evaluieren
- Strategie zur Positionierung des ÖPNV weiterentwickeln

Bisherige Ergebnisse und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Der einheitliche Auftritt des ÖPNV-Systems ist an vielen Stellen weit gediehen. So ist etwa die Einheitlichkeit der Tarifkommunikation bereits weitgehend umgesetzt, wohingegen die einheitliche Ausstattung der Fahrzeuge mit dem Verbundlogo – eine Selbstverständlichkeit in anderen Verbünden – im VBB noch immer nicht erreicht werden konnte.

Die dargelegte Koordinierungsfunktion kann nach Lage der Dinge nur eine neutrale Instanz leisten, die nicht in direkter Konkurrenz zu den einzelnen Verkehrsunternehmen steht. Nur die VBB GmbH als Schnittstelle zwischen Fahrgästen, Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen kann die erforderliche koordinierende und vermittelnde Funktion im Marketing übernehmen.

C.IV.1.2 Kundenkommunikation / klassische Werbung

Ausgangssituation

Neben den einzelnen Tarifprodukten, die von den Verkehrsunternehmen direkt beworben werden, gibt es zahlreiche Elemente, die überall gleich sind und daher einheitlich kommuniziert werden müssen. Das ist zum einen natürlich der VBB-Tarif als Ganzes, darüber hinaus gilt dies aber auch für verschiedene konkrete Tarifprodukte (z. B. das Schülerferienticket) sowie die neuen Vertriebswege eTicketing (in Form der VBB-fahrCard) und Handyticketing (in seinen verschiedenen Ausprägungen). Hierzu wird an vielen Stellen mit klassischen Printprodukten gearbeitet, die meist über die Verkehrsunternehmen an die Fahrgäste gelangen.

„Klassische Werbung“ wird in Zukunft jedoch nicht mehr nur in Printform oder ggf. auch über Radio erfolgen; vielmehr wird das Internet eine immer größere Rolle spielen. So bietet es sich an, Produkte für Jugendliche zunehmend auch über elektronische Anzeigen bzw. über die Sozialen Medien zu kommunizieren.

Gleichzeitig bietet das Internet auch die Möglichkeit, selbst Anzeigenflächen bereitzustellen. Die VBB GmbH hat im Jahr 2013 behutsam begonnen, Anzeigenflächen auf VBB.de zu vermarkten, um auf diese Weise zu versuchen, zusätzliche Mittel für Marketingmaßnahmen zu generieren.

Ziele der Kundenkommunikation / klassischen Werbung

- verkehrsträgerübergreifende Bekanntmachung des Angebots im ÖPNV (Tarif-, Vertriebs- und Leistungsangebote)
- Steigerung der Fahrgastzahlen
- stärkere Kundenbindung an den ÖPNV
- Imageverbesserung des ÖPNV
- Positionierung der VBB GmbH als Dachorganisation des ÖPNV

Bisherige Ergebnisse und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die Printprodukte des VBB sind für die Kommunikation der Verkehrsunternehmen zum Endkunden von ganz entscheidender Bedeutung. Das gilt allgemein nicht nur für die regionalen und kleineren Verkehrsunternehmen, sondern in Bezug auf den Tarif allgemein und die neuen Vertriebswege auch für die großen Verkehrsunternehmen, da auch diese, z.T. in leicht abgewandelter Form, auf die Materialien des VBB zurückgreifen.

Auch hier gilt, dass diese Arbeit letztlich nicht von einem einzelnen Verkehrsunternehmen geleistet werden kann. Jedes Unternehmen wird immer eigenen Unternehmensinteressen den Vorrang geben, so dass nur die neutrale VBB GmbH diese Formen des Dachmarketings übernehmen kann.

Die Fahrgast- und Informationsmedien der VBB GmbH dienen als Plattform für die Botschaften von Verkehrsunternehmen, Gesellschaftern und kooperierenden Partnern. Die VBB GmbH kommt damit einer ihrer Kernaufgaben nach.

C.IV.1.3 Kundenmagazin „BB Panorama“

Ausgangssituation

Die „BB Panorama“ erscheint seit 2007 in einer Auflage von aktuell 65.000 Stück. Wesentliche Inhalte sind naturgemäß ÖPNV- und andere Verkehrsthemen aus der Region, von den VBB-Verkehrsunternehmen und der VBB GmbH selbst. Hinzu kommen Freizeittipps unterschied-

lichster Art, sowohl in der Rubrik „Die zehn schönsten...“, als auch durch Kooperationspartner an uns herangetragen. Für die Verkehrsunternehmen ist das Magazin ein wichtiger zusätzlicher, in manchen Fällen sogar der einzige Kanal, sich den Kunden zu präsentieren. Dieses Angebot wird von den Partnern sehr geschätzt; Probleme, die Seiten zu füllen, sind gänzlich unbekannt. Auf Seiten der Leser gibt es durchgehend positive Rückmeldungen; die Zahl der persönlichen Abonnenten nimmt weiter zu.

Ziele des Kundenmagazins „BB Panorama“

- Information der Leser und Fahrgäste zu Themen rund um den ÖPNV, auch Darstellung seiner Wertigkeit und Komplexität
- Angebot einer qualitativ hochwertigen Plattform für die Verkehrsunternehmen und Kooperationspartner
- Verstärkung des Bewusstseins einer gemeinsamen Hauptstadtregion Berlin und Brandenburg

Bisherige Ergebnisse und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die „BB Panorama“ ist bei den Partnern der VBB GmbH etabliert und wird von den Fahrgästen gut nachgefragt. Sie ist das einzige Medium, das Mobilität in Berlin und Brandenburg zum Inhalt hat und damit auch die Region als Ganzes darstellt.

C.IV.1.4 Kooperationen

Ausgangssituation

Da das Marketingbudget der VBB GmbH begrenzt ist, ist die eigenständige Durchführung teurer Kampagnen in der Regel ausgeschlossen. Umso wichtiger ist es, alternative Möglichkeiten zu finden, die Botschaften der VBB GmbH an die Kunden zu bringen. Dazu bieten sich Kooperationen mit Institutionen an, die gleich gelagerte oder komplementäre Ziele verfolgen. In diesen Fällen ist sehr viel weniger Geld notwendig, um dieselbe Menge bisheriger oder potenzieller Fahrgäste zu erreichen.

Kooperationen bestehen bzw. werden neu eingegangen mit den eigenen Gesellschaftern, mit anderen öffentlichen Einrichtungen, mit den Verkehrsunternehmen sowie öffentlichen und privaten Institutionen (z. B. Verbänden). Wichtig ist jeweils, dass diese ihrerseits viele Kundenkontakte haben und als Multiplikatoren der Botschaften des Berliner und Brandenburger ÖPNV dienen können.

Ziele der Kooperationen

- Unterstützung der Verkehrsunternehmen und ihrer Gesellschafter
- Einbindung von ÖPNV-Informationen in externen Publikationen und Internetangeboten (z.B. TMB, Visit Berlin, rbb)
- Bündelung eigener Botschaften mit denen der Kooperationspartner zur effizienten und kostengünstigen Kundenansprache; Nutzung von deren Multiplikatorenfunktion, Erzielen von Synergien
- Öffnung und Nutzung zusätzlicher Kommunikationskanäle – neben den klassischen Printmedien, Anzeigen und Plakaten – zur Ansprache der Zielgruppen
- weiterer Ausbau der Zusammenarbeit mit Institutionen, Verbänden und anderen Informationsanbietern

Bisherige Ergebnisse und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Kooperationen sind ein probates Mittel, das ÖPNV-System bekannt zu machen. Die meisten Kooperationen, an denen der VBB beteiligt ist, sind über lange Jahre gewachsen und haben gute Ergebnisse gezeitigt.

C.IV.1.5 Events und Promotion

Ausgangssituation

Gerade weil die VBB GmbH nur in Ausnahmefällen der direkte Ansprechpartner der Fahrgäste ist, ist es wichtig, dass sie sich regelmäßig auf eigenen Veranstaltungen und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern auch öffentlich „zum Anfassen“ präsentiert. Dies können Informationsveranstaltungen, Familienfeste mit ÖPNV-Bezug oder auch Messen sein. Je nach Anlass werden der ÖPNV allgemein und/oder konkrete Tarifangebote präsentiert.

Ziele der Event- und Promotionsmaßnahmen

- öffentlichkeitswirksame Darstellung der Leistungen des ÖPNV im Verbundgebiet
- Unterstützung der Verkehrsunternehmen bei der ÖPNV-Imagepflege
- Schaffung von direkten Kontakten mit unterschiedlichen Zielgruppen
- direktes Feedback der Fahrgäste und der potenziellen Fahrgäste zur wahrgenommenen Qualität des ÖPNV
- Einbindung des ÖPNV in die Erfahrungs- und Erlebniswelt der Zielgruppen

Bisherige Ergebnisse und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die Eventbeteiligungen sind ein wesentliches Werkzeug, um den Kontakt mit den vor Ort verkehrenden Verkehrsunternehmen zu pflegen. Gemeinsam wird der Kontakt zu den Fahrgästen und denen, die es noch werden sollen, gesucht und gefunden. Die Zahl der Anfragen an die VBB GmbH zur Mitwirkung bei Veranstaltungen ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Nicht immer konnte ihnen entsprochen werden. Die VBB GmbH überprüft kontinuierlich ihre Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen und disponiert ggf. auch kurzfristig um.

C.IV.1.6 Infocenter

Ausgangssituation

Die zentrale Ansprechstelle für die Kunden der VBB GmbH ist das VBB-Infocenter. Hier werden telefonische Auskünfte gegeben, schriftliche Kundenanfragen beantwortet und die Kunden vor Ort beraten. Während die Zahl der telefonischen Anfragen im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen ist, stieg die Zahl der schriftlichen Kundenanfragen. Natürlich können die Kunden im Infocenter auch Fahrplanbücher, Radwanderkarten und andere touristische Publikationen kaufen oder sich mit kostenlosen Informationsmaterialien versorgen.

Ziel des Infocenters

Das bestehende hohe Qualitätsniveau der Serviceleistungen soll beibehalten werden.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

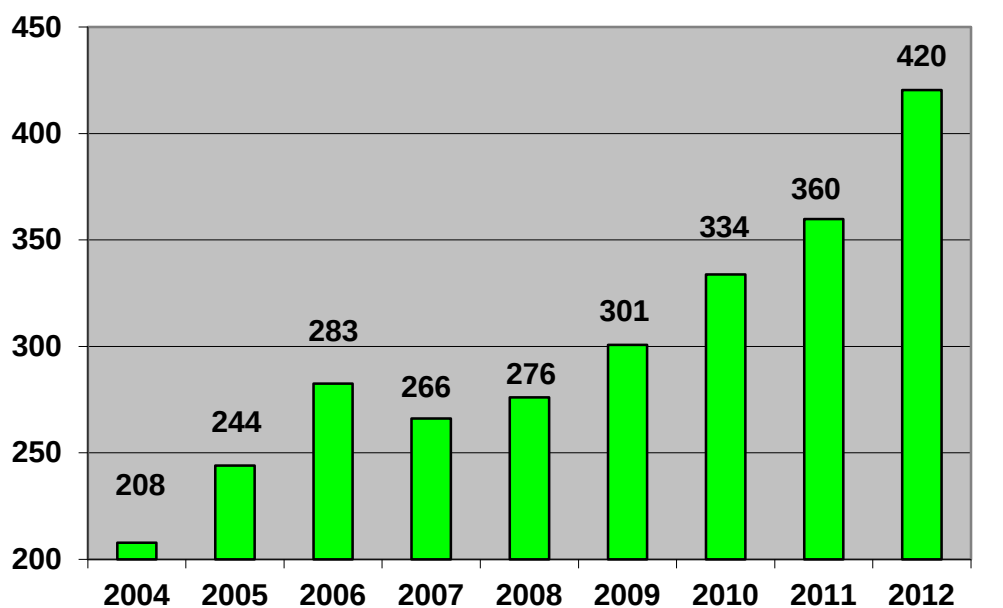
Vor allem dank der Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter und der ständigen Überprüfung der internen Abläufe können saisonale Schwankungen im Anruf- und Kundenschreibenaufkommen

flexibel aufgefangen werden. Auf diese Weise ist auch gesichert, dass die hohe Qualität der Auskünfte beibehalten bleibt und die Kunden jederzeit kompetente Antworten bekommen. Die äußerst niedrige Fluktuation im Team trägt gleichfalls dazu bei, dass die Kunden kenntnisreich und freundlich betreut werden.

Die Anzahl der schriftlichen Kundenanregungen und -wünsche stieg im Jahr 2012 um siebzehn Prozent auf nunmehr 420 Anfragen pro Monat. Das Anrufaufkommen liegt bei monatlichen 5.530 Anrufen.

Seit April 2009 übernimmt das VBB-Infocenter zudem die zeitweise telefonische Betreuung der Kunden der Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (ViP). Monatlich fast 700 Anrufer können dank dieser Rufumleitung zum VBB-Infocenter auch außerhalb der ViP-Öffnungszeiten die gewünschten Informationen bekommen.

Jahresvergleich: Im VBB-Infocenter beantwortete Kundenschriften (Monatsschnitt)



Der Leistungsumfang des Infocenters hat sich im Laufe der Jahre kontinuierlich erweitert. Aufgabenanteile, die über das klassische Spektrum des Infocenters hinausgehen, kamen und kommen dazu. So sind beispielsweise Rechercharbeiten für Kooperationspartner (z. B. Ausflugstipps rbb-Abendschau) als auch das Informationsmanagement im Störfall (Kommunikation mit den Leitstellen der betroffenen Verkehrsunternehmen) mittlerweile ein fester Bestandteil der Arbeiten.

Die seit 2004 bestehende Kooperation des Infocenters mit dem Carsharing-Unternehmen Greenwheels wird weitergeführt. Kunden, die am Greenwheels-Carsharing teilnehmen wollen, lassen sich beim VBB-Infocenter registrieren und erhalten Vorzugskonditionen, wenn sie im Besitz einer VBB-Zeitkarte sind.

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Das Infocenter der VBB GmbH bleibt für die Fahrgäste weiterhin der kompetente Ansprechpartner für:

- Tarif- und Fahrplanauskünfte,
- Störungsmeldungs-Management,
- Vertrieb der VBB-Informationsprodukte,
- Verkehrsplanung und verkehrliche Entwicklungen,
- Verknüpfungen und Anschlüsse,
- Kundenanregungen und -wünsche.

Das Infocenter der VBB GmbH informiert über einen sehr großen, integrierten Verkehrsraum. Die Informationen über alle Verkehrsunternehmen liegen nur bei der VBB GmbH gesammelt vor.

C.IV.1.7 ÖPNV-Kampagnenkonzepte

Ausgangssituation

Auch im Jahr 2014 wird die VBB GmbH weiterhin an der Konzeption unternehmensübergreifender Kampagnen arbeiten, um eine einheitliche Kommunikation der ÖPNV-Angebote im Verbundgebiet sicherstellen zu können.

Beispiele bisheriger Kampagnenkonzepte sind u. a. die Kampagnen für

- Schülerferienticket
- VBB-Freizeit-Ticket
- Mobilitätsticket
- 10-Euro-Ticket Berlin-Stettin
- VBB-Abo 65plus.

Diese zeigen, dass übergeordnete Kampagnen dem ÖPNV-System insgesamt helfen und Erfolge ermöglichen, die einzelne Verkehrsunternehmen für sich alleine nicht erzielen könnten.

Ziele der ÖPNV-Kampagnenkonzepte

- Entwicklung einheitlicher Botschaften und Kampagnen, um die Nutzung des ÖPNV in Berlin und Brandenburg zu erhöhen
- nachhaltige Kundenbindung für die öffentlichen Verkehrsmittel und Steigerung der Einnahmen bei den Verkehrsunternehmen
- höhere Effizienz und Verringerung der Gesamtkosten für die Marketingmaßnahmen des öffentlichen Nahverkehrs

Beispiele für laufende und geplante Kampagnen (nicht abschließend):

- Betriebsaufnahme neuer SPNV-Betreiber
- VBB-fahrCard
- Handy-Ticketing
- Vermarktung erfolgreicher VBB-Tarifprodukte (z.B. VBB-Abo 65plus)
- Tourismus & ÖPNV, Vermarktung von Ausflugslinien

Die VBB GmbH entwickelt dabei aus den zur Verfügung gestellten Mitteln die Grundlagen für die ÖPNV-Kampagne bis hin zu druckfertigen Vorlagen. Media- und Produktionskosten tragen die Verkehrsunternehmen. Durch eine gebündelte Entwicklung und Produktion von Medien können Mengeneffekte erzielt werden, die der Gesamtheit aus VBB GmbH und Verkehrsunternehmen nutzen.

C.IV.2 Fahrgastinformation

Als wesentlicher Bestandteil des Außenauftritts der VBB GmbH steht die Fahrgastinformation im zentralen Interesse der Nahverkehrskunden in Berlin und Brandenburg. Die Fahrgastinformationsmedien der VBB GmbH und das Fahrplandatenmanagement stellen die Grundlage für diese ganzheitliche, verkehrsmittelübergreifende und betreiberunabhängige Fahrgastinformation über Bahnen und Busse im gesamten Verbundgebiet dar. Zu beobachten ist, dass sich der Trend des Rückgangs der Nutzung konventioneller gedruckter Medien zugunsten elektronischer Serviceangebote weiter verstärkt.

Neben der Weiterentwicklung der eigenen Dienste stellt die Versorgung dritter Informationsverwerter, wie Google, Nokia oder Daimler ein neues Arbeitsgebiet der VBB GmbH dar, welches stark zur Verbreitung der Bekanntheit der ÖPNV-Angebote beiträgt aber auch sehr arbeitsintensiv ist. Darüber hinaus verursacht die Bereitstellung der Daten im Rahmen der „offenen Daten“-Richtlinien von Bund und Ländern zusätzlichen Aufwand.

Bedingt durch den technischen Fortschritt gerade im Bereich der App-Entwicklung und dem Mobilfunk werden die Innovationszyklen immer kürzer und führen zu einer Steigerung des Aufwands bei Beschaffung, Betrieb und Wartung der entsprechenden Softwaresysteme und Schnittstellen.

C.IV.2.1 Verbundfahrplandatenmanagement

Ausgangssituation

Das Fahrplandatenmanagement stellt eine Grundaufgabe der Arbeit der Verbundgesellschaft dar. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit sind Grundlage für die Fahrgastinformation und weitere Aufgaben der VBB GmbH; das Fahrplandatenmanagement wird als laufender Prozess kontinuierlich betrieben. Im Wirtschaftsplanjahr 2014 werden die Leistungen der Vorjahre hinsichtlich des Fahrplan-Solldatenmanagements fortgeführt.

Ziel des Verbundfahrplandatenmanagements

Im Jahr 2014 soll das laufende Fahrplandatenmanagement auf gleichbleibend hohem Qualitätsniveau fortgesetzt werden. Die wöchentliche Solldatenaktualisierung für die VBB-Fahrinfo soll fortgeführt werden. Zusätzliche Updates können weiterhin nach Bedarf durchgeführt werden. Auch die erforderlichen Daten für die barrierefreie Auskunft werden weiter gepflegt.

Die bisherige und zunehmende Versorgung der VBB-Informationsmedien mit Echtzeitdaten stellt zusätzliche Anforderungen an die Pflege der Grunddaten, die kontinuierlich erfüllt werden müssen. Diese zunehmende Echtzeitdatennutzung erfordert eine Intensivierung der Tätigkeiten sowohl bei der Kommunikation mit den Verkehrsunternehmen, bei der Versorgung der Auskunftsmedien von VBB und Dritten als auch für das lokale Anschlussmanagement.

Für 2014 ist darüber hinaus geplant, das Datenbankmodell vom bisherigen Modell der sog. „Haltestellenbereiche“ auf eine mastscharfe Datenhaltung, also die genaue Position der eigentlichen Haltestelle bzw. einer Bahnsteigkante, umzustellen. Dies ist erforderlich, da neue Informations- und Ticketingdienste höhere Anforderungen an die Daten stellen, als das bisherige Ortsmodell abdecken kann.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Das Fahrplandatenmanagement der VBB GmbH ist gut organisiert und hat sich bewährt. Kontinuierlich werden knapp 13.000 Haltestellenbereiche mit rund 34.500 untergeordneten (aber noch nicht geokodierten) Haltestellenmasten in den Datenbanksystemen vorgehalten. Durch den erweiterten Funktionsumfang, vor allem der elektronischen Auskunftsmaschinen, haben sich der Leistungsumfang und der Aufwand für das Datenmanagement kontinuierlich erweitert. Dies umfasst in den hinzu gekommenen Aufgabenfeldern insbesondere das Management der Informationen zur Barrierefreiheit, das Management der Echtzeitdaten, sowie die Integration von Störungsmeldungen.

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Das durch die VBB GmbH durchgeführte Fahrplandatenmanagement ist weiterhin die Grundlage für Aktivitäten auf vielen Arbeitsgebieten unterschiedlicher Partner der VBB GmbH:

- kontinuierliche Versorgung des Landesfahrplanauskunftssystems VBB-Fahrinfo, der BVG-Auskunft sowie der DB-Auskunft mit dem VBB-Fahrplandaten und dem Portal www.Daten.Berlin.de bzw. weiterer Abnehmer
- Vorhaltung barrierefreier Auskunftsdaten
- Verarbeitung von Echtzeitdaten für die Fahrplanauskunft
- Datenlieferung für die Erstellung von Printmedien (Fahrplanbücher, -hefte, -flyer, Aushangfahrpläne)
- Datenlieferung für die DV-gestützte SPNV/Bus-Leistungsabrechnung und das Vertragscontrolling
- Datenbereitstellung für kartografische Informationsprodukte
- Datenbereitstellung für Verkehrserhebungen im VBB
- Datenbereitstellung für die Erarbeitung der Nahverkehrspläne der kommunalen Aufgabenträger
- Datenbereitstellung für Fahrplaninformationsmedien Dritter (Apps, DFI-Anzeiger etc.)
- Soll- und Echtzeitdatenversorgung für Dritte (VIZ, AIRVIS, rbb, ...)
- Metadatenmanagement für das nationale Bund-Länder-Auskunftsnetzwerk „DELFI“ sowie das internationale Netzwerk EU-Spirit
- Vorhaltung von Netzlayern zur Fahrgastinformation

C.IV.2.2 Kartografiedatenmanagement

Ausgangssituation

Auch im Jahr 2014 werden den Kunden wieder die bekannten und am Markt eingeführten, bewährten grafischen Informationen zur Verfügung stehen. Dies sind vor allem die schematischen Liniennetzpläne des SPNV und der Regional- und Stadtverkehre (die sogenannten Netzspinnen). Es wird aber auch weiterhin eine einheitliche Verbundkartografie in den unterschiedlichen Maßstabsebenen angeboten. Diese ganzheitliche Kartografie findet Eingang in die kartografische Produktfamilie des VBB, z.B. in die Beilagekarten der Fahrplanbücher, Tarif-Info-Produkte oder auch die Radwander- und Freizeitkartenfamilie des VBB.



Ziel des Kartografiedatenmanagements

Die breite Palette an kartografischen Produkten des VBB soll den Kunden auch weiterhin angeboten werden. Zwar sind Print-Karten am Markt einer gestiegenen Konkurrenz durch die immer mehr zunehmenden elektronischen Medien ausgesetzt, dennoch erfreut sich die gedruckte Karte, welche man auch einmal in die Hand nehmen und ausbreiten kann, einer treuen Stammkundschaft.

Im Jahr 2014 ist deshalb die Neuauflage folgender touristischer Karten aus der VBB-Kartenfamilie (teilweise bereits in der 3. Auflage) geplant:

- ADFC Fahrradstadtplan Berlin,
- Radfernwege Brandenburg und Berlin sowie
- MOL / Lebusser Land

Neben den Informationen über den ÖPNV sind in den Karten auch touristische Sehenswürdigkeiten, Sport- und Freizeitangebote, besonders sehenswerte Bauwerke und Gaststätten zu finden. Die Karten ermöglichen es somit dem Nutzer bei der Planung von Ausflügen die regionalen Besonderheiten mit Bus und Bahn zu kombinieren.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die VBB GmbH hat über ein Jahrzehnt das in seiner heutigen Ausprägung vorliegende und bewährte Kartografiedatenmanagement aufgebaut. In geplanten Zyklen werden die kartografischen Daten aktualisiert und für die folgenden unterschiedlichen Anwendungen und Produkte bereitgestellt:

- Stadtplanausschnitte auf VBB.de
- Mobile Dienste (Apps)
- Beilagekarten der Fahrplanbücher
- Tarifikommunikationsmedien
- Übersichtskarten für Infopunkte
- Linienflyer zu Sonderinformationen zur Verkehrsanbindung
- Medien der Verkehrsunternehmen
- Produkte mit dritten Partnern (pro agro)
- sonstige touristische Karten mit ÖPNV-Inhalten

Allen Produktionsprozessen gehen enge Abstimmungsprozesse mit den Aufgabenträgern und den Tourismusverbänden voraus. Damit gelang es bisher immer, eine gute Qualität, eine realistische Auflagenabschätzung und damit den wirtschaftlichen Erfolg der jeweiligen Produkte sicherzustellen.

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Grafische Verkehrsnetze bzw. Linienpläne sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil der Fahrgastinformation des VBB. Durch ihre hohe Verbreitung werden sie nicht nur von der VBB GmbH und den Verkehrsunternehmen, sondern auch von Kooperationspartnern offensiv in unterschiedlichen Produkten zur Kundeninformation verwendet.

C.IV.2.3 VBB.de

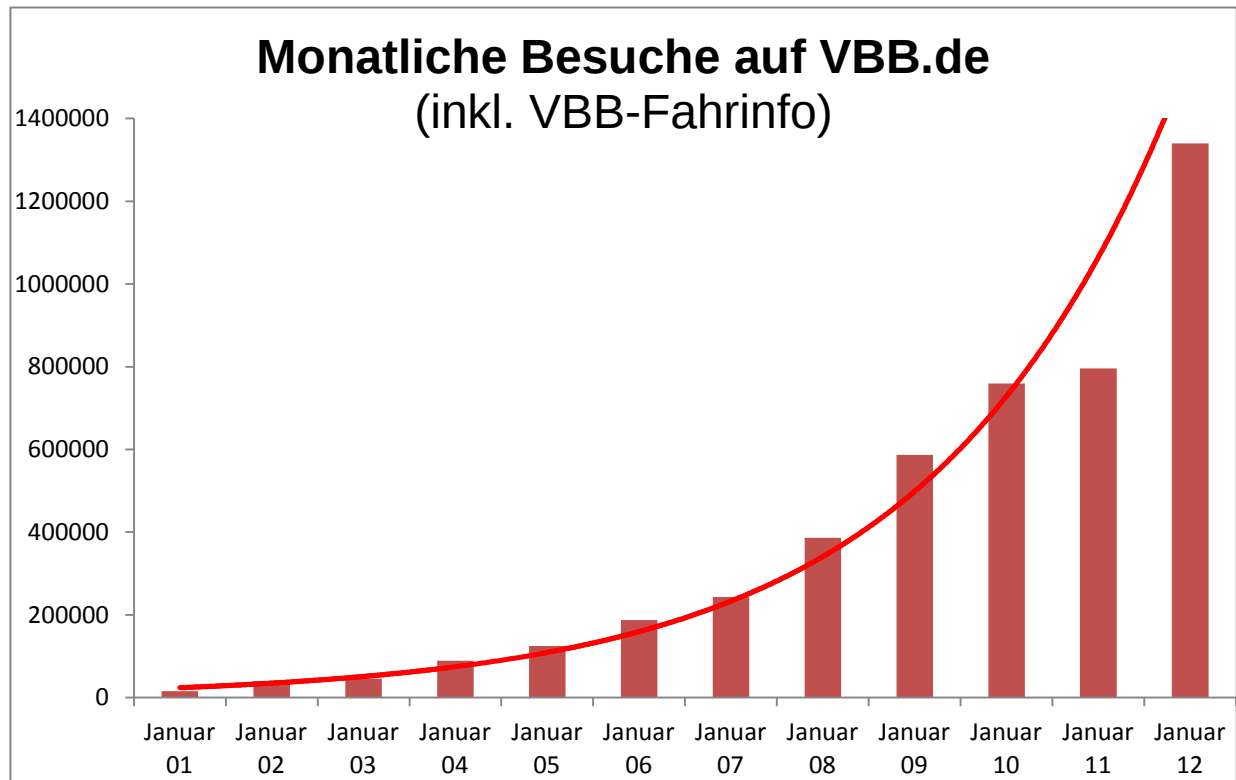
Ausgangssituation

Der Internetauftritt der VBB GmbH unter der neuen Adresse VBB.de ist das erfolgreichste Fahrgastinformationsprodukt des VBB für die Bewohner und Besucher der Region Berlin und Brandenburg. Die Nutzung dieser Plattform nahm nach dem erfolgreichen Neudesign noch einmal deutlich zu. VBB.de wendet sich sowohl an die Fahrgäste, die sich über Fahrverbindungen, Linienführungen und Fahrpreise im Verbundgebiet informieren möchten, als auch an diejenigen, die Hintergrundinformationen rund um den Nahverkehr in ihrer Region suchen. Dazu gehört auch die Information über Struktur und Arbeit des VBB sowie seiner Verkehrsunternehmen. Im Jahr 2012 wurde zur Vereinfachung der Pflege der Inhalte und zur Verbesserung der Reaktionszeiten bei zeitkritischen Änderungen von Inhalten auf VBB.de ein Contentmanagementsystem (CMS) eingeführt. Dieses System wird kontinuierlich gewartet und entsprechend den aktuellen Anforderungen der VBB GmbH hinsichtlich neuer Inhalte und Strukturen gepflegt. Ein weiterer Bestandteil des CMS ist die geplante Funktionalität des Extranet, das die Zusammenarbeit der VBB GmbH mit den Gesellschaftern und Verkehrsunternehmen vereinfacht und ab 2013 eingeführt werden soll.

Ziel von VBB.de

Die Internetseite VBB.de soll auch künftig auf die sich entwickelnden bzw. verändernden Bedürfnisse der Fahrgäste im Verbundgebiet eingehen. Dazu zählen sowohl aktuelle Informationen etwa zur Abweichung vom Regelfahrplan (Störungsinformationen), als auch verstärkte touristische Informationen, die zur Nutzung des Nahverkehrs in der Region auch in der Freizeit anregen sollen. Auch wird eine Verzahnung mit den beliebten sozialen Netzwerken, wie Facebook und Twitter, geprüft, um die internetaffinen Fahrgäste noch besser mit Informationen zu versorgen.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste



Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Der VBB vermittelt auf seiner Internetseite VBB.de Fahrplan- und Tarifinformationen für die gesamte Reisekette in Berlin und Brandenburg sowie zunehmend auch nach Polen. Dadurch ergänzt der VBB die Grundinformation zum Nahverkehr der einzelnen regionalen Verkehrsunternehmen und verknüpft sie zu einem verbundweiten, übergreifenden Informationsdienst. Nur durch die Verzahnung der Inhalte von Verkehrsunternehmen und VBB ist so eine übergreifende bzw. integrierte Information der Fahrgäste im Verbundgebiet möglich.

Darüber hinaus schätzen die Fahrgäste die bei besonders schweren Einschränkungen des Nahverkehrs (Streik, aktuelle Situation bei der S-Bahn, witterungs- oder technisch bedingte Ausfälle etc.) vom VBB angebotenen Informationen, die über das Internet sowie die Apps auch stets aktuell gehalten werden können.

Die Kooperationen mit touristischen Dienstleistern (TMB, pro agro, ...) sollen fortgeführt und erweitert werden, Tourismus und ÖPNV bleibt eines der Schwerpunktthemen für den VBB.

C.IV.2.4 VBB-Fahrinfo

Ausgangssituation

Die Fahrgäste erhalten mit der breiten Produktpalette des verbundweiten elektronischen Fahrplanauskunftssystems individuelle Angebotsempfehlungen für ihre Wege mit dem Nahverkehr. Dazu zählen u.a.:

- klassische Routenplanung von Tür zu Tür (mit Eingabemöglichkeit von Haltestellen, Adressen und touristischen Zielen bzw. öffentlichen Einrichtungen)
- Fahrpreisauskunft zu jeder Verbindung im Verbundgebiet

- Routenplanung unter Berücksichtigung der barrierefreien Infrastruktur (Rolltreppen und Aufzüge) vor Ort
- Fußwegangabe zwischen Haltestelle und Adresse (Nutzung einer neuen Kartengrundlage seit 2012)
- Apps zur komfortablen Nutzung des Fahrplanauskunftssystems auf Smartphones
- für mobile Geräte angepasste Website (mit den wichtigsten Funktionen einschließlich Echtzeitdaten und barrierefreier Routenplanung)
- durchgängige nationale und internationale Routenempfehlungen über die Auskunftnetzwerke DELFI und EU-SPIRIT
- Haltestellenaushänge, Linien-Fahrplantabellen und kompakte Routendarstellung für Vielfahrer (jeweils individuell am Computer erstellbar und zum Selbstaussdrucken)
- Informationen zu Verspätungen und Ausfällen inkl. Alternativroutenberechnung für weite Teile des Verbundgebiets
- Angebot einer Zugangsschnittstelle für Dritte (sog. „API“), um Kooperationen mit externen Partnern zu ermöglichen.

Ziel der VBB-Fahrinfo

Im Zuge des erweiterten Informationsbedürfnisses der Fahrgäste, vor allem in Bezug auf Verspätungen, Ausfälle und Anschlüsse, aber auch bezüglich der barrierefreien Routenplanung, entwickelt der VBB die Auskunftssysteme auch in den nächsten Jahren weiter. Dazu zählen schwerpunktmäßig:

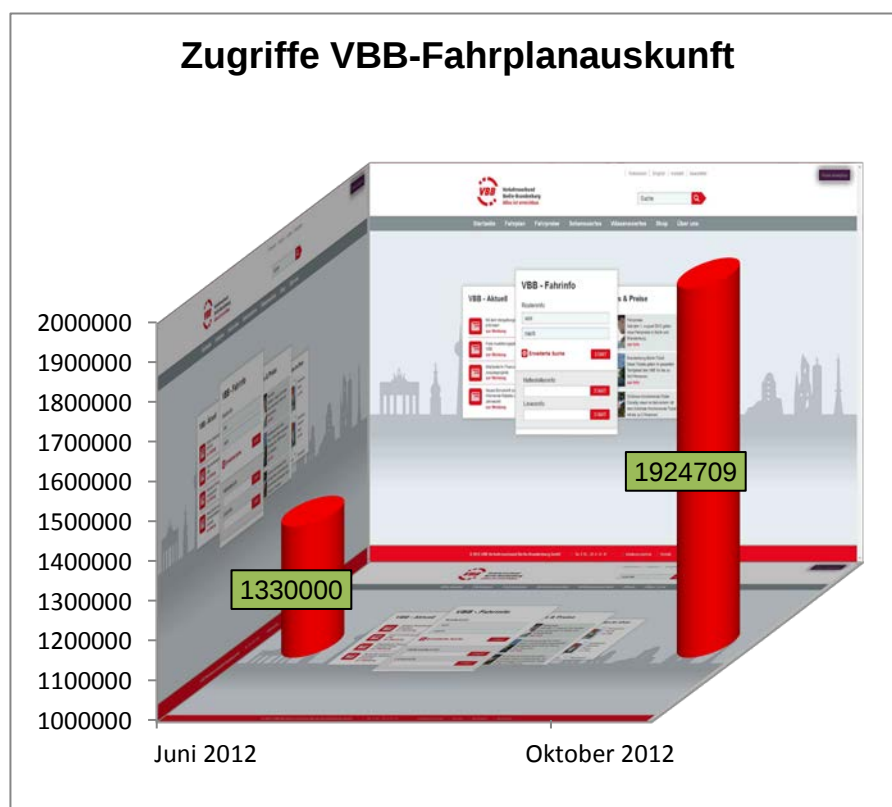
- Betreuung und Weiterentwicklung der hochkomplexen barrierefreien Information
- Intensivierung der Nutzung der Echtzeitdaten für die Fahrgastinformation: Die erforderlichen Daten, die Ergebnis von umfangreichen Fördermaßnahmen des Landes Brandenburg für die Verkehrsunternehmen sind, haben die Auskunftqualität deutlich gesteigert
- Einführung der in BAIMplus entwickelten Technologie zur Berücksichtigung von gestörten Aufzügen für das barrierefreie Routing
- Einführung und Verstetigung der Nutzung von „weichen“ Echtzeitinformationen in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen (derzeit Einführung des Operativbetriebs bei VBB und Verkehrsunternehmen)
- Stabilisierung des Austauschs von Informationen zum Anschlussmanagement zwischen den Verkehrsmitteln auf der Basis der o. g. Echtzeitinformationen sowie der unternehmensübergreifenden Information auf dynamischen Anzeigesystemen durch Anschluss der noch ausstehenden Verkehrsunternehmen an den VBB-Stern zum Datenaustausch zwischen den beteiligten Systemen
- Ausbau der Informationsdienste für mobile Endgeräte (inkl. Verbesserung der Genauigkeit durch haltestellenscharfe Information und Integration des VBB-Handytickets)
- Erweiterung der VBB-Fahrinfo durch vollständige Integration flexibler Bedienformen für das Land Brandenburg (über ein FOPS-Vorhaben angestrebt)
- Vertiefung der Kooperation mit dritten, etablierten Informationsanbietern (Google, Nokia, Daimler usw.); diese Tätigkeiten nehmen mittlerweile einen breiten Raum in der inhaltlichen Arbeit des VBB ein
- Kooperation mit freien Entwicklern für neue, privat finanzierte Mehrwertdienste

Voraussetzung für die Nutzung der Echtzeitinformationen ist die zuverlässige Verfügbarkeit von Ist- und Störungsinformationen. Inzwischen versorgen 13 betriebliche Leitsysteme den VBB mit Echtzeitinformationen. Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der BVG wird auch wieder eine Schwerpunktaufgabe für 2013/14 sein, um deren Daten qualitätsgesichert in die Landesfahrplanauskunft und die Systeme zum unternehmensübergreifenden Datenaustausch für das Anschlussmanagement zu integrieren.

Dieser umfassende Einsatz der Integration von Fahrgastinformation und Anschlussmanagement setzt aber nicht nur eine kontinuierliche Betreuung der Fahrplanauskunft und der angeschlossenen Systeme bzw. Partner voraus, sondern auch vor allem eine kontinuierliche Qualitätssicherung bei der Versorgung und Übernahme der Echtzeitinformationen durch den VBB.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

VBB-Fahrinfo hat sich als verbundweite Fahrplanauskunft über die Jahre zu einem unverzichtbaren Informationsmedium mit kontinuierlich ansteigender Nachfrage entwickelt. Dabei stellen die mobilen Dienste die Gruppe mit den stärksten Wachstumszahlen dar. So wurde die VBB-App für die Fahrplanauskunft bereits 300.000-mal heruntergeladen. Die überwiegende Mehrheit der Fahrgäste informiert sich über Verbindungen innerhalb der nächsten 6 Stunden. Demzufolge sind vor allem operative Informationen, wie Verspätungs- und Alternativrouteninformationen, von großer Bedeutung. Aber auch die weiteren Dienste, wie der Haltestellenausgang oder der Linienfahrplan, kommen durch die gestiegene Gesamtnutzerzahl deutlich mehr Fahrgästen zu Gute. Dies belegen die Nutzungszahlen der Fahrplanauskunft im mobilen und stationären Bereich. So stieg die Nutzung der VBB-Internetseite im Laufe des Jahres 2012 um rund 600.000 Besuche pro Monat an, was einer Steigerung von rund 45 % entspricht.



Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die elektronische Fahrplanauskunft des VBB mit allen angeschlossenen Diensten ist das VBB-Informationsprodukt mit der stärksten Nachfrage, der größten Erreichbarkeit und Zugänglichkeit über das gesamte Verbundgebiet. Als Basisinformation zum Verkehrsangebot, aber auch zur konkreten Planung sowohl von täglichen Wegen des Alltags als auch einzelnen Routen, etwa in der Freizeit, ist die Fahrplanauskunft eine unverzichtbare Informationsquelle mit folgenden Nutzen und Vorteilen:

- einheitliches Auskunftssystem für zwei Bundesländer mit großem Funktionsumfang
- unternehmens-, damit wettbewerbsneutrale Plattform für Fahrplanauskünfte
- von Verkehrsunternehmen unabhängiger Informationsdienst
- durchgehende Fahrplan- und Tarifauskunft, somit Verkörperung des Verbundgedankens und des zusammenwirkenden Systems Nahverkehr, bestehend aus den unterschiedlichen Verkehrsmitteln und -betreibern
- Apps für die gängigen Handybetriebssysteme, die neben Fahrplan- und Tarifauskunft auch über Benachrichtigungsfunktionen bei Störungen verfügen
- Über die Schnittstelle an das Auskunftssystem angeschlossene Betreiber von Drittsystemen (Nokia, Daimler, ...) können neue Services anbieten, die potenzielle Fahrgäste des ÖPNV erreichen. So ist z. B. die Handy-App „Bus und Bahn“ von Nokia bereits auf jedem Nokia-Smartphone vorinstalliert und ermöglicht die Auskunft zum ÖPNV im VBB-Gebiet direkt vom VBB-Fahrinfosystem.
- Mobiles Ticketing über Apps: Dabei sollen sowohl das System „Handyticket Deutschland“ als auch „Touch&Travel“ integriert werden.
- Verknüpfung des Fahrplanservices auf den Internetseiten der beiden Bundesländer sowie verschiedener Landkreise, Kommunen, touristischer und anderer Dienstleister
- laufender Betrieb bei der Versorgung von Live-Abfahrtstafeln bei Verkehrsunternehmen (Cottbusverkehr), Medienanstalten (rbb Text) und Dritten (zur Zeit Flughafen Schönefeld, künftig Flughafen BER) sowie in der Öffentlichkeit (u. a. SenStadtUm, Einkaufszentren, Universität Frankfurt/Oder)

C.IV.3 Tarifdatenmanagement / Vertrieb

C.IV.3.1 Tarifdatenmanagement

Ausgangssituation

Das Tarifdatenmanagement ist eine der Kernaufgaben der VBB GmbH, da ohne die Daten, die von der Verbundgesellschaft kommen, ein Verkauf von Fahrausweisen de facto nicht möglich wäre. Dies gilt unabhängig davon, welcher Vertriebskanal gewählt wird, ob konventioneller oder elektronischer Vertrieb. Tarifikalkulation und Tarifweiterentwicklung hängen ebenso vom Tarifdatenmanagement ab. Folgende Kernelemente gehören dazu:

Eine der Hauptaufgaben im Tarifdatenmanagement ist die Erstellung der einheitlichen Tarifdatenbank. Der Verkauf des einheitlichen Verbundtarifs in der Vertriebstechnik der Verkehrsunternehmen und die einheitliche Tariffinformation in den Fahrgastauskunftssystemen werden durch die Pflege und Verteilung einer für alle Verkehrsunternehmen einheitlichen Tarifdatenbank in der VBB GmbH gesichert. Die Datenbank enthält neben den eigentlichen Informationen zur Ausgabe der Tarifprodukte auch Elemente für den einheitlichen Fahrausweisaufdruck bzw. die Verwendung einheitlicher Datenelemente bei der Ausgabe neuer Fahrausweismedien. Die Datenbank muss ständig in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen und deren Vertriebsfirmen auf dem aktuellen Stand gehalten werden. Neue elektronische Vertriebswege wie das eTicketing haben erheblichen Anpassungsaufwand an der Tarifdatenbank erzeugt; die Komplexität hat sich erheblich erhöht. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus der Tatsache, dass vor allem auch die elektronische und automatisierte Kontrolle über eine einheitliche Datenversorgung ermöglicht werden muss. Abstimmungen mit den Verkehrsunternehmen sowie mit den Herstellern von deren Vertriebstechnik sind notwendig. Besondere Herausforderungen an die Erstellung der Datenbank ergeben sich aus den neuen Vertriebsformen (z.B. VBB-fahrCard, Handyticketing) und deren Kontrolle.

Neben der Versorgung der Verkehrsunternehmen mit den für den Vertrieb notwendigen Daten wird mit Hilfe der Tarifdatenbank auch die Fahrpreisauskunft im Internet auf VBB.de ermöglicht. Hier werden die Preise für die über die Fahrplanauskunft angezeigten Fahrten ermittelt. Der Tarifratgeber wird kontinuierlich verbessert und weiter ausgebaut.

Die einheitliche Tarifdatenbank muss auch für diese Zwecke ständig angepasst werden, besonders zu Tarifwechseln.

Ferner dient die Tarifdatenbank auch der Versorgung der Datenbank Meldewesen mit den tariflichen Basisdaten; die Datenbank Meldewesen wiederum ist die Grundlage für die Einnahmenaufteilung und das Berichtswesen.

Schließlich müssen Tarifanpassungen sowie Änderungen der Beförderungsbedingungen bei den Genehmigungsbehörden der Länder genehmigt werden, wofür Gebühren anfallen. Die Zahl der Tarifanträge hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht, da die Anträge für die verschiedenen Unternehmen des SPNV gesondert nach den einzelnen Verkehrsverträgen gestellt werden müssen.

Die Bedeutung des Themas Vertrieb hat beim VBB in den letzten Jahren stark zugenommen. Eine wesentliche Rolle spielen auch hier die Ausschreibungen im SPNV und die daraus resultierenden Bruttoanreizverträge. Hierzu werden Standortkonzepte, Konzepte für die Bedienoberflächen etc. benötigt. Auch muss der Status der Vertriebstechnik und der Vertriebswege im VBB-Gebiet weiter detailliert erhoben und fortgeschrieben werden.

Hinzu kommen die neuen Formen des elektronischen Vertriebs (siehe dazu auch den speziellen Abschnitt), neben der VBB-fahrCard auch das Handyticketing sowie das Onlineticketing. Die sukzessive Umstellung des Vertriebs von konventionellen auf elektronische Medien erfordert auch bei den handelnden Personen ein Umdenken, und zwar sowohl bei den Verkehrsunternehmen (Abschied von Gewohnheiten) als auch bei den Kunden, denen viel Neues und Unbekanntes innerhalb kurzer Zeit präsentiert wird. Um diesen Prozess zielgerichtet begleiten zu können, beabsichtigt die VBB GmbH, gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern eine Vertriebsstrategie zu entwickeln, die darlegen soll, wie der Vertrieb in der Zukunft aussehen soll. Auf diese Weise soll den Beteiligten eine Orientierungsmöglichkeit gegeben werden, die die einzelnen Maßnahmen in einen nachvollziehbaren Kontext stellt.

Ziele des Tarifdatenmanagements und des Vertriebs

Laut Gesellschaftsvertrag hat die VBB GmbH die Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung einheitlicher Tarifbedingungen zur Aufgabe (§ 2, Absatz 2), um folgende Ziele zu erreichen:

- einheitliche Datenversorgung der Vertriebstechnik der Verkehrsunternehmen zu Tarifanpassungen, und zwar im Wesentlichen durch die Erstellung der Tarifdatenbank für die VBB-Unternehmen und die von ihnen beauftragten Vertriebsfirmen
- Bereitstellung einer einheitlichen Fahrgastinformation zum Tarif, sowohl online als auch offline
- Erstellung eines umfassenden, aussagestarken und exakten Berichtswesens u. a. zur Einnahmenentwicklung, insbesondere für die Beiräte und den Aufsichtsrat
- Kalkulationen für die Weiterentwicklung des VBB-Tarifs
- Entwicklung und Pflege einheitlicher Standards im Vertrieb (einheitliche Fahrausweisaufdrucke, ähnliche Bedienung der Automaten, Mindeststandards für personenbedienten Verkauf etc.)
- Vertriebskonzepte zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung der Fahrgäste mit Vertriebsstellen, vor allem im SPNV
- Erstellung einer Vertriebsstrategie
- Konzepte zur Einbindung der neuen Vertriebsformen bzw. der neuen Medien VBB-fahrCard, Handyticketing und vermehrt auch Onlineticketing

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Wie dargelegt, ist die Tarifdatenbank das Rückgrat des VBB-Tarifs mit allem, was daran hängt. Ohne sie gäbe es weder einen einheitlichen Fahrausweisverkauf (über alle Kanäle, z. B. auch die Schulverwaltungsämter!), noch die Möglichkeit, über die tatsächlichen Verkäufe nach Tarifprodukten zu unterscheiden und zu berichten, mit allen Auswirkungen, die dies auf die Steuerung des ÖPNV in der Region insgesamt hätte. Neue Tarifprodukte könnten nicht kalkuliert werden. Einen Tarifratergeber könnte es ebenso wenig geben. Kurz gesagt: der gemeinsame VBB-Tarif wäre nicht möglich.

Die Erweiterungen an der Datenbank, die schon erfolgt sind und die noch folgen werden, ermöglichen auch eine deutlich bessere Kontrolle der Fahrausweise und damit eine Senkung der Schwarz- und Graufahrerquote.

Eine Vereinheitlichung der Nutzeroberfläche der Fahrausweisautomaten konnte in der Vergangenheit in gewissem Umfang erreicht werden. Bei der Neubeschaffung von Vertriebs-technik wird sich die VBB GmbH im Rahmen der elektronischen Vertriebswege verstärkt einbringen, um Schritt für Schritt eine weitere Vereinheitlichung zu erzielen.

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Der Verbundtarif ist das Kernstück des Verkehrsverbundes, da er das ÖPNV-System zusammenhält und buchstäblich erfahrbar macht. Ein sich stetig verbessernder und modernisierender Vertrieb wird die Hemmschwelle zur ÖPNV-Nutzung weiter senken. Das aus dem Meldewesen resultierende Berichtswesen hilft dabei, neue Tarifprodukte zu platzieren, die die Nutzung des ÖPNV für noch mehr Menschen noch einfacher machen und damit auch den Aufgabenträgern helfen, ÖPNV als Daseinsvorsorge langfristig sichern zu können. Mittelfristig sollen die gewonnenen Daten und die zunehmenden elektronischen Möglichkeiten dazu führen, das Tarifsystem insgesamt noch nutzerfreundlicher zu machen.

C.IV.3.2 Relationsbezogene Schnittstellen

Ausgangssituation

Für die Übergabe der Einnahmenmeldungen existiert zwischen den meisten Verkehrsunternehmen und der VBB GmbH bereits eine standardisierte Schnittstelle. In der Regel wird über diese bisher aber nur gemeldet, welches Unternehmen welche Tarifprodukte verkauft hat.

Damit werden die bereits vorhandenen technischen Möglichkeiten der Vertriebstechnik zur Übermittlung von Daten aus dem bestehenden VBB-Tarif nicht voll ausgeschöpft, denn beim Verkauf werden auch teilweise relationsbezogene Daten erzeugt. Diese können prinzipiell ausgewertet und für die Zwecke der Einnahmenaufteilung sowie der Verkehrsplanung verwendet werden. Dazu müssen die bestehenden Schnittstellen zwischen der bei den Verkehrsunternehmen eingesetzten Vertriebstechnik und der Einnahmendatenbank der VBB GmbH erweitert und in die Vertriebstechnik implementiert werden, und zwar für jeden Vertriebstechnikhersteller gesondert. Die allgemeine Schnittstellenerweiterung beauftragt die VBB GmbH; die Kosten für die unternehmensindividuelle Implementierung der Schnittstelle in die Vertriebstechnik sind hingegen von den Verkehrsunternehmen zu tragen.

Die ersten Unternehmen können ihre Daten bereits relationsbezogen übermitteln, es sind aber noch viele Anpassungen und Erweiterungen erforderlich, bis alle Verkehrsunternehmen in der Lage sind, relationsbezogen zu melden. Viele Unternehmen haben die Anpassungen durch das Projekt INNOS zum Anlass genommen, auch die Umstellung auf relationsbezogenen Einnahmenmeldungen in Angriff zu nehmen. Ein Großteil der Arbeiten wird sich bis ins Jahr 2014 erstrecken.

Ziel des Projektes „Relationsbezogene Schnittstellen“

Die in der Vertriebstechnik der Verkehrsunternehmen erzeugten relationsbezogenen Verkaufsdaten sollen auch an die VBB GmbH übermittelt werden.

So kann die Einnahmenaufteilung, insbesondere im Pool Lokal und Regional, leistungsgerechter gestaltet werden. Darüber hinaus könnten die Grundlagen für die Tarifweiterentwicklung, die Verkehrsplanung und das Berichtswesen weiter verbessert werden.

Vorteile und Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

- detailliertere Grundlagen für die Einnahmenaufteilung und damit Sicherung der Vorteile, die durch den Verkehrsverbund für die Fahrgäste entstehen
- detaillierte Datengrundlagen für die Tarifweiterentwicklung
- detailliertere Angaben für das Berichtswesen der Aufgabenträger
- verbesserte Grundlagen für die Fortschreibung des Leistungsangebots

C.IV.3.3 Kompetenzcenter eTicketing

Ausgangssituation

Im Rahmen der INNOS-Projekte (INNOS-Start-VBB-1, INNOS-Start-VBB-2a und INNOS-HGS) wurden in den vergangenen Jahren die Grundlagen für die Einführung des elektronischen Ticketings in Form der VBB-fahrCard in Berlin und Brandenburg gelegt. Nachdem bereits im September 2011 die ersten Praxistests begonnen haben, startete der Massenrollout der VBB-fahrCard zum 1. Januar 2013 in den Tarifbereichen Berlin ABC, Potsdam ABC, Brandenburg ABC sowie Frankfurt (Oder) AB. Im Rahmen von INNOS-Start-VBB-1 wurde die erforderliche Kontrolltechnik und für insgesamt 12 Unternehmen (zzgl. BVG) auch die Ausgabetechnik für die VBB-fahrCard angeschafft. Die Ergebnisse aus INNOS-HGS, das gemeinsam mit dem RMV und dem VVO durchgeführt wurde, sind in die Regionale Vermittlungsstelle (RV) eingeflossen, die das Herzstück der eTicketing-Kommunikation innerhalb des VBB darstellt.

Im Rahmen des Projekts INNOS-Start-VBB-2a werden die übrigen Verkehrsunternehmen im Verbundgebiet mit Ausgabe- und Kontrolltechnik ausgestattet, so dass dann prinzipiell alle Abonnements und Zeitkarten als VBB-fahrCard ausgegeben werden können. Ferner soll der neueste Stand der VDV-Kernapplikation in den Systemen umgesetzt und ein Produktverantwortlichen-System (PV-System) aufgebaut werden.

Ziele des Kompetenzcenters

Die INNOS-Projekte haben dazu gedient, die notwendige technische Infrastruktur für das chipkartenbasierte elektronische Ticketing im VBB (zunächst in der Kernregion, im Rahmen von INNOS-Start 2a dann im ganzen Verbundgebiet) zu errichten. Dabei wurden bei der VBB GmbH wesentliche Kompetenzen aufgebaut, die für die dauerhafte Fortführung des Systems notwendig bleiben. Anders als bei der bisherigen, konventionellen Ausgabetechnik erfordert das elektronische Ticketing eine sehr viel engere Zusammenarbeit sowohl der Verkehrsunternehmen untereinander als auch der Verkehrsunternehmen mit der Verbundgesellschaft. Besonders augenfällig wird dies bei der Kontrolle der elektronischen Tickets.

Viele Verkehrsunternehmen werden auch mittelfristig, keineswegs nur bei der Implementierung neuer Technik, die Unterstützung der VBB GmbH benötigen, nicht nur bei technischen Fragen, sondern auch in rechtlichen, organisatorischen und prozessualen Fragen. Dazu soll das Kompetenzcenter eTicketing dienen.

Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Das Kompetenzzentrum eTicketing wird sicherstellen, dass die Aufgaben im VBB, die sich auf das eTicketing beziehen, einheitlich und nach einheitlichen technischen und organisatorischen Standards erfüllt werden. Es wird der zentrale Ansprechpartner für alle Beteiligten – in erster Linie für Verkehrsunternehmen und Herstellerfirmen, aber auch für die Aufgabenträger – sein.

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Eine zentrale Betreuung der neuen Vertriebswege bietet den Verkehrsunternehmen deutliche Vorteile, da sie nicht alle notwendigen Kompetenzen selbst aufbauen müssen und sich stattdessen an die VBB GmbH wenden können. Aber auch die Aufgabenträger werden profitieren, wenn das Produktverantwortlichkeitssystem (PV-System) vsl. im Jahr 2014 in den Wirkbetrieb geht und damit deutlich mehr aussagekräftige aggregierte Daten über den ÖPNV im Verbundgebiet zur Verfügung stehen werden.

An dieser Stelle werden mittelfristig die Kernerkenntnisse aus der VBB-Vertriebsstrategie umgesetzt werden.

C.IV.4 Verkehrsforsehung**C.IV.4.1 Verkehrserhebungen****Ausgangssituation und Ziel**

Gemäß den Vorgaben aus dem VBB-Einnahmenaufteilungsvertrag führt die VBB GmbH gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen alle drei Jahre umfangreiche Verkehrserhebungen durch. Nur so können belastbare Daten für eine leistungsorientierte und gerechte Einnahmenaufteilung gewonnen werden. Die Feldarbeit der Verkehrserhebung (Zählung und Befragung in den Fahrzeugen) wird vereinbarungsgemäß von den jeweiligen Verkehrsunternehmen finanziert. Die gutachterliche Begleitung der Verkehrserhebung (Konzeption, Koordinierung, Datenaufbereitung, Hochrechnung und Auswertung) wird von der VBB GmbH beauftragt. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Erhebungsdaten der Verkehrsunternehmen nach einheitlichen Vorgaben gewonnen werden und die Ergebnisse vergleichbar sind. Durch die Verkehrserhebung werden Daten erhoben, die auch für andere Zwecke (z. B. ÖPNV-Gesetz, Tarifentwicklung, Abrechnung der Bruttoverträge im SPNV u. ä.) verwendet werden können, ohne dass die Aufgabenträger dafür selbst finanzielle Mittel aufwenden müssen.

Nach der Verkehrserhebung 2010 findet die nächste turnusmäßige Verkehrserhebung im Jahr 2013 statt. Die Vorarbeiten hierzu sind in vollem Gange; die Feldarbeit beginnt am 11. Februar 2013.

Zusätzlich zu den gutachterlichen Leistungen im Rahmen der jeweiligen Verkehrserhebung ergeben sich auch zwischen den Erhebungen regelmäßig Fragestellungen, die eine entsprechende gutachterliche Begleitung erfordern.

So waren in der Vergangenheit für die Verfeinerung der Einnahmenaufteilung im Pool Lokal und Regional vertiefende Auswertungen aus den Verkehrserhebungen erforderlich. Die Erarbeitung der Richtlinie für die Anerkennung von Daten aus automatischen Fahrgastzähl-systemen im Rahmen der Einnahmenaufteilung musste ebenfalls gutachterlich begleitet werden. Aktuell müssen zu Fragestellungen wie der Hochrechnung der S-Bahn-Daten im Rahmen der Verkehrserhebung 2010, zur Form künftiger Verkehrserhebungen (Normierung über Verkaufsdaten oder Vier-Wellen-Erhebung) und zur Einbindung von Daten aus elektronischen Fahrausweisen ebenfalls externe Gutachter hinzugezogen werden. Gleiches gilt für die vom Beirat der Verkehrsunternehmen angeregte Untersuchung der Einnahmenaufteilung hinsichtlich der Zubringerverkehre zum SPNV.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Zusammen mit den Verkehrsunternehmen liefert die VBB GmbH durch die Verkehrserhebungen leistungsorientierte und zuverlässige Daten für die Einnahmenaufteilung. Außerdem bilden die Ergebnisse der Verkehrserhebung auch die Grundlage für eine ganze Reihe gesonderter Einnahmenaufteilungen (Semester-, Kombi-, Schülerferientickets, VBB-Abo 65plus usw.).

Auch in der Einnahmenaufteilung zwischen BVG, S-Bahn und DB Regio im Tarifbereich Berlin ABC kommen die Daten aus den VBB-Verkehrserhebungen zur Anwendung.

Schließlich können die Verkehrsunternehmen ihre unternehmensspezifischen Daten aus der Verkehrserhebung auch für eigene Zwecke verwenden, etwa für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, Angebotsplanung usw. Die Ergebnisse der Verkehrserhebung fließen darüber hinaus auch in das Tarifsimulationsprogramm der VBB GmbH ein.

Nicht zuletzt bilden die erhobenen Daten auch die Grundlage für die Ermittlung des Schlüssels „Fahrgastzahlen je kommunaler Gebietskörperschaft“, über den ein Teil der finanziellen Mittel gemäß § 10 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg zugeschrieben wird, und für die Abrechnung der Bruttoverkehrsverträge im SPNV.

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die gutachterliche Begleitung der Verkehrserhebung muss zwingend bei der VBB GmbH als neutraler Instanz liegen, um vergleichbare Daten zu gewinnen. Nur so kann eine gerechte Verteilung der Fahrgeldeinnahmen wie auch der Mittel gem. ÖPNVG in der gewohnten Qualität gewährleistet werden.

Die Notwendigkeit einer möglichst objektiven Durchführung der Verkehrserhebungen wird auch von den Verkehrsunternehmen gesehen.

Durch die Datenaufbereitung und -auswertung aus einer Hand ergeben sich Synergieeffekte, da die Erhebungsdaten nicht nur für die Einnahmenaufteilung, sondern auch für weitere strategische Zwecke, etwa die Abrechnung von Verkehrsverträgen, die Tarifikalkulation und planerische Zwecke zur Verfügung stehen.

C.IV.4.2 Verkehrsforschung im Tarif

Ausgangssituation

Vor der Einführung neuer oder der Modifizierung bestehender Tarifprodukte (in der Vergangenheit z. B. VBB-Abo 65plus oder 4-Fahrten-Karte) sind Prognosen hinsichtlich der Annahme dieser Tarifprodukte und des zu erwartenden Markterfolges notwendig. Daher sind anlassbezogene Marktuntersuchungen erforderlich. Mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen wird jeweils nur die Grundlagenarbeit für die Marktuntersuchung abgedeckt. Aus diesem Grund arbeitet die VBB GmbH bei Marktuntersuchungen eng mit den Verkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern zusammen.

Ziel der Verkehrsforschung im Tarif

Während mit der Verkehrserhebung verlässliche Daten zu den tatsächlich getätigten Fahrten gewonnen werden, geben Marktuntersuchungen Tendenzaussagen darüber, welche Zielgruppen noch besser für den ÖPNV gewonnen werden könnten.

Vorteile und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die Ergebnisse aus diesen Studien werden benötigt, um zuverlässige Prognosen bei Veränderung des Tarifsortiments und der Tarifgebieteinteilungen zu entwickeln. Damit werden die finanziellen Auswirkungen bezüglich der Einnahmenentwicklung, des Kostendeckungsgrades der Unternehmen und eines evtl. Zuschussbedarfes abschätzbar. Die Weiterentwicklung des Tarifes zielt auf die Abschöpfung möglicher Preisbereitschaften, vor allem aber auf die Neukundengewinnung.

C.IV.5 Einnahmenaufteilung / Meldewesen / Statistik

C.IV.5.1 Durchführung / Kontrolle der Einnahmenaufteilungsrechnungen

Ausgangssituation

Die Durchführung und Kontrolle der Einnahmenaufteilungsabrechnungen ist eine der Kernaufgaben der VBB GmbH aus dem Gesellschaftervertrag. Das Aufteilungsverfahren selbst ist im Detail im VBB-Einnahmenaufteilungsvertrag geregelt. Neben den Nachfragedaten aus der jeweiligen Verkehrserhebung bilden die von den Verkehrsunternehmen gemeldeten Bruttofahrgeleinnahmen die Grundlage der Einnahmenaufteilung im VBB.

Die monatlichen und jährlichen Einnahmenmeldungen aller Verkehrsunternehmen werden bei der VBB GmbH in einer speziellen Datenbank erfasst und verwaltet. Diese Datenbank muss nicht nur regelmäßig an Tarifänderungen und aktuelle Anforderungen aus der Einnahmenaufteilung und dem Berichtswesen für den Aufsichtsrat angepasst werden, sondern darüber hinaus fallen auch weitere Arbeiten an, z.B. die tägliche Sicherung der Datenbank, die Verwaltung von Zugriffsberechtigungen, die regelmäßige Archivierung der Datenbank, die Anpassung an den jeweils aktuellen Stand der Technik usw.

Die Einnahmenmeldedatenbank wurde in der Vergangenheit kontinuierlich erweitert und den gestiegenen Anforderungen aus der Einnahmenaufteilung angepasst. Der Quellcode der Datenbank ist mittlerweile äußerst umfangreich und muss bei jeder technischen Weiterentwicklung (z. B. der Umstellung auf neue Versionen von MS-Office) auf Kompatibilität geprüft und ggf. angepasst werden. Dabei traten in der Vergangenheit mehr und mehr Anpassungsschwierigkeiten zu Tage.

Generell sind in den letzten Jahren die Aufgaben und Anforderungen in der Einnahmenaufteilung kontinuierlich gestiegen. Die VBB GmbH rechnet nicht nur die fünf großen Fahrausweispools des VBB-Einnahmenaufteilungsvertrags ab (Berlin AB, Berlin BC, Berlin ABC) sondern auch die Einnahmen aus mehr als fünfzehn weiteren Tarifsegmenten (z.B. VBB-Abo 65plus, Kombitickets, Schülerferienticket, Fahrradkarten, Unterpool Brandenburg usw.). Bei den aktuell sieben verschiedenen Semesterticketabrechnungen (Berlin ABC, Potsdam, Brandenburg a. d. H., Frankfurt (Oder), Cottbus, Eberswalde, Wildau) sind in der Regel jeweils mehrere Teilabrechnungen je Semester durchzuführen. Daneben ist auch die Zahl der in jeder Abrechnung zu berücksichtigenden Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsverträge deutlich gestiegen, was wiederum erhöhten Abstimmungsaufwand erfordert.

Die Tätigkeiten in der Einnahmenaufteilung sind äußerst spezifisch; das entsprechende Fachwissen kann nur bei der VBB GmbH selbst erworben werden. Eine hohe Mitarbeiterfluk-

tuation ist in diesem Aufgabenbereich sehr hinderlich. Aus diesem Grund wird die Entfristung einer bisher immer wieder neu besetzten, befristeten Stelle in der Einnahmenaufteilung empfohlen.

Ziele

Ziel der Einnahmenaufteilung ist die interessensneutrale und möglichst sachgerechte Aufteilung der Fahrgeldeinnahmen zwischen den im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kooperierenden Verkehrsunternehmen. Das Meldewesen der VBB GmbH bildet dafür die notwendige Datengrundlage. Daneben werden auch die Ausgleichszahlungen für das Mobilitätsticket Brandenburg von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einnahmenaufteilung anhand der von der VBB GmbH verwalteten Einnahmenmeldungen berechnet. Die Einnahmenmeldungen werden außerdem auch für die Weiterentwicklung des VBB-Tarifs und das Berichtswesen der VBB GmbH benötigt.

Inhalt und Struktur der Datenbank müssen ständig aktualisiert werden. Darüber hinaus muss der in die Jahre gekommene Quellcode der Datenbank bereinigt bzw. neu programmiert werden um die Systemstabilität auch weiterhin gewährleisten zu können. Die VBB GmbH hat sich deshalb entschlossen, die Datenbank in Teilen neu programmieren zu lassen. Zur Vorbereitung dieser Tätigkeiten wurde ein externer Datenbankspezialist hinzugezogen. Die Ausschreibung dieser Arbeiten ist für das Jahr 2013 vorgesehen. Die Arbeiten werden sich bis in das Jahr 2014 erstrecken.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die Einnahmenaufteilung zwischen den Verbundverkehrsunternehmen ist eine der Kernaufgaben der VBB GmbH aus dem Gesellschaftervertrag. Das Meldewesen der VBB GmbH bildet – neben den Verkehrserhebungen – die wesentliche Grundlage der Einnahmenaufteilung.

Die bei der VBB GmbH zusammenlaufenden Einnahmenmeldungen der Verkehrsunternehmen sind darüber hinaus auch die Basis der Einnahmenaufteilung zwischen BVG, S-Bahn und DB Regio im Tarifbereich Berlin ABC sowie der Ausgleichszahlungen für das Mobilitätsticket Brandenburg.

Daneben dienen die bei der VBB GmbH zentral erfassten und verwalteten Einnahmendaten als Grundlage für die Berichterstattung gegenüber dem VBB-Aufsichtsrat und die kontinuierliche Weiterentwicklung des VBB-Tarifs.

Schließlich können die Verkehrsunternehmen ihre gemeldeten Daten auch für eigene Zwecke (z. B. Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen) jederzeit bei der VBB GmbH abrufen.

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die Einnahmenaufteilung ist eine der Kernaufgaben der VBB GmbH. Ein funktionierendes Meldewesen ist – neben der periodisch stattfindenden Verkehrserhebung – Grundlage der Einnahmenaufteilung. Von der Einnahmenaufteilung profitieren sowohl die Unternehmen als auch die jeweiligen Aufgabenträger. Gleiches gilt für die Weiterentwicklung des VBB-Tarifs, für die ebenfalls Daten aus dem Meldewesen der VBB GmbH herangezogen werden. Auch die regelmäßige Berichterstattung gegenüber dem VBB-Aufsichtsrat basiert auf dem Meldewesen der VBB GmbH.

C.IV.5.2 Umstellung auf relationsbezogene Einnahmenmeldung

Ausgangssituation

Mit der vierten und fünften Ergänzung des VBB-Einnahmenaufteilungsvertrages haben sich die Verkehrsunternehmen auf ein feineres und leistungsgerechteres Aufteilungsverfahren für den Pool Lokal und den Pool Regional verständigt. So lange keine relationsbezogenen Einnahmendaten zur Verfügung stehen, werden hierfür Hilfsauswertungen aus der jeweiligen Verkehrserhebung herangezogen. Perspektivisch ist es jedoch ratsam, sukzessive auf die Echtdaten aus relationsbezogenen Einnahmenmeldungen zurückzugreifen.

Damit die Verkehrsunternehmen ihre Einnahmen relationsbezogen melden können, sind sowohl bei den Unternehmen als auch bei der VBB GmbH entsprechende Softwareanpassungen erforderlich. Zu den erforderlichen Anpassungen bei den Verkehrsunternehmen siehe Kapitel C.IV.3.2. Die Softwareanpassungen bei der VBB GmbH betreffen die Datenbank Meldewesen. Ohne entsprechende Programmerweiterungen könnten die von den Verkehrsunternehmen übergebenen relationsbezogenen Einnahmenmeldungen bei der VBB GmbH nicht übernommen, verarbeitet und ausgewertet werden.

Die ersten Anpassungsarbeiten an der Datenbank Meldewesen sind bereits erfolgreich abgeschlossen. Die Einnahmenmeldedatenbank ist gegenwärtig in der Lage, die Daten sowohl in der bisherigen als auch in der zukünftig erforderlichen Form aufzunehmen und zu verarbeiten. Erste Unternehmen melden seit Anfang 2013 über die neue, relationsbezogene Schnittstelle. Im nächsten Schritt müssen nun auch die vorhandenen standardisierten Auswertungen angepasst und um zusätzliche Abfragen erweitert werden. Dies soll im Zuge der teilweisen Neuprogrammierung der Datenbank erfolgen.

Vorteile und Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

1. Schaffung der datentechnischen Grundlagen für eine leistungsgerechtere Einnahmenaufteilung im Pool Lokal und Regional und damit
2. Sicherung der sachgemäßen Fortentwicklung einer der Kernaufgaben der VBB GmbH
3. Schaffung detaillierterer Datengrundlagen für die Tarifweiterentwicklung und das Berichtswesen für die Aufgabenträger

C IV.5.3 Statistik / Berichtswesen

Ausgangssituation

Die VBB GmbH informiert die Gesellschafter und den Aufsichtsrat regelmäßig über verkehrliche und strukturelle Entwicklungen. Das Berichtswesen besteht aus zwei Teilen, dem Teil A (VBB-Gebiet) und dem Teil B (aufgabenträgerbezogen), und erscheint in der Regel einmal im Quartal. Themen des Berichtswesens sind u.a.: Einnahmen- und Tarifentwicklung, verkehrliche Entwicklung, demografische Entwicklung, Fahrgastzahlen, Qualitätskennziffern, Strukturdaten, „100 Kennzahlen“. Das Berichtswesen ist eine aufgabenträger- und unternehmensübergreifende Aufgabe der VBB GmbH und wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Ziele

- Aufbereitung von eigenen, gelieferten und gekauften Daten
- Aktualisierung Datenpool
- Bessere visuelle Veranschaulichung durch GIS-Darstellungen (z. B. Strukturatlas)
- Integration von Sonderauswertungen (z. B. Entwicklung der Verbundbeförderungsfälle, Mobilitätshebungen, MiD, SrV, Verbundvergleich)

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

2005 Aufbau Berichtswesen und Aufbereitung der Grunddaten

2008 Erweiterung Berichtswesen mit:

- Untersuchung zur Verkehrsmittelnutzung an ausgewählten Bahnhöfen
- Pendlerdaten: Ein- und Auspendler
- Strukturdaten: u.a. Demografie, Bevölkerung, Schülerzahlen, Arbeitsmarkt

2009 Erweiterung Berichtswesen mit:

- Übersicht alternativer Bedienformen
- 5-Jahres-Entwicklung der Kassentechnischen Einnahmen
- Benchmark VBB und ausgewählte Verkehrsverbünde in Deutschland
- Ein- und Aussteiger an Zugangsstellen im Regionalbahnverkehr

2010 Erweiterung Berichtswesen mit:

- 100 Kennzahlen
- 5-Jahres-Entwicklung Fahrgastzahlen
- 5-Jahres-Entwicklung Betriebsleistungen
- Überblick Konjunkturprogramm

2011 Sonderauswertung aus der Mobilitäts- und Verkehrserhebung MiD, SrV

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

- aufgabenträgerscharfe aktuelle Daten
- Integration von Sonderauswertungen
- Darstellung von Entwicklungen durch Zeitreihen

Verbundstatistik 2012 - Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg

Verbundstatistik I.Quartal	Verbundstatistik II.Quartal	Verbundstatistik III.Quartal	Verbundstatistik IV.Quartal
 Entwicklung des Verbundverkehrs - Verbundstatistik - I/2012 (Januar - März - Quartier 2012) Teil A: Verbundgebiet VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH • Teil A (VBB-Gebiet) • Kassentechnische Einnahmen Jahr/Vorjahr • Veröffentlichung von '100 Kennzahlen des VBB' • Kundenzufriedenheit im SPNV • QualitätsScouts - Beobachtungen • Kundenanrufe und -schreiben im VBB-Infocenter • Alternative Bedienformen - RufBus im Verbundgebiet • Entwicklung der Fahrgastzahlen - Ausblick • Teil B (Aufgabenträger) • Untersuchung zur Verkehrsmittelnutzung	 Entwicklung des Verbundverkehrs - Verbundstatistik - II/2012 Teil A: Verbundgebiet VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH • Teil A (VBB-Gebiet) • Kassentechnische Einnahmen Apr.-Mär. • Entwicklung von Betriebsleistung und Nachfrage im SPNV und üÖPNV in den letzten fünf Jahren • Entwicklung der Verbundfahrgastzahlen in den letzten fünf Jahren • Teil B (Aufgabenträger) • Entwicklung von Betriebsleistung und Nachfrage je Gebietskörperschaft	 Entwicklung des Verbundverkehrs - Verbundstatistik - III/2012 Teil A: Verbundgebiet VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH • Teil A (VBB-Gebiet) • Kassentechnische Einnahmen Jul.-Jun. • Benchmark: VBB und ausgewählte Verkehrsverbünde in Deutschland • Veröffentlichung von '100 Kennzahlen des VBB' • Kundenzufriedenheit im SPNV • QualitätsScouts - Beobachtungen • Kundenanrufe und -schreiben im VBB-Infocenter • Teil B (Aufgabenträger) • Kassentechnische Einnahmen je Gebietskörperschaft	 Entwicklung des Verbundverkehrs - Verbundstatistik - IV/2012 Teil A: Verbundgebiet VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH • Teil A (VBB-Gebiet) • Kassentechnische Einnahmen Okt.-Sep. • Strukturdaten: Entwicklung der Bevölkerung, Schüler, Arbeitsmarkt • Pendlerdaten: Ein- und Auspendler Berlin/ Brandenburg und Entwicklung im letzten Jahrzehnt • Kundenzufriedenheit im SPNV • QualitätsScouts - Beobachtungen • Teil B (Aufgabenträger) • Ein- und Aussteiger an Zugangsstellen der Regionalbahn

Gliederung der Verbundstatistik 2012

C.IV.6 Planung

C.IV.6.1 Berlin-Brandenburg-Verkehre

Ausgangssituation

Gemäß Gesellschaftsvertrag ist die VBB GmbH für die Koordinierung der aufgabenträgerübergreifenden Verkehre zuständig. Ein wichtiger Schwerpunkt dieser Aufgabe ist die Koordination der Busverkehre zwischen Berlin und dem Umland, insbesondere nachdem im Nahverkehrsplan des Landes Berlin 2010-14 erstmals Bedienungsstandards für solche Busverkehre definiert wurden.

Ziel

Der Stadt-Umland-Verkehr mit über 250.000 Berufspendlern und täglich fast 1 Mio. Fahrten über die Stadtgrenze von Berlin nimmt weiter zu. Deshalb muss die Angebotsplanung eine angemessene Entwicklung des öffentlichen Verkehrs zwischen Berlin und seinem Umland gewährleisten. Hierzu zählt vor allem: keine spürbare Brechung der Angebotsqualität an der Stadtgrenze. Allerdings ist dies aufgrund der finanziellen Möglichkeiten der Aufgabenträger oft nicht möglich. Hier versucht die VBB GmbH weiterhin, durch punktuelle Untersuchungen den Übergang zwischen Stadt und Umland zu verbessern. In den letzten Jahren haben sich die strukturellen Veränderungen im direkten Berliner Umland weiter verstärkt, dieser Trend wird

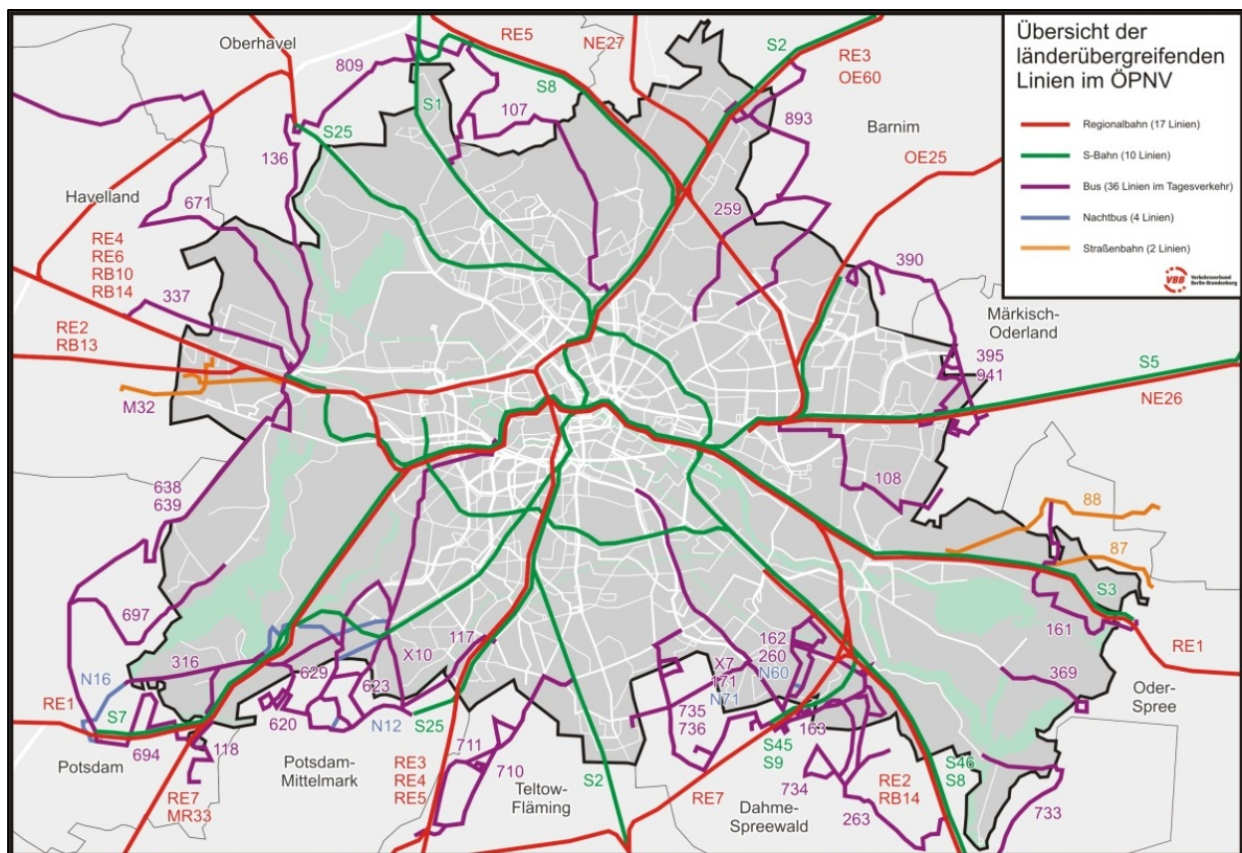
anhalten, so dass hier zukünftig weiterer Handlungsbedarf gesehen wird (Flughafenumfeld, südliches und nördliches Berliner Umland).

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

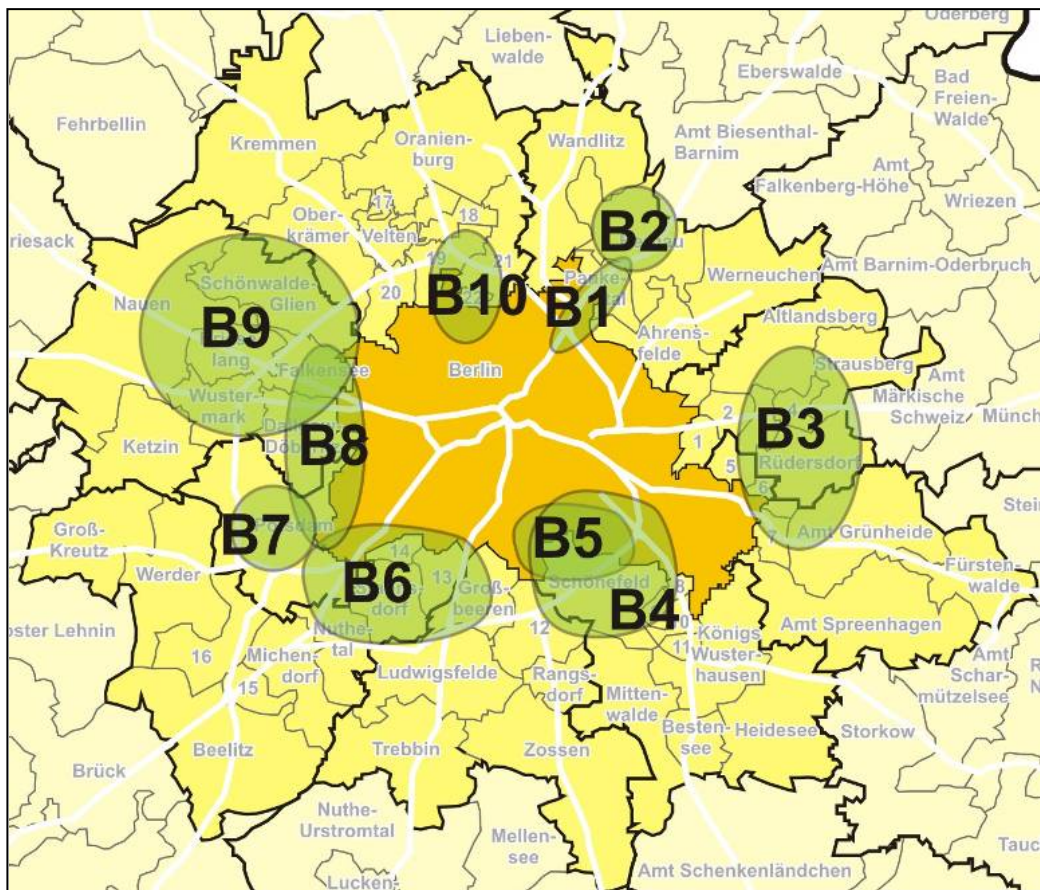
- 2009-2010 – Koordinierung der ÖPNV-Optimierung im Raum Teltow/Stahnsdorf/Kleinmachnow; Auswertung im Jahr 2013
- 2010 – Verkehrsbefragung und Handlungsempfehlung zu grenzüberschreitenden Verbindungen zwischen der Stadt Frankfurt (Oder) und dem Landkreis Oder Spree
- 2010-2011 – ÖPNV-Konzept zur Anbindung des Universitätsstandortes Golm
- 2010-2013 – ÖPNV-Optimierung des Raumes Buch-Panketal
- 2010 ff. – ÖPNV-Konzept des zukünftigen Flughafens BER
- 2011-2012 – ÖPNV-Optimierung des Raumes Erkner–Rahnsdorf–Schöneiche
- 2012-2013 – Aktualisierung Anbindung Golm nach Stadtbahnausschreibung
- Verkehrsträgerübergreifende Vermarktung von Angeboten (z. B. Verknüpfungsflyer)

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die ÖPNV-Optimierungen in den einzelnen Untersuchungsräumen erfolgen stets in enger Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern, Verkehrsunternehmen und Fahrgastvertretern. Damit kann, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedingungen, ein besseres Angebot für die Fahrgäste eingeführt werden. Im Raum Teltow/Stahnsdorf/Kleinmachnow konnten dadurch ca. 20% mehr Fahrgäste gewonnen werden. Für einige Bereiche im Umland wird damit überhaupt erst eine Erreichbarkeit ermöglicht. Der Trend zu Beschäftigungen im Schichtdienst „auf der grünen Wiese“ stellt für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen, Gewerbe und Fahrgäste eine zunehmende Herausforderung dar.



Grenzüberschreitende Linien zwischen Berlin und Brandenburg



Untersuchungsräume

C.IV.6.2 Schnittstellen - Aktualisierung und Wartung Datenbanken ZIS und HMS

Ausgangssituation

Bereits seit dem Jahr 2002 betreibt die VBB GmbH ein Zugangsstelleninformationssystem (ZIS) mit ca. 350 Bahnhöfen und ein Haltestellenmanagementsystem (HMS) für Brandenburg mit ca. 18.000 Richtungshaltestellen. Beide Datenbanken beinhalten umfangreiche Infrastrukturinformationen zu Bahnhöfen und Haltestellen im VBB-Gebiet. Seit dem Jahr 2006 ist das HMS über das Internet zugänglich und wird seitdem von den Aufgabenträgern stark nachgefragt. Der webbasierte Zugang für das ZIS wurde Ende 2007 eingerichtet.

Ziel

ZIS und HMS sollen einen schnellen und aktuellen Überblick über die Situation an Bahnhöfen und Haltestellen bieten und den Aufgabenträgern als Arbeitsmittel dienen. Um dies gewährleisten zu können, müssen die beiden Datenbanken regelmäßig gewartet, aktualisiert und weiterentwickelt werden. Ziel ist weiterhin die Erstellung eines Stationssteckbriefes für Fahrgäste, der u. a. das Herunterladen von Umgebungsplänen ermöglicht. Dazu soll 2013 eine Schnittstelle zum Internet (CMS) eingerichtet werden.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste aus den letzten Jahren

- 2008 Erstellung von Kartengrundlagen für das ZIS
- 2009 Sicherheitszertifikat für HMS und ZIS
- 2010 Google-Maps-Implementierung in ZIS
- 2010-2011 Neue Archivierung der Fotos im ZIS
- 2010-2011 Erstellung Gutachten und Leitfaden B+R/P+R u.a. auf Grundlage der Datenbank
- 2011-2012 Stationssteckbrief für Internet

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

HMS:

- Grundlage zur Planung von Haltestellenausstattungen durch Aufgabenträger
- Grundlage zur jährlichen Investitionsplanung und Prüfung von Fördermaßnahmen durch die Aufgabenträger

ZIS:

- Grundlage der Arbeit des Infrastrukturmanagements beim VBB
- Grundlage zur Prüfung von Förderanträgen für die Errichtung von Bahnhofsvorplätzen durch LBV und der VBB GmbH
- Grundlage zur Planung von Bahnhofsvorplätzen (ÖPNV-Anbindung ,B+R, B+R,)
- Grundlage zur jährlichen Investitionsplanung und Prüfung von Fördermaßnahmen durch Aufgabenträger
- Vom Fahrgastbeirat der VBB GmbH wurde vorgeschlagen, das ZIS auch für Fahrgäste zu öffnen. Dieser Vorschlag (Stationssteckbrief) wurde aufgegriffen und wird umgesetzt (siehe Ziele).

Allgemeine Informationen

Bahnsteige

Empfangsgebäude

Verknüpfung

Umfeld

Strukturdaten

Fotos

Abfragen

Logout

Bad Saarow-Pieskow - BBSP

Zugangsstellenauswahl von der Karte

E Fotos anzeigen

Übersichtskarten



Allgemeine Informationen

aktualisiert: Wurde noch nicht aktualisiert.

☐ Allgemeine Informationen der Zugangsstelle

Strecke

Fürstenwalde (Spree) - Beeskow

Art der Zugangsstelle

Bahnhof

Kategorie DB AG

6

Kurzbezeichnung

BBSP

Bahnstufennummer DB AG

0324

REGENT Netz-Zugehörigkeit

Brandenburg Ost

Bahnstufenmanagement DB AG

Frankfurt (Oder)

Ansprechpartner:

Info

Zugangsstelle in Betrieb

☒

Eröffnung

03.06.1911

Einstellung der SPNV-Bedienung

Wiederaufnahme der SPNV-Bedienung

Erneute Einstellung der SPNV-Bedienung

Lage der Zugangsstelle

innerorts

ehemalige Bezeichnung der Zugangsstelle

Bemerkungen

Maßnahmen im Rahmen des Sofortprogrammes 2003, Umgestaltung Umfeld und Verknüpfungsanlagen im Jahr 2006

Territoriale Zugehörigkeit

Skizze und Umgebungskarte

Personenverkehr

Umfeld

Fahrrikartenerwerb

Drucken

(c) Zugangsstelleninformationssystem des Landes Brandenburg

Info

C.IV.6.3 Verknüpfung Bahn/Bus

Ausgangssituation

Die Verknüpfung zwischen Bahn und Bus ist eine der wesentlichen Aufgaben der VBB GmbH. In § 2 Abs. 2 lit. a des Gesellschaftervertrages heißt es: „Zur Verwirklichung dieses Zwecks hat die Gesellschaft folgende Aufgaben: a) Erarbeitung und Abstimmung eines den regionalen Bedienungen angepassten einheitlichen Bedienungskonzeptes, Erstellung eines daraufhin gerichteten integrierten Fahrplanes [...]“ Alle relevanten Anschlüsse im Land Brandenburg sowie in den Randbereichen von Berlin werden von der VBB GmbH mit den Aufgabenträgern bzw. Verkehrsunternehmen abgestimmt.

Ziele

- laufende Arbeiten zur Gewährleistung bzw. Verbesserung der Anschlussbeziehungen zwischen Bahn und Bus
- Festlegung von Prioritäten an Verknüpfungspunkten durch kontinuierliche Erhebungen
- Erarbeitung von integrierten ÖPNV-Konzepten
- Konzeptionelle Weiterentwicklung des Bahn-Bus-Systems
- Vermarktung übergreifender Angebote
- Komplettierung des Anschlusstools auf Basis von VBB-Fahrinfo sowohl zur kurzfristigen Prüfung als auch zur längerfristigen Planung von Anschlüssen
- Nutzung der bestehenden RBL-Systeme für die Anschlusssicherung

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste aus den letzten Jahren

- jährliche Fahrplanabstimmung mit Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen zur Anschlussgestaltung auf Grundlage der SPNV-Fahrpläne
- jährliche Aktualisierung der Anschlussliste (Festlegen von definierten Verknüpfungspunkten)
- jährliche Erhebung an Verknüpfungspunkten zum Umsteigeverhalten und Auswertung mit Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen
- Information der Fahrgäste über ÖPNV-Angebote an Verknüpfungspunkten über Flyer
- Festlegung von Grundlagen der Anschlussgestaltung Bahn/Bus in den SPNV-Ausschreibungen
- 2011 Erhebung an P+R-Plätzen zur Auswirkung auf den ÖPNV
- 2011-2012 Verkehrskonzept für den Raum Niemegk, Brück, Treuenbrietzen
- 2011-2012 Analyse und Handlungsbedarf Anschlusssicherung im Südwesten von Brandenburg
- Entwicklung eines Anschlusstools zur Darstellung und Bewertung der Verknüpfungssituation für aktuelle Fahrpläne und bei Fahrplanänderungen

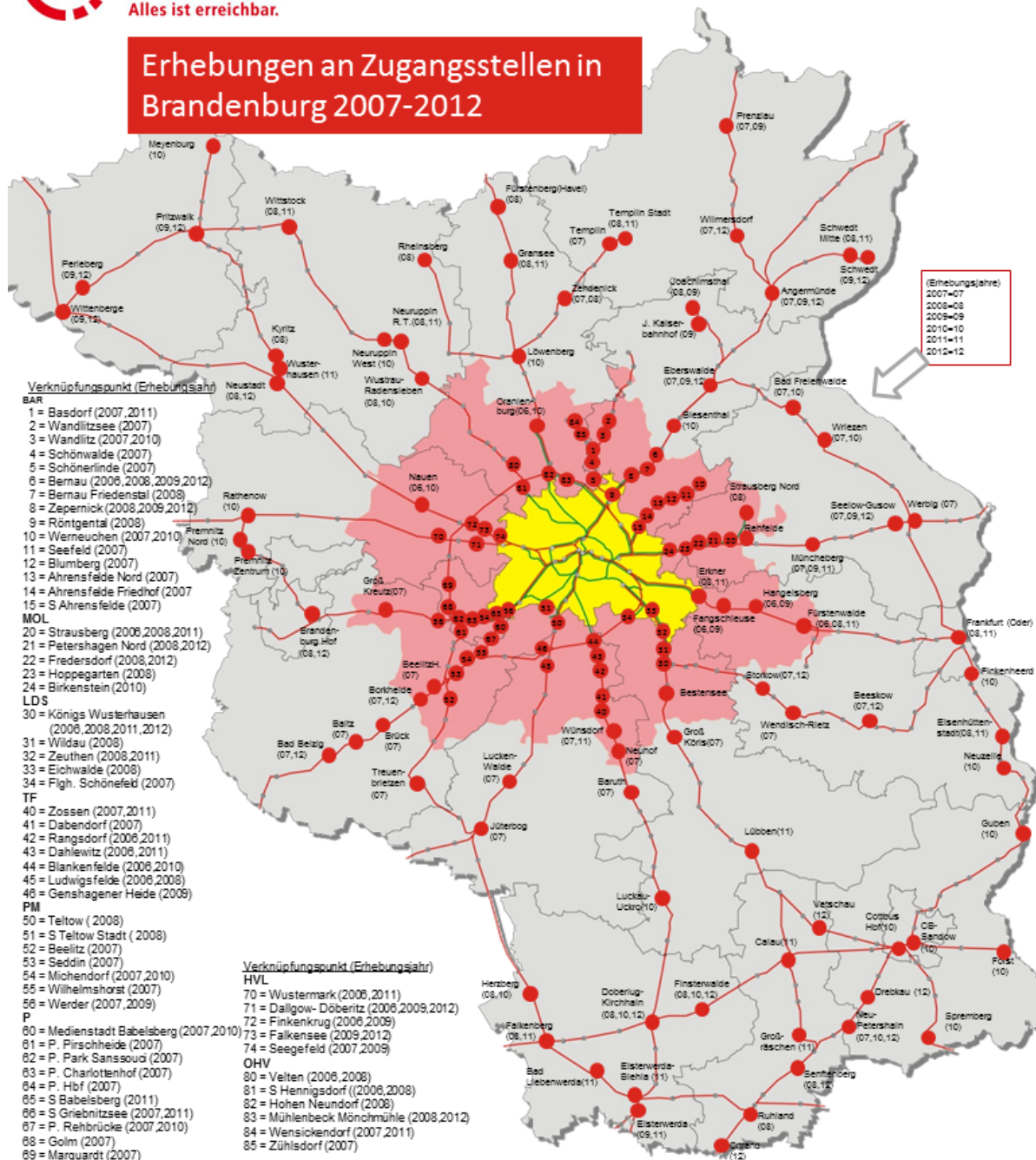
Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

- Erhöhung der Kundenzufriedenheit durch Verbesserung der Anschlussbeziehungen
- Gewinnung von Potenzialen für den ÖPNV, die überhaupt nur durch die Vernetzung von Verkehrsmitteln und -unternehmen erschlossen werden können
- Abgestimmte Anschlüsse zwischen Bahn und Bus



**Verkehrsverbund
Berlin-Brandenburg**
Alles ist erreichbar.

Erhebungen an Zugangsstellen in Brandenburg 2007-2012



C.IV.6.4 Planung, Bestellung und Controlling landesbedeutsamer Linien

Ausgangssituation

Landesbedeutsame Buslinien ergänzen das SPNV-Netz auf wichtigen Relationen in Aufgabenträgerschaft des Landes. Sie sind eng mit dem SPNV-Netz verknüpft und schließen somit die Lücke zwischen SPNV und lokalem Busverkehr:

1. Ergänzung des SPNV, wesentliche Fahrzeitverkürzung gegenüber dem SPNV
2. An-/Verbindung von Zentren: Ober-, Mittel- und touristische Zentren
3. Direkte Linienführung, Expressbuscharakter

4. Taktverkehr
5. Verknüpfung mit dem SPNV, Anschlusssicherung über RBL
6. Anspruchsvolle Fahrzeug- und Umweltstandards, Standards für Marketing und Fahrgastinformation

Ziele

- Durchführung von Ausschreibungen und Vergabe von Landesbedeutsamen Linien im Wettbewerb (2013 Neuvergabe Linie 618)
- hohe Qualität durch laufendes VBB-Vertragscontrolling
- Aufwertung des Gesamtsystems ÖPNV

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

- seit 1998 Planung und Controlling der Busersatzverkehre
- seit 2005 Ausschreibung, Bestellung und Controlling der landesbedeutsamen Linie 618 (vgl. hierzu auch Kapitel C.VI.1.1)

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

- schnelles, hochwertiges Produkt (ähnlich SPNV) zur Verbindung der Mittel- und Oberzentren sowie touristischer Zentren
- Verknüpfung zum SPNV gesichert

C.V. Projekt INNOS-Start-VBB-2a**Ausgangssituation**

Nach dem Abschluss der Projekte INNOS-HGS sowie INNOS-Start-VBB-1 bleibt im Jahr 2014 noch das Projekt INNOS-Start-VBB-2a. Nach den derzeitigen Planungen wird von einem Rollout der VBB-fahrCard im übrigen Land Brandenburg im ersten Halbjahr 2014 ausgegangen.

Nach der Rücknahme der zweiten Förderinitiative des Bundes zum eTicketing war eine Ausrüstung des gesamten Verbundgebietes mit Hilfe von Bundesmitteln nicht mehr möglich. Die beiden Länder Brandenburg (für die Komponentenbeschaffung, Erweiterung der Elementarprozesse in den bereits beschafften Komponenten sowie die Implementierung eines PV-Systems und Berlin (Elementarprozesse und PV-System) haben stattdessen die benötigten Mittel zur Verfügung gestellt. So konnte INNOS-Start-VBB-2a im Herbst 2012 starten.

Das VBB-Testcenter, das die Einführung des eTicketings bereits in der ersten Stufe unterstützt hat, setzt diese Tätigkeit im Folgeprojekt fort.

Ziele des Vorhabens INNOS-Start-2a sind:

- die Vervollständigung der Ausstattung derjenigen Verkehrsunternehmen, die in der ersten Stufe nicht bzw. nur teilweise mit der erforderlichen Technik ausgestattet wurden; damit soll die ursprünglich geplante und von den Gremien des VBB bestätigte Gesamtausrüstung der Verkehrsunternehmen mit Kontroll-, Prüf- und Ausgabegeräten für die Einführung des eTicketings im VBB realisiert werden
- der Aufbau eines Produktverantwortlichkeitensystems (PV-Systems) bei der VBB GmbH
- die Anpassung aller Systeme an den aktuellen Standard der VDV-Kernapplikation inklusive der Ermöglichung weiterer Geschäftsprozesse (so genannter Elementarprozesse) auf elektronischer Basis

Ziel des Projektes INNOS

Ganz Berlin und Brandenburg sollen am Ende des Projekts mit der notwendigen eTicketing-fähigen Kontroll- und Ausgabetechnik ausgestattet worden sein, um zunächst alle Abonnenten (auch Schüler) anstelle der bisherigen Papierwertmarken mit der VBB-*fahrCard* ausstatten zu können. Die Hintergrundsysteme werden weiter ausgebaut, um weitere Tarifprodukte ausgeben zu können und die Zusammenarbeit auch über die Verbundgrenzen hinweg ermöglichen zu können.

In einem noch genauer zu beschreibenden Projekt INNOS-Start-2b sollen dann den Kunden weitere Nutzungsmöglichkeiten angeboten werden, beispielsweise der Onlinevertrieb elektronischer Tickets. Auch die Zusammenführung mit den Semestertickets steht noch aus. Für dieses Projekt muss aber zunächst erst die Finanzierung geklärt werden.

Nutzen für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Die Nutzung des elektronischen Tickets erleichtert dem Fahrgast die Nutzung von Bahnen und Bussen. Die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs wird weiter gesteigert, Zugangshemmnisse werden beseitigt. Durch Kontrollmöglichkeiten und sogenannte Sperrlisten kann der Anteil an Grau- und Schwarzfahrern sowie gefälschten Tickets reduziert werden. Es werden zeitnahe Auswertungen von Fahrgastströmen möglich. Mit einem zentralen Hintergrundsystem wird der Aufwand für die Abrechnungsprozesse der Verkehrsunternehmen reduziert und zusammengeführt sowie eine interoperable, deutschlandweite Nutzung ermöglicht.

Die Fahrgäste sollen mittelfristig weitere Vorteile beim Erwerb von Fahrausweisen erfahren, etwa die Vertragsverwaltung und den Kauf von Tickets über das Internet oder die Integration von Multiberechtigungen (z. B. kombinierte Nutzung einer Fahrradausleihe) auf der Chipkarte, um Angebote verschiedener Kooperationspartner nutzen zu können.

C.VI. Aufgaben und Projekte Center

C.VI.1 Vertragsmanagement

C.VI.1.1 Vertragsmanagement Regionalverkehr

Ausgangssituation

Im Auftrag der Länder Berlin und Brandenburg führt die VBB GmbH die Vergabe von Verkehrsleistungen und die Überwachung und Kontrolle der abgeschlossenen Verkehrsverträge durch. Zu diesen Tätigkeiten gehören:

- die wettbewerbliche Vergabe von Verkehrsleistungen,
- die Angebotsplanung und die Bestellung,
- das Vertragscontrolling (einschließlich Vertragscontrolling für Bruttoanreizverträge nach Ausschreibungen),
- das Qualitätsmanagement,
- das Vertragscontrolling für Busersatzverkehre (nur Land Brandenburg),
- das Vertragsmanagement für die landesbedeutsame Buslinie Linie 618 (nur Land Brandenburg),
- die Fortschreibung der Fahrgastzahlen gem. ÖPNVFV (nur Land Brandenburg).

Nachdem die Aufwendungen bei der wettbewerblichen Vergabe im Jahr 2013 gesunken sind, werden sie 2014 wieder ansteigen. Ursache hierfür ist, dass neben kleineren Vergabeverfahren benachbarter Aufgabenträger auch die Neuvergabe des Spree-Neiße-Netzes (Betriebsaufnahme ab Dezember 2018) zu organisieren ist.

Nach Betriebsaufnahme auf dem Ausschreibungsnetz Elbe-Elster zum 09.06.2013 sowie dem Mitteldeutschen S-Bahn-Netz im Dezember 2013 wird im Dezember 2014 das Netz Nord-Süd im Rahmen eines Bruttoanreizvertrages den Betrieb aufnehmen. Außerdem wird ebenfalls im Dezember 2014 mit dem Netz Ostbrandenburg ein weiteres Netz den Betrieb aufnehmen. Die Leistungen in diesem Netz sind derzeit noch in mehreren anderen Verkehrsverträgen mit ODEG, NEB und DB Regio enthalten. Ein Teil der Linien dieses Netzes wurde damit bereits ein zweites Mal erfolgreich im Wettbewerb vergeben. Mit Ablauf des Jahres 2014 werden somit nur noch sehr wenige Linien im Nachfolgevertrag zum Großen Vertrag mit der DB Regio verbleiben. Insgesamt ergibt sich damit im Regionalverkehr eine einheitliche Vertragslandschaft in Form von Bruttoanreizverträgen. Ein wichtiges Kennzeichen dieser Verträge ist, dass den Ländern die Erlöse zustehen. Damit ist neben den Tätigkeiten des Leistungs- und Finanzcontrollings auch ein umfassendes Ertragscontrolling erforderlich. Insgesamt sind für einen Vertrag bis zu über achtzig verschiedene Einnahmenpositionen abzurechnen, wobei bezüglich einer Position auch mehrere Teilzahlungen anfallen und Zuschreibungen aus Einnahmenaufteilungen mit anderen Verkehrsunternehmen aperiodisch erfolgen können.

Die regelmäßige Erfassung der erbrachten Qualität, die Ermittlung der Kundenanforderungen und die Erhebung der Kundenzufriedenheit ermöglicht es, die Qualität kontinuierlich an den Bedürfnissen der Kunden auszurichten. Über die neuen Verkehrsverträge geht die Kundenzufriedenheit auch verstärkt in die monetäre Bewertung der von den Verkehrsunternehmen erbrachten Leistungen ein.

Ziel

Ziel ist es, ein SPNV-Angebot bereitzustellen, das den Erfordernissen der Fahrgäste entspricht und sowohl qualitativ als auch quantitativ ein optimales Verhältnis von Kosten und Nutzen herstellt.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Angebotsplanung

Im Rahmen der SPNV-Angebotsplanung übernimmt die VBB GmbH im Auftrag der Länder Berlin und Brandenburg sowohl die mittel- und langfristige Angebotskonzeption als auch die fahrplanjährliche Abstimmung mit den Aufgabenträgern und Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Im Rahmen der langfristigen Planung werden die Auswirkungen von Infrastruktureneubauten bzw. -ausbauten bereits frühzeitig in der Linien- und Anschlusskonzeption berücksichtigt. Aktuell betrifft dies beispielsweise die Streckenausbauten Nordbahn (Berlin-Rostock), Dresdner Bahn (Berlin-Dresden) sowie die Maßnahme Berlin Ostkreuz einschließlich der Zulaufstrecken. Im Sinne einer Weiterentwicklung des Integralen Taktfahrplans werden zudem konkrete Anforderungen an den Ausbau der Infrastruktur abgeleitet, um an definierten Umsteigeknoten die Anschlüsse mit Zügen und anderen Verkehrsmitteln zu verbessern. Bei der Ausschreibung der Verkehrsleistungen werden die entsprechenden Planungen zu Grunde gelegt. Darüber hinaus erfolgen Abstimmungen mit den Planungen der benachbarten Aufgabenträger und dem Fernverkehr.

Bei der konkreten jährlichen Ausgestaltung des Zugangebotes ist eine kontinuierliche Anpassung der erarbeiteten Fahrplankonzepte an die aktuellen Rahmenbedingungen erforderlich. Neben der Koordinierung des planmäßigen Angebotes und der Anschlüsse zwischen den verschiedenen Eisenbahnverkehrsunternehmen müssen zunehmend auch Ersatzangebote für größere Baumaßnahmen abgestimmt werden, wie z. B. bei der aktuellen Sperrung auf der Strecke Berlin-Rostock im Bereich Oranienburg. Darüber hinaus ist die zur Unterstützung der Planung verwendete Software zu pflegen. Insgesamt ist der Aufwand in der Planung in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass sich durch die Ausschreibungsverträge ein höherer Abstimmungsbedarf mit den EVU ergibt. Hinzu

kommt, dass Planungsprozesse zunehmend auch von einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden, so dass Stellungnahmen und weitere umfangreiche Zuarbeiten (beispielsweise für betroffene Gemeinden bei Umleitungsmaßnahmen) erstellt werden müssen. Die Konstanz des finanziellen Aufwandes ist daher nur unter Nutzung von Synergien mit dem Vertragscontrolling zu erreichen. Ein Beispiel hierfür sind die Aufbereitung und Auswertung von Nachfragedaten.

Eine neue Rechtslage in Polen (neues ÖPNV-Gesetz und damit verbundene Änderung der Zuständigkeiten) ist für das Erreichen der oben genannten Ziele eine besondere Herausforderung. Die grenznahen Wojewodschaften, die seit März 2011 für die Organisation der grenzüberschreitenden Verkehre zuständig sind, können derzeit nur Verträge für höchstens ein Jahr abschließen. Erst nach der Erstellung und Bestätigung eigener Nahverkehrspläne (vsl. bis Ende 2013) wird es für die Wojewodschaften möglich sein, langjährige Verkehrsverträge abzuschließen, ähnlich dem in Deutschland existierenden System der langjährigen Vergabe von Verkehrsleistungen. Innerhalb der Vergabe Ostbrandenburg wurde übergangsweise eine engere Kooperation zwischen den Verkehrsunternehmen auf deutscher und polnischer Seite aufgenommen. Im Vorfeld der Betriebsaufnahme sind hier die Gespräche mit den Unternehmen zu intensivieren. Im Rahmen der jährlichen Ausgestaltung der Fahrpläne werden aktuell bereits die Anschlüsse an den Grenzbahnhöfen mit den benachbarten Wojewodschaften abgestimmt.

Darüber hinaus ist die VBB GmbH Partner in Projekten mit grenzüberschreitendem Charakter (INTER-Regio-Rail, Oder-Kom, E-Kom, Rail Baltica). Das Projekt INTER-Regio-Rail, welches Hemmnisse bei der gegenseitigen Fahrzeugzulassung bewältigen soll, wird 2013 abgeschlossen. Im Rahmen des Oder-Kom-Projektes wurde die VBB GmbH von den Ländern Berlin und Brandenburg mit der Durchführung eines „Runden Tisches Verkehr“ der Oderpartnerschaft beauftragt. Dieser soll im Rahmen einer Reihe von Sitzungen zusammen mit den polnischen Partnern Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV erarbeiten. Weitere Projekte zielen auf die Verknüpfung von grenzüberschreitenden Fahrgastauskunftssystemen, um den Fahrgästen durchgehende Fahrpläne von Tür zu Tür anzubieten. Auch die Entwicklung von grenzüberschreitenden Busverkehren, weiteren grenzüberschreitenden Tarifangeboten und ein verbessertes Marketing dieser Angebote sind geplant. Das Projekt soll auch 2014 fortgeführt werden.

Vertragscontrolling

Derzeit (Stand: Jahresende 2012) führt die VBB GmbH das Vertragsmanagement für insgesamt neun Verkehrsverträge im Regionalverkehr durch. Das Finanzvolumen beläuft sich auf rund 380 Mio. € pro Jahr. Im Verbundgebiet erbringen vier Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) Leistungen im Regionalverkehr. Im Bereich Busverkehr (nur Brandenburg) werden die Leistungen auf der landesbedeutsamen Buslinie 618 abgerechnet (zur Linie 618 vgl. ausführlich Kapitel C.IV.6.4). Bestellung, Finanzierung und Abrechnung der Verkehrsleistungen sind eine Pflichtaufgabe der Länder. Die Bearbeitung der sehr komplexen Verkehrsverträge erfordert dabei spezifisches Fachwissen und Erfahrung, welche die Mitarbeiter in der Regel nur im Laufe ihrer Tätigkeit erwerben können. Durch das Vertragscontrolling der VBB GmbH entstehen Zahlungsrückflüsse an die Länder aus Nicht- und Schlechtleistungen sowie aus Verkaufserlösen der EVU und Einnahmenaufteilungen mit anderen Verkehrsunternehmen.

Durch die Umstellung auf Bruttoanreizverträge sind die Anforderungen an das Vertragscontrolling umfangreicher geworden. Zu den Tätigkeiten gehören u. a. der Aufbau und die Pflege einer Datenbank zum Erlösmanagement. Dabei werden sämtliche Einnahmen erfasst, die von EVU realisiert werden und die den Ländern zustehen. Die von den EVU zu liefernden Testate können somit auf ihre Plausibilität hin geprüft werden. Im Rahmen von Verkehrserhebungen wird außerdem der Erlösanspruch entsprechend den Besonderen Beförderungsbedingungen Personenverkehr (BBP) der Deutschen Bahn AG ermittelt. Diese Erhebungen sind notwendig, um herauszufinden, welche Anteile an Fahrgelderlösen aus dem DB-Tarif bei Fahrten, die den Verbundraum überschreiten, auf den jeweiligen Verkehrsvertrag anzurechnen sind. Die Erhebungen sind lt. Verkehrsvertrag von den EVU durchzuführen und zu finanzieren. Aufgrund der Höhe der zu erwartenden Einnahmen aus dem DB-Tarif, ist eine umfangreiche

Kontrolle und Steuerung dieser Erhebungen notwendig. Außerdem sind die Erhebungen in regelmäßigen Abständen zu wiederholen. Ein Rückgriff auf die VBB-Verkehrserhebung ist zumindest bei den großen Verkehrsverträgen, z. B. Netz Stadtbahn oder Netz Nord-Süd nicht möglich, da der DB-Tarif in der VBB-Erhebung nicht detailliert genug erhoben werden kann und Stichprobenumfang und Methodik hierfür nicht geeignet sind. Neben Erhebungen zum DB-Tarif (Netz Stadtbahn), die von den Verkehrsunternehmen zu tragen sind, werden im Jahr 2014 auch Referenzerhebungen zur Ermittlung des vertraglichen Referenzniveaus für das Anreizsystem Fahrgastnachfrage durchgeführt. Dies betrifft die Netze Nord-Süd und MDSB. Die Kosten sind hierbei von den Aufgabenträgern zu tragen. Sie sind im Wirtschaftsplan berücksichtigt.

Die Bruttoanreizverträge erlegen den EVU umfangreiche Lieferpflichten auf, wodurch die Anforderungen an das Datenmanagement steigen. Neben Daten zu Ausfällen, Pünktlichkeit und Verkehrsnachfrage werden in das Datenbanksystem ivu.control nun auch Daten zur Besetzung mit Zugbegleitern, zum Fahrzeugeinsatz (Soll) und zum Fahrzeugeinsatz (Ist) eingelesen. Diese Daten dienen dabei nicht nur der Vertragsabwicklung, sondern sie sind auch wichtige Eingangsgrößen für verkehrsplanerische Prozesse. Die beschriebenen Aufgaben werden dauerhaft anfallen. Im Vertragscontrolling sind derzeit mehrere Mitarbeiter mittels befristeter Arbeitsverträge beschäftigt. Diese Tätigkeiten betreffen u. a. die Abrechnung der Verkehrsverträge für das Netz Stadtbahn DB und das Netz Stadtbahn ODEG sowie die Vorbereitung der Abrechnung der Verträge des Netzes Elbe-Elster und des MDSB-Netzes. Hinzu kommt ab Dezember 2014 noch das Netz Nord-Süd. Es wird die kostenneutrale Umwandlung von drei Stellen in unbefristete Stellen vorgeschlagen, um eine kontinuierliche Bearbeitung der Verkehrsverträge sicherstellen zu können. So übersteigt z. B. bei einigen der beschriebenen Prozesse (z. B. die Begleitung einer Erhebung zum DB-Tarif von den Vorarbeiten bis zum Abschluss des Gutachtens) die Bearbeitungsdauer des Projektes die maximal mögliche Befristungsdauer von zwei Jahren. Zu bedenken ist auch, dass es sich bei der Bearbeitung der Verkehrsverträge um eine Vertrauensstellung handelt, die spezifisches Wissen erfordert. Eine hohe Fluktuation der Mitarbeiter ist daher für die Vertragsabwicklung hinderlich. Auch ist ein Ersatz der Mitarbeiter vor dem Hintergrund der derzeitigen Arbeitsmarktsituation schwierig.

Neben den bisher genannten Aufgaben des Vertragscontrollings ist aber auch die Erstellung des von der VMK der Länder beauftragten Gutachtens zur Ermittlung des Bedarfs an Regionalisierungsmitteln und die sich daran anschließende politische Diskussion um die Fortschreibung der Mittel weiter zu begleiten. Für das Jahr 2014 ist damit zu rechnen, dass neben der Debatte um die Höhe der Mittel auch eine Verteilungsdiskussion zwischen den Ländern entbrennen wird.

Ein weiteres Thema ist die Vorbereitung, Koordinierung und Begleitung der Stationspreisverfahren sowie die Rückforderung von Regionalfaktoren und anderen unbilligen Entgeltbestandteilen der im Rahmen der Verkehrsverträge zu leistenden Infrastrukturentgelte. Für das Jahr 2014 stehen im Wesentlichen Rückforderungen für im Jahr 2011 geleistete Entgelte an.

Qualitätsmanagement

Bedeutendste Aufwandsposition im Qualitätsmanagement bleibt die Erhebung der Kundenzufriedenheit. Der Stichprobenumfang wird maßgeblich von der Anzahl der abgeschlossenen Verkehrsverträge beeinflusst. Die Positionen für das Qualitätsmanagement wurden mit den bestehenden Ansätzen fortgeschrieben. Hier ist auch der im Vergleich zu den Nettoverträgen deutlich höhere Aufwand für die Kontrolle und Steuerung der Qualität im Rahmen der Bruttoanreizverträge zur Gänze berücksichtigt.

Die VBB GmbH veröffentlicht monatlich aktuelle Kennzahlen zu Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im Internet. Die jährliche Veröffentlichung der Qualitätsbilanz verdeutlicht Kunden und potenziellen Kunden die Qualität im SPNV. Dies schafft Vertrauen und zeigt, dass Mängel erkannt und angegangen werden. Für die Aufgabenträger ist der jährliche Bericht zur Qualität

auch ein „Rechenschaftsbericht“ für den Einsatz der öffentlichen Mittel. Gemäß den Vorgaben aus der EU-Verordnung 1370/2009 liefert er einen fundierten Überblick über Leistung, Qualität und Finanzierung des Nahverkehrs in Berlin und Brandenburg. Geplant ist dabei, Qualitätsbericht und Verbundbericht zusammenzufassen.

Die VBB-QualitätsScouts liefern wichtige Informationen für Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen. Ihre Beobachtungen konnten in vielen Fällen zur Verbesserung des Nahverkehrs beitragen. Insgesamt liefern die QualitätsScouts rund 3.000 Beobachtungen pro Jahr.

Im Jahr 2014 werden die Verkehrsleistungen ausschließlich im Rahmen von Bruttoanreizverträgen erbracht werden. Im Rahmen der Trainerweiterbildung, die speziell für Teamleiter der Kundenbetreuer im Nahverkehr konzipiert wird, kann damit der Verbundgedanke noch stärker in die Unternehmen getragen werden. Gemäß der in Anlage B9 der Verkehrsverträge erforderlichen Schulungen „Fachkraft im Verkehrsservice“ erhalten die Kundenbetreuer umfangreiche Kenntnisse in den Bereichen Kundenbetreuung, Kundenkommunikation und Konfliktbewältigung und die Trainer das methodische und didaktische Werkzeug, um Kundenorientierung zu schulen und nachhaltig umzusetzen.

Im Jahr 2011 hat der VBB 12 Teamleiter aus den EVU neu zum Trainer im VBB ausgebildet. Für erfahrene und neu ausgebildete Trainer findet jeweils im November ein vom VBB organisiertes Trainertraining statt, an dem 2011 und 2012 von den EVU 31 Trainer und aus allen Unternehmen insgesamt 51 Teilnahmen zu verzeichnen waren. Die Teilnahme steht allen Kooperationspartnern offen, so dass im Kundeninteresse der Verbund- und Qualitätsgedanke zwischen Bahn- und Busunternehmen gefestigt wird. In den Jahren 2011 und 2012 wurden allein in den EVU durch diese firmeninternen Trainer insgesamt ca. 1.000 Mitarbeiter geschult.

Servicequalität und Kundenzufriedenheit wird in den Unternehmen auch in den Folgejahren groß geschrieben. So erfolgt jährlich unternehmensintern eine Weiterbildung der Kundenbetreuer, damit sich die Kunden „wohl fühlen“. Der VBB sieht u.a. seine Aufgabe darin, den in der Erwachsenenbildung tätigen Kolleginnen und Kollegen eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zu geben und Unterstützung anzubieten. Die Kunden im Verbundgebiet sollen nach Möglichkeit ein einheitlich hohes Niveau der Fahrgastbetreuung erfahren.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Qualität der Infrastruktur. Die Qualität der Strecken und Bahnhöfe wird regelmäßig erfasst und dokumentiert. Ergebnisse werden mit den Infrastrukturtöchtern der Deutschen Bahn AG ausgewertet. Hierdurch konnten in vielen Fällen Verbesserungen, z. B. bei der Fahrgastinformation, erreicht werden. Nachdem die VBB GmbH im Rahmen der Bahnhofsanalysen in den Jahren 2006 bis 2011 immer die gleichen 66 Bahnhöfe untersucht hat, fand 2012 eine Änderung der Evaluationsmethodik statt. Die zu analysierenden Bahnhöfe werden nun nach einem Zufallsverfahren ausgewählt, um sicherzustellen, dass die DB Station&Service AG Verbesserungen nicht nur auf die regelmäßig kontrollierten Bahnhöfe konzentriert.

Wettbewerbliche Vergabe

Die VBB GmbH kann auf eine langjährige Erfahrung bei der Vergabe von Verkehrsleistungen zurückblicken und hat eine Vielzahl von Vergabeverfahren im Regionalverkehr erfolgreich abgeschlossen. Bisher konnte in allen Fällen eine Betriebsaufnahme erfolgen. Schwierigkeiten bei der Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugen konnten stets im Rahmen geeigneter Ersatzkonzepte bewältigt werden. Nach einer Verringerung des Aufwandes in den Jahren 2012 und 2013 steigt dieser bei der wettbewerblichen Vergabe ab dem Jahr 2014 wieder an. Die Ursache hierfür ist, dass neben kleineren Vergabeverfahren benachbarter Aufgabenträger auch die Neuvergabe des Spree-Neiße-Netzes (Betriebsaufnahme ab Dez. 2018) zu begleiten ist. Insbesondere wegen der durch das Eisenbahnbundesamt (EBA) festgelegten strengen Regularien ist für Fahrzeugneuentwicklungen mit entsprechend langen Zulassungszeiten eine rechtzeitige Vorbereitung der Vergabeunterlagen unabdingbar.

Außerdem begleitet die VBB GmbH intensiv die Betriebsvorbereitung bei neuen Verkehrsverträgen. Von besonderem Stellenwert ist hier im Jahr 2014 die Betriebsaufnahme des Netzes Nord-Süd, da dieses die wichtigen RE-Linien RE 3 und RE 5 enthält.

Fortschreibung Fahrgastzahlen

Das Land Brandenburg hat die VBB GmbH mit der Ermittlung und Fortschreibung der Fahrgastzahlen beauftragt. Dabei führt der Gutachter der VBB-Verkehrserhebung jeweils jährlich die Fortschreibung der Fahrgastzahlen als Unterauftragnehmer durch. Die Aufgaben der VBB GmbH bestehen dabei in der fachlichen Betreuung, dem Bereitstellen der für die jährliche Fortschreibung benötigten Einnahmendaten und der Koordination der umfangreichen Abstimmungen mit den Verkehrsunternehmen, den Aufgabenträgern sowie dem Land Brandenburg.

DELFI

DELFI (Deutschlandweite Elektronische Fahrplanauskunft) ist ein Forschungsvorhaben des BMVBS. Die Länder Berlin und Brandenburg sind hier durch die VBB GmbH vertreten. DELFI ermöglicht eine flächendeckende durchgängige Verbindungsinformation über alle Verkehrsanbieter, Zeiten und Verkehrsmittel. Der Vorteil für den Kunden liegt in der Abfrage verkehrsträgerübergreifende Informationen, ohne dass er mehrere Quellen nutzen und die Ergebnisse eigenhändig zusammentragen muss. Ein wichtiger Vorteil der dezentralen Struktur dieses Systems ist die hohe Aktualität der Auskünfte bei verhältnismäßig geringem Aufwand.

Busersatzverkehre und Regionale Buslinie

Im Rahmen der Planung für 2014 wird davon ausgegangen, dass das Land Brandenburg die VBB GmbH auch weiterhin mit dem Controlling der Regionalbuslinie 618 sowie bei Bedarf mit Planung, Vergabe und Controlling weiterer landesbedeutsamer Linien beauftragt.

Datengrundlage Angebotsmanagement

Im Rahmen der Gesamtverkehrsprognose der beiden Länder wurde ein Verkehrsmodell für Berlin und Brandenburg erstellt. Es kann als Grundlage für Nachfragemodellierungen speziell im Segment des SPNV genutzt werden. Vorteil ist, dass z. B. die demographische Entwicklung im Vergleich zu einer einfachen Fortschreibung besser berücksichtigt werden kann.

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Das Vertragsmanagement nützt sowohl Fahrgästen als auch Aufgabenträgern. Die Fahrgäste erhalten entsprechend der Planungen der Länder ein umfangreiches SPNV-Angebot in hoher Qualität. Für die Aufgabenträger wird zusätzlich ein effektiver Einsatz der Finanzmittel sichergestellt.

C.VI.1.2 Vertragsmanagement S-Bahn

Ausgangssituation

Die VBB GmbH ist von den Ländern mit dem Vertragsmanagement für den bestehenden Verkehrsvertrag mit der S-Bahn Berlin GmbH beauftragt. Gegenstand des Vertragsmanagements sind das Vertragscontrolling, das Qualitätsmanagement und die Mitarbeit bei der wettbewerblichen Vergabe von Verkehrsleistungen. Hier sind basierend auf den Erfahrungen des Vertragscontrollings umfangreiche Zuarbeiten erforderlich. (Siehe dazu auch den Punkt Zusatzaufgaben).

Aus dem Änderungsvertrag vom 11. Oktober 2010 ergeben sich umfangreiche Anforderungen an das Vertragscontrolling, unter anderem im Hinblick auf die Überwachung der vertraglichen Vorgaben zu den Zuglängen, aber auch im Hinblick auf die Qualität der Leistungserstellung. Inwieweit 2014 die seit 2009 andauernde Krise vollständig überwunden sein wird, ist nicht

absehbar. Die S-Bahn hat die Krise der vergangenen vier Jahre nach wie vor nicht vollständig überstanden. Noch immer verkehren Züge verkürzt oder fallen aus. Im Durchschnitt des Jahres 2012 (Stand bis einschl. Dezember) konnten nur rd. 85 % der vertraglich geforderten Anzahl von 562 Viertelzügen bereitgestellt werden. Möglicherweise wird es noch bis zum Ende der Vertragslaufzeit im Jahr 2017, wenn auch in geringerem Umfang, Leistungsstörungen geben.

Ziel

Ziel des Vertragsmanagements des S-Bahn-Vertrages ist es, die Erholung von der S-Bahn-Krise zu begleiten und zu gestalten. Die Gefahr eines erneuten Einbrechens der Qualität bei der S-Bahn soll möglichst gering gehalten werden. Es ist darauf hinzuwirken, dass die S-Bahn Berlin GmbH eine Angleichung der Verkehre an das vertraglich geforderte Soll erreicht.

Bisherige Ergebnisse und Tätigkeiten für Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Vertragscontrolling

Die Abrechnung des Verkehrsvertrags mit der S-Bahn Berlin GmbH ist eine Pflichtaufgabe der Länder. Das jährliche Finanzvolumen beträgt dabei (Stand 2012) rd. 275 Mio. Euro. Eine sorgfältige Bearbeitung zur Vermeidung von Fehlsteuerungen ist daher unabdingbar. Durch das Vertragscontrolling der VBB GmbH entstehen erhebliche Zahlungsrückflüsse an die Länder für Nicht- und Schlechtleistungen.

Durch den Änderungsvertrag haben sich zusätzliche Anforderungen im Leistungs- und Qualitätscontrolling ergeben, z. B. die Überwachung der Zugstärken, die Kontrolle der Einhaltung der Qualitätsanforderungen des Ersatzverkehrs und die Überwachung der vertraglichen Vorgaben zur Sauberkeit. Hinzu kommen umfangreiche Auswertungen der aktuellen Betriebslage, insbesondere aufgrund häufiger Betriebsstörungen sowie Abstimmungen mit der S-Bahn GmbH zum fahrgastorientierten Einsatz der jeweils verfügbaren Fahrzeuge. Nach wie vor hoch ist auch der Abstimmungsbedarf bei anlassbezogenen Sonderverkehren.

Daneben sind umfangreiche Zuarbeiten für die Vergabe von S-Bahn-Leistungen im Rahmen von Ausschreibungen erforderlich. Durch das langjährige Vertragsmanagement im S-Bahn- und Regionalverkehr hat die VBB GmbH eine Reihe von Erfahrungen gesammelt, die bei der wettbewerblichen Vergabe von Leistungen berücksichtigt werden können. Dies betrifft neben der Leistungsabrechnung insbesondere auch die Qualitätssteuerung. Die entsprechenden personellen Mehraufwendungen sind für 2014 gemäß dem Ansatz aus der Mittelfristplanung berücksichtigt.

Qualitätsmanagement

Im Auftrag der Länder führt die VBB GmbH die Kundenzufriedenheitserhebung nach dem PSI-Verfahren durch. Anforderungen an das Qualitätsmanagement ergeben sich außerdem durch die Überwachung der Einhaltung des Qualitätssicherungsplanes. Hierzu werden regelmäßig intensive Qualitätsgespräche mit der S-Bahn Berlin GmbH geführt. Für die weiteren Hochlaufstufen des Verkehrsangebots bis zum Erreichen des vertraglich fixierten Regelzustandes sind die Prioritäten und einzelnen Betriebsstufen festzulegen.

Nutzen für Aufgabenträger, für Verkehrsunternehmen und Fahrgäste

Durch das Vertragsmanagement S-Bahn kann aufgabenträgerseitig die Rückkehr zum Normalzustand kontrolliert und inhaltlich gesteuert werden. Schlechtleistungen können effektiv finanziell sanktioniert werden.

C.VI.2 Zusatzaufgaben Center

C.VI.2.1 Weiterführung aus 2013

C.VI.2.1.1 Mobilitätsticket

Bei den Planungen für das Jahr 2014 ist eine Fortsetzung des Mobilitätstickets Brandenburg mit demselben Betrag wie in den Vorjahren unterstellt.

C.VI.2.1.2 Infrastrukturmanagement Brandenburg

Die VBB GmbH ist vom Land Brandenburg mit der Durchführung des Infrastrukturmanagements beauftragt. Die VBB GmbH nimmt dabei eine Planungs- und Koordinationsfunktion wahr. Dazu zählen u.a. Infrastrukturmaßnahmen des Landes Brandenburg (z. B. Stationsneubauten), Abstimmungen zu Strecken- und Stationsmaßnahmen im Rahmen der LuFV, Stellungnahmen zu Vorhaben des Bundes und der Infrastrukturgesellschaften. Die VBB GmbH konnte bereits einige sehenswerte Erfolge im Bereich des Infrastrukturmanagements für das Land Brandenburg erreichen. 2012 konnten die Modernisierung des Bahnhofs Prenzlau rechtzeitig vor der Landesgartenschau abgeschlossen und zum Fahrplanwechsel der neue Halt Ludwigfelde-Struveshof am Berliner Außenring in Betrieb genommen werden. In Pritzwalk wurde die westliche Bahnhofseinfahrt grundlegend erneuert. Auch die Modernisierung und stufenfreie Gestaltung von Bahnsteigen konnten vorangetrieben werden, z. B. in Templin, Templin Stadt und Zehdenick (RB12) sowie Altes Lager, Buchholz (Zauche) und Treuenbrietzen (RB33).

Für 2013 ist u. a. die Inbetriebnahme der neuen Stationen Blumberg-Rehhahn und Zellendorf geplant. Weitere Abstimmungen erfolgen z. B. zur Wiederherstellung eines Haltes in Potsdam Pirschheide (oben), zum Wiederaufbau der Brücke über die Wetzlarer Bahn und zum Ausbau des Bahnhofs Strausberg einschließlich der Herstellung von Begegnungsabschnitten bei der S-Bahn (Richtung Strausberg Nord) und der Ostbahn (Richtung Rehfelde).

C.VI.2.1.3 Center Nahverkehr Berlin (CNB)

Der Vertrag für das „Center Nahverkehr Berlin“ endet im Mai 2013. Der Folgeauftrag für den Zeitraum Juni 2013 bis Mai 2018 wurde vom Land Berlin wiederum an die ARGE CNB vergeben, an der die VBB GmbH beteiligt ist. In der Planung für das Jahr 2014 ist dies entsprechend berücksichtigt.

C.VI.2.1.4 S-Bahn Kundenmonitoring

Das Projekt „S-Bahn-Kundenmonitoring“ ist entsprechend dem bisherigen Konzept berücksichtigt.

C.VI.2.1.5 Wettbewerbliche Vergabe S-Bahn

Die wettbewerbliche Vergabe von Teilnetzen der Berliner S-Bahn ist für das Jahr 2014 mit 100 T Euro (netto) berücksichtigt. Die VBB GmbH bringt Erfahrungen aus diversen SPNV-Vergaben im eigenen Bereich sowie aufgrund des Erfahrungsaustauschs in der Bundesarbeitsgemeinschaft der SPNV-Aufgabenträger (BAG SPNV) in das Verfahren ein und ist Durchführender des Verfahrens als ausschreibende Stelle. Die Gestaltung der Ausschreibungsbedingungen obliegt den Aufgabenträgern, gleichwohl hat die VBB GmbH das eigene Interesse, einen künftigen Verkehrsvertrag eines S-Bahn-Teilnetzes als Ergebnis des Verfahrens so zu gestalten, dass die Abrechnung mit vertretbarem Aufwand erfolgen kann und der Vertrag mit den richtigen Anreizen zu Qualitätsverbesserung und Fahrgastzufriedenheit

versehen ist. Der tatsächliche Aufwand für die VBB GmbH aus diesem Verfahren in 2014 ist derzeit noch schwer einschätzbar.

C.VI.2.1.6 Vertragscontrolling RE 4

Das „**Vertragscontrolling RE4**“ ist vertraglich mit der VMV vereinbart. Es umfasst alle Aspekte des Vertragscontrollings: Leistungsabrechnung, Ermittlung der Zahlungen, Erstellung der Jahresschlussabrechnungen für den mecklenburgischen Anteil des Verkehrsvertrages Stadtbahn ODEG (infolge der Änderung der Linienführung jetzt RE 2 Landesgrenze – Wismar).

C.VI.2.1.7 Bus & Bahn-Begleitservice

Der Bus & Bahn-Begleitservice, den die VBB GmbH seit 2008 in Zusammenarbeit mit D&B Dienstleistung und Bildung gGmbH anbietet, hat inzwischen über 45.000 Begleitungen erfolgreich durchgeführt. Nach einer Pause Mitte 2012, die im Auslaufen der bisherigen Förderinstrumente für die Mitarbeiter begründet war, wird der Service seit September 2012 wieder angeboten. Das neue Finanzierungsinstrument „FAV Förderung von Arbeitsverhältnissen“ gibt es seit 2012, und der Begleitservice gehört zu den ersten darüber finanzierten Projekten. Nach der bewährten umfangreichen Qualifizierung sollen ab Februar 2013 ausreichend Mitarbeiter zur Verfügung stehen, um wieder einen Service an allen Wochentagen anzubieten. Seitens Sen AIF sind 100 Mitarbeiter aus FAV angekündigt. Neben der Finanzierung über die Jobcenter unterstützt das Land Berlin den Service auch durch eigene Mittel. Die Sachkosten werden im Jahr 2013 noch durch die S-Bahn Berlin GmbH im Rahmen ihrer Entschuldigungsmaßnahmen finanziert. Eine Fortführung dieser Unterstützung ist derzeit noch offen. Da das Instrument „FAV“ grundsätzlich nicht befristet ist, geht die VBB GmbH davon aus, dass der Begleitservice auch im Jahr 2014 angeboten werden kann. Wie bisher wird sich der VBB mit personeller Eigenleistung beteiligen, eine Verwendung von Gesellschaftermitteln ist auch für 2014 nicht vorgesehen.

C.VI.2.2 Mögliche neue Zusatzaufgabe: Infrastrukturmanagement Berlin

Die VBB GmbH ist vom Land Brandenburg mit dem Infrastrukturmanagement für dieses Land beauftragt. Ähnliches wird auch für das Land Berlin empfohlen. Beide Bundesländer sind als ein einheitliches Verkehrsgebiet zu sehen, so dass auch das Infrastrukturmanagement aus „einem Guss“ erfolgen sollte. Die Verbundgesellschaft würde hier das Land Berlin z. B. bei Neu- und Ausbaumaßnahmen unterstützen und diese koordinieren.

C.VII Finanzbedarf Umsatzsteuer aus Gesellschafterbeiträgen

Aufgrund des mit den Finanzbehörden abgestimmten und durch eine Sonderbetriebsprüfung bestätigten umsatzsteuerlichen Veranlagungsmodells der VBB GmbH ist mit dem geplanten Finanzbedarf zu rechnen. Die Gesellschafterbeiträge für das Center unterliegen vollständig der Umsatzsteuerpflicht.

D. Anlagen

1. Einnahmen und Ausgaben
2. Projekte im Rahmen der klassischen Aufgaben
3. Gesamtausgaben Center
 - 3.1 Wirtschaftsplan 2012, 2013 und 2014 im Überblick – Land Berlin
 - 3.2 Wirtschaftsplan 2012, 2013 und 2014 im Überblick – Land Brandenburg
 - 3.3 Wirtschaftsplan 2012, 2013 und 2014 im Überblick – Landkreise und kreisfreie Städte
4. Stellenplan
5. Organigramm

Anlage 1 (1)

Wirtschaftsplan 2014 (Stand 11. Februar 2013)					
Einnahmen		WiPlan 2012 laut Beschluss 10. März 2011 zuzügl. INNOS (Stand Dezember 2011)	IST 2012 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	WiPlan 2014
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
E 1	Mittel aus Vorjahren zum 1.1. (Verb. gegenüber Gesellschafter)	0,0	1.500,1	0,0	0,0
E 2	Gesellschafterbeiträge Gesamt	11.647,4	10.254,3	12.611,1	10.422,0
E 2.1	Land Berlin	2.500,0	2.500,0	2.575,0	2.575,0
	davon für Finanzierung Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 2 (40%)	2.334,2	2.334,2	2.404,2	2.404,2
	davon Fahrgastinformation (SPNV-Anteil, 50 %)	165,8	165,8	170,8	170,8
E 2.2	Land Brandenburg	2.500,0	2.500,0	2.575,0	2.575,0
	davon für Finanzierung Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 2 (40%)	2.334,2	2.334,2	2.404,2	2.404,2
	davon Fahrgastinformation (SPNV-Anteil, 50 %)	165,8	165,8	170,8	170,8
E 2.3	Kommunale Gebietskörperschaften	1.167,1	1.167,1	1.202,1	1.202,1
	davon für Finanzierung Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 2 (20%)	1.167,1	1.167,1	1.202,1	1.202,1
E 2.4	Forschungsprojekt INNOS; Beträge der Länder	2.126,9	757,0	2.470,8	75,0
	davon Land Berlin	103,3	47,9	429,1	75,0
	davon Land Brandenburg	2.023,6	709,1	2.041,7	0,0
E 2.5	Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement (NQ)	2.877,0	2.877,0	3.304,7	3.498,0
	davon Vertragsmanagement Land Berlin gemäß Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 3 (Center)	959,0	959,0	1.059,7	1.087,9
	davon Vertragsmanagement Land Brandenburg gemäß Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 3 (Center)	1.918,0	1.918,0	2.245,0	2.410,1
E 2.6	Zusatzaufgaben Konsortialvertrag Art. 3 Abs. 3 (Center)	476,4	453,2	483,5	496,9
E 3	Summe Sonstige Finanzierungsquellen	1.124,9	2.534,0	1.149,3	1.149,1
E 3.1	Umsatzerlöse	650,0	897,9	650,0	650,0
E 3.2	Sonstige betriebliche Erträge	150,0	884,6	150,0	150,0
E 3.3	Zusätzliche Finanzmittel von Dritten	324,9	751,5	349,3	349,1
E 4	Gesamt Einnahmen	12.772,3	14.288,4	13.760,4	11.571,1

Anlage 1 (2)

Wirtschaftsplan 2014 (Stand 11. Februar 2013)					
Ausgaben		WiPlan 2012 laut Beschluss 10. März 2011 zuzügl. INNOS (Stand Dezember 2011)	IST 2012 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	WiPlan 2014
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
A 1	Personalaufwand	4.428,2	4.151,2	4.647,2	4.884,5
	im Bereich der Verbundaufgaben	3.310,5	3.119,6	3.491,5	3.491,5
	im Bereich des Centers	1.117,7	1.031,6	1.155,7	1.267,0
	Finanzierung entfristete Stellen aus Projekten Center				126,0
A 2	Betriebliche Aufwendungen für Verbundaufgaben	4.047,9	3.892,2	4.440,5	2.044,7
A 2.1	Betriebliche Aufwendungen aktuelles Jahr	1.921,0	2.640,9	1.969,7	1.969,7
	Marketing / Tarifkommunikation	335,2	709,2	345,3	345,3
	Fahrgastinformation	817,9	1.096,2	842,4	842,4
	Tarifdatenmanagement / Vertrieb	243,8	184,5	251,1	251,1
	Verkehrsforschung	418,2	433,0	418,2	418,2
	Einnahmenaufteilung / Meldewesen / Statistik	80,6	40,6	83,0	83,0
	Planung und Konzeption	145,3	177,4	149,7	149,7
	Finanzierung entfristete Stellen	-120,0		-120,0	-120,0
A 2.2	INNOS	2.126,9	1.245,6	2.470,8	75,0
A 2.3	Eigenmittel für öffentlich-rechtliche Zuwendungsprojekte		5,7		
A 3	Aufgaben und Projekte Center (NQ)	1.809,4	2.172,1	2.152,3	2.088,5
A 3.1	Aufgaben und Projekte Center	1.136,0	1.488,1	1.452,4	1.503,6
	Finanzierung entfristete Stellen				-126,0
A 3.2	Zusatzaufgaben (einschl. Drittfinanzierung)	673,4	684,0	699,9	710,9
A 4	Aufwendungen für Produktherstellung	650,0	877,1	650,0	650,0
A 5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.051,7	997,2	1.007,8	1.007,8
	davon Verbundaufgaben	898,1	857,5	849,6	849,6
	davon Center NQ	153,6	139,7	158,2	158,2
A 6	Investitionen	82,7	83,4	85,2	85,2
	davon Verbundaufgaben	72,3	72,1	74,5	74,5
	davon Center NQ	10,4	11,3	10,7	10,7
A 7	Finanzbedarf Umsatzsteuer	702,4	699,4	777,4	810,4
	davon Verbundaufgaben	115,2	115,2	116,8	116,8
	davon Center NQ	587,2	584,2	660,6	693,6
A 8	Gesamt Ausgaben	12.772,3	12.872,6	13.760,4	11.571,1

Anlage 2

Wirtschaftsplan 2014 Projekte im Rahmen der klassischen Aufgaben (Stand 11. Februar 2013)					
Lfd. Nr.	Projektbezeichnung	WiPlan 2012 laut Beschluss 10. März 2011	IST 2012 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	WiPlan 2014
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
1	Marketing und Tarifkommunikation	335,2	709,2	345,3	345,3
2	Fahrgastinformation	817,9	1.096,2	842,4	842,4
3	Tarifdatenmanagement / Vertrieb	243,8	184,5	251,1	251,1
4	Verkehrsforschung	418,2	433,0	418,2	418,2
5	Einnahmenaufteilung / Meldewesen / Statistik	80,6	40,6	83,0	83,0
6	Planung und Konzeption	145,3	177,4	149,7	149,7
7	Finanzierung entfristete Stellen	-120,0		-120,0	-120,0
8	Gesamtbetrag	1.921,0	2.640,9	1.969,7	1.969,7

Anlage 3

Wirtschaftsplan 2014 Gesamtausgaben Center (Stand 11. Februar 2013)					
Lfd. Nr.	Bezeichnung	WiPlan 2012 laut Beschluss 10. März 2011	IST 2012 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	WiPlan 2014
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
1	Aufgaben Center Vertragsmanagement	1.136,0	1.488,1	1.452,4	1.377,6
2	Aufwendungen für Zusatzaufgaben	673,4	684,0	699,9	710,9
3	Personal	1.117,7	1.031,6	1.155,7	1.393,0
4	Sonstiger betrieblicher Aufwand	153,6	139,7	158,2	158,2
5	Investitionen	10,4	11,3	10,7	10,7
6	Finanzbedarf Umsatzsteuer	587,2	584,2	660,6	693,6
7	Gesamtbetrag	3.678,3	3.938,9	4.137,5	4.344,0

Anlage 3.1

Wirtschaftsplan 2014 Land Berlin (Stand 11. Februar 2013)					
Lfd. Nr. der Anlage 1	Bezeichnung	WiPlan 2012 laut Beschluss 10. März 2011 zuzügl. INNOS (Stand Dezember 2011)	IST WiPlan 2012 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	WiPlan 2014
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
Anlage 1, E 2.1	Betrag allgemeine Verbundaufgaben (klassisch)	2.500,0	2.500,0	2.575,0	2.575,0
Anlage 1, E 2.4	Forschungsprojekt INNOS	103,3	47,9	429,1	75,0
Anlage 1, E 2.5	Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement (NQ)	959,0	959,0	1.059,7	1.087,9
	Gesamtsumme	3.562,3	3.506,9	4.063,8	3.737,9
Anlage 1, E 2.6	Zusatzaufgaben Center - Kundenmonitoring S-Bahn (ab 2011) - Wettbewerbliche Vergabe S-Bahn (ab 2012)	137,7 31,8 105,9	135,3 29,4 105,9	137,7 31,8 105,9	143,0 37,1 105,9

Anlage 3.2

Wirtschaftsplan 2014 Land Brandenburg (Stand 11. Februar 2013)					
Lfd. Nr. der Anlage 1	Bezeichnung	WiPlan 2012 laut Beschluss 10. März 2011 zuzügl. INNOS (Stand Dezember 2011)	IST WiPlan 2012 laut vorl. Jahresabschluss	WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012	WiPlan 2014
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
Anlage 1, E 2.2	Betrag allgemeine Verbundaufgaben (klassisch)	2.500,0	2.500,0	2.575,0	2.575,0
Anlage 1, E 2.4	Forschungsprojekt INNOS	2.023,6	709,1	2.041,7	0,0
Anlage 1, E 2.5	Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement (NQ)	1.918,0	1.918,0	2.245,0	2.410,1
	Gesamtsumme	6.441,6	5.127,1	6.861,7	4.985,1
Anlage 1, E 2.6	Zusatzaufgaben Center	338,8	231,0	345,8	353,9
	- Management Mobilitätsticket	107,1	0	107,1	107,1
	- Infrastrukturmanagement	214,7	214,2	221,7	229,1
	- Kundenmonitoring S-Bahn (ab 2011)	3,9	3,7	3,9	4,6
	- Wettbewerbliche Vergabe S-Bahn (ab 2012)	13,1	13,1	13,1	13,1

Anlage 3.3

Wirtschaftsplan 2014 Landkreise/ kreisfreie Städte (Stand 11. Februar 2013)							
Lfd. Nr. der Anlage 1	Bezeichnung	WiPlan 2012 lt. Beschluss 10. März 2011		WiPlan 2013 laut Beschluss 7. Juni 2012		WiPlan 2014	
		Gesamt	je Gesell- schafter	Gesamt	je Gesell- schafter	Gesamt	je Gesell- schafter
		in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro	in T Euro
Anlage 1, E 2.3	Betrag allgemeine Verbundaufgaben (klassisch)	1.167,1	64,8	1.202,1	66,8	1.202,1	66,8
	Gesamtsumme	1.167,1	64,8	1.202,1	66,8	1.202,1	66,8

Stellenplan der VBB GmbH für das Wirtschaftsplanjahr 2014

Vergütungsrahmen in Anlehnung an BAT ²	Stellen- anzahl
BAT I / AT	6
BAT I a bis BAT II b	19
BAT III bis BAT IV b	41
BAT V b bis BAT X	20,5
<u>Gesamt-Stellenanzahl</u>	<u>86,5</u>
(ohne Geschäftsführer)	

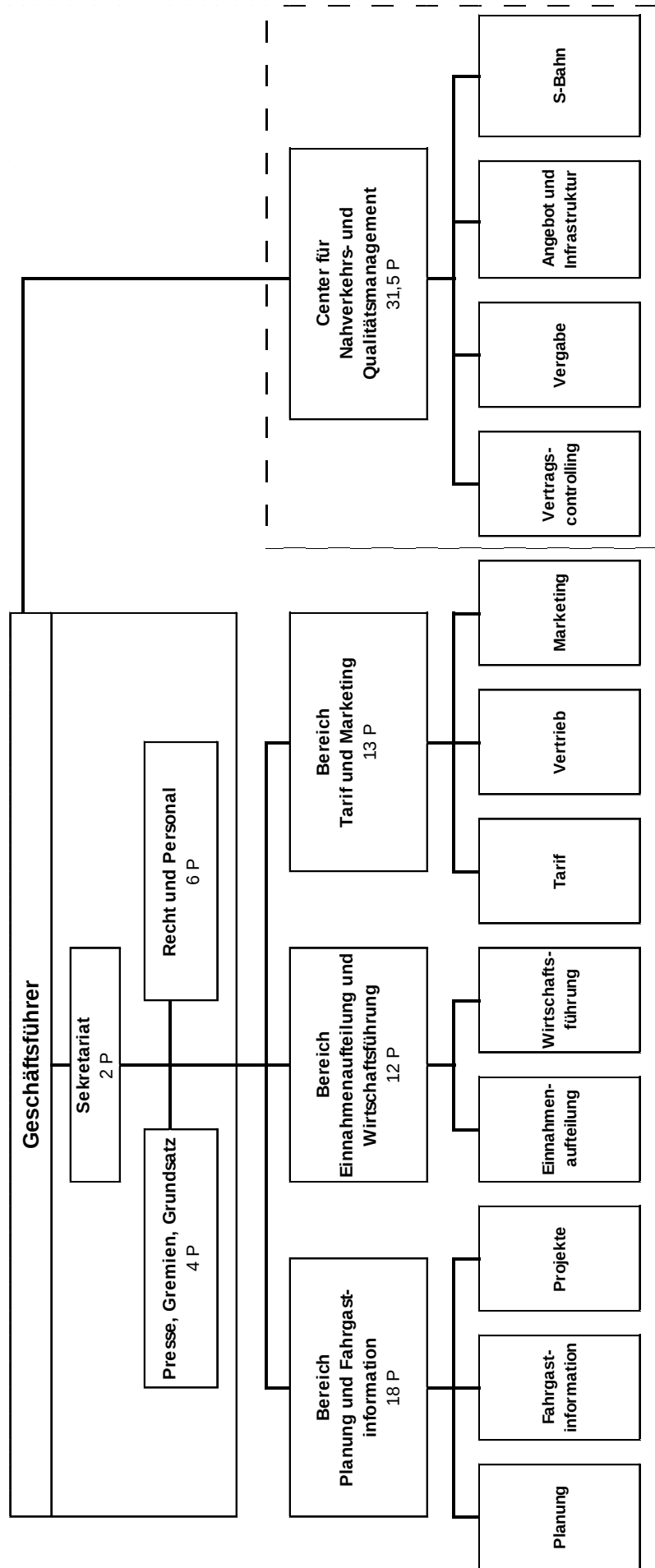
Davon Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Stellen:

- für **klassische Aufgaben**: Einnahmenaufteilung (eine Stelle)
- für **Center**: Vertragscontrolling (3 Stellen)

² Die VBB GmbH ist nicht tarifgebunden und wendet daher weiterhin den BAT analog an.

Anlage 5

Wirtschaftsplan 2014 Organigramm

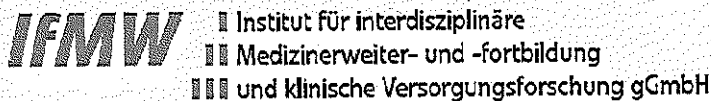


Bilanz zum 31. Dezember 2012

	31.12.2012 €	31.12.2011 €
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		
II. Sachanlagen andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	44.899,13	21.011,25
Summe Anlagevermögen	350.833,89	364.051,76
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 2. Unfertige Leistungen 3. Waren	2.694,03 1.083.966,09 10.671,64	4.328,25 811.020,78 21.185,30
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 2. Forderungen gegen Gesellschafter 3. sonstige Vermögensgegenstände	454.285,95 95.344,97 392.924,39	208.791,91 0,00 403.444,45
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	942.555,31	612.236,36
Summe Umlaufvermögen	2.902.812,37	3.465.154,22
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.942.699,44	4.913.924,91
Summe Aktiva	75.313,71	58.860,80
	5.413.746,17	5.357.838,52
Passiva		
A. Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	324.000,00	324.000,00
Summe Eigenkapital	324.000,00	324.000,00
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	30.618,48	25.146,06
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	355.007,74	349.810,15
D. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	1.072.685,56	1.282.786,76
Summe Rückstellungen	1.072.685,56	1.282.786,76
E. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen - davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr € 1.206.094,00 (i. Vj. € 934.139,24)	1.206.094,00	934.139,24
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr € 571.146,84 (i. Vj. € 123.573,07)	571.146,84	123.573,07
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern - davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr € 1.262.121,20 (i. Vj. € 1.246.307,95)	1.262.121,20	1.246.307,95
4. sonstige Verbindlichkeiten - davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr € 592.072,35 (i. Vj. € 1.072.075,29) - davon aus Steuern € 0,00 (i. Vj. € 0,00) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 3.824,85 (i. Vj. € 762,91)	592.072,35	1.072.075,29
Summe Verbindlichkeiten	3.631.434,39	3.376.095,55
Summe Passiva	5.413.746,17	5.357.838,52
Treuhandverpflichtungen		
- Treuhandmittel der Verkehrsunternehmen aus Einnahmen aus dem Semesterticket zuzüglich Fehleinzahlungen der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto	1.326.384,25	1.112.305,22
- Treuhandmittel der Verkehrsunternehmen aus der Anerkennung der BahnCard zuzüglich Fehleinzahlungen der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto	0,00	3.210,89
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen aus Einnahmen der Einnahmenaufteilung abzüglich Einzahlungen Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket	362.570,64	335.870,66
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto zuzüglich Fehleinzahlungen der Verkehrsunternehmen aus Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket	0,00	497,28
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen aus Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket zuzüglich Einzahlungen Guthaben aus Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket	141.495,19	1.595.602,97
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto zuzüglich Fehleinzahlungen der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto	-45.700,00	-31.700,00
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen aus Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket zuzüglich Fehleinzahlungen der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto	0,00	27.922,02
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen aus Mindereinnahmenausgleich Mobilitätsicket zuzüglich Fehleinzahlungen der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto	536.017,78	645.856,99
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto zuzüglich Fehleinzahlungen der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto	45.700,00	31.700,00
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto zuzüglich Fehleinzahlungen der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto	0,00	6,11
- Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto zuzüglich Fehleinzahlungen der Verkehrsunternehmen auf das VBB-Geschäftskonto	2.366.467,86	3.721.272,14

**Institut für interdisziplinäre
Medizinererweiter- und
fortbildung und klinische
Versorgung**

g GmbH



Wirtschaftsplan
2014
Ist 2012 bis 2017



Vorbericht Geschäftsjahr 2014

Erfolgsplan:

Vorbemerkung:

Sämtliche Plandaten sind vollständig auf Basis von Nettowerten erstellt.

1. Umsatzerlöse (netto):

a) Verträge mit Krankenhäusern

Die Verträge sind mit 5 Krankenhäusern (CTK Cottbus, Klinikum Dahme-Spreewald, Krankenhaus Spremberg, Krankenhaus Forst, Klinikum Niederlausitz) und mit dem Landkreis Elbe-Elster bzw. mit dem Elbe-Elster Klinikum geschlossen. Die Laufzeiten der Verträge sind auf 1 bis 3 Jahre begrenzt. In der Anlage „Erläuterung Umsatzerlöse“ sind die derzeit vertraglich bestätigten Vertragskomponenten bzw. schriftlichen Zusagen sowie die zukünftig zu erwartenden Einnahmen von den Krankenhäusern aufgeführt.

Die jährlichen Zahlungen ab 2013 wurden für das Krankenhaus Spremberg ausgehend vom Plan 2013 reduziert. Dafür hat das Krankenhaus bis 2015 die weitere Finanzierung zugesagt.

Die zukünftigen Einnahmen basieren auf der Annahme, dass die Krankenhäuser das Projekt weiterhin positiv unterstützen. Die Vorbereitungs- und Pilotphase, also der Zeitraum, in dem der Nachweis der Praktikabilität des Projektes zu erbringen ist, wurde in den Jahren 2011 und 2012 erfolgreich abgeschlossen.

Die Verträge mit den Krankenhäusern sind sodann vor Ablaufdatum neu zu verhandeln. Beim Verhandlungsergebnis wird mit einer Weiterführung zu gleichen Konditionen gerechnet. Bislang haben fünf Krankenhäuser die finanzielle Unterstützung des Instituts bis zum Jahr 2015 zugesichert.

Für das Jahr 2016 und 2017 wird vollständig von Annahmen ausgegangen, da bis zu diesem Zeitraum weder Verträge mit den Krankenhäusern geschlossen werden konnten noch Absichtserklärungen vorliegen.

b) Vertraglich ist mit den meisten Krankenhäusern eine Übernahme der Weiterbildungskosten für vermittelte Assistenten, die ihre Weiterbildung im Netzwerk der Kliniken beginnen, vereinbart. Pro Assistent werden pro Jahr 2.804,- € netto gezahlt. Unter der Annahme, dass die folgende Anzahl der Assistenten aufgrund Vermittlung des Instituts ihre Weiterbildung im stationären Bereich je für drei Jahre neu beginnen, ergibt sich folgende Rechnung. Berücksichtigt ist, dass eventuell einige Ärzte ihre Weiterbildung ohne Abschluss beenden, in eine andere Fachrichtung überwechseln oder weniger als drei Jahre im jeweiligen Klinikum arbeiten. Auch hier ist wie unter a) geschildert für die Jahre 2016 und 2017 ausschließlich von einer Annahme auszugehen.

2014	2015	2016	2017
1			
1	1		
3	2	2	
	3	2	2
		3	3
			3
14,02 T€	14,72 T€	19,63 T€	22,43 T€

Die Planzahlen wurden im Vergleich zu den vorherigen Planungen weiter reduziert, da sich ein Teil der neuen Ärzte direkt bei den jeweiligen Krankenhäusern unseres Netzwerkes bewirbt und eingestellt wird und nicht über das Institut dorthin vermittelt wird. In jenen Fällen kann keine Weiterbildungspauschale angesetzt werden.

4. Unter sonstigen betrieblichen Erträgen ist die Sponsorenzahlung von Vattenfall angesetzt. Aufgrund des verzögerten Starts in 2011 wurde in 2013 mit Vattenfall verhandelt, die Zahlungshöhe, die Zahlungszeitpunkte und die Laufzeit des bisherigen Vertrages zu verändern.

Mit Vattenfall wurden folgende Werte vertraglich vereinbart: 2012: 46.730,- €, 2013: 93.4600,- €, 2014: 93.460,- €, 2015: 46.730,- €.

Für geplante Spenden, Sponsorengelder und Fördermittel sind folgende Werte angesetzt: Für 2014 bis 2017 wurden jeweils 10.000,- € angesetzt.

Die Spenden, Sponsorengelder und Fördermittel generieren sich aus Krankenhauskonzernen, Krankenkassen, Stiftungen, Sparkassen und Vereinen und dem Landeshaushalt. Eine weitere positive Entwicklung des Projektes unterstützt eine erfolgreiche Geldeinwerbung.

5. Unter Materialaufwand (Aufwendungen für bezogene Leistungen) sind folgende Kosten enthalten:

a) Fremdleistungen für Seminartätigkeiten (Miete, Versorgung, Abgaben, Gebühren, Anzeigen, Schulungsmaterial): 10.800 €/Jahr

b) Fremdleistungen Honorare:

Honorar für Lehrkräfte: 2014 bis 2017: je 15.000,- €/Jahr

Honorar wissenschaftlicher Leiter: 2014 bis 2017: 30.000,- €/Jahr

Honorar Weiterbildungs- und Bürokoordination 2.525,- €/Monat; 2014 bis 2017: je 30.300,- €/Jahr

Die im Ist 2012 unter Materialaufwand (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) bisher zusammengefassten Positionen sind ab 2013 den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (8.) zugeordnet und dort im Einzelnen benannt.

6. Personalaufwand:

Enthalten sind hier das Gehalt des Geschäftsführers sowie die Sozialabgaben einschließlich des Beitrags für die Berufsgenossenschaft für die Jahre 2014-2017.

7. Abschreibungen:

Die Abschreibungen beziehen sich auf die Kosten für die Computer und Zubehör (Drucker, Software u.a.) und auf die Kosten der Erstellung der Homepage.

Die Abschreibungszeit für die EDV-Technik beträgt 3 Jahre und für die Homepage 3 Jahre. Die Büromöbel aus einer Spende der Sparkasse Spree-Neiße werden über einen Zeitraum von 10 Jahren abgeschrieben.

8. sonstige betriebliche Aufwendungen:

Hier sind alle weiteren Ausgaben erfasst und benannt.

Finanzplan:

Es wird hier davon ausgegangen, dass der voraussichtliche Gewinn aus dem jeweiligen Jahr auf die folgenden Jahre übertragen wird.

Investitionsplan:

Die für das Jahr 2013 geplante Anschaffung von Schreibtischstühlen und von Büroschränken wurde nicht getätigt. Die Sparkasse Spree-Neiße spendet dem Institut gebrauchte Möbel.

Inst. f. interdisziplinäre Medizinerweiter- u.
-fortbild. u. kl. Versorgungsforschung gGmbH

Ein Beamer für die Kurse wurde nicht angeschafft, da sich im Verlauf des Jahres erwies, dass diese Technik an allen Kursorten vorhanden war und günstig angemietet werden konnte.

In 2014 sind keine Investitionen vorgesehen.

Stellenübersicht:

In der Stellenübersicht ist 1 Arbeitnehmer, der Geschäftsführer, ausgewiesen.

Haushaltsrechtliche Positionen für die Stadt Cottbus sowie Sponsoring und Spenden an Dritte treffen für das Unternehmen nicht zu.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen:

Die finanzielle Unterstützung durch die Vattenfall Europe Mining AG bleibt eine wichtige Basis für die Finanzierung des Unternehmens. Zu berücksichtigen ist jedoch die Mittelbindung an die behördliche Genehmigung. Diese Finanzierung dient ausschließlich der Fort- und Weiterbildung. Zudem kommen die vertraglich gebundenen Zahlungen der Krankenhäuser der Region hinzu.

Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung:

Die Unterstützung durch die bisherigen Krankenhäuser und auch die geplante spätere Einbeziehung weiterer Krankenhäuser ist von der weiterhin positiven Entwicklung des Projektes abhängig.

Die Akzeptanz des Vorhabens bei den Ärzten und den beteiligten Kliniken ist bereits gegeben. Dies beweisen die erfolgreich durchgeführten Kurse, bei denen eine steigende Nachfrage zu verzeichnen war.

Bis Ende September 2013 führte das Institut folgende Kurse durch:

Kurs Psychosomatische Grundversorgung (insgesamt 8 Tage),

Kurs Hämatologie/Onkologie (1 Tag),

Kurs Kardiologie/ Hypertensiologie (2 Tage),

Lungenkurs (1 Tag).

Alle Kurse wurden von den Ärzten gern und mit durchweg positiver Resonanz angenommen.

Geplant ist noch für November 2013 ein Grundkurs Sonographie (4 Tage).

Für das Jahr 2014 sind der Aufbau- und der Abschlusskurs Sonographie und das zweite Modul der Blockkurse geplant. Weiterhin ist der Start eines erneuten Psychosomatik-Grundkurses und einzelner Tageskurse in der Planung vorgesehen.

Die Kurse sind für die Ärzte in Weiterbildung zum FA für Allgemeinmedizin, die ihre Weiterbildung in der Energieregion Lausitz-Spreewald absolvieren, kostenfrei.

Die Kosten werden vom Institut übernommen. Die Teilnehmerzahl ist zumeist auf 10-20 Personen je Kurs begrenzt, um den seminaristischen Charakter zu bewahren.

Für 2014 ist wichtig, die Anschlussfinanzierung nach dem Ende des Sponsorings von Vattenfall in 2015 aktiv zu betreiben. Eine finanzielle Unterstützung durch das Land ist ebenso angestrebt. Das Institut nimmt öffentliche Aufgaben des Landes wahr.

[illegible]

Arbeitsstand vom 18.11.2013

Erläuterung Umsatzerlöse in T€

	Ist 2012	Plan 2013	V-Ist 2013	2014	2015	2016	2017
Umsatzerlöse	94,96	84,12	63,57	68,23	75,94	87,86	90,66
a) aus Verträge mit Krankenhausem	93,46	70,10	58,42	54,21	61,22	68,23	68,23
1) geschlossene Verträge/ schriftliche Zusagen							
CTK Cottbus	18,89	18,89	18,69	18,69			
Krankenhaus Dahme-Spreewald	7,01	7,01	7,01	2,80			
Krankenhaus Spremberg	14,02	18,69	7,01	7,01	7,01		
Krankenhaus Forst	7,01	0,00	7,01	7,01	7,01		
Klinikum Niederlausitz	9,35	9,35	9,35	9,35	9,35		
Klinikum Elbe-Elster	9,35	9,35	9,35	9,35	9,35		
Zahlungen in 2012 für 2011	28,04						
2) geplante Verträge							
CTK Cottbus						18,69	18,69
Krankenhaus Dahme-Spreewald					2,80	2,80	2,80
Krankenhaus Spremberg						7,01	7,01
Krankenhaus Forst		7,01				7,01	7,01
Klinikum Niederlausitz						9,35	9,35
Klinikum Elbe-Elster						9,35	9,35
Krankenhaus 1					7,01	7,01	7,01
Krankenhaus 2						7,01	7,01
Summe:	93,46	70,10	58,42	54,21	61,22	68,23	68,23
b) aus Übernahme Weiterbildungskosten geplanter Assistenten	1,40	14,02	5,14	14,02	14,72	19,63	22,43
	1,40	2,80	2,80	2,80			
		11,22	2,34	2,80	0,70		
				8,41	5,61	5,61	
					8,41	5,61	5,61
						8,41	8,41
Assistenzanteile in Weiterbildung in Kopien - nachrichtlich	1	5	2	5	6	7	8

Kursive Schrift = getroffene Annahmen

Finanzplan 2014

Nr.	Erl- und Auszahlungsarten	Ist 2012 T€	Plan 2013 T€	V-let 2013 T€	Plan 2014 T€	Plan 2015 T€	Plan 2016 T€	Plan 2017 T€
1.	± Jahresgewinn/Jahresverlust		10	4	3	-34	-68	-65
2.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände d. Anlagevermögens		2	2	2	1	0	0
3.	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen							
4.	± Zuzahlung/Abnahme d. Rückstellungen							
5.	± Gewinn/Verlust aus d. Abgang d. Anlagevermögens							
6.	± sonstige zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge			-5				
7.	± Zuzahlung/Abnahme d. Vorräte, d. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind							
8.	± Zuzahlung/Abnahme d. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- od. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind							
9.	± Mittelu-Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit		12	1	5	-33	-68	-65
10.	± Einzahlungen aus Investitionszuzahlungen							
11.	± Einzahlungen aus Abgängen v. Gegenständen d. Sachanlagevermögens							
12.	± Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände							
13.	± Einzahlungen aus Abgängen d. Finanzanlagevermögens							
14.	± sonst. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
15.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
16.	± Auszahlungen f. Investitionen in d. Sachanlagevermögen		-2					
17.	± Auszahlungen f. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände							
18.	± Auszahlungen f. Investitionen in d. Finanzanlagevermögen							
19.	± sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
20.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-2					
21.	± Mittelu-Mittelabfluss aus d. Investitionstätigkeit		-2					
22.	± Einzahlungen aus d. Aufnahme v. Krediten f. Investitionen							
23.	± sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
24.	± Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen							
25.	± Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
26.	± Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen							
27.	= Einzahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit							
28.	± Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten f. Investitionen							
29.	± sonstige Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit (o. Kassenkredite)							
30.	± Auszahlungen an d. Gemeinde							
31.	± Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. Sonderposten zum Anlagevermögen							
32.	± Auszahlungen aus d. Rückzahlung v. passivierten Ertragszuschüssen							
33.	= Auszahlungen aus d. Finanzierungstätigkeit							
34.	± Mittelu-Mittelabfluss aus d. Finanzierungstätigkeit							
35.	± Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven							
36.	± Auszahlungen an Liquiditätsreserven							
37.	= Saldo aus d. Inanspruchnahme v. Liquiditätsreserven							
38.	= Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes		10	1	5	-33	-68	-65
39.	± Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand am Anfang d. Periode	91	69	69	79	84	51	-17
40.	= Voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende d. Periode	66	79	70	84	51	-17	-81

Investitionsplan 2014

Nr. Maßnahme	Plan 2013 T€	Planjahr 2014 T€	Folgebahre 2015 T€	2016 T€	2017 T€	Summe Jahre T€
Gebäude und bauliche Anlagen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Technische Anlagen und Maschinen						
1						
2						
3						
4						
5						
6						
Betriebs- und Geschäftsausstattungen						
1	2,20					2,20
2	0,80					
3	0,80					
4	0,80					
5						
6						
Investitionen gesamt	2,20					2,20
Summe der einzahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes für o. g. Investitionen						
<i>Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit</i>						
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens						
<i>Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit</i>						
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
<i>Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit</i>						
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen						
Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
<i>Einzahlungen aus d. Auflösung v. Liquiditätsreserven</i>						

Stellenübersicht 2014

	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Erläuterungen
Geschäftsführer	1	1	1	1	1	
Stellen gesamt						
Beschäftigte in VZE gesamt	1	1	1	1	1	

233